

RECHT FÜR JEDEN

DR. KARL KROMER

*Schwarzmarkt
Tausch-
und
Schleichhandel*

OTTO MEISSNERS VERLAG

Copyright by Otto Meißners Verlag, Schloß Bledtede a. d. Elbe
Druck: Vollmer & Bentlin KG, Hamburg 13 - Juni 1947

Recht für jeden

Herausgeber: Rechtsanwalt Dr. Karl Kromer

Nr. 1

Schwarzmarkt Tausch- und Schleichhandel

in Frage und Antwort
mit
500 praktischen Beispielen

Otto Meißners Verlag · Schloß Bleckede an der Elbe

Vorwort

Die vorliegende Arbeit soll jedermann Gelegenheit geben, sich über Recht und Unrecht von Schwarzmarkt, Tausch- und Schleichhandel zu informieren.

Diese Fragen gehen heute jeden an! Hat man doch behauptet; daß es keinen jetzt noch lebenden Deutschen mehr gäbe, der sich nicht einmal vom Schwarzmarkt versorgt hätte. Diese Bemerkung mag übertrieben sein. Tatsächlich laufen indessen die gesetzlichen Bestimmungen vielfach neben der Wirklichkeit, den nun einmal bestehenden und nicht abzuleugnenden Verhältnissen, her.

Dennoch gefährdet gerade dieser tatsächliche Durchbruch der geltenden Bewirtschaftungsbestimmungen, die oft nur den „Kleinen“ fassen, der „Pech gehabt“ hat, unsere geplante Versorgung. Um so wichtiger ist es, auch angesichts der weitgehenden Unkenntnis der rechtlichen Bestimmungen auf diesem Gebiete, zu wissen, was „man darf“ und was „man nicht darf“, weil es verboten und strafbar ist.

Diesem Ziele will das Buch dienen.

Im Interesse einer lebendigen, für jedermann, auch den Nichtjuristen, interessanten Darstellung ist die Bearbeitung nach bewährter Form in 250 Fragen und eingehenden Antworten nach Leitsätzen und mehr als 500 leichtverständlichen praktischen Beispielen erfolgt. Einige dieser Beispiele stammen aus der strafrichterlichen Praxis, die Herr Amtsgerichtsrat Dr. Voigt, Untersuchungsrichter beim Landgericht in Hamburg, dankenswerter Weise geliefert hat.

Hamburg, im Sommer 1947

Der Verfasser



Inhalt

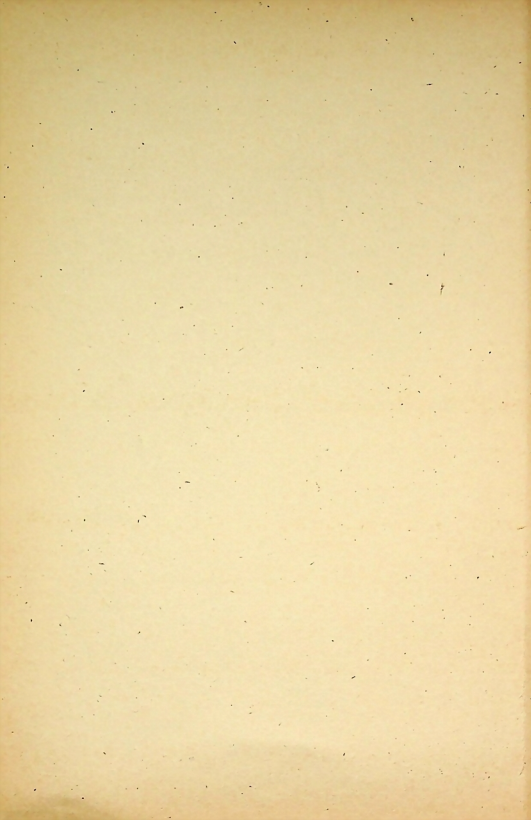
	Seite
Kapitel I: Allgemeines	9
I. Schwarzmarkt, Schleichhandel, Tauschhandel	9
II. Strafbestimmungen	13
III. Verbrauchsregelungsstrafverordnung	13
IV. Warenverkehrsverordnung	19
V. Strafbestimmungen gegen Beamte	21
VI. Kriegswirtschaftsverordnung	21
VII. Preisstrafrechtsverordnung	24
VIII. Strafgesetzbuch	24
IX. Strafrechtliche Nebengesetze	26
Kapitel II: Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen	28
I. Allgemeines	28
II. Die Gewerbetreibenden	31
III. Der Schieber	38
IV. Der Großschieber	42
V. Der Beamte	43
VI. Der Verbraucher	47
Kapitel III: Die Straftaten des Verbrauchers	47
I. Allgemeines	47
II. Das Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung	49
1. Bezugsbeschränkte Erzeugnisse	49
2. Das Beziehen bezugsbeschränkter Waren	55
3. Beziehen „ohne Bezugsberechtigung“	57
4. Einzelfragen	59
III. Der Mißbrauch von Bezugskarten und Bezugscheinen	65
1. Verschaffen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung	66
2. Überlassen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung	71
3. Das Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung ..	73
4. Das Erschleichen einer Bezugsberechtigung	78
IV. Die Bestimmungen der Ernährungs- und Wirtschaftsämter an den Verbraucher	84
V. Fahrlässiges Handeln	84
VI. Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen	85
VII. Versuchte Verbrauchsregelungsstraftaten	86

	Seite
VIII. Die Strafen	87
IX. Aus der Tätigkeit eines Schnellgerichts	90
Kapitel IV: Die Straftaten der Gewerbetreibenden	93
I. Die Strafbestimmungen	93
II. Das Abgeben bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung	99
III. Das Vorenthalten bezugsbeschränkter Erzeugnisse durch den Gewerbetreibenden	109
IV. Entgegennahme oder Abtrennung von Marken, ohne Ware dafür zu liefern	112
V. Tausch- und Schleichhandel des Gewerbetreibenden	113
VI. Die Strafen	122
Kapitel V: Die Straftaten des Großschiebers	124
A. Allgemeines	124
B. Großschiebungen mit Rohstoffen und Erzeugnissen	128
1. Rohstoffe und Erzeugnisse	128
2. Lebenswichtiger Bedarf der Bevölkerung	130
3. Das Vernichten, Beiseiteschaffen und Zurückhalten	132
a) Das Vernichten lebenswichtiger Bedarfsgüter	132
b) Das Beiseiteschaffen	132
c) Das Zurückhalten von Rohstoffen und Erzeugnissen ..	141
4. Die böswillige Gefährdung der Bedarfsdeckung	141
5. Einzelfragen	144
a) Das „Hamstern“	144
b) Die Schwarzschlachtung	145
6. Die Strafen	151
C. Großschiebungen mit Karten und Kartenvordrucken	156
1. Allgemeines	157
2. Beiseiteschaffen oder Nachmachen von Karten oder Kartenvordrucken	157
a) Beiseiteschaffen	157
b) Nachmachen	160
3. Verschaffen und In-den-Verkehr-bringen nachgemachter Karten	161
a) Verschaffen	161
b) In-den-Verkehr-bringen	162
4. Gefährdung lebenswichtigen Bedarfs	163
5. Die Strafen	165
Kapitel VI: Preisvergehen	167
Kapitel VII: Verfahren bei Verbrauchsregelungsstraftaten	177
1. Allgemeines	177
2. Das Ordnungsstrafverfahren	178

	Seite
Kapitel VIII: Schieber vor den Militärgerichten	186
Gesetzestexte:	194
I. VerbrauchsregelungsstrafVO.	194
1. Verordnung über Strafen und Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften auf dem Gebiet der Bewirtschaftung bezugsbeschränkter Erzeugnisse	194
2. Artikel III ErgänzungsVO.	200
II. KriegswirtschaftsVO. (Auszug)	200
Stichwortverzeichnis	202—210

Abkürzungen

Abs.	= Absatz
Anordng.	= Anordnung
Art.	= Artikel
AusfVO. z. MRGes.	= Ausführungsverordnung zum Militärregierungs-
	gesetz
BrMonG.	= Branntweinmonopolabgabengesetz
ErgVO. z. VRStVO.	= Ergänzungsverordnung zur Verbrauchsregelungs-
	strafverordnung
KRGes.	= Kontrollratsgesetz
KWVO.	= Kriegswirtschaftsverordnung
LandwBewVO.	= Landwirtschaftsbewirtschaftungsverordnung
MilRVO.	= Verordnung der Militärregierung
OLG.	= Oberlandesgericht
PrStRVO.	= Preisstrafrechtsverordnung
RAO.	= Reichsabgabenordnung
RGBL.	= Reichsgesetzblatt
StGB.	= Strafgesetzbuch
StPO.	= Strafprozeßordnung
SüddJurZtg.	= Süddeutsche Juristen Zeitung
VRVO.	= Verbrauchsregelungsverordnung
VRStVO.	= Verbrauchsregelungsstrafverordnung
VO.	= Verordnung
WarVVO.	= Warenverkehrsverordnung
Ziff.	= Ziffer



Kapitel I

Allgemeines

In Notzeiten können wir in unserem Lande nicht alle lebensnotwendigen Güter in ausreichender Menge hervorbringen.

Der Anteil des einzelnen an lebensnotwendigen Gütern ist oft gering. Die Güter müssen daher zugeteilt werden.

Verschafft sich der einzelne etwas über die ihm zustehende und zugeteilte Menge hinaus, so ist diese Verschaffung nur auf unerlaubtem Wege, nämlich „schwarz“, möglich.

1. Schwarzmarkt, Schleichhandel, Tauschhandel

1. Was versteht man unter Schwarzhandel? Schwarzhandel ist der Handel, der entgegen den Bewirtschaftungs-, Versorgungs- und Preisbestimmungen vor sich geht.

Beispiel: Frau Grün kauft ein Brot auf dem Schwarzen Markt. Sie kauft es dort ohne Marken. Frau Grün hat sich wegen Beziebens bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung durch den Ankauf des Brotes ohne Marken strafbar gemacht.

a) Auf dem Schwarzmarkt werden Waren gehandelt, verkauft und vertauscht, die der Verteilung durch die Ernährungs- und Wirtschaftsämter entzogen werden. Der Schwarzhändler gefährdet dadurch die allgemeine Versorgung.

Tausende schwarz gehandelter Brote könnten zur gerechten Verteilung kommen, wenn sie nicht schwarz verschoben würden.

Vielleicht bekäme dann z. B. auch Frau Grün noch ein Brot zum Normalpreis.

b) Beim Handel auf dem Schwarzen Markt geht es meistens neben einem Verstoß gegen die Verbrauchsregelungsstrafbestimmungen auch nicht ohne Vergehen gegen die Preisstrafverordnung ab.

Der Schwarzhändler zersetzt das Preisgefüge durch unangemessenen Gewinn. Er verschafft sich Gewinne, die bei einem rechtmäßigen Handel nie möglich sind.

Beispiel: Frau Grün bezahlt den 30fachen Preis für das Brot „ohne“ Marken. Sie hat sich dann auch wegen Preisvergehens strafbar gemacht.

c) Oft steckt eine Kette von Zwischenhändlern hinter dem Schwarzhändler. Jeder von ihnen will unangemessen verdienen. Je mehr dunkle Hintermänner, um so höher der illegale Preis.

I. Allgemeines

Beispiel: Herr Grün kauft auf dem Schwarzen Markt eine Flasche Speiseöl. Er bezahlt 100 RM. dafür. Herr Grün verkauft die Flasche an Frau Vetter für 130 RM., die sie wiederum an Frau Becker für 150 RM. weiterverschiebt. Schließlich landet das Speiseöl bei Frau Kurz, die jetzt 180 RM. dafür geben muß.

Sämtliche Beteiligten haben sich wegen Bezuges bezugsbeschränkter Erzeugnisse, nämlich des Speiseöls, ohne Marken und wegen Preisvergehens strafbar gemacht.

Der Schwarzhändler macht sich strafbar wie auch derjenige, der sich mit ihm einläßt.

d) Wo kommt die Ware her?

Schwarzmarktwaren stammen aus unlauteren Quellen und sind auf ungesetzliche Weise der allgemeinen Verteilung entzogen.

Das Brot ist z.B. gestohlen, das Speiseöl aus der Margarinefabrik veruntreut, der Zucker vom Händler durch schlechtes Auswiegen erspart, die Zigaretten auf gestohlene Tabakkarten bezogen usw.

2. Was ist

Beim Schleichhandel

Sleichhandel?

- a) fordert oder erhält der Verkäufer bei der Lieferung der Ware für eine Bevorzugung des Käufers ein Vorteil,
- b) bietet oder gibt der Käufer ein Vorteil, um bevorzugt zu werden.

Beispiel: Buchhändler Nolte verkauft Bücher nur an Kunden, die ihn mit Zigaretten, Opernkarten oder anderen Gefälligkeiten spicken.

Der Händler darf keinen Schleichhandel treiben.

Wer in Ausübung seines Berufes oder Gewerbes einen Vorteil fordert oder (für seine eigene Bevorzugung) gibt, macht sich strafbar — § 1a KWVO.

Beispiel: Buchhändler Nolte, der nur an die Kunden verkauft, die ihm dafür Gefälligkeiten erweisen, macht sich wegen Schleichhandels strafbar.

Der Kunde bleibt straffrei, wenn er nicht in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes handelt, also nicht selbst Geschäftsmann ist.

3. Ist auch die Erschleichung von Arbeitsleistungen strafbar?

Auch kaufmännische, gewerbliche oder handwerkliche Leistungen wie auch berufsmäßige Dienstleistungen dürfen in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes nicht von Vorteilen abhängig gemacht werden.

Beispiel: Gastwirt Krause will sein ausgebombtes Lokal wiederherrichten und eröffnen. Er vereinbart mit den Handwerkern, damit diese andere Arbeiten zurückstellen und zuerst zu ihm kommen, daß sie neben der ordnungsmäßigen Rechnung noch eine Entschädigung in Höhe des zehnfachen Rechnungsbetrages erhalten, die auch steuermäßig unter den Tisch fallen soll. Wer seine gewerblichen oder beruflichen Leistungen von Vorteilen abhängig macht oder für solche Arbeiten in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes Vorteile bietet, macht sich strafbar.

Beispiel: Der Dentist Ruge, der für die Anfertigung eines Gebisses von Frau Vetter ein Pfund Butter als Extrazugabe fordert, macht sich strafbar — § 1a KWVO.

4. Wann liegt ein unzulässiger Tauschhandel vor? Ein unzulässiger Tauschhandel liegt dann vor, wenn er auf Schleichhandel hinausläuft.

Beispiel: Uhrmacher Lange gibt Weckeruhren nicht gegen Bezahlung des normalen Kaufpreises ab. Er tauscht seine Uhren nur gegen Sachwerte, z. B. gegen Briefmarken oder Lebensmittel unter Zugrundelegung der Friedenswerte.

Beim Tauschhandel fordert oder erhält der Verkäufer für die Lieferung von Waren eine Tauschware, oder der Käufer bietet Tauschware an, um bevorzugt Waren zu erhalten.

Hier wird nicht, wie es dem System der Geldwirtschaft entspricht, Ware gegen Geld geliefert, sondern als Gegenleistung für die Warenlieferung an Stelle von Geld Ware, nämlich die Tauschware, eingesetzt.

Der Gewerbetreibende, der Tauschhandel betreibt, macht sich strafbar.

5. Dürfen Arbeitsleistungen auch nicht von der Hingabe einer Tauschware abhängig gemacht werden? Auch handwerkliche oder sonstige Dienstleistungen dürfen nicht unter der Voraussetzung der Hingabe von Tauschwaren erfolgen.

Beispiel: Der Radiotechniker Keller führt Reparaturen nur für diejenigen seiner Kunden aus, die mit ihm Zigaretten oder Lebensmittel für seine Arbeiten tauschen. Er sagt: „Geld nützt mir nichts.“

Wer seine gewerblichen oder beruflichen Leistungen von einer Tauschware abhängig macht oder für solche Arbeiten in Ausübung seines Gewerbes oder Berufes Tauschware bietet, macht sich strafbar.

6. Was ist ein unzulässiges Kompensationsgeschäft? Der praktisch häufigste Fall eines unzulässigen Tauschhandels unter Gewerbetreibenden ist das sogenannte Kompensationsgeschäft.

I. Allgemeines

Beispiel: Der Schlachter tauscht mit dem Drogisten Fleisch gegen Seife. Der Schneider liefert dem Kolonialwarenhändler einen Anzug gegen Lebensmittel.

Kompensationsgeschäfte unter Gewerbetreibenden sind für alle Beteiligten strafbar.

6a. Was bedeutet im Warentauschgeschäfte zur gegenseitigen Aufrechterhaltung eigener Schwarzmarkt Arbeitsmöglichkeiten vollziehen sich „Grauer Markt“? auf dem „Grauen Markt“.

Beispiel: 1. Teckel & Co. sucht Drehbänke und bietet dafür Möbel aus eigener Fabrikation an.

2. Radiofunk bietet Radioapparate an im Eintausch gegen Röhren, Gehäuse und Einzelteile.

Diese „Kompensationen“ vollziehen sich teilweise im vollen Licht der Öffentlichkeit.

Beispiele aus der Tagespresse:

1. „Biete — mit Genehmigung des Landeswirtschaftsamtes! — 15 000 Feuersteine gegen Reiseschreibmaschine. Angebote unter „Phönix“ an die Expedition des Blattes.“

2. „Konservenfabrik sucht Konservendosen und -deckel. Jede Menge! Lieferant erhält 5% der gelieferten Dosen gefüllt. Angebote unter „Marmelade“ an die Expedition.“

Auch solche Kompensationsgeschäfte sind nach den geltenden Bewirtschaftungsbestimmungen verboten. Trotzdem werden sie vielfach stillschweigend oder sogar ausdrücklich geduldet¹⁾, solange die Wirtschaft eine ausreichende Rohstoff- und Materialversorgung nicht bieten kann. Sie müssen aber immer der Aufrechterhaltung der eigenen Produktion dienen. Diese Kompensationsgeschäfte macht der Unternehmer auf eigenes Risiko!

Das sind die Geschäfte des „Grauen Marktes“.

Kompensationen, die nicht der Erhaltung eigener Arbeitsmöglichkeiten, sondern den persönlichen Vorteilen des Unternehmers dienen, sind keine „grauen“ Geschäfte mehr, sondern waschechte „Schwarzgeschäfte“. Zugunsten jener Geschäfte mag ein gegenwärtiger tatsächlicher Notstand sprechen, für diese jedoch gibt es keine Entschuldigung!

Beispiel: Tischlermeister Lampe bietet Tischlerarbeiten gegen einen 5-PS-Motor: ein zwar unzulässiges, aber entschuldbares „graues“ Geschäft.

Bietet Lampe aber Polstermöbel gegen Lebensmittel an, so verfärbt sich das „graue“ in ein tief „schwarzes“ Geschäft.

(¹) Das Verwaltungsamt für Wirtschaft hat neuerdings „Kompensationen“ zugelassen. Kompensationen können von Fall zu Fall genehmigt werden. Nur Fertigungsbetriebe — nicht Handelsfirmen — können kompensieren.

2. Die Strafbestimmungen

7. In welchen Bestimmungen ist geregelt, was verboten und strafbar ist?
- Strafbestimmungen für Schwarzmarkt, Tausch- und Schleichhandel sind:
1. Verbrauchsregelungsstrafverordnung (VRStVO.),
 2. Warenverkehrsverordnung (WarVVO.),
 3. Ergänzungsverordnung zur VRStVO.,
 4. Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO.),
 5. Preisstrafrechtsverordnung (PrStRVO.),
 6. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich (StGB.),
 7. viele strafrechtliche Nebengesetze.

3. Die Verbrauchsregelungsstrafverordnung

8. Welche Zuwiderhandlungen betrifft die VRStVO.?
- Die Verbrauchsregelungsstrafverordnung betrifft Zuwiderhandlungen mit bezugsbeschränkten Erzeugnissen.

Beispiel: Der Bäcker gibt an Frau Grün ein Brot ohne Marken ab. Er macht sich strafbar nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO., weil er Brot, also bezugsbeschränkte Erzeugnisse, ohne Bezugsberechtigung, d. h. ohne Marken, abgegeben hat. Frau Grün macht sich strafbar, weil sie Brot ohne Marken bezog — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

9. Was sind Erzeugnisse?
- Erzeugnisse sind
- a) alle Produkte der Landwirtschaft, alles, was der Bauer, der Landwirt produziert,
 - b) alle Produkte der Wirtschaft, alles, was vom Handwerker, vom Fabrikanten, von der Industrie und durch Arbeit gewonnen, also erzeugt und für den Verbraucher bestimmt ist.

Beispiel: Alle Lebensmittel sind Erzeugnisse (landwirtschaftliche Erzeugnisse).

Nur die fertigen Produkte der Wirtschaft sind Erzeugnisse, z. B. Schuhe, Spinnstoffwaren (gewerbliche Erzeugnisse).

Roheisen z. B. ist noch kein Erzeugnis; es ist Rohstoff, der erst zum Erzeugnis wird, wenn daraus Eisenwaren für den Verbraucher, z. B. Kochtöpfe, Fahrräder usw., hergestellt sind.

10. Was heißt bezugsbeschränkt? Bezugsbeschränkt sind solche Erzeugnisse, deren Erwerb für den Verbraucher geregelt ist und Beschränkungen unterliegt.

Beispiel: Alles, was man nur auf Karten oder Bezugscheine beziehen kann, ist „bezugsbeschränkt“. Alles, was es auf Karten oder Bezugscheine gibt, ist nicht „frei“ erhältlich.

Bezugsbeschränkte Erzeugnisse sind

a) nicht nach Belieben des Käufers oder sonstigen Erwerbers erhältlich. Der Käufer darf nicht soviel kaufen, wie er will, oder

b) der Käufer muß die Erzeugnisse von einem bestimmten Lieferanten beziehen. Der Käufer darf nicht kaufen, bei wem er will.

Beispiel: Butter ist bezugsbeschränkt. Der Verbraucher kann also nicht nach seinem Belieben soviel Butter einkaufen, wie er gern haben möchte.

Beispiel: Eintragung in die Kundenliste ist eine Beschränkung des Kunden, die ihn hindert, zu kaufen, wo er will. Er muß seine Ware dort beziehen, wo er in einer Kundenliste eingetragen ist.

Bei Erzeugnissen, deren Bezug für den Verbraucher beschränkt ist (bezugsbeschränkte Erzeugnisse), ist auch oft der Händler (Groß- oder Einzelhändler) und der Hersteller (Fabrikant) Beschränkungen unterworfen.

Beispiel: Der Bauer darf die Kartoffeln nicht nach seinem Belieben an den Großhändler, dieser nicht nach seinem Belieben an den Einzelhändler abgeben.

11. Welche Erzeugnisse sind bezugsbeschränkt? Jedes lebenswichtige Erzeugnis der Ernährungswirtschaft und eine große Anzahl von Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft sind bezugsbeschränkt.

Beispiel: 1. Bezugsbeschränkt im Bereiche der Ernährungswirtschaft sind insbesondere:

Eier und Eiererzeugnisse,
Gartenbauerzeugnisse,
Getreide- und Futtermittel,
Kartoffeln,

Milch und Fette,
Saatgut,
Süßwaren und Kakao,
Tiere und tierische Erzeugnisse,
Zucker,
Fische und Fischwaren usw.

2. Bezugsbeschränkt im Bereiche der gewerblichen Wirtschaft sind insbesondere:

Spinnstoffwaren,
Schuhe und Sohlenmaterial,
Seife,
flüssige Kraftstoffe,
Schmieröl,
Petroleum,
Fahrzeugbereifungen,
Kohlen,
Leder,
Schreibmaschinen,
Milchzentrifugen,
Fahrräder,
Tabakwaren usw.

Die Bezugsbeschränkung dieser Güter soll

1. die Produktion und die Heranführung der zur Versorgung notwendigen Verbrauchsgüter sichern und
2. die gerechte Verteilung und den Verbrauch der Güter regeln.

Das Ziel ist: Jedem soll möglichst der lebensnotwendige Anteil an den zur Verfügung stehenden Gebrauchsgütern zukommen.

Dieses Ziel soll durch die Bewirtschaftungs- und Verbrauchsbestimmungen erreicht werden.

12. Wie heißen die wichtigsten Bewirtschaftungs- und Verbrauchsbestimmungen?

Die wichtigsten Bewirtschaftungs- und Verbrauchsbestimmungen sind:

1. Die Landwirtschaftsbewirtschaftungsverordnung,
2. die Verbrauchsregelungsverordnung.

1. Die Landwirtschaftsbewirtschaftungsverordnung (LandwBewVO.) bringt die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch:

- a) Regelung der Aufgaben der Ernährungsämter,
- b) Festlegung allgemeiner Bestimmungen, z. B. Bezugsbeschränkungen, Einführung von Karten, Beschlagnahmen, Versorgung der Selbstversorger, Pflichten der Erzeuger usw.

2. Die Verbrauchsregelungsverordnung (VRVO.) führt die Bewirtschaftung für den gewerblichen Sektor ein und regelt die allgemeinen Bewirtschaftungsbestimmungen.

3. Zu diesen allgemeinen Bestimmungen der LandwBewVO. und der VRVO. sind laufend Einzelbestimmungen ergangen, die die öffentliche Bewirtschaftung der einzelnen bezugsbeschränkten Erzeugnisse einführen, und zwar:

a) für den landwirtschaftlichen Sektor, z. B. für Getreide, Futtermittel, Tiere, tierische Erzeugnisse, Milch, Milcherzeugnisse, Kartoffeln, Zuckerrüben, Eier, Fische usw. (sämtliche Verordnungen sind vom 7. September 1939),

b) für den gewerblichen Sektor, z. B. für Spinnstoffwaren (Verordnung vom 17. Februar 1943), Seifenerzeugnisse und Waschmittel (Verordnung vom 23. September 1939), Schuhe und Sohlenmaterial (Verordnung vom 16. Januar 1943), Tabakwaren (Verordnung vom 22. Dezember 1943).

13. Sind auch die aus dem Auslande importierten Güter, insbesondere Lebensmittel, bezugsbeschränkt?

Wird eine Ware bewirtschaftet, so erfaßt die Bewirtschaftung nicht nur die in Deutschland hergestellten, bearbeiteten oder gewonnenen Erzeugnisse, sondern auch die aus dem Auslande importierten Waren, die der deutschen Versorgung dienen sollen.

Beispiel: Das importierte kanadische Weizenmehl ist auch bezugsbeschränkt wie deutsches Mehl.

Nicht bezugsbeschränkt sind dagegen Waren, die nicht für die deutsche Bevölkerung bestimmt sind, z. B. Waren aus alliierterm Eigentum. Vgl. jedoch Frage 250.

Beispiel: Ingeborg hat von ihrem Freunde, einem Soldaten der alliierten Armee, zum Geburtstage 100 ausländische Zigaretten als Geschenk erhalten. Diese Zigaretten unterliegen als alliiertes Eigentum nicht der deutschen Verbrauchsregelung.

Auch Liebesgaben aus dem Auslande sind für den Verbraucher nicht bezugsbeschränkt. Der Bezug wird also nicht auf die Lebensmittelkarte angerechnet.

Beispiel: Frau Vetter erhält ein Carepaket mit Butter, Speck, Zucker, Schokolade und Spinnstoffwaren. Frau Vetter bekommt trotzdem wie bisher ihre Lebensmittelkarte. Die Lebensmittel werden nicht auf die Karte verrechnet. Diese Waren sind nicht bezugsbeschränkt. Frau Vetter kann sie auch privat, „frei“, d. h. ohne Marken, verkaufen. Sie darf damit aber keinen gewerbsmäßigen Handel anfangen, vor allem keinen Überpreis fordern oder annehmen.

14. Wann hört die Bezugsbeschränkung für bezugsbeschränkte Erzeugnisse auf?

Die Bezugsbeschränkung für bezugsbeschränkte Erzeugnisse hört auf, wenn der Verbraucher die bezugsbeschränkte Ware auf seine Karten zum Verbrauch bezogen hat.

Beispiel: Frau Grün kauft auf ihre Lebensmittelkarte Brot, Butter und Marmelade ein. Sie darf diese Lebensmittel verschenken, vertauschen

oder verkaufen. Eintauschen darf sie dagegen nur „freie“ Ware. Verkaufen darf sie, aber nicht zum Überpreis.

Was der Verbraucher auf seine Ration bezogen und erspart hat, ist nicht mehr bezugsbeschränkt, sondern „freie Ware“. Der Verbraucher kann damit tun und lassen, was er will.

Die Bewirtschaftungsbestimmungen gelten für diese Ware nicht mehr.

**15. Was heißt
Bezugsberechtigung?**

Die Bezugsberechtigung ist die staatliche Genehmigung zur Abgabe oder zum Bezuge der bezugsbeschränkten Ware.

Beispiel: Kartoffeln sind für den Handel und Verbrauch bezugsbeschränkt. Der Bauer, der Groß- und Einzelhändler, darf sie nur mit staatlicher Genehmigung (Bezugsberechtigung) abgeben. Der Händler oder der Verbraucher darf sie nur mit solcher Bezugsberechtigung beziehen.

Jedes Geschäft über die rationierte Ware bedarf der staatlichen Genehmigung. Diese Genehmigung muß nachgewiesen werden, damit die Ware abgegeben werden kann.

**16. Wie wird die
Bezugsberechtigung
nachgewiesen?**

Die Bezugsberechtigung wird mit „Bescheinigungen über die Bezugsberechtigungen“, durch die Karten und Bezugsscheine, nachgewiesen.

Beispiel: Lebensmittelkarten, Reisemarken, Bezugskarten, Tabakkarten, Bezugsscheine usw. sind Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen. Das Karten- und Bezugsscheinwesen dient lediglich dazu, auf einfache Weise den Nachweis der staatlichen Genehmigung für Abgabe und Bezug bezugsbeschränkter Erzeugnisse zu erbringen.

Die Karte selbst ist nur ein Stück Papier, das die staatliche Genehmigung für den Bezug der Ware nachweist.

Beispiel: Frau Grün hat ihre Lebensmittelkarten vergessen. Sie bittet den Bäcker, ihr ein Brot zu geben. Sie werde den Brotkartenabschnitt nachbringen. Sie habe zu Hause noch mehrere Brotkartenabschnitte.

Darf der Bäcker das tun? Nein, Frau Grün muß bei Bezug des Brotes ihre Bezugsberechtigung nachweisen. Sie muß dazu ihren Brotkartenabschnitt vorlegen und aushändigen.

Beispiel: Frau Schwarz hat keinen Brotkartenabschnitt mehr auf ihrer Karte. Sie findet einen Brotkartenabschnitt und legt diesen Abschnitt dem Bäcker, der von der Herkunft des Abschnittes keine Ahnung hat, vor.

Muß der Bäcker das Brot abgeben? Ja, wenn Brot zum Verkauf vorhanden ist, muß der Bäcker es an Frau Schwarz abgeben. Frau Schwarz hat durch Vorlage und Übergabe des Brotkartenabschnittes die staatliche Genehmigung, ihre Bezugsberechtigung, nachgewiesen. Frau Schwarz bezieht nicht ohne Bescheinigung ihrer Bezugsberechtigung, ohne Karte.

Frau Schwarz macht sich aber strafbar wegen Fundunterschlagung — § 246 StGB. — und wegen Ausnutzens einer Bescheinigung, die ihr nicht zusteht — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

17. Welche Arten von „Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen“ gibt es? Die Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen sind:
a) entweder Bezugskarten,
b) oder Bezugscheine.

17a. Was sind Bezugskarten? Bezugskarten werden für den regelmäßigen Bedarf, meistens für je eine Versorgungsperiode ausgegeben.

Beispiel: Lebensmittelkarten, Seifen- oder Tabakkarten.

17b. Was sind Bezugscheine? Bezugscheine werden für besonderen Bedarf und nur auf Antrag ausgegeben.

Beispiel:

1. Bezugschein für ein Paar Schuhe.

2. Bezugscheine werden auch den Händlern auf Grund der eingereichten Einzelabschnitte ausgestellt und dienen dann nicht der eigenen Bedarfsdeckung, sondern berechtigen zum Warenbezug für den gewerbsmäßigen Warenabsatz.

3. Großbezugscheine sind Bezugscheine, die den Großhändlern und solchen Händlern, die unmittelbar vom Produzenten beziehen, ausgestellt werden.

4. Berechtigungsscheine dienen der Lebensmittelbeschaffung für besondere Zwecke (z. B. für Zuckerkranke, Vegetarier) oder für besondere Fälle (z. B. Hochzeit).

18. Sind die Karten Urkunden? Bezugskarten und Bezugscheine sind Urkunden, sobald der Name eines Berechtigten eingetragen ist.

1. Ohne Namenseintragung sind die Karten nur „Vordrucke“.

2. Erst durch die Eintragung des Namens eines Berechtigten wird die Bescheinigung über die Bezugsberechtigung, die Karte, gültig. Erst dann weist sie die staatliche Genehmigung zum Bezuge von bezugsbeschränkten Erzeugnissen nach, und zwar für denjenigen, der auf der Karte verzeichnet ist.

Erst durch die Namenseintragung wird daher die Karte zu einer Urkunde.

Beispiel:

1. Wer eine Karte nachahmt, auf die der Name eines Berechtigten noch nicht gesetzt ist, begeht keine Urkundenfälschung — § 267 StGB. Er fertigt nur einen Vordruck, ein Formular an, das noch keine Urkunde ist.

2. Der Fälscher von Karten, dessen Werkstatt aufgedeckt wird, ohne daß die Eintragung von Namen auf den gefälschten Karten vorgenommen ist, bleibt aber nicht strafflos.

Diese fälschliche Anfertigung eines Kartenvordrucks ist besonders unter Strafe gestellt — § 1 Abs. 2 KWVO.

3. Der Beamte der Kartenstelle, der Kartenformulare bei der Kartenstelle stiehlt, kann nicht wegen Urkundenverbrechens im Amte (Beiseiteschaffen einer amtlich zugänglichen Urkunde) bestraft werden — §§ 348, 349 StGB.

Er macht sich wegen Beiseiteschaffens eines Kartenvordrucks strafbar — § 1a Abs. 2 KWVO. Außerdem liegt Diebstahl und Gewahrsamsbruch vor — §§ 133, 242 StGB.

Die Namenseintragung, die den Kartenvordruck erst zu einer Urkunde macht, braucht nicht handschriftlich zu erfolgen.

Stempelaufdruck oder Maschinenschrift genügt. Auch ein anderer kann den Namen des Berechtigten eintragen.

4. Die Warenverkehrsverordnung

19. Welche Erzeugnisse betrifft die Warenverkehrsverordnung? Die Warenverkehrsverordnung betrifft Zuwiderhandlungen mit beschlagnahmten (gewerblichen) Erzeugnissen.

20. Wann ist eine Ware beschlagnahmt? Eine Ware ist beschlagnahmt, wenn derjenige, der die Ware besitzt, sie nicht nach seinem Belieben verkaufen oder vertauschen, also nicht damit tun und lassen kann, was er will.

Wer beschlagnahmte Sachen besitzt, darf sie nur nach den bestehenden Bestimmungen verwenden oder weggeben, z. B. verkaufen oder vertauschen.

Beispiel: Papier, das zum Drucken von Büchern benutzt wird, ist beschlagnahmt. Der Verlag und Druckereibetrieb Meyer & Co. hat noch Papiervorräte. Diese sind beschlagnahmt, d. h. die Firma darf das Papier nicht nach ihrem Belieben verwenden. Will der Verlag bestimmte Bücher drucken, so muß er vorher die Genehmigung dazu einholen, daß er das beschlagnahmte Papier zu diesem Zwecke verwenden darf.

21. Was ist der Unterschied zwischen bezugsbeschränkten und bezugsbeschränkten und bezugsbeschränkten Waren? 1. Ist eine Ware bezugsbeschränkt, so wird davon der Erwerber, also insbesondere der Käufer, betroffen.

2. Ist eine Ware beschlagnahmt, so wird dadurch nur der Besitzer gebunden.

Beispiel zu 1.: Kohlen, Schreibmaschinen, Seifen sind z. B. bezugsbeschränkt, aber nicht beschlagnahmt. Kohlen usw. kann man daher nur gegen Bezugschein oder — bei regelmäßiger Zuteilung — auf Kohlenkarte erwerben. Der Käufer darf nur soviel beziehen, als ihm zusteht.

Beispiel zu 2.: Felle, Häute, aber auch z. B. Bohnenkaffee außerhalb einer besonders angeordneten Zuteilung (z. B. Weihnachtszuteilung), sind

beschlagnahmte, aber nicht bezugsbeschränkt. Der Händler, der Felle oder Häute besitzt, darf sie also nicht nach seinem Belieben an Kunden abgeben. Er darf sie nur verkaufen, wenn er dazu die Erlaubnis erhalten hat. Er darf die beschlagnahmte Ware auch für seinen Gewerbebetrieb nicht benutzen, wie er will.

22. Gibt es auch Waren, die sowohl bezugsbeschränkt als auch beschlagnahmte sind?
1. Alles, was der Verbraucher für seine lebensnotwendige Ernährung braucht, ist nicht nur bezugsbeschränkt, sondern auch beschlagnahmte.
 2. Waren, die nicht für den Verbraucher bestimmt sind, weil sie noch weiter verarbeitet werden müssen, sind nur beschlagnahmte.

Beispiel zu 1.: Lebensmittel, z.B. Fleisch, Milch usw., sind beschlagnahmte und bezugsbeschränkt.

Beispiel zu 2.: Häute sind z.B. nur beschlagnahmte; ist aber daraus Schuhleder hergestellt, dann ist dieses Produkt auch bezugsbeschränkt. Schuhleder ist für den Verbraucher bestimmt, für den daraus Schuhe gefertigt werden.

23. Welche Bedeutung hat die Unterscheidung, daß eine Ware bezugsbeschränkt oder beschlagnahmte ist?
1. Wer beschlagnahmte Waren verkauft, macht sich nach der WarVVO strafbar.
 2. Wer bezugsbeschränkte Waren ohne Bezugsberechtigung abgibt oder erwirbt, verstößt gegen die VRStVO.

Beispiel: Grün findet in den Trümmern eines Hauses, aus dem er Mauersteine bergen will, in einer Ecke 20 Pfund Bohnenkaffee. In dem zertrümmerten Hause befanden sich nämlich früher die Lagerräume einer Kaffee Großhandlung. Grün nimmt hocherfreut den Bohnenkaffee an sich und verkauft an seine Bekannten Nebel und Schwarz je 8 Pfund zum Preise von 450 RM. das Pfund. Die restlichen 4 Pfund behält er für sich. Hier liegen mehrere strafbare Handlungen vor:

Sowohl Grün als auch die Käufer Nebel und Schwarz machten sich strafbar. Allerdings liegt in dem Verkauf des Bohnenkaffees kein Verstoß des Grün gegen die Verbrauchsregelungsverordnung. Auch Nebel und Schwarz, die den Kaffee gekauft haben, handelten hierbei nicht gegen die Vorschriften der Verbrauchsregelungsverordnung. Denn Bohnenkaffee außerhalb einer Zuteilung gehört nicht zu den bezugsbeschränkten Erzeugnissen. Bohnenkaffee ist aber allgemein beschlagnahmte. Er durfte daher nicht ohne Erlaubnis verkauft werden.

Grün hat sich durch den Verkauf des beschlagnahmten Kaffees nach der Warenverkehrsverordnung strafbar gemacht — §§ 12 bis 15 WarVVO, § 137 StGB.

Außerdem ist Grün wegen Fundunterschlagung zu bestrafen, weil er sich den gefundenen Kaffee aneignete — § 246 StGB.

Ferner ist er wegen Preisvergehen's strafbar, weil er den Bohnenkaffee zu einem Preise von 450 RM. das Pfund, also zu einem Überpreis, verkaufte — § 1 PrStVO.

Nebel und Schwarz haben sich, weil sie den Überpreis bezahlten, gleichfalls nach der PrStVO. strafbar gemacht.

5. Die Strafbestimmungen gegen Beamte

24. Welche besonderen Strafbestimmungen bestehen gegen Beamte der Verbrauchsregelung? Die Ergänzungsverordnung zur VRStVO. enthält besondere Strafbestimmungen gegen Beamte, Angestellte und Helfer, die bei den Kartenstellen, Wirtschafts- und Ernährungsämtern tätig sind.

Beamte, Angestellte und Helfer werden besonders bestraft, wenn sie entgegen den besonderen Bestimmungen oder den Anordnungen der bewirtschaftenden Stellen Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen an Gewerbetreibende oder Verbraucher abgeben oder dabei mitwirken.

Beispiel: Rentner Kruse ist auf dem Wirtschaftsamt vormittags aus-hilfsweise tätig. Dort erscheint eines Tages Fräulein Grün und beantragt einen Bezugschein für ein Paar Schuhe. Sie gibt wahrheitsgemäß an, daß sie noch zwei Paar gute Schuhe besitzt. Sie möchte sich aber gern noch ein Paar elegante Schuhe kaufen, die sie beim Tanzen anziehen möchte. Kruse lehnt das zunächst mit Recht ab, da nach den bestehenden Bestimmungen Fräulein Grün mit den vorhandenen Schuhen auskommen muß. Fräulein Grün läßt aber nicht locker und redet in so bestrickender Weise auf Kruse ein, daß er schließlich nachgibt und Fräulein Grün den Bezugschein aus Entgegenkommen ausstellt.

Hier hat sich Kruse nach der ErgVO. zur VRStVO. strafbar gemacht, weil er entgegen den bestehenden Bestimmungen einen Bezugschein an Fräulein Grün aushändigte.

6. Die Kriegswirtschaftsverordnung

25. Was ist nach der KWVO. unter Strafe gestellt? Nach der KWVO. wird bestraft,

1. wer böswillig die Versorgung der Bevölkerung dadurch gefährdet, daß er lebenswichtige Rohstoffe und Erzeugnisse
 - a) vernichtet oder
 - b) beiseiteschafft oder
 - c) zurückhält — § 1 Abs. 1 KWVO.,
2. wer
 - a) Bezugskarten, Bezugscheine usw., also

Bezugsberechtigungen (oder deren Vordrucke)

aa) beiseiteschafft oder

bb) nachmacht oder

b) nachgemachte Karten oder Kartenvordrucke

aa) in den Verkehr bringt oder

bb) sich verschafft — § 1 Abs. 2

KWVO.

3. wer in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes Tausch- und Schleichhandel treibt oder Schmiergelder annimmt.

Beispiel zu 1.: Beiseiteschaffen lebenswichtiger Erzeugnisse.

Panse und Weber brachen in ein Lebensmittelgeschäft ein. Die Beute belief sich auf 20 kg Butter, 40 kg Mettwurst, 55 kg Margarine, 17 kg Käse, 50 Pakete Heißgetränk und 140 Eier, ferner einige Zentner Zucker. Bevor Panse und Weber die Beute auf dem Schwarzen Markt absetzen konnten, wurden sie von der Polizei gefaßt.

Panse und Weber machten sich des Wirtschaftsverbrechens durch Beiseiteschaffen von Lebensmitteln strafbar — § 1 Abs. 1 KWVO. Lebensmittel sind lebenswichtige Erzeugnisse. Die Menge der gestohlenen Lebensmittel ist so erheblich, daß eine ernsthafte Gefährdung der Bedarfsdeckung der Bevölkerung möglich war.

Gerade Diebstähle aus Lebensmittelgeschäften stellen eine große Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung dar. Die in Einzelhandelsgeschäften lagernden Lebensmittel sind für die unmittelbare Verteilung bestimmt. Örtliche Störungen der Versorgung sind bei solchen Einbrüchen immer zu befürchten.

Außerdem haben sich Panse und Weber des Einbruchdiebstahls schuldig gemacht — §§ 242, 243 StGB.

Beispiel zu 2.: Nachmachen von Lebensmittelkarten-Vordrucken.

Emil Schröder ist in einer Druckerei beschäftigt, in der u. a. auch Lebensmittelkarten gedruckt werden. Beim Druck dieser Karten ist etwas Papier übrig geblieben, das für den Druck nicht mehr verwendbar war. Nach Dienstschuß holt Schröder dieses Papier, das der Meister in den Ofen geworfen hatte, dort heraus. Er druckt sich auf diesem Papier 20 Lebensmittelkarten, die er auf dem Schwarzen Markt verschieben will. Ehe es dazu kommt, wird er aber von der Polizei gefaßt.

Schröder machte sich dadurch strafbar, daß er Vordrucke von Lebensmittelkarten nachmachte — § 1 Abs. 2 KWVO.

Beispiel zu 3.: Tausch- und Schleichhandel.

Kolonialwarenhändler Lehmann tauscht mit dem Schlächter Franck Butter gegen Fleisch.

Beide sind wegen Tauschhandels zu bestrafen — § 1a KWVO. Ferner sind sie auch wegen Abgabe und wegen Beziehens bezugsbeschränkter Ware, der Butter, und des Fleisches, nach der VRStVO. strafbar — § 1 VRStVO.

26. Wodurch unterscheiden sich die Zuwiderhandlungen gegen die KWVO. von denen gegen die VRStVO. oder die WarVVO.?

1. Die KWVO. betrifft nicht nur (wie die VRStVO.) Erzeugnisse, sondern auch Rohstoffe.
2. Die Rohstoffe und Erzeugnisse brauchen nicht (wie nach der VRStVO.) bezugsbeschränkt oder (wie nach der WarVVO.) beschlagnahmt zu sein, sie müssen zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören.
3. Durch die Schiebung muß die Versorgung der Bevölkerung gefährdet sein.
4. Die Schiebung muß auf böswilliger Gesinnung beruhen.

Beispiel: Grün findet in dem zertrümmerten Geschäftshaus 50 Sack mit je einem Doppelzentner Bohnenkaffee. Er fährt sie von dort ab und verschiebt sie zum Preise von 450 RM. pfundweise.

Hier machte sich Grün außer nach §§ 13 bis 15 WarVVO. und §§ 137, 246 StGB., § 1 PrStRVO. auch gemäß § 1 Abs. 1 KWVO. strafbar. Der verschöbene Bohnenkaffee ist zwar nicht bezugsbeschränkt, er ist aber allgemein beschlagnahmt. Kaffee gehört auch zu den lebenswichtigen Erzeugnissen der Bevölkerung. Mit 100 Zentnern Kaffee hätte ein großer Teil der Bevölkerung bei einer Sonderzuteilung von Bohnenkaffee berücksichtigt werden können.

Beispiel: Der Fabrikant Becker besitzt noch einen größeren Posten Weckeruhren. Während des Krieges hatte er diese Weckeruhren verlagert. Er verschiebt die Uhren jetzt zu Schwarzmarktpreisen.

Becker machte sich des Wirtschaftsverbrechens durch Beiseiteschaffen der Weckeruhren strafbar — § 1 Abs. 1 KWVO.

Die Weckeruhren sind dem geregelten Warenverkehr entzogen worden. Weckeruhren sind zwar nicht bezugsbeschränkt, sie sind aber für die werktätige Bevölkerung lebenswichtig. Weckeruhren sind heute ein begehrter Artikel, da Uhren nicht im genügenden Umfange hergestellt werden können. Mit dem verlagerten Posten Weckeruhren hätte ein Teil der Bevölkerung versorgt werden können.

Außerdem hat sich Becker des Preisvergehens schuldig gemacht, da er die Weckeruhren zu Schwarzmarktpreisen verkaufte — § 1 PrStRVO.

7. Die Preisstrafrechtsverordnung

27. Was regelt die Preisstrafrechtsverordnung? Die Preisstrafrechtsverordnung bringt eine einheitliche Regelung der Strafvorschriften und des Strafverfahrens in Preissachen.

Wer gegen Preisvorschriften, insbesondere gegen den sog. Preisstop, verstößt, macht sich strafbar — § 1 PrStRVO.

Beispiel: Hartmann hatte nach dem Kriege eine Stellung als Handelsvertreter gefunden. Er wohnte in Bremen und bereiste Oldenburg und Ostfriesland. Sein Verdienst war gering. Daher kam ihm ein geschäftliches Angebot, das ihm ein polnischer Soldat machte, sehr gelegen. Hartmann sollte für den Polen Butter und Kaffee in Hamburg absetzen. Er nahm die Chance, die sich ihm bot, wahr und erhielt von dem Polen aus dessen Verpflegung 6 Pfund Kaffee und 8 Pfund Butter. Der Verkäufer wollte mindestens für den Kaffee 420 RM., für die Butter 180 RM. pro Pfund Erlösen. Was Hartmann über diese Preise erzielte, sollte er für seine Tüchtigkeit als Verdienst erhalten. Solche Geschäfte erledigte Hartmann mehrfach, bis er gefaßt wurde.

Hartmann ist wegen fortgesetzten Preisvergehens schuldig und strafbar — § 1 PrStRVO.

Dagegen kann eine Bestrafung Hartmanns wegen Zuwiderhandlungen gegen Verbrauchsregelungsbestimmungen hier nicht erfolgen. Waren, die im Eigentum alliierter Soldaten stehen, unterliegen nicht der Verbrauchsregelung.

8. Das Strafgesetzbuch

28. Welche Vergehen und Verbrechen des Strafgesetzbuches kommen vielfach bei Wirtschaftsvergehen noch hinzu? Schwere Verstöße gegen das Strafgesetzbuch, wie Diebstahl, Hehlerei, Betrug, Untreue und Urkundendelikte usw., ermöglichen oft erst die Zuwiderhandlungen gegen die VRStVO. oder KWVO.

Diese Straftaten liegen dann neben den Verstößen gegen die VRStVO., KWVO. und PrStRVO. auch noch vor.

a) Preisvergehen, Verbrauchsregelungsvergehen und Diebstahl.

Beispiel: Anton stiehlt Brot durch Einbruch in einen Bäckerladen und verschiebt es, wie schon früher, auf dem Schwarzen Markt.

Anton hat sich wegen Einbruchdiebstahls strafbar gemacht — §§ 242, 243 StGB. Er ist aber auch wegen Preisvergehens zu bestrafen, weil er das Brot auf dem Schwarzen Markt gegen Überpreise verkaufte — § 1 PrStRVO. Als Schwarzhändler verstößt er schließlich gegen die Verbrauchsregelungsbestimmungen. Er gibt, wie ein Händler, Brot ab. Er macht sich dabei strafbar, weil er es ohne Marken abgibt — § 1 VRStVO.

b) Verbrauchsregelungsvergehen und Hehlerei.

Beispiel: Frau Grün kauft das Brot, das Anton gestohlen hat. Anton erzählte ihr, wo das Brot herkommt. Frau Grün machte sich durch den Bezug bezugsbeschränkter Ware, hier des Brotes, eines Verbrauchsregelungsvergehens schuldig — § 2 VRStVO. Sie wird aber auch wegen Hehlerei bestraft, da das Brot aus einem Diebstahl herrührte — § 259 StGB.

c) Verbrauchsregelungsvergehen und Betrug.

Beispiel: Frau Grün kauft bei dem Bäcker ein Brot. Sie schwindelte ihm vor, sie habe ihre Kartentasche nicht bei sich. Der Bäcker möge ihr jetzt ein Brot ohne Marken geben, sie würde die Karte nachbringen. In Wirklichkeit hatte Frau Grün gar keine Brotabschnitte mehr. Der Bäcker kommt um den Kartenabschnitt, weil er so leichtsinnig war, den Schwindel der Frau Grün zu glauben.

Frau Grün machte sich wegen Bezuges bezugsbeschränkter Ware, des Brotes, ohne Bezugsberechtigung, also einer Verbraucherstraftat, schuldig — § 2 VRStVO. Außerdem ist sie aber auch wegen Betruges zu bestrafen, weil sie durch ihren Schwindel den Bäcker um den Brotkartenabschnitt brachte — § 263 StGB.

d) Verbrauchsregelungsvergehen und Untreue.

Beispiel: Der Gehilfe in dem Kolonialwarengeschäft des Lehmann, Philipp, gibt ohne Wissen und gegen den Willen des Lehmann an Frau Grün ein Brot ohne Marken ab.

Frau Grün ist wegen Bezuges des Brotes ohne Marken zu bestrafen — § 2 VRStVO.

Philipp hat sich wegen Abgabe bezugsbeschränkter Ware, des Brotes, also wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungsverordnung, als Gehilfe eines Gewerbetreibenden schuldig gemacht — § 1 VRStVO. Außerdem ist aber Philipp auch noch wegen Untreue zu bestrafen — § 266 StGB. Er verletzte seine Pflichten als Angestellter gegenüber seinem Prinzipal dadurch, daß er Brot ohne Brotkartenabschnitte abgab. Er schädigte dadurch seinen Prinzipal, denn Lehmann bekommt von seinem Lieferanten auch nur Brot gegen Abgabe der Kartenabschnitte. Lehmann bekommt also für das ohne Marken abgegebene Brot keine neue Ware, kein neues Brot. Er verdient weniger, weil sein Umsatz durch die Untreue seines Angestellten zurückgeht.

e) Verbrauchsregelungsvergehen, Urkundenfälschung und Unterschlagung.

Beispiel: Frau Grün findet eine Lebensmittelkarte. Sie radiert den auf der Lebensmittelkarte stehenden Namen aus und setzt ihren eigenen ein. Dann kauft sie auf diese Karte ein.

Frau Grün hat bezugsbeschränkte Lebensmittel auf eine Karte, die ihr nicht zusteht, bezogen. Sie hat gegen die Verbrauchsregelungsbestimmungen verstoßen — § 2 VRStVO. Außerdem ist sie wegen Fundunterschlagung und Urkundenfälschung strafbar — §§ 246, 267 StGB. Sie hat sich nämlich die fremde Karte, die sie gefunden hatte, angeeignet und sie damit unterschlagen. Sie verfälschte die mit dem Namen des Verlierers versehene Karte, eine Urkunde, dadurch, daß sie den Namen ausradierte und ihren eigenen einsetzte.

Auch ein Kriegswirtschaftsverbrechen kann in Betracht kommen. Frau Grün hat eine Lebensmittelkarte verfälscht und die verfälschte Karte in den Verkehr gebracht — § 1 Abs. 2 KWVO.

9. Strafrechtliche Nebengesetze

29. Welche Verstöße Vielfach treffen Zuwiderhandlungen gegen die Verbrauchsregelung mit Strafbestimmungen aus strafrechtlichen Nebengesetzen zusammen.
gegen sonstige Strafbestimmungen treffen oft mit Verbrauchsregelungsvergehen zusammen?

Solche Nebengesetze sind z. B. das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 i. d. F. vom 26. Februar 1935 (RGBl. I. S. 311), das Branntweinmonopolgesetz oder die Reichsabgabenordnung (RAO.) usw.

a) Verbrauchsregelungsvergehen, unlauterer Wettbewerb und Schleichhandel.

Beispiel: Der Händler Hansen gibt dem Angestellten einer Großhandelsfirma, Peters, Theater- und Kinokarten und andere Geschenke, um eine größere Menge bezugsbeschränkter Ware zu erhalten, als er Bezugs-scheine abgeliefert hat. Peters fühlt sich durch die Geschenke verpflichtet, und Hansen erhält tatsächlich mehr Ware, als ihm nach den abgelieferten Bezugs-scheinen zusteht.

Hier ist Hansen wegen Beziehens bezugsbeschränkter Waren, also wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungsbestimmungen in Ausübung des Berufes oder Gewerbes strafbar — § 1 VRStVO.

Außerdem ist er auch wegen unlauteren Wettbewerbs zu bestrafen — § 12 UnlWG. Der Händler Hansen hat, um bevorzugt für sein Geschäft Waren zu erhalten, einem Angestellten eines anderen Geschäfts, der, Großhandelsfirma, Geschenke angeboten. Tatsächlich hat der Angestellte Peters sich durch die Geschenke auch dazu verleiten lassen, Hansen Ware ohne Marken zu liefern. Das ist unlauterer Wettbewerb, aber auch Schleichhandel, der für einen Gewerbetreibenden verboten und strafbar ist — § 1a KWVO.

b) Verbrauchsregelungsvergehen, Preisvergehen und Steuerhinterziehung.

Beispiel: Hansmann hat eine gutbezahlte Stellung als Filialleiter einer bekannten Zigarettenfabrik. Er erhält monatlich 300 Deputatzigaretten, wie alle anderen Angestellten der Fabrik auch. Darüber hinaus steht ihm als Filialleiter ein Sonderfonds von 1000 Zigaretten monatlich zur Verfügung. Da Hansmann selbst wenig raucht, ist er in der Lage, seiner in Hamburg lebenden Ehefrau größere Mengen Rauchwaren zu schicken. Frau Hansmann soll mit Hilfe dieser Zigaretten ihre Lebenshaltung verbessern. Dieses nutzt sie auch aus, aber auf verbotene und strafbare Weise. Von den 6000 ihr zugesandten Zigaretten tauscht sie nämlich die Mehrzahl gegen bezugsbeschränkte Lebensmittel, wie Butter, Margarine, Öl, Brot, ein, die sie vom Schwarzen Markt bezog. Einen Teil der Zigaretten verkauft sie. Sie setzt etwa 2600 Zigaretten für den Schwarzhandelspreis von

2.50 RM. pro Stück ab. Für einen kleineren Posten von 180 Stück erzielt sie sogar 4 RM. pro Stück.

Frau Hansmann machte sich hier dadurch strafbar, daß sie laufend bezugsbeschränkte Lebensmittel, nämlich Butter, Margarine, Öl und Brot, ohne Bezugsberechtigung erwarb — § 2 Abs. 1 Ziff. 1 Abs. 4 VRStVO.

Außerdem ist Frau Hansmann zu bestrafen, weil sie 2780 Zigaretten zu Überpreisen verkaufte — § 1 PrStVO.

Aber noch eine weitere strafrechtliche Folge hat der Zigarettenhandel. Alle von Frau Hansmann verkauften Zigaretten waren zwar, wie aus der Banderole ersichtlich, versteuert, jedoch nur für den Verkauf zum normalen Ladenverkaufspreis. Ein Weiterverkauf zu einem erhöhten Preis macht eine erhöhte Tabaksteuer fällig; Frau Hansmann hat für 2780 Zigaretten die erhöhte Tabaksteuer, die durch den Schwarzmarktpreis dieser Zigaretten entstanden war, hinterzogen. Sie hat sich also der Tabaksteuerhinterziehung schuldig gemacht und ist deswegen strafbar — § 396 RAO. Die hinterzogene Tabaksteuer muß sie selbstverständlich nachträglich bezahlen. Sie macht hier nicht weniger als 4900 RM. aus.

Auch den durch das Preisvergehen erzielten Mehrerlös aus dem Zigarettenverkauf gegenüber dem normalen Ladenverkaufspreis muß Frau Hansmann wieder herausgeben.

Schließlich unterliegen aber die unter Begehung einer Steuerhinterziehung verkauften Zigaretten der Einziehung — § 401 Abs. 1 RAO. Ist diese Einziehung nicht mehr möglich, z. B. weil die Käufer der Zigaretten nicht mehr zu ermitteln sind, so ist der Wert dieser Zigaretten zu ersetzen. Auf Grund dieser Bestimmung muß Frau Hansmann also auch den normalen Verkaufspreis der Zigaretten herausgeben.

Frau Hansmann sieht sich also einer gesalzenen Rechnung gegenüber: Neben einer Gefängnisstrafe für den Erwerb bezugsbeschränkter Lebensmittel ohne Karten und wegen Preisvergehens erhielt sie eine Geldstrafe wegen der begangenen Steuerhinterziehung. Sie muß ferner die hinterzogene Tabaksteuer im Betrage von 4900 RM. nachzahlen, den Mehrerlös von 7200 MR. herausgeben und den Wert der nicht mehr einziehbaren Zigaretten im Betrage von 166.86 RM. ersetzen.

Wußte Herr Hansmann von den dunklen Geschäften seiner Ehefrau, so hat auch er sich wegen Beihilfe an den Straftaten seiner Ehefrau schuldig und strafbar gemacht.

c) Verbrauchsregelungsvergehen, Preisvergehen, Monopolabgabenhinterziehung.

Beispiel: Schon in der Kriegsgefangenschaft hatte Anton erfahren, wie man sich privat Branntwein herstellen kann. Nach seiner Entlassung stellte er eigene Versuche an. Ein Brenngerät erstand er auf dem Schwarzen Markt. Aus der gleichen Quelle bezog er den Zucker zum Preise von 60 bis 70 RM. das Pfund. Nun ließ Anton seine Produktion anlaufen. Bis zu 30 Flaschen Branntwein monatlich stellte er her, wenn er sich den nötigen Zucker auf dem Schwarzen Markt verschaffen konnte. Einen Teil des Branntweins trank er selbst aus. Der größere Teil wanderte jedoch auf den Schwarzen Markt oder wurde gegen Zucker eingetauscht. Anton hat sich wegen Bezuges von Zucker ohne Karten strafbar gemacht — § 1

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Er hat bezugsbeschränkte Ware, nämlich Zucker, vom Schwarzen Markt bezogen.

Außerdem ist Anton wegen Preisvergehens zu bestrafen — § 1 PrStRVO. Das Erzeugnis des Schwarzbrennens wurde auf dem Schwarzen Markt zu hohen Preisen verkauft.

Schließlich liegt auch eine Monopolabgabenhinterziehung vor — § 122 BrMonG. Anton hat nämlich für den selbstgebrannten Schnaps die staatlichen Monopolabgaben nicht entrichtet. Der selbstgebrannte Schnaps unterliegt der Einziehung. Soweit er nicht mehr vorhanden ist, muß Anton seinen Wert ersetzen — § 401 Abs. 2 RAO.

d) Preisvergehen, Steuerhehlerei und Diebstahl

Beispiel: Drei junge Leute — Fritz, Karl und Franz — wollen einmal gut leben. Fritz weiß eine Geldquelle. Auf dem Grundstück seiner Mutter hat ein Bekannter 9000 RM. vergraben. Eines Nachts holen alle drei das Geld. In berücktigten Gastwirtschaften fängt nun ein lustiges Leben an. Die drei Freunde kaufen eine Flasche Schnaps nach der anderen. Geld hatte man dazu genug. Der Schnaps ist recht teuer. Er ist nämlich „schwarz“ gebrannt. Die Preise belaufen sich zwischen 300 und 350 RM. je Flasche. Insgesamt trinken Fritz, Karl und Franz im Laufe der Zeit etwa 20 Flaschen Schnaps aus. Der Rest des Geldes wird in englischen Zigaretten angelegt, die zu dem üblichen Schwarzmarktpreis von 6 RM. pro Stück gekauft werden. Fritz, Karl und Franz sind des Diebstahls schuldig, weil sie das auf dem Grundstück von Fritzens Mutter vergrabene fremde Geld wegnahmen — § 242 StGB.

Die drei jungen Leute haben sich aber auch wegen Monopolabgabenhelerei vergangen. Wer selbstgebrannten Schnaps, also ein Erzeugnis, das ohne Entrichtung der staatlichen Monopolabgaben hergestellt ist, ankauft, macht sich der Abgabenhelerei schuldig. Der schwarzgebrannte Schnaps mußte eingezogen werden. Da Fritz, Karl und Franz ihn bereits ausgetrunken haben, müssen sie den Wert des Schnapses ersetzen — § 401, Abs. 2 RAO.

Der Erwerb von Schnaps und englischen Zigaretten zu Schwarzmarktpreisen stellt schließlich noch ein Preisvergehen dar — § 1 PrStRVO. Selbstgebrannter Schnaps und englische Zigaretten fallen nicht unter die Verbrauchsregelung, sind also nicht bezugsbeschränkt. Ein Verstoß gegen die Verbrauchsregelungsbestimmungen liegt daher nicht vor.

Die drei Freunde sind also wegen Diebstahls, Preisvergehens und Abgabenhelerei zu bestrafen. Sie müssen für ihren Leichtsinns mit Gefängnis und Geldstrafen büßen.

Kapitel II

Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

I. Allgemeines

30. An welche Personen Die Verbrauchsregelungsstrafverordnung anwenden sich die Bewirtschafter unterscheidet

schaftungs- und Verbrauchsregelungsbestimmungen?

1. die in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs tätigen Personen,

2. diejenigen, die in amtlicher Eigenschaft mit der Verbrauchsregelung betraut sind,
3. die Verbraucher.

Diese drei Personengruppen behandelt die VRStVO. verschieden.

Beispiel: Abel gibt dem Bebel eine Raucherkarte.

Das ist unzulässig. Bezugskarten sind nicht übertragbar. Abel darf die Raucherkarte nicht abgeben.

a) Ist Abel Tabakwarenhändler und Bebel sein Kunde, so macht Abel sich strafbar nach § 1 VRStVO., weil er in Ausübung seines Berufes oder Gewerbes eine Bezugsberechtigung, nämlich die Raucherkarte, einem anderen überlassen hat.

Bebel als Verbraucher ist wegen Beihilfe an der Straftat des Abel schuldig und deswegen zu bestrafen — § 49 StGB. § 1 VRStVO.

b) Ist Abel Angestellter der Kartenstelle und gibt er Bebel, seinem Bekannten, die Karte, weil dieser seine Raucherkarte verloren hat, so macht Abel sich strafbar nach Art. III der ErgVO. zur VRStVO., weil er als Angestellter der Kartenstelle, bei der er in amtlicher Eigenschaft mit der Verbrauchsregelung betraut ist, entgegen den bestehenden Bestimmungen eine Raucherkarte einem Verbraucher, dem Bebel, bewilligt hat. Raucherkarten werden bei Verlust nicht ersetzt.

c) Ist Abel schließlich selbst ein Verbraucher, der als Nichtraucher seinem Bekannten Bebel die Raucherkarte gegen eine Vergütung gibt, so macht Abel sich nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. strafbar, weil er die Raucherkarte, eine Bescheinigung über eine Bezugsberechtigung, einem anderen überlassen hat in der Absicht, sich zu bereichern. Bebel ist auch zu bestrafen, weil er sich die Raucherkarte gegen Entgelt verschafft — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

31. Wodurch zeigt sich Wer beruflich oder gewerblich oder die unterschiedliche Beamtlich mit bezugsbeschränkten Erzeugung der Gewerbetreibenden, der beamteten Verantwortung und bei Verstößen Personen und der strengerer Bestrafung. Verbraucher?

1. Die besondere Verantwortung.

a) Der Verbraucher darf eine Bescheinigung über Bezugsberechtigungen, also z.B. Lebensmittelkarten, Bezugscheine, einem anderen nicht überlassen, wenn er sich damit bereichern will — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel: Frau Grün darf die Karten nicht verkaufen oder vertauschen. Das ist strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Frau Grün ist straffrei, wenn sie ihre Raucherkarte ihrem Untermieter schenkt.

Der Gewerbetreibende darf Bezugsberechtigungen, also Karten, einem anderen in keinem Falle überlassen.

Der Gewerbetreibende, der in Ausübung seines Gewerbes einem anderen

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

eine Karte oder einen Kartenabschnitt überläßt, ist auch schuldig und strafbar, wenn er die Karte unentgeltlich abgibt — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel: Der Gastwirt darf dem Gast keine Marken schenken. Das ist strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

b) der Verbraucher darf Karten, Marken oder Bezugscheine sich nicht unentgeltlich verschaffen — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Beispiel: Herr Grün darf sich einen Bezugschein für einen Anzug nicht kaufen oder gegen Lebensmittel eintauschen. Das ist strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Der Gewerbetreibende darf sich unter keinen Umständen Karten, Marken oder Bezugscheine verschaffen.

Der Gewerbetreibende, der sich in Ausübung seines Gewerbes Karten besorgt, ist auch strafbar, wenn er die Marken, z. B. von einem Geschäftsfreund, als Geschenk annimmt, ohne etwas dafür zu bezahlen.

Beispiel: Der Gastwirt darf sich keine Marken besorgen, um seinen Gästen aus Gefälligkeit auszuhelfen, wenn diese z. B. keine Fleisch- oder Fettmarken mehr besitzen, aber ein Fleischgericht essen wollen. Der Gastwirt macht sich dann strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

c) Tausch- und Schleichhandel ist nur in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes strafbar — § 1a KWVO.

Der Verbraucher ist vielfach in einer gewissen Zwangslage; wenn er aus dieser Zwangslage heraus dem Gewerbetreibenden Vorteile anbietet oder verspricht, um zu einer ihm fehlenden Ware oder zu einer dringenden Arbeitsleistung zu kommen, ist er straflos.

Beispiel: Frau Vetter gibt dem Mechaniker ein Viertel Pfund Butter, das sie sich abgespart hat, damit er zu ihr kommt, um eine Reparatur an der Nähmaschine der Frau Vetter vorzunehmen. Der Mechaniker geht darauf ein, obwohl er zunächst der Frau Vetter erklärt hatte, er habe kein Material für die Reparatur.

Beispiel: Frau Grün verspricht dem Kolonialwarenhändler 10 Zigaretten, wenn er ihr auf den Nahrungsmittelkartenabschnitt Gries statt Gerstengrütze gibt. Nunmehr holt der Kaufmann den Gries, der angeblich nicht eingetroffen war, unter dem Ladentisch hervor.

Der Mechaniker und der Kolonialwarenhändler haben sich strafbar gemacht — § 1a KWVO.

Frau Vetter und Frau Grün bleiben straflos.

2. Die strengere Bestrafung.

a) Die Zuwiderhandlungen der Verbraucher sind in der Regel sog. Übertretungen.

Verbraucherstraftaten werden nur mit Geldstrafen bis zu 150 RM. oder Haft bestraft — § 2 Abs. 1 VRStVO.

Nur in „schweren Fällen“, die in der Praxis sehr häufig sind, gilt der Verstoß des Verbrauchers als Vergehen — § 2 Abs. 4 VRStVO. Auf Vergehen steht Gefängnis (oder Geldstrafe oder Gefängnis und Geldstrafe).

b) Zuwiderhandlungen gegen die VRStVO. in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes sind regelmäßige Vergehen — § 1 Abs. 1 VRStVO.

Die Strafe ist hier also immer Gefängnis oder Geldstrafe oder Gefängnis und Geldstrafe.

Nur in „leichten Fällen“, die in der Praxis sehr selten sind, gilt der Verstoß des Gewerbetreibenden als Übertretung — § 1 Abs. 2 VRStVO.

2. Die Gewerbetreibenden

32. Wer hat in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes mit bewirtschafteten Erzeugnissen zu tun?
- In Ausübung eines Gewerbes oder Berufes sind mit bewirtschafteten Gütern befaßt:
1. die Erzeuger,
 2. die Be- und Verarbeiter,
 3. die Händler,
 4. alle, die in Betrieben tätig sind, in denen bezugsbeschränkte Waren erzeugt, bearbeitet, verarbeitet oder gehandelt werden.

Beispiel zu 1.: Erzeuger sind diejenigen, die landwirtschaftliche Produkte oder gewerbliche Waren erzeugen, z.B. die Bauern, Landwirte (aber auch der Jäger), die Fabrikanten, die Handwerker, die Ware herstellen.

Beispiel zu 2.: Be- und Verarbeiter sind diejenigen, die Produkte be- und verarbeiten, z.B. Fabrikanten, die bezugsbeschränkte Waren weiterverarbeiten, Margarinefabriken, Mühlen usw.

Beispiel zu 3.: Händler sind diejenigen, die mit bezugsbeschränkten Waren handeln, z.B. Groß- und Einzelhändler, auch Gastwirte, Pensionen, Hotels, Mittagstische.

Beispiel zu 4.: a) Nicht nur der Besitzer eines Bauernhofes, also der Bauer, sondern auch der Gutsknecht, der Vorarbeiter, der Schweizer. b) Nicht nur der Fabrikant, sondern auch der Meister, die Angestellten. c) Nicht nur der Handwerksmeister, sondern auch der Geselle; auch Familienangehörige, die im Betriebe mitarbeiten, fallen, wenn sie schieben, unter die verschärften Strafbestimmungen derjenigen, die mit bezugsbeschränkten Waren in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes zu tun haben.

Auf die Größe des Betriebes kommt es nicht an.

33. Wann üben Erzeuger, Bearbeiter, Händler oder ihre Gehilfen eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit aus?
- Der Bauer, der seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse abgibt, der Fabrikant oder Handwerker, der seine Produkte absetzt, der Groß- und Einzelhändler, der Ware einkauft und wieder verteilt, alle betätigen sich dabei mit ihrem Personal und ihren mitarbeitenden Familienangehörigen im Rahmen ihres Berufes oder Gewerbes.

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

Beispiel: Der Bauer Reich verschiebt Kartoffeln aus den Erträgen seines Bauernhofes an Städter gegen Schwarzmarktpreise.

Reich macht sich strafbar, weil er bezugsbeschränkte Erzeugnisse nämlich die Kartoffeln, ohne Bezugsberechtigung, also ohne Abtrennung der Abschnitte der Kartoffelkarte, abgegeben hat — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Reich fällt als Erzeuger unter die verschärften Bestimmungen derjenigen, die eine Verbrauchsregelungsstraftat in Ausübung ihres Berufes begehen. Die Abgabe und der Verkauf der Erzeugnisse seiner Bauernwirtschaft gehört zu seinem Beruf. Reich hat sich also auch in Ausübung seines Berufes betätigt, als er die Kartoffeln verkaufte.

Reich hat sich ferner wegen Preisvergehens strafbar gemacht, weil er die Kartoffeln gegen Überpreise verschob — § 1 PrStRVO.

Beispiel: Die Nichte Erika des Kolonialwarenhändlers Hartmann hilft an Sonntagen im Geschäft ihres Onkels aus. Ihre Freundinnen wissen das. Sie kaufen sonntags nachmittags bei Hartmann ein. Denn Erika ist großzügig. Auf 100 Gramm Butter kommt es ihr ebenso wenig an wie darauf, einmal Marmelade oder gar Brot ohne Marken abzugeben.

Hier hat sich Erika wegen Abgabe bezugsbeschränkter Erzeugnisse in Ausübung eines Berufes strafbar gemacht — § 1 VRStVO.

Erika war zwar nur aushilfsweise im Laden ihres Onkels, eines Kolonialwarenhändlers, der mit bezugsbeschränkten Erzeugnissen handelt, tätig. Bei dieser Tätigkeit gehört sie zu den Personen, die in Ausübung eines Berufes mit bezugsbeschränkten Waren zu tun haben. Erika hat sich aber auch mit dem Verkauf bezugsbeschränkter Erzeugnisse, Brot, Butter, Marmelade usw., betätigt. Daher unterliegt sie höherer Verantwortung als der Verbraucher. Sie macht sich deswegen in Ausübung eines Berufes strafbar, wenn sie bezugsbeschränkte Waren ohne Marken abgibt.

Außerdem ist Erika wegen Untreue strafbar — § 266 StGB. Erika hat durch Abgabe von Waren ohne Marken gegenüber ihrem Onkel pflichtvergessen gehandelt und dabei auch dessen Vermögen geschädigt. Der Kolonialwarenhändler bekommt nunmehr von seinem Lieferanten weniger Ware, als ihm vorher geliefert wurde, denn auch er muß seinem Grossisten Bezugscheine einreichen, um Ware zu bekommen. Hartmann kann in Zukunft nicht mehr so viel verkaufen und daher nicht mehr so viel verdienen. Durch Erikas Großzügigkeit schrumpft sein Warenlager zusammen.

34. Unterliegt der Bauer oder Fabrikant, der für seine Wirtschaft oder seinen Betrieb bezugsbeschränkte Waren bezieht, der strengeren Verantwortung in Ausübung einer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit? Der Erzeuger, der bezugsbeschränkte Waren bezieht, handelt auch in Ausübung seines Berufes oder Gewerbes, wenn er die bezugsbeschränkten Erzeugnisse für seinen Betrieb, für sein Geschäft oder zur Ausübung seines Berufes oder Gewerbes benötigt oder verwendet.

Beispiel: Der Bauer Reich hat zur Bewirtschaftung seines Hofes eine Zugmaschine. Zum Betriebe dieser Maschine bean-

trägt er beim Wirtschaftsamt Benzin. Er verschweigt dabei, daß die Zugmaschine von seinem Sohn auf Holzgas umgebaut worden ist, und erhält den Benzinbezugschein.

Hier hat sich Reich wegen Erschleichens einer Bezugsberechtigung, nämlich des Benzintankscheines, durch unvollständige Angaben strafbar gemacht. Reich verschwieg, daß die Zugmaschine auf Holzgas umgebaut worden ist. Reich ist in Ausübung seines Berufes als Landwirt straffällig geworden. Er benutzt in seiner Landwirtschaft eine Zugmaschine. Sein Beruf ist, seinen Hof zu bewirtschaften. Wenn er sich daher Benzin zum Betrieb einer Zugmaschine für die Zwecke der Hofbewirtschaftung verschafft, so ist er in Ausübung seines Berufes tätig. Reich unterliegt deshalb den verschärften Bestimmungen — § 1 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO.

35. Betätigt sich der- In Ausübung seines Gewerbes han-
jenige in Ausübung eines delt auch, wer sein Gewerbe dazu ausnutzt,
Berufes oder Gewerbes, sich bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne
der sich unter Ausnut- Bezugsberechtigung für persönliche
zung seiner geschäft- Zwecke zu beschaffen, wenn ihm die
lichen oder beruflichen gewerbliche Tätigkeit deren Be-
Möglichkeiten bezugs- schaffung ermöglicht.
beschränkte Ware für
sich persönlich beschafft?

Beispiel: Konditormeister Berg ist Besitzer einer großen Konditorei und eines Cafés. Er beschäftigt mehrere Meister, Gesellen, Lehrlinge und auch Kellner. Um seine Angestellten, die eine besonders lange Arbeitszeit haben, dafür zu entschädigen, gibt er ihnen freiwillig ein warmes Mittagessen. Berg nutzt seine Beziehungen, die er als Konditormeister hat, aus. Er versteht es, sich Lebensmittel ohne Marken zu beschaffen, die er zur Verpflegung seiner Angestellten, zum Teil aber auch für sich selbst in seinem Privathaushalt verwendet. Bei Berg gibt es daher immer gutes Essen. Fleisch- und Fischgerichte, Kartoffeln, Nahrungsmittel usw., alles ohne Marken.

Hat Berg sich strafbar gemacht? Ja, Berg hat bezugsbeschränkte Erzeugnisse, nämlich Lebensmittel, ohne Marken erworben, getauscht und gekauft, sie also bezogen. Ihm war das möglich, weil er als Konditormeister über Ware verfügte, die er bei seinen Lieferanten, die ihn belieferten, eintauschen konnte.

Berg hat sich in Ausübung seines Gewerbes einer Verbrauchsregelungsstrafat schuldig gemacht — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Außerdem ist Berg wegen Tausch- und Schleichhandels in Ausübung seines Gewerbes zu bestrafen — § 1a KWVO.

36. Handelt der Der Gewerbetreibende betätigt sich nicht
Gewerbetreibende auch in Ausübung seines Gewerbes, wenn
als Gewerbetreibender, er für seine persönlichen Zwecke und
wenn er Ware für sei- für seinen privaten Verbrauch be-
nen Privatbedarf zugsbeschränkte Erzeugnisse, mit denen er
erwirbt? nicht handelt und die mit seinem Ge-
werbebetrieb nichts zu tun haben,
beschafft.

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

Beispiel: Der Kolonialwarenhändler Hartmann hat sich für eine Festlichkeit anlässlich der Einsegnung seiner Tochter deutsche Zigaretten auf dem Schwarzen Markt besorgt. Hier betätigte Hartmann sich nicht als Geschäftsmann, als Gewerbetreibender. Er hat sich als Privatmann vergangen. Hartmann bezog bezugsbeschränkte Waren, die deutschen Zigaretten, als Verbraucher ohne Tabakkarte und machte sich deswegen strafbar — § 2 Abs. 1 VRStVO.

Außerdem liegt ein Preisvergehen vor, da Zigaretten auf dem Schwarzen Markt nur gegen Überpreise erhältlich sind — § 1 PrStRVO.

37. Macht sich der Händler als Gewerbetreibender strafbar, der seinem Betrieb für sich entnimmt, ohne von seiner eigenen Lebensmittelkarte die entsprechenden Abschnitte abzutrennen, macht sich wegen unberechtigter Entnahme strafbar ohne hierzu berechtigt zu sein? — § 2 Abs. 2 VRStVO.

Wenn der Händler aus seinem Warenlager bezugsbeschränkte Ware für seinen eigenen Verbrauch entnimmt, ohne daß er dafür Bezugsberechtigungen, also Kartenabschnitte, von seiner eigenen Karte abtrennt und entwertet, bezieht er weder, noch gibt er Ware ab. Er „entnimmt“ die Ware.

Beispiel: Der Kaufmann, der dem eigenen Betriebe bewirtschaftete Waren für sich selbst unberechtigt entnimmt, und selbst verbraucht, anstatt sie zu verkaufen, betätigt sich nicht als Gewerbetreibender. Er fällt deshalb dann nicht unter die verschärften Bestimmungen.

Der Händler wird bestraft wie ein Verbraucher, der bezugsbeschränkte Ware ohne Karten bezieht — § 2 Abs. 2 VRStVO.

Beispiel: Scheller betreibt ein Milchgeschäft. Er hat auch Butter, Käse, Marmelade usw. Er sitzt also an der Quelle. Für seinen eigenen Haushalt erhält er auch Lebensmittelkarten. Er macht es sich aber einfacher und glaubt, sich keine Beschränkungen auferlegen zu müssen. Frau Scheller, die im Laden mitbedient, braucht nicht lange zu überlegen, wie sie die Familie satt machen soll. Brot, Butter, Eier, Aufstrich usw., alles befindet sich im Laden. Man braucht es sich ja nur zu nehmen. Auf diesem Standpunkt stehen jedenfalls die Eheleute Scheller. Sie entnehmen für sich aus dem Laden alles, was sie benötigen. Mit den Karten, so meinen sie, kann man ja doch nicht auskommen.

Hier haben sich die Eheleute Scheller dadurch strafbar gemacht, daß sie ihrem Betrieb Lebensmittel, also bezugsbeschränkte Erzeugnisse, unberechtigt, d. h. in einer Menge entnehmen, die ihnen nach ihren Karten gar nicht zustand — § 2 Abs. 2 VRStVO.

Die Eheleute Scheller sind beide in dem Milchgeschäft des Ehemannes Scheller, dieser als Gewerbetreibender, die Ehefrau als Gehilfin, tätig. Sie betätigen sich dabei in Ausübung eines Gewerbes, wenn sie Ware verkaufen.

Wenn sie aber bezugsbeschränkte Ware unerlaubt für sich selbst entnehmen, handeln sie nicht in Ausübung eines Gewerbes. Sie fallen dann nicht unter die verschärften Bestimmungen für Gewerbetreibende. Sie machten sich aber strafbar, weil sie bezugsbeschränkte Ware ohne Bezugsberechtigung verbrauchten.

Wegen unberechtigter Entnahme kann nur bestraft werden, wer seinem eigenen Betrieb bezugsbeschränkte Erzeugnisse entnimmt, ohne hierzu berechtigt zu sein.

Beispiel: Die Ehefrau des Kolonialwarenhändlers Lehmann ist nicht in dem Geschäft ihres Mannes tätig. Lehmann hat sein Geschäft in der Stadt, seine Wohnung in einem Vorort. Seine Ehefrau hat mit der Wohnung und den Kindern genug zu tun, so daß sie im Geschäft nicht mehr tätig sein kann.

Lehmann duldet es auch nicht, daß seine Frau in den Laden kommt und sich mit Lebensmitteln einfach eindeckt. Er ist ein korrekter Kaufmann, der selbst auch seinem eigenen Betriebe nur das entnimmt, was ihm zusteht.

Frau Lehmann ist aber ganz anderer Ansicht. Als sie eines Tages ihren Mann abends nach Geschäftsschluß vom Geschäft abholt, benutzt sie eine günstige Gelegenheit, als ihr Mann sich nicht im Laden befindet, um sich schnell ein paar Pfund Zucker, Mehl und Butter zu nehmen. Damit ihr Mann das nicht merkt, verzehrt sie die Lebensmittel mit den Kindern zu Hause allein.

Hat sich Frau Lehmann strafbar gemacht?

Frau Lehmann hat Lebensmittel, also bezugsbeschränkte Ware, aus dem Geschäft ihres Mannes, ohne daß dieser es merkte, weggenommen. Lehmann hat seiner Frau die Lebensmittel nicht „ohne Marken“ abgegeben. Frau Lehmann hat sie auch nicht bezogen, denn dazu wäre erforderlich gewesen, daß Frau Lehmann die Sachen im Einverständnis ihres Mannes erhalten hätte.

Frau Lehmann hat vielmehr die Sachen aus dem Betriebe ihres Mannes weggenommen. Das ist Diebstahl — § 242 StGB.

Diebstahl unter Ehegatten wird aber nicht bestraft — § 247 StGB. Bestraft wird aber, wer bezugsbeschränkte Ware ohne Marken „seinem Betriebe entnimmt“ — § 2 Abs. 2 VRStVO.

Nach dieser Bestimmung kann Frau Lehmann nicht bestraft werden, denn das Geschäft gehört nicht ihr, sondern ihrem Ehemann. Das Geschäft ist dessen Betrieb.

Frau Lehmann könnte nur dann bestraft werden, wenn man § 2 Abs. 2 VRStVO. anwenden würde, weil sie dem Betrieb ihres Ehemannes Lebensmittel entnommen hat, „als ob es ihr eigener Betrieb wäre“.

Eine solche gesetzesähnliche Anwendung, die früher zulässig war, ist jetzt verboten — § 2 StGB., Kontrollratsgesetz Nr. 11.

Frau Lehmann bleibt also straflos, da ein Diebstahl, den ein Ehegatte gegen den anderen begeht, nicht bestraft wird.

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

38. Betätigt sich der Händler als Gewerbetreibender, wenn er bezugsbeschränkte Waren, die er seinem Betriebe für sich zu Unrecht entnommen hat, später verkauft? Gibt ein Händler die zu Unrecht seinem Betriebe entnommenen Waren an andere ohne Karten ab oder verkauft sie, so liegt ein strafbares Abgeben bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung in Ausübung des Gewerbes vor — § 1 Abs. 1 VRStVO.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann nimmt von seinen Waren etwas mit nach Hause. Der größte Teil wandert in seine Küche. Hier ist Hartmann strafbar, weil er bezugsbeschränkte Waren, die ihm nicht zustanden, seinem Betriebe entnahm. Er hat nicht verkauft, sondern verbraucht und wird deswegen bestraft — § 2 Abs. 2 VRStVO.

Einen Teil der Sachen, die Hartmann mit nach Hause genommen hat, verkaufte er unter der Hand für fünffachen Preis an gute Bekannte. Das geht nicht in seinem Laden vor sich, sondern solche Geschäfte tätigt Hartmann von seiner Wohnung aus. In diesem Falle macht sich Hartmann strafbar, weil er als Gewerbetreibender bezugsbeschränkte Waren ohne Marken abgegeben hat. Auf Hartmann kommen hier die verschärften Bestimmungen des § 1 Nr. 1 VRStVO. zur Anwendung, weil der Verkauf der Lebensmittel zu seinem Beruf gehört.

Außerdem liegt ein Preisvergehen vor — § 1 PrStRVO.

39. Macht sich der Händler als Gewerbetreibender strafbar, wenn er die unberechtigt seinem Betriebe entnommenen Waren nicht allein verzehrt, sondern mit Gästen in seinem Haushalt verbraucht? Der Händler betätigt sich nicht in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes, wenn er bezugsbeschränkte Waren, die er über die ihm zustehende Ration hinaus seinem Betriebe entnommen hat, seinen Gästen, die er eingeladen hat und die in seinem Haushalt gepflegt werden, zukommen läßt.

Der Händler ist jedoch strafbar, weil er die bezugsbeschränkten Erzeugnisse für sich verbraucht hat, da er sie seinem Betriebe „entnahm“.

Beispiel: Die Eheleute Scheller, die ein Milch- und Kolonialwarengeschäft haben, feiern silberne Hochzeit. Sie haben sich Gäste eingeladen. Von dem, was man auf Marken bekommt, kann man natürlich Gäste festlich nicht bewirten. Frau Scheller, die es ihren Gästen recht nett und gemütlich machen will, greift tüchtig in die Vorräte des Ladens. Ihr Mann ist damit durchaus einverstanden.

Die Eheleute Scheller machen sich strafbar, weil sie Warenvorräte ihres Betriebes entnommen und verbraucht haben — § 2 Abs. 2 VRStVO. Zum Gewerbe eines Kolonialwarenhändlers gehört es, seine Waren zu verkaufen, aber nicht, sie selbst zu verbrauchen. Aus diesem Grunde sind die Eheleute Scheller nicht nach den verschärften Bestimmungen als Gewerbetreibende, sondern nur als Verbraucher strafbar — § 2 Abs. 2 VRStVO.

40. Ist der Bauer als Erzeuger unter verschärften Vorschriften strafbar, wenn er seine eigenen Erzeugnisse über die ihm zustehende Menge verbraucht?

Der Bauer, der seine eigenen Erzeugnisse über die ihm zustehende Menge verbraucht, handelt dabei nicht in Ausübung seines Berufes.

Er unterliegt also nicht verschärften Bestimmungen.
Beispiel: Der Landwirt Oberreich schlachtet zu Weihnachten ein fettes Schwein. Um Genehmigung hat er gar nicht nachgesucht. Er wußte, daß er diese zu einer Hausschlachtung für seinen eigenen Bedarf nicht erhalten würde, denn anlässlich der vorher ihm genehmigten Schlachtung für seinen eigenen Bedarf hatte das Ernährungsamt erklärt, daß er mit dem Fleisch für sich und seine Familie bis zum 1. April nächsten Jahres auskommen müsse.

Oberreich verbrauchte das gesamte aus dieser „Schwarzschlachtung“ des Schweines gewonnene Fleisch für sich und seine Angehörigen in seinem Haushalt.

Oberreich übt bei dieser Schwarzschlachtung zu eigenem Verbrauch und zum Verbrauch seiner Angehörigen, die er „selbst versorgt“, keinen Beruf aus.

Der Selbstversorger, der bezugsbeschränkte Erzeugnisse seinem Betrieb entnimmt, ohne hierzu berechtigt zu sein, macht sich als Verbraucher strafbar — § 2 Abs. 2 VRStVO.

Außerdem hat der Bauer, der eine nicht genehmigte Hausschlachtung vornimmt, auch gegen § 7 der VO. vom 7. September 1939 verstoßen, wonach Hausschlachtungen nur mit Genehmigung zulässig sind.

Der Selbstversorger, der schwarzschlachtet, ist zu bestrafen, weil er durch die nichtgenehmigte Hausschlachtung gegen die Bewirtschaftungsbestimmungen des § 7 der VO. vom 7. September 1939 verstieß — § 2 Abs. 1 Ziff. 3 VRStVO.

Erreicht das Fleisch, das der Selbstversorger durch die nichtgenehmigte Hausschlachtung erlangte, mengenmäßig einen Umfang, der die Bedarfsdeckung der Bevölkerung gefährdet, so liegt auch ein Wirtschaftsverbrechen durch Beiseiteschaffen des Fleisches vor.

41. Wann macht sich der Bauer strafbar, wenn er das aus einer seiner eigenen, ungenehmigten Schlachtungen stammende Fleisch, so ist er nach den verschärften Bestimmungen als Gewerbetreibender strafbar.

Wenn der Bauer das aus einer nichtgenehmigten Hausschlachtung stammende Fleisch nicht für seinen Haushalt und seine Haushaltsangehörigen verwendet, sondern es verkauft, so vergeht er sich in Ausübung seines Berufes durch Schlachtung ohne

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

Genehmigung und Abgabe bezugsbeschränkter Erzeugnisse — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO., § 1 Abs. 1 Nr. 6 VRStVO., VO. vom 7. September 1939. Ein Wirtschaftsverbrechen durch Beiseiteschaffen liegt dann ferner vor, wenn größere Mengen Fleisch der ordnungsmäßigen Verteilung entzogen werden.

Beispiel: Der Landwirt Oberreich schlachtet ein fettes Schwein ohne Genehmigung. Er verbraucht das Fleisch zum Teil für sich und seine Familie in seinem eigenen Haushalt. Zwei Viertel des schwarzgeschlachteten Schweines jedoch verkauft er an seine Freunde ohne Marken, denen er diesen Festtagsbraten versprochen hat.

Hierbei macht sich Oberreich strafbar, weil er in Ausübung seines Berufes ohne Genehmigung geschlachtet und das Fleisch, also ein bezugsbeschränktes Erzeugnis, ohne Marken abgegeben hat — § 1 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 6 VRStVO.

3. Der Schieber

42. Handelt der „Schieber“ und „Schwarzhändler“ auch in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes?

Wer die Absicht hat, sich durch Schiebungen mit bezugsbeschränkter Ware eine — wenn auch nur vorübergehende — Einnahmequelle zu schaffen, bezieht und gibt bezugsbeschränkte Ware in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes ab.

Der Schieber fällt daher unter die verschärften Bestimmungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO., obwohl er nicht einen erlaubten Beruf oder ein genehmigtes Gewerbe ausübt.

Beispiel: Der aus Kriegsgefangenschaft entlassene Obergefreite Karl Seller kann den Anschluß an die veränderten Verhältnisse nicht finden. Er weiß nicht, wo sich seine Familie und seine Eltern befinden. Er hat einstweilen in einer Großstadt Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Vom Arbeitsamt wurde er noch nicht erfaßt, da er vom Arbeitseinsatz wegen Krankheit zurückgestellt ist. Was ihm am meisten fehlt, ist Geld.

Doch da bieten sich in der Großstadt viele Gelegenheiten. Seller kennt viele Landser in gleicher Lage. Der eine hat Butter, die er sich beim Bauern eingetauscht hat, der andere verfügt über Zucker aus dunklen Quellen, ein Dritter kennt jemanden, der über Brotmarken verfügt usw.

Seller kann alles gebrauchen. Er bringt alles an den Mann. Er kauft und verkauft Brot, Butter, Zucker, Öl und verdient gut dabei. Dabei läßt es sich gut leben, denkt Seller und wünscht, daß der Schwarze Markt ihm noch lange eine so gute Einnahmequelle bleiben möge.

Seller übt kein genehmigtes Gewerbe aus. Sein Beruf, der ihn zum Schwarzhändler machte, ist alles andere als erlaubt.

Seller schiebt hier berufs- und gewerbsmäßig. Der Schwarzhandel soll Seller ein anständiges Gewerbe und einen ordentlichen Beruf ersetzen. In Ausübung dieses dunklen Berufes bezieht Seller bezugsbeschränkte Waren und gibt sie ab.

Seller ist deswegen strafbar und fällt unter die verschärften Bestimmungen als Gewerbetreibender — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

43. Treffen auch den- Wer nur „nebenberuflich“ schiebt
 jenen die verschärften und Schwarzhandel treibt, gilt dabei als
 Strafbestimmungen Gewerbetreibender, wenn er beab-
 gegen Gewerbetreibende, sichtigt, sich dadurch „nebenher“ eine lau-
 der „nebenbei“, neben fende Einnahmequelle zu verschaffen.
 seinem Berufe, Schwarz-
 geschäfte macht?

1. Der Angestellte als Schwarzhändler.

Beispiel: Der Angestellte einer Krankenkasse, Becker, verdient nur wenig. Mit 200 RM. monatlich kann er seine Familie heute schlecht ernähren. Becker muß sich deshalb einen „Nebenberuf“ suchen.

Becker kennt viele Leute. Bald weiß die Nachbarschaft, daß bei Beckers immer etwas zu haben ist: Butter ohne Marken, ein Stückchen Speck, Zucker, Brot usw. Becker hat seine festen Preise. Die Butter kostet 230 RM., der Speck 250 RM., Zucker gibt es zu 80 RM. und das Brot schwankt zwischen 15 und 20 RM., je nachdem, ob jemand am Anfang oder am Ende einer Lebensmittelperiode bei Becker einkauft. Am Ende der Lebensmittelperiode wird die Ware knapp und Becker steigert dann die Preise. Alles gibt es bei Beckers ohne Marken.

Becker hat in Ausübung eines (dunklen) Nebenberufes bezugsbeschränkte Waren bezogen und abgegeben. Er hat in Ausübung eines Gewerbes und Berufes Verbrauchsregelungszu widerhandlungen begangen und ist deswegen wie ein Gewerbetreibender zu bestrafen — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

2. Die „Nebengeschäfte des Kellners“.

Beispiel: Kurz ist in einer Gaststätte am Hauptbahnhof als Kellner angestellt. Treu und brav bedient er die hungrigen Gäste. Aber immer wieder wird er von Gästen gefragt: „Haben Sie keine Zigaretten?“ Und als er verneint, sagt schließlich eines Tages ein Gast zu ihm: „Ein ordentlicher Kellner hat immer Zigaretten.“ Kurz nimmt sich das zu Herzen. Die Quelle hat er bald aufgetan. Seit dieser Zeit fragt den Kurz kein Gast mehr vergebens, ob er Zigaretten habe. Kurz erwidert dienstbeflissen: „Sollen es englische oder deutsche sein?“ Und er fügt im Flüstertone hinzu: „Zu 6 RM. oder 3 RM.“ Bald wissen auch alle Gäste, daß Kurz immer Zigaretten hat.

Deutsche Zigaretten sind bezugsbeschränkte Ware. Kurz hat sie bezogen und abgegeben. Er hat dabei in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes gehandelt. Sein Beruf ist allerdings Kellner, dessen Tätigkeit es ist, die Gäste gut und ordentlich zu bedienen und nicht mit bezugsbeschränkten Waren zu schieben. Kurz hat aber „nebenberuflich“ das „Gewerbe“ eines Schwarzhändlers ausgeübt. Er hat in Ausübung „dieses“ Berufes und Gewerbes bezugsbeschränkte Waren, hier die Zigaretten, ohne Tabakkarte bezogen und abgegeben. Er hat sich wie ein Gewerbetreibender strafbar gemacht — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Kurz ist aber auch wegen Preisvergehens strafbar. Er hat Zigaretten zum Überpreise verkauft.

Beim Verkauf englischer Zigaretten ohne Marken liegt eine Verbrauchsregelungsstrafat nicht vor, denn die englischen Zigaretten dienen nicht der

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

deutschen Verbrauchsregelung und gehören daher nicht zu den „bezugsbeschränkten Erzeugnissen“.

Ein Preisvergehen stellt aber der Verkauf englischer Zigaretten zum Überpreis dar.

Durch den Verkauf der Zigaretten zum Überpreis machte sich Kurz aber auch noch der Steuerhinterziehung schuldig, da er den Staat um die Tabaksteuer brachte.

3. Die Hausfrau als Schwarzhändlerin.

Beispiel: Frau Grün, die in Hamburg wohnt, hat Verwandte in Mecklenburg. Anlässlich eines Besuches, den sie bei ihren Verwandten in Mecklenburg macht, stellt sie fest, daß jenseits der „grünen“ Grenze der Schnaps viel billiger ist als in der britischen Zone, natürlich im Schwarzhandel. In Mecklenburg kostet eine Flasche Schnaps 36 RM. und der Händler gibt den Schnaps bereitwillig ab, auch ohne Marken, insbesondere, wenn man „doppelt“ zahlt.

Da kommt Frau Grün eine glänzende Idee: Sie will sich laufend Schnaps schicken lassen und hofft, in Hamburg damit ein glänzendes Geschäft zu machen. Da aus der Ostzone nur Pfundpäckchen versandt werden können, schickt sie ihren Verwandten in Mecklenburg 100 Medizinflaschen, in die der Schnaps umgefüllt werden soll. Die Verwandten in Mecklenburg machen das gern, denn Frau Grün hat sie an dem Geschäft beteiligt. Sie schicken in Pfundpäckchen den Schnaps in die britische Zone, wo Frau Grün ihn in Flaschen umfüllt und auf dem Schwarzen Markt verschiebt. Das geht solange gut, bis der Post der Päckchenverkehr der Frau Grün auffällt und die Schiebung herauskommt.

Auch hier hat sich Frau Grün in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes strafbar gemacht. Ihr eigentlicher Beruf ist zwar Hausfrau. Ihr Nebenberuf lag aber auf dem Gebiete des Schwarzhandels. Dabei hat sie bezugsbeschränkte Ware, nämlich den Schnaps, bezogen und abgegeben. Sie ist deswegen wie ein Gewerbetreibender zu bestrafen — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Außerdem liegt ein Preisvergehen vor — § 1 PrStRVO.

4. Schwarzgeschäfte des Pensionärs.

Beispiel: Der Sozialrentner Hill, ein noch sehr rüstiger Siebziger, hat viel Zeit. Er will sich noch betätigen. Jeden Tag fährt er „aufs Land“ immer wieder in eine andere Gegend. Er wandert von Gehöft zu Gehöft. Überall fällt etwas ab. Hier ein halbes Pfund Butter, dort eine Flasche Öl, dann mal ein Stück Speck, eine Wurst oder Fleisch aus einer Hauschlachtung. Die Bauern sind oft sehr „hartherzig“. Sie geben nur etwas ab, wenn man etwas bringt. Für Lebensmittel, insbesondere Fett, gibt der Städter alles her. Anzüge, Mäntel, Schuhe usw., die Hill aufgekauft hat, hat er als Tauschmittel bei sich. Auch hier fließt alles, was Hill einkauft oder eintauscht, auf den Schwarzen Markt.

Hill übt zwar einen Beruf nicht mehr aus. Er lebt im Ruhestand: Er hat sich aber einen neuen Beruf gewählt, den des Schwarzhändlers. Als solcher hat er bezugsbeschränkte Ware — Butter, Fleisch, Öl, Eier usw. — gekauft und eingetauscht, also bezogen, und dann wieder verschoben, also abgegeben.

Er hat sich wie ein Gewerbetreibender schuldig und strafbar gemacht — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Hill machte sich als Schwarzhändler auch eines Preisvergehens schuldig und strafbar — § 1 PrStRVO.

5. Der Erbe als Schwarzhändler.

Beispiel: Pfeiffer hat seine Tante beerbt. Die Tante besaß ein gutgehendes Textilwarengeschäft, das Pfeiffer zu einem annehmbaren Preis verkauft. Die Erbtante hatte aber noch ein größeres Warenlager, das sie im Kriege wegen der Luftangriffe verlagerte. Nach Beendigung des Krieges ließ sie dieses Lager „unter den Tisch fallen“. Es verschwand aus den Büchern und dem Warenbestandsbuch. Für die Tante gehörte das nicht mehr zum Geschäft und Pfeiffer, der auch dieses Warenlager erbt, hat sich das wohl gemerkt.

Pfeiffer, in seinem Privatberuf ein biederer Straßenbahnschaffner, ist geschäftstüchtig. Um Textilien ohne Bezugschein reißt man sich. Pfeiffer löst dieses Warenlager auf seine eigene Weise auf. Er verkauft die Textilien, Kleider, Stoffe, Strümpfe, Wäsche usw., „unter der Hand“. Pfeiffer hat bezugsbeschränkte Waren, nämlich die Textilien, ohne Bezugsberechtigung, also ohne Bezugscheine, abgegeben. Er handelt dabei in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes.

Pfeiffer ist zwar Straßenbahnschaffner. Das Warenlager hat er aber wie ein Gewerbetreibender verkauft. Er muß sich auch deshalb als Gewerbetreibender behandeln lassen, wenn er sich dabei strafbar macht. Pfeiffer durfte die Ware nicht ohne Bezugscheine abgeben. Er ist also strafbar, weil er in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes bezugsbeschränkte Waren ohne Bezugscheine abgab — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

6. Handel mit Carepaketen.

Beispiel: Frau Vetter hat eine Schwester in London und einen Bruder in Nordamerika. Sie ist dadurch in der glücklichen Lage, fortlaufend Carepakete zu erhalten. Bruder und Schwester versorgen Frau Vetter reichlich. Sie kann daher nicht alles selbst aufzehren, was sie erhält. Einen Teil der guten Sachen verkauft sie deshalb und schafft sich dadurch nebenbei eine gute Einnahmequelle.

Hat sich Frau Vetter strafbar gemacht? Nein. Die in den Carepaketen enthaltenen Sachen, wie Lebensmittel, Textilien usw., sind nicht bezugsbeschränkte Waren. Frau Vetter kann diese Waren frei verkaufen.

Frau Vetter darf allerdings keine Überpreise nehmen, sonst macht sie sich wegen Preisvergehens strafbar.

44. Gilt jeder, der Wer nur gelegentlich „schwarz“ Schwarzgeschäfte tätigt, handelt, ohne die Absicht, sich da- als Gewerbetreibender, durch einen dauernden Verdienst der unter die verschärften Bestimmungen zu schaffen, ist nicht wie ein Gewerbetreibender zu behandeln.
fällt?

Der Gelegenheitsschieber betätigt sich nicht gewerbsmäßig.

Beispiel: Werner wollte sich durch Handel auf dem Schwarzen Markt etwas Geld verdienen. Er war im Augenblick stellungslos. So kaufte er sich 2 Pfund Zucker, 4 Brote, 4 Flaschen Öl und 1 Pfund Butter auf dem Schwarzen Markt. Die Lebensmittel verkaufte er in den folgenden Tagen

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

mit einem Aufschlag auf die Schwarzmarktpreise, die er selbst hatte bezahlen müssen.

Werner hat sich wegen Beziehens bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung durch den Einkauf der Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Werner fällt nicht unter die verschärften Bestimmungen als Gewerbetreibender. Er „schob“, weil er im Augenblick arbeitslos war. Er beteiligte sich nur gelegentlich, nicht gewerbsmäßig, an Schwarzgeschäften. Werner ist außerdem wegen Preisvergehens zu bestrafen, da er beim Einkauf der Waren Überpreise zahlte und bei deren Verkauf Überpreise forderte — § 1 PrStRVO.

4. Der Großschieber

45. Unter welche Straf- Die Straftaten des Großschiebers bestimmungen fällt der sind Wirtschaftsverbrechen. Großschieber?

Verstöße der Verbraucher gegen Verbrauchsregelungsbestimmungen sind in der Regel Übertretungen.

Bei Zuwiderhandlungen der Gewerbetreibenden liegen Vergehen vor. Sie sind also mit schärferen Strafen bedroht.

Großschieber sind jene gewissenlose Geschäftemacher, die durch Großschiebungen böswillig die allgemeine Versorgung gefährden.

Beispiel: Meisel, ein Münchener Kaufmann, machte im Wagen seines Geschäftsfreundes die Fahrt nach Hamburg mit. Bestimmte Gründe zur Teilnahme an der Reise hatte er nicht. Es bestand für ihn die entfernte Möglichkeit, sich in Kompensationsgeschäfte, die der Geschäftsfreund erledigen wollte, einzuschalten.

In Hamburg angekommen, hatte Meisel viel freie Zeit und sah sich die Stadt an, vor allem St. Pauli. Vom alten Glanz dieses Stadtteils war nichts mehr zu spüren. Interessante Leute konnte man dort aber kennenlernen. Da war ein Landsmann des Meisel, der von großen Geschäften sprach. An Brillanten war er interessiert, dann aber auch an Butter. Schließlich bat er Meisel, ihm beim Absatz von Butter behilflich zu sein. Vielleicht wußte Meisel eine Absatzmöglichkeit?

Meisel wollte sich umsehen. Er fragte zunächst seinen Hotelportier. Der Portier kannte einen Mann, der ziemlich viel in „Geschäften“ zu tun hatte. Er führte dem Meisel einen Vermittler, Ehlert, zu. Dieser wußte den richtigen Abnehmer, einen gewissen David. Man kam schnell zu einer Übereinkunft. Am nächsten Tage sollten 10 Zentner Butter geliefert werden. Der Abnehmer David nahm inzwischen Verhandlungen mit weiteren Abnehmern auf. Am nächsten Morgen trafen sich Meisel, David und Ehlert mit dem unbekannten Landsmann, der sie zu einem Lagerraum am Fischmarkt führte, wo 10 Faß Butter lagerten. David hatte schon Vorsorge getroffen, er beschaffte telefonisch einen Wagen, mit dem die Butter abgefahren wurde. Der Kaufpreis wurde sofort bezahlt. Meisel erhielt von dem unbekannten Landsmann eine Provision von 650 RM., Ehlert 500 RM. David wurde beim Absatz der Butter gefaßt; die Großschiebung kam heraus.

David machte sich eines Wirtschaftsverbrechens durch Beiseiteschaffen von Butter schuldig — § 1 KWVO. Butter ist ein lebenswichtiges Erzeugnis; die Menge der gestohlenen Butter war so

erheblich, daß eine ernsthafte Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung zu befürchten war.

Meisel und Ehlert haben sich als Vermittler wegen Beihilfe zu der Großschiebung des David strafbar gemacht — § 49 StGB, § 1 Abs. 1 KWVO.

5. Der Beamte

Eine Sonderstellung bei Vergehen gegen die Verbrauchsregelungsbestimmungen nehmen auch diejenigen ein, die in amtlicher Eigenschaft mit der Verbrauchsregelung betraut sind.

46. Wer ist in amtlicher Eigenschaft mit der Verbrauchsregelung betraut?

In amtlicher Eigenschaft mit der Verbrauchsregelung befaßt sind diejenigen, die als Beamte, Angestellte oder Helfer bei der Verbrauchsregelung tätig oder eingesetzt sind.

Beispiel: Der Angestellte auf der Kartenstelle oder auf dem Wirtschaftsamt, aber auch der sog. „Hausobmann“, der die Karten von der Kartenstelle zur Verteilung an die Mieter des Hauses erhält.

47. Welche Sonderbestimmungen bestehen für die in amtlicher Eigenschaft mit der Verbrauchsregelung befaßten Personen?

Beamte, Angestellte und Helfer, die entgegen den bestehenden Bestimmungen und Anordnungen Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen an Gewerbetreibende oder Verbraucher abgeben oder dabei mitwirken, sind besonders unter Strafe gestellt.

Art. III der VO. zur Ergänzung und Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete der Verbrauchsregelung vom 25. November 1941.

Beispiel: Mertens ist auf dem Wirtschaftsamt als Sachbearbeiter angestellt. Bei starkem Publikumsverkehr muß er auch bei der Abfertigung des Publikums mithelfen.

Eines Tages, als Mertens wiederum die Anträge auf Erteilung von Bezugsscheinen für Schuhe entgegenzunehmen hat, erscheint bei ihm Frau Grün. Frau Grün wohnt in demselben Haus wie Mertens; sie sind gut miteinander bekannt, weil Mertens bei Grüns telefonieren darf, denn er besitzt kein eigenes Telefon. Schon lange wollte er deswegen der Familie Grün einmal gefällig sein.

Mertens glaubt, daß sich jetzt hierfür eine Gelegenheit bietet. Frau Grün wird besonders zuvorkommend bedient. Ohne viel Anstände erhält sie den gewünschten Schuhschein. Sie braucht keinen Antrag auszuschreiben. Mertens nickt nur zuvorkommend zu allem, was Frau Grün sagt.

Tatsächlich braucht Frau Grün dringend Schuhe und ihr wären auch ein Paar Schuhe bewilligt worden, wenn sie einen Antrag eingereicht hätte und ihre Angaben überprüft worden wären. Durch die Zuvorkommenheit des Mertens kommt aber nichts in die Akten.

Hier machte sich Mertens schuldig und strafbar, denn er durfte den Antrag

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

der Frau Grün nach den bestehenden Bestimmungen nicht mündlich erledigen — ErgVO. zur VRStVO. Art. III. Dadurch, daß Mertens keine Aktenaufzeichnung machte, ist in den Akten des Wirtschaftsamtes nicht verzeichnet, daß Frau Grün einen Bezugschein für Schuhe erhielt.

48. Warum sind Beamte, Pflichtvergessene Beamte, Angestellte Angestellte und Helfer oder Helfer wären oft straflos, wenn besonders unter Strafe sie aus Freundschaft, Gefälligkeit oder Unverstand gegen Verwaltungsbestimmungen verstoßen.

Die Bewirtschaftung aller lebenswichtigen Waren erfordert einen großen Verwaltungsapparat von Beamten, Angestellten und Helfern. Die Bestimmung, an wen und in welchen Fällen Karten oder Bezugsscheine an Gewerbetreibende oder Verbraucher ausgehändigt werden, ist vielfach durch Verwaltungsanweisungen erfolgt, z. B. daß Bezugsscheine nicht ohne ordnungsmäßigen Antrag, nicht ohne sachliche Prüfung und erst nach Feststellung des vorhandenen Kontingents der bezugscheinpflichtigen Ware erteilt werden dürfen.

Beamte, Angestellte und Helfer, die entgegen diesen Bestimmungen und Anordnungen Karten oder Bezugsscheine aus Gefälligkeit, Unverstand, Nachgiebigkeit, Freundschaft oder menschlicher Schwäche an Gewerbetreibende oder Verbraucher abgeben, machen sich nicht der Untreue schuldig — § 266 StGB.

Sie handeln zwar pflichtvergessen und verletzen ihre Amtspflicht, aber ihre Handlung stellt keine Vermögensschädigung des Staates dar. Ein noch nicht an den Verbraucher verausgabter Bezugsschein oder eine Karte ist lediglich ein wertloses Stück Papier.

Deshalb kann eine Bestrafung wegen Untreue nicht erfolgen.

Beispiel: Die Angestellte Paul, die aus Mitleid einem Verbraucher, der einen Teil seiner Marken hat verfallen lassen, diese gegen gültige umtauscht, handelt entgegen ihren Pflichten. Sie ist aber nicht wegen Untreue zu bestrafen, sondern macht sich strafbar, weil sie entgegen den bestehenden Verwaltungsanweisungen Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen an den Verbraucher abgegeben hat — Art. III der ErgVO. zur VRStVO.

49. Wann tritt die Be- Beamte, Angestellte und Helfer werden nur strafung des Beamten, dann bestraft, wenn der Dienstvorgesetzten oder Helfers auf Grund der gesetzte die Strafverfolgung verlangt.

Ergänzungsverordnung
zur VRStVO ein?

Dienstvorgesetzter ist der Oberbürgermeister oder Landrat, bei dem der Beamte, Angestellte oder Helfer tätig ist.

Beispiel: Frau Paul, die entgegen den bestehenden Verwaltungsanweisungen einem Verbraucher verfallene Marken gegen gültige ersetzt, wird nur bestraft, wenn der Dienstvorgesetzte (Oberbürgermeister), bei dessen Kartenstelle Frau Paul beschäftigt ist, das Strafverlangen stellt.

50. Wann kommt eine Bestrafung des Beamten, Angestellten oder Helfers nach der Ergänzungsverordnung zur VRStVO. nicht in Frage? Die Bestrafung des Beamten, Angestellten und Helfers erfolgt nicht nach den besonderen Strafbestimmungen der Ergänzungsverordnung zur VRStVO., wenn seine Pflichtverletzung nach anderen Strafbestimmungen strafbar ist.

Beispiel: Der Angestellte Mertens entdeckt, als er nach Dienstscluß das Zimmer eines Kollegen betritt, der die Ausgabe von Lebensmittelkarten vorzunehmen hat, daß auf der Erde zwei Lebensmittelkarten liegen, die offenbar versehentlich vom Schreibtisch gefallen sind. Mertens steckt die Karten ein. Die Reinmachefrau hat aber Mertens beobachtet und durch diese kommt die Sache heraus.

Mertens machte sich des Diebstahls schuldig. Er hat die zwei Lebensmittelkarten, die ihm nicht gehörten, weggenommen, also gestohlen. Gleichzeitig ist Mertens auch des „Gewahrsamsbruchs“ schuldig — § 133 StGB. Wegen Gewahrsamsbruchs wird bestraft, wer eine Sache, die amtlich aufbewahrt ist, von dort wegschafft. Die zwei Lebensmittelkarten befanden sich auf der Kartenstelle in amtlicher Aufbewahrung.

Auch wegen Wirtschaftsverbrechens ist Mertens zu bestrafen — § 1 Abs. 2 KWVO. —, denn er hat die Lebensmittelkarten dadurch, daß er sie stahl, „beiseiteschafft“. Wer Lebensmittelkarten oder deren Formulare oder Vordrucke beiseiteschafft, begeht ein Wirtschaftsverbrechen — § 1 Abs. 2 KWVO.

Im Strafgesetzbuch sind für Verbrechen und Vergehen „im Amte“, z. B. Bestechung, Amtsunterschlagung, Falschbeurkundung, Urkundenfälschung und Urkundenunterdrückung besonders strenge und schwere Strafen vorgesehen.

Beamter ist nicht nur derjenige, der auf Lebenszeit und mit Pensionsberechtigung angestellt ist. Auch der „Zivilangestellte“ bei den Ernährungs- und Wirtschaftsämtern kann Verbrechen und Vergehen im Amte begehen — § 359 StGB.

Die Aufgaben, die ein Angestellter oder Helfer eines Ernährungs- oder Wirtschaftsamtes zu erledigen hat, sind nämlich amtliche.

Beispiel: Die Strafkammer, vor der der Fall des Angestellten Mertens, der sich durch Wegnahme zweier Lebensmittelkarten aus dem Zimmer eines Kollegen wegen Diebstahls, Gewahrsamsbruchs und Wirtschaftsverbrechens strafbar gemacht hatte, verhandelt wurde, fand ihn auch noch wegen „Beiseiteschaffens von Urkunden im Amte“ für schuldig — § 348 Abs. 2 StGB. Danach wird ein Beamter bestraft, der eine ihm zugängliche Urkunde vorsätzlich beiseiteschafft.

Mertens legte gegen dieses Urteil Revision ein. Er glaubte, er sei wegen Amtsverbrechens — § 348 Abs. 2 StGB. — zu Unrecht bestraft, weil er nicht Beamter sei. Das Reichsgericht, das nunmehr über diesen Fall zu entscheiden hatte, erklärte dazu: Auch der Zivilangestellte auf der Kartenstelle, der ihm amtlich zugängliche Urkunden beiseiteschafft, begeht ein

II. Die bei Verbrauchsregelungsverstößen strafbaren Personen

Amtsverbrechen, denn auch ein Zivilangestellter auf der Kartenstelle ist mit amtlichen Aufgaben betraut (Reichsgericht: Deutsches Recht 1941, S. 2443).

Trotzdem hatte Mertens mit seiner Revision Erfolg. Die Lebensmittelkarten auf der Kartenstelle sind noch keine Urkunden. Sie werden erst zu Urkunden, wenn sie dem Versorgungsberechtigten ausgehändigt sind. Dann weisen sie die staatliche Erlaubnis für den Bezug bezugsbeschränkter Waren nach.

Aber die Straftaten des Mertens bleiben Diebstahl, Gewahrsamsbruch und Wirtschaftsverbrechen — § 1 Abs. 2 KWVO.

51. Welche Strafpraxis besteht seitens der Gerichte, wenn Beamte, Angestellte und Helfer Karten oder deren Vordrucke veruntreuen? Beamte, Angestellte oder Helfer sind als Wirtschaftsverbrecher strafbar, auch wenn sie nur die allergeringste Menge an Bezugsberechtigungen oder Vordrucken beiseiteschaffen, nachmachen oder nachgemachte sich verschaffen oder in den Verkehr bringen.

Nach der Rechtsprechung der Gerichte liegt in der Regel ein Wirtschaftsverbrechen nur dann vor, wenn eine erhebliche Menge Karten oder Bezugscheine der geregelten Wirtschaft entzogen wird. Wer mehr als zwei volle Lebensmittelkarten für Normalverbraucher beiseiteschafft, fälscht oder verfälscht oder in den Verkehr bringt usw., macht sich nach der KWVO. schuldig.

Bei einer geringeren Menge kommen nur die Bestimmungen der VRStVO. zur Anwendung.

Beamte, Angestellte oder Helfer, die in amtlicher Eigenschaft mit der Verbrauchsregelung befaßt sind, sind in jedem Falle als Wirtschaftsverbrecher strafbar, auch wenn sie die allergeringste Menge an Bezugsberechtigungen „veruntreuen“. Auf die Menge der „veruntreuten“ Karten oder Bezugscheine kommt es bei Beamten, Angestellten und Helfern also nicht an.

Beispiel 1: Frau Ullrich, die Angestellte einer Kartenausgabestelle, eignet sich aus dem Stapel von Vordrucken einen Berechtigungsschein für Einzelhändler an. Sie füllt den Schein aus und übergibt ihn einer Freundin mit der Bitte, auf diesen Schein Butter einzukaufen. Die Tat wird aufgedeckt.

Frau Ullrich hat sich wegen Wirtschaftsverbrechens schuldig gemacht — § 1 Abs. 2 KWVO.

Außerdem hatte Frau Ullrich eine Unterschlagung im Amte begangen.

Beispiel 2: Frau Erps, die Buchhalterin einer Kartenausgabestelle, eignete sich eine Lebensmittelkarte an. Diese war bereits zur Ausgabe an einen Verbraucher in einer Liste erfaßt. Da dieser aber nicht in der Lage war, seine Arbeitsbescheinigung vorzulegen, mußte die Ausgabe unterbleiben. Frau Erps erhielt deshalb die Liste zur Austragung vorgelegt. Sie unterließ die Austragung und erweckte damit den Eindruck, als sei die Karte ausgehändigt worden.

Frau Erps ist wegen Wirtschaftsverbrechens durch Beiseiteschaffen der Lebensmittelkarte zu bestrafen — § 1 Abs. 2 KWVO.

6. Der Verbraucher

52. Wer ist Verbraucher? Verbraucher ist, wer für seinen eigenen Bedarf bezugsbeschränkte Erzeugnisse bezieht oder sonstige erwirbt.

Verbraucher ist jeder: Jeder braucht, um leben zu können, Lebensmittel. Jeder braucht, um sich kleiden zu können, Textilien usw.

Kapitel III

Die Straftaten des Verbrauchers

I. Allgemeines

53. Welcher Grundsatz gilt für den Verbraucher? Für den Verbraucher gilt das Gebot: Jeder soll sich mit den ihm zugeteilten Nahrungsmitteln und der ihm zukommenden Menge an Bedarfsgütern begnügen.

Wer diese Gebote überschreitet, wird nach der Verbrauchsregelungsstrafverordnung (VRStVO.) bestraft.

Beispiel: Frau Grün kauft auf dem Schwarzen Markt Brot ohne Marken oder von Frau Vetter Nahrungsmittelkarten.

Frau Grün beantragt einen Bezugschein für ein Paar Schuhe, verschweigt aber, daß sie noch zwei Paar gute Schuhe besitzt.

54. Wann macht sich der Verbraucher strafbar? Der Verbraucher macht sich strafbar, wenn er

1. bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne eine Bezugsberechtigung bezieht oder
2. Bezugsberechtigungen
 - a) für sich gegen Entgelt verschafft oder
 - b) einem anderen in der Absicht, sich zu bereichern, überläßt oder
 - c) durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschleicht oder
3. eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung für sich ausnützt oder

4. allgemeinen Bestimmungen und Anordnungen, die für den Bereich der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen oder gewerblichen Erzeugnissen mit entsprechender ausdrücklicher Strafandrohung ordnungsmäßig ergangen sind, zuwiderhandelt — § 2 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3 VRStVO.

Beispiel zu 1.: Bezug bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung.

Frau Grün kauft auf dem Schwarzen Markt ein Brot ohne Marken. Das ist strafbar, denn der Bezug bezugsbeschränkter Ware, hier des Brotes, ohne Bezugsberechtigung, also ohne Karte, ist verboten. Außerdem hat Frau Grün eine Bestrafung wegen Preisverstoßes zu erwarten, da Brot auf dem Schwarzen Markt nur gegen einen Überpreis zu erwerben ist.

Beispiel zu 2a): Entgeltliches Verschaffen einer Bezugsberechtigung.

Frau Grün kauft von Frau Vetter Nahrungsmittelkarten. Hierbei macht sich Frau Grün strafbar, denn niemand darf sich eine ihm nicht zustehende oder nicht zugewiesene Bescheinigung über eine Bezugsberechtigung entgeltlich verschaffen.

Beispiel zu 2b): Entgeltliches Überlassen einer Bezugsberechtigung.

In dem Fall zu 2a) wird auch Frau Vetter bestraft, die die Marken an Frau Grün verkaufte, denn sie hat in der Absicht, sich zu bereichern, einem anderen, nämlich Frau Grün, eine Bezugsberechtigung, hier also die Nahrungsmittelkartenabschnitte, überlassen. Beide sind also zu bestrafen.

Beispiel zu 2c): Erschleichen einer Bezugsberechtigung.

Frau Grün beantragt einen Bezugschein für ein Paar Schuhe. Sie gibt an, nur ein Paar schlechte Schuhe zu besitzen. Bei einer Hauskontrolle wird jedoch festgestellt, daß Frau Grün noch zwei Paar Schuhe hat. Sie hätte bei wahrheitsgemäßer Angabe den Bezugschein nicht erhalten. Sie ist daher zu bestrafen, da sie durch unrichtige Angaben eine Bezugsberechtigung, hier den Schuhschein, erschlich.

Beispiel zu 3.: Ausnützen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung.

Frau Grün findet einen Brotkartenabschnitt und kauft darauf Brot. Der Bäcker merkt nicht, daß der Abschnitt der Frau Grün nicht zusteht, weil sie ihn an ihre Karte geheftet hat. Sie bezieht das Brot zwar mit einer Bezugsberechtigung, dem gefundenen Kartenabschnitt, nutzt aber dabei eine ihr nicht zustehende Bezugsberechtigung aus. Außerdem ist Frau Grün wegen Fundunterschlagung zu bestrafen — § 246 StGB.

Beispiel zu 4.: Zuwiderhandlung gegen allgemeine Bestimmungen.

2. Das Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung

Frau Vetter hat Bekannte auf dem Lande. Sie besucht diese jetzt öfters. Gegen Tauschwaren kann der Bauer noch immer etwas von seiner Selbstversorgerration erübrigen.

Frau Vetter tauscht mit dem Bauern Reich ein halbes Pfund Speck und fünf Eier gegen ein Paar alte Schuhe. Speck und Eier sind von dem Bauern aus der Selbstversorgerration erspart. Hier haben sich Frau Vetter und der Bauer Reich strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO. Nach allgemeinen Bestimmungen, die für den Bereich der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ergangen sind, dürfen Selbstversorger ihre ersparten Selbstversorgerrationen weder verkaufen noch vertauschen. Gegen diese Bestimmung haben Reich und Frau Vetter verstoßen. Nicht nur der Landwirt, der Selbstversorger ist, sondern auch der Erwerber, der ersparte Selbstversorgererzeugnisse kauft oder eintauscht, ist zu bestrafen.

2. Das Beziehen

bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung

1. Bezugsbeschränkte Erzeugnisse.

55. Was sind Erzeugnisse? Erzeugnisse sind
- a) alle Produkte der Landwirtschaft,
 - b) alle Produkte der Wirtschaft.

Beispiel: Lebensmittel, Spinnstoffwaren, Schuhe.

56. Was sind bezugsbeschränkte Erzeugnisse? Bezugsbeschränkt sind die Erzeugnisse, deren Erwerb für den Verbraucher Beschränkungen unterliegen.

Der Verbraucher kann nicht so viel kaufen, wie er will.

Der Verbraucher kann nicht kaufen, wo er will.

Jedes lebenswichtige Gut der Ernährungswirtschaft und viele Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft sind bezugsbeschränkt. Das ist in Einzelanordnungen bestimmt.

57. Wann endet die Bezugsbeschränkung? Die Bezugsbeschränkung endet, wenn der Verbraucher die bezugsbeschränkte Ware auf seine Karten zum Verbrauch bezogen hat.
- bezugsbeschränkter Erzeugnisse für den Verbraucher?

Dann gelten die Bewirtschaftungsbestimmungen für diese Ware nicht mehr. Nunmehr hat die Bezugsbeschränkung ihr Ziel erreicht, nämlich, daß jeder Verbraucher den zu seinem Leben notwendigen Anteil an den knapp gewordenen Lebensmitteln erhalten hat.

Beispiel: Was Frau Vetter als Verbraucherin auf ihre Ration bezogen

III. Die Straftaten des Verbrauchers

und erspart hat, ist nicht mehr bezugsbeschränkt. Sie kann damit tun und lassen, was sie will.

Frau Vetter darf die auf ihre Lebensmittelkarten bezogenen Lebensmittel nach Belieben verwenden.

58. Macht sich der Verbraucher strafbar, der aus grober Nachlässigkeit seine Ration, die er auf seine Karten bezog, verderben läßt? Wer seine eigenen Rationen aus grober Nachlässigkeit verderben läßt, macht sich nicht strafbar.

Bezugsbeschränkte Ware in der Hand des letzten Verbrauchers steht zu dessen freier Verfügung. Er kann damit tun und lassen, was er will.

Beispiel: Frau Grün läßt ein Brot, das sie auf Marken bezogen hat, aus grober Nachlässigkeit verschimmeln.

Beispiel: Frau Vetter wirft gedankenlos zwei Pfund Nahrungsmittel, die ihr zu bitter schmecken, in den Mülleimer, obwohl sie zur menschlichen Ernährung noch vollkommen brauchbar sind.

Die Sachen werden später im ungenießbaren Zustand im Mülleimer gefunden.

Hier haben sich Frau Grün und Frau Vetter nur selbst geschädigt, aber nicht strafbar gemacht. Es liegt kein Verstoß gegen die Verbrauchsregelungsstrafbestimmungen vor.

59. Darf der Verbraucher die auf seine Karten bezogenen Waren schenken, verkaufen oder verschenken, verkaufen tauschen oder vertauschen? Der Verbraucher kann Waren, die er auf seine Karten bezog, verkaufen, verschenken, tauschen oder vertauschen.

Beispiel 1: Frau Vetter schenkt der Frau Grün ein Brot, das sie sich von ihrer Ration abgespart hat.

Solche Schenkung ist zulässig und deshalb nicht strafbar.

Beispiel 2: Frau Vetter verkauft das auf Karten bezogene Brot an Frau Grün ohne Marken. Dieses hatte sie sich von ihrer Ration infolge Krankheit absparen können.

Solcher Verkauf ist zulässig und straflos.

Frau Vetter konnte mit dem Brot, das sie auf ihre Karten bezog, machen, was sie wollte. Sie konnte es daher auch verkaufen. Sie durfte aber keinen Überpreis fordern oder diesen annehmen, denn sonst hätte sie gegen die Preisstrafbestimmungen verstoßen und sich dadurch strafbar gemacht.

Beispiel 3: Frau Grün bezog auf ihre Lebensmittelkarten eineinhalb Pfund Zucker. Frau Vetter ersparte sich ein halbes Pfund Butter, die sie auf ihre Karten bezogen hatte.

Dürfen diese beiden Frauen den Zucker gegen die Butter tauschen? Das ist zulässig und nicht strafbar.

60. Wann darf der Verbraucher Waren ohne Marken annehmen und damit tun und lassen, was er will? Der Verbraucher darf ohne Marken Waren nur annehmen und frei verwenden, wenn er sie ohne Verletzung der Bewirtschaftungsbestimmungen erhält.

Beispiel 1: Frau Vetter schenkt der Frau Grün ein Brot ohne Marken, das sie sich von ihrer Ration abgespart hat. Frau Grün kann diese Schenkung annehmen, ohne gegen Bezugsbestimmungen zu verstoßen. Sie kann auch dieses Brot weiterverschenken.

Beispiel 2: Erlaubtes Tauschgeschäft: Leinöl gegen Lebensmittel und Zigaretten.

Friedrich war Wächter eines Tankkahn, der ständig mit Leinöl betankt wurde. Laufend wurden größere und kleinere Ölmengen an Bezieher verausgabt. Beim Tanken und Enttanken ergaben sich immer kleine Rückstände. Sie waren teilweise in Schläuchen, teilweise war das Öl auf das Deck des Tankkahn gelaufen. In normalen Zeiten legt man auf diese Rückstände keinen Wert. Friedrich sammelte die Rückstände jedoch gewissenhaft, so daß er allmählich einen ganz schönen Vorrat hatte.

Friedrich wurde nun von allen Seiten bestürmt, etwas Öl abzugeben. Seine Freunde und Bekannten sparten sich ihr Brot ab, legten ihre Zigaretten zurück, um dafür von Friedrich etwas Öl im Tauschwege zu erhalten.

Diese Geschäfte sind nicht zu beanstanden. Die Leinölrückstände waren als Überreste herrenloses Gut. Friedrich konnte sich dieses Öl aneignen. Er machte sich dadurch nicht strafbar.

Friedrich durfte auch über die angesammelten Bestände frei verfügen. Da er das Leinöl gegen Lebensmittel und Zigaretten eintauschte, die sich seine Tauschpartner selbst auf Karten erspart hatten, waren auch diese Tauschgeschäfte nicht zu beanstanden. Anders läge der Fall, wenn Friedrich das Leinöl zu Überpreisen verkauft hätte. Dann wäre er wegen Preisvergehens schuldig und strafbar — § 1 PrStRVO.

Beispiel 3: Deputatzigaretten gegen Lebensmittel.

Franz Lesser ist Angestellter einer Zigarettenfabrik. Er erhält monatlich 300 Deputatzigaretten wie alle Angestellten der Firma. Da er selbst Nichtraucher ist, verwendet er diese Deputatzigaretten für Tauschgeschäfte. Mancher starke Raucher spart sich die ihm zustehenden Lebensmittel, wie Margarine, Brot und Fleisch, ab, um zu Zigaretten zu kommen.

Solche Tauschgeschäfte sind nicht strafbar.

Lesser hätte seine Zigaretten auch, ohne gegen die Verbrauchsregelungsstrafbestimmungen zu verstoßen, frei, d. h. ohne Marken, verkaufen können. Er durfte aber keine Überpreise nehmen.

Selbstverständlich konnte Lesser die Zigaretten auch verschenken.

Beispiel 4: Carepakete als Tauschware.

Frau Vetter hat ein Carepaket erhalten. Wegen ihres Herzleidens darf sie Bohnenkaffee nicht trinken und hat deshalb keinen eigenen Bedarf für den Bohnenkaffee, der in dem Carepaket neben anderen Dingen enthalten ist.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Frau Vetter tauscht daher den Bohnenkaffee mit Frau Grün gegen Butter, die sich Frau Grün zu diesem Zwecke von ihrer Ration absparte. Auch das ist zulässig.

Die in Carepaketen enthaltenen Sachen, Lebensmittel, Genußmittel oder Waren usw., unterliegen nicht der deutschen Verbrauchsregelung. Der Empfänger solcher Sachen kann damit machen, was er will. Er darf sie natürlich nicht verschieben, d. h. zu Überpreisen verkaufen, oder gegen Schwarzmarktware eintauschen.

Beispiel 5: Tauschzentrale: Lebensmittel gegen Photos.

In Berlin-Zehlendorf und Frankfurt a. M. bestehen von den USA-Besatzungsbehörden eingerichtete Tauschzentralen. Bei ihnen kann man Lebensmittel — Butter, Schmalz, Zucker, Kaffee, Kakao — und auch Zigaretten, Zigarren usw. gegen Waren, die die Besatzungsbehörde zum Tausch annimmt, z. B. Photoapparate, Uhren, Schmuck, Gold- und Silbersachen, Edelsteine usw., eintauschen.

Diese Lebensmittel unterliegen nicht der deutschen Verbrauchsregelung. Sie stehen daher zur freien Verfügung dessen, der sie im Tauschwege erworben hat.

61. Wann darf der Verbraucher die von ihm erworbenen Waren nicht verkaufen, vertauschen oder verschenken? Nur die Waren darf der Verbraucher frei verkaufen, vertauschen oder verschenken, die er auf seine Karten oder ordnungsmäßig ohne Verletzung der Bewirtschaftungsbestimmungen erworben hat.

Wer bezugsbeschränkte Waren, z. B. durch Diebstahl, Unterschlagung, Veruntreuung oder unter Verletzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen, also ohne Karte, z. B. auf dem Schwarzen Markt, erwirbt, hat sie nicht ordnungsmäßig bezogen. Diese Waren darf der Verbraucher nicht verkaufen, vertauschen oder verschenken.

Beispiel 1: Frau Grün tauscht eineinhalb Pfund Zucker, den sie auf dem Schwarzen Markt gekauft hat, gegen ein halbes Pfund Butter, die sich Frau Vetter von ihrer Ration ersparte. Dieser Tausch ist nicht zulässig und strafbar.

Der auf dem Schwarzen Markt erworbene Zucker stand nicht zur freien Verfügung der Frau Grün, weil sie ihn nicht ordnungsmäßig auf Karten bezogen hatte. Der Zucker war daher für Frau Grün kein erlaubtes Tauschobjekt.

Beispiel 2: Unerlaubtes Tauschgeschäft: Mehl gegen Lebensmittel vom Schwarzmarkt.

Reimann ist Fuhrunternehmer. Er transportiert mit seinem Lastwagen, den er selbst fährt, vor allem Mehl. Die leeren Mehlsäcke hat er sogleich zurückzutransportieren.

Reimann macht sich dieses zunutze. Nach jeder Tour fegt er seinen Lastwagen, dessen Planken er immer vorher sauber gereinigt hatte, leer. Auch die Überreste aus den Säcken werden von ihm sorgfältig gesammelt.

2. Das Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung

Auf diese Weise verschafft sich Reimann jeden Tag ein gewisses Mehlquantum. Oft waren es 15 Pfund, die in jeder Woche abfielen. Reimann, der selbst ein starker Raucher ist, tauscht gegen das Mehl bei Nichtrauchern Zigaretten.

Diese Tauschgeschäfte sind nicht zu beanstanden. Die Aneignung des Mehls stellte keine strafbare Handlung dar. Derartige Überbleibsel verfallen in Zeiten normaler Wirtschaft der Vernichtung. Reimann, der sich das Mehl aneignete, konnte damit tun und lassen, was er wollte. Reimann bleibt aber nicht auf dem Wege, sich die kleinen Vorteile, die ihm sein Gewerbe bieten, auf erlaubte Weise zunutze zu machen. Er beginnt damit, das Mehl gegen Lebensmittel, die vom Schwarzen Markt stammten, einzutauschen.

Reimann hat sich dann wegen Bezuges bezugsbeschränkter Waren ohne Bezugsberechtigung strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

62. Darf auch der Händler die ihm zur Verteilung an die Bevölkerung übergebenen Waren nur auf Bezugskarten kaufen, vertauschen oder Bezugscheine abgeben, verschenken, wiewill?

Nur der Verbraucher kann mit bezugsbeschränkten Waren, die er auf seine Karten bezogen hat, tun und lassen, was er will, sie also verschenken, vertauschen oder verkaufen. Der Händler darf dieses deswegen nicht, weil es gerade seine Aufgabe ist, die Ware an den Verbraucher ordnungsmäßig zu verteilen, also gegen Karten zu verkaufen — § 2 VRStVO.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann darf der Frau Grün nicht ein Pfund Zucker ohne Marken schenken. Hartmann macht sich dann strafbar wegen Abgabe, Frau Grün wegen Bezuges bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. für den Gewerbetreibenden, § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. für den Verbraucher.

63. Darf der Verbraucher gewerbliche bezugsbeschränkte Waren für in der Regel nur für seine eigenen einen anderen beziehen, Bedürfnisse beziehen, wenn er selbst keinen Bedarf hat?

Die Regel, daß die Ware, die rechtmäßig in die Hand des Verbrauchers gelangt, zu dessen freien Verfügung steht, gilt nicht ohne weiteres für gewerbliche Erzeugnisse — § 5 VRStVO.

Der Verbraucher soll gewerbliche, bezugsbeschränkte Erzeugnisse nur zu seinem eigenen Gebrauch und Verbrauch erhalten.

Bei allen gewerblichen Erzeugnissen, z. B. Spinnstoffwaren, Schuhen, Leder, Kohlen usw., ist es unzulässig, die Verbrauchsquote des einzelnen durch Privatgeschäfte zu vergrößern. Un-

III. Die Straftaten des Verbrauchers

zulässig ist also der Einkauf von gewerblichen Waren auf den eigenen Bezugschein, wenn der Einkauf in der Absicht erfolgt, die eingekaufte Ware nicht für sich selbst zu gebrauchen, sondern einem anderen zukommen zu lassen.

Die Bezugsberechtigung für gewerbliche Waren steht in der Regel ihrem Inhaber nur für seine eigenen Bedürfnisse, nicht für die Bedürfnisse eines anderen zu. Der andere erwirbt dann ohne Bezugsberechtigung. Er kann sich nicht darauf berufen, daß die Ware „frei“ geworden ist.

Beispiel: Frau Vetter darf auf den ihr zustehenden und auf ihren Antrag bewilligten Schuhbezugschein keine Schuhe für Frau Grün beziehen, weil dann in Wirklichkeit Frau Grün, die gar keine Bezugsberechtigung, nämlich keinen Schuhschein, erhalten hat, die Schuhe bezieht.

Beispiel: Anton Wurm, dessen Wohnung sich über der Backstube einer Bäckerei befindet, vereinbart mit Ernst Silber, daß er diesem die ihm auf Brennstoffbezugskarte zustehenden Kohlen überläßt.

Nachdem der Kohlenhändler die Kohlen an Wurm geliefert hat, holt Silber sie gegen Ersatz des Wertes von Wurm ab.

Ist das zulässig? Das ist unzulässig und strafbar.

Wurm durfte die Kohlen nur für seinen eigenen Gebrauch erwerben. In Friedenszeiten hätte Wurm wegen der günstigen Lage seiner Wohnung keine Kohlen bezogen. Er will auch jetzt keine Kohlen für sich beziehen. Wurm vereinbarte mit Silber eine unzulässige Schiebung. Silber erwirbt die Kohlen ohne Bezugsberechtigung.

Anders läge der Fall allerdings, wenn Wurm die Kohlen zunächst für sich bestellt und bezogen hätte, weil er Bedarf dafür hatte, dann aber später der Bedarf entfallen war, weil er eine warme, nicht heizungsbedürftige Wohnung bezog.

Nur das Beziehen der gewerblichen Ware für einen anderen, weil man selbst keinen Bedarf hat, ist im allgemeinen unzulässig.

Beispiel: Fräulein Grau, die Nichtraucherin ist und ihre Raucherkarte für sich nicht gebraucht, kauft auf ihre Raucherkarte für ihren Untermieter, dem sie sich von der besten Seite zeigen will, 20 Zigaretten. Sie überläßt die Zigaretten ihrem Untermieter zu dem von ihr selbst gezahlten Kaufpreis. Ist das zulässig? Ja, Zigaretten sind allerdings gewerbliche Waren. Solche stehen dem Verbraucher in der Regel nur zu eigenem Verbrauch zu.

Raucherkarten erhalten aber auch Nichtraucher. Der Verbrauchsregelung liegt hier nicht die Absicht zugrunde, daß der Verbraucher, z.B. ein Nichtraucher, die Rauchwaren nur selbst verbrauchen darf. Sie stehen zu seiner freien Verfügung.

Fräulein Grau kann also ihre Zigaretten als Nichtraucherin beziehen, um sie einem anderen zu verkaufen. Natürlich darf kein Überpreis gefordert werden.

Fräulein Grau könnte ihre Zigaretten auch gegen Nahrungsmittel, die der Untermieter von seiner Ration abspart, um dafür Zigaretten zu erhalten,

eintauschen. Das wäre kein Verstoß gegen die Verbrauchsregelungsverordnung.

2. Das Beziehen bezugsbeschränkter Waren.

64. Was heißt „Beziehen“ „Beziehen“ bedeutet Erlangen tatsächlicher Verfügungsgewalt durch Waren ohne Bezugs- den bisherigen Besitzer. berechtigung?

Der Erwerber „bezieht“, wenn er die Sache vom bisherigen Besitzer unmittelbar in die Hand bekommt.

Beispiel: Frau Grün hat von einem Unbekannten frisches Fleisch gekauft. Als sie gerade im Begriffe ist, das Fleisch in ihrer Küche auszupacken, kommt Frau Vetter hinzu und fragt Frau Grün, ob sie nicht etwas Fleisch abbekommen könnte. Frau Grün ist damit einverstanden und sucht Frau Vetter eine schöne Schweinskeule aus, die Frau Vetter auch sogleich bezahlt. Da die Keule noch sehr frisch ist, erbietet sich Frau Grün, das Fleisch für Frau Vetter einzupökeln.

Nach einer Woche erscheint Frau Vetter wiederum bei Frau Grün, um sich das Fleisch abzuholen. Sie packt sich die Keule ein, um sie mit nach Hause zu nehmen. Auf der Straße wird sie aber damit ertappt.

Frau Vetter hat das aus einer Schwarzschlachtung stammende Fleisch bezogen. Sie bekam es unmittelbar in die Hand, erhielt also die tatsächliche Verfügungsgewalt über das Fleisch.

Frau Vetter durfte das Fleisch, weil es bezugsbeschränkt ist, nicht ohne Marken beziehen. Sie machte sich wegen Beziehens bezugsbeschränkter Erzeugnisse, des aus einer Schwarzschlachtung stammenden Fleisches, ohne Bezugsberechtigung, d. h. ohne Markenabgabe, strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

65. Ist auch der Versuch, Bereits der Versuch, bezugsbeschränkte bezugsbeschränkte Ware Ware ohne Bezugsberechtigung zu be- ohne Bezugsberechtigung ziehen, ist strafbar — § 2 Abs. 1 zu beziehen, strafbar? Nr. 1 und Abs. 3 VRStVO.

Beispiel: Frau Vetter kauft von Frau Grün eine Schweinskeule, die aus einer Schwarzschlachtung stammte. Die Keule bleibt noch in der Wohnung der Frau Grün, da sie dort für Frau Vetter eingepökelt werden soll. Als Frau Vetter nach einer Woche wieder zu Frau Grün kommt, um sich den Schinken abzuholen, erfährt sie, daß die Polizei den Schinken in der Wohnung der Frau Grün beschlagnahmte, weil das Fleisch aus einer Schwarzschlachtung stammte. Kann nun Frau Vetter wegen „Beziehens“ bezugsbeschränkter Erzeugnisse, hier des Fleisches, ohne Bezugsberechtigung, also ohne Hingabe von Lebensmittelkarten, bestraft werden?

Nein, Frau Vetter hatte noch keine tatsächliche Verfügungsgewalt über das Fleisch erhalten. Sie hatte es, weil es in der Küche der Frau Grün blieb, noch nicht in die Hand bekommen. Frau Vetter „bezog“ die Schweinskeule daher noch nicht.

Frau Vetter ist aber, wenn sie das Fleisch nicht sofort mitnahm und nun nicht mehr mitnehmen kann, weil es bei Frau Grün beschlagnahmt wurde, nicht etwa strafflos.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Frau Vetter machte sich wegen versuchten Beziehens bezugsbeschränkter Erzeugnisse strafbar. Sie wollte das aus der Schwarzschlachtung stammende Fleisch von Frau Grün erwerben, also beziehen. Die Schiebung war schon fest vereinbart und alle Vorbereitungen so getroffen, daß Frau Vetter sich die Schweinskeule nur noch abzuholen brauchte. Sogar der Kaufpreis war schon bezahlt. Frau Vetter versuchte also, das Fleisch, d.h. ein bezugsbeschränktes Erzeugnis, ohne Marken zu beziehen.

Auch der Versuch, bezugsbeschränkte Ware ohne Bezugsberechtigung zu beziehen, ist ausdrücklich unter Strafe gestellt — § 2 Abs. 3 VRStVO.

66. Wann liegt ein strafbares versuchtes Beziehen bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung vor? Schon das Verlangen, bezugsbeschränkte Ware ohne Marken abzugeben, oder die Drohung, bei Nichtabgabe der Ware ohne Marken später zu einem anderen Lieferanten überzugehen, ist ein strafbarer Versuch.

Beispiel 1: Herr Vetter stellt im Laden oder in einer Gaststätte an den Kaufmann oder den Wirt das Ansinnen, ihm bezugsbeschränkte Waren ohne Marken abzugeben. Schon dann macht er sich wegen versuchten Beziehens bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung strafbar.

Beispiel 2: Frau Grün sagt zu ihrem Bäcker: „Seien Sie doch ein bißchen kulanter und lassen Sie mir ein Brot ohne Marken ab.“ Als der Bäcker das ablehnt, erwidert sie: „Ich werde mir das merken. Wenn diese Kartenwirtschaft aufhört, werden auch mal andere Zeiten kommen. Wenn Sie mir jetzt nicht ein Brot ohne Marken ablassen, werde ich später nicht mehr bei Ihnen kaufen.“

Frau Grün macht sich hierbei wegen versuchten Beziehens des Brotes ohne Marken strafbar — § 2 Abs. 3 VRStVO.

67. Sind Geschäfte, die Alle vertraglichen Abmachungen über bezugsbeschränkte über ein Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Karten abgeschlossen werden, gültig?
rechtsgültig?

Es ist verboten, bezugsbeschränkte Waren ohne Marken oder eine sonstige Bezugsberechtigung zu erwerben — §§ 21, 23 Abs. 2 LandwBewVO. Wer bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung bezieht, macht sich strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Rechtsgeschäfte, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen oder strafbar sind, wie das Beziehen bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung, sind nichtig — § 134 BGB.

Wer also bezugsbeschränkte Ware ohne Marken kauft, erwirbt an der Ware rechtlich kein Eigentum.

2. Das Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung

Beispiel: Frau Grün kauft Fleisch von einem Schwarzhändler. Frau Grün erwirbt kein Eigentum an dem Fleisch. Auch Frau Vetter, die von Frau Grün eine Schweinskeule ohne Marken bezieht, bezahlt ihr Geld umsonst. Sie wird rechtlich nicht Eigentümerin des Fleisches.

68. Liegt ein strafbares Beziehen bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung vor, wenn die Ware ohne Willen des bisherigen Besitzers in die tatsächliche Verfügungsgewalt des Erwerbers gelangt?

Nur wer im Einverständnis mit dem bisherigen Besitzer die bezugsbeschränkte Ware erhält, bezieht sie. Wer wegnimmt, entwendet oder stiehlt, bezieht nicht.

Zum strafbaren „Beziehen“ bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung ist erforderlich, daß der Erwerber die Ware ausdrücklich mit dem Willen des bisherigen Besitzers erlangt. Das Beziehen einer Ware liegt also nur vor bei Erlangen der tatsächlichen Verfügungsgewalt im Einverständnis dessen, der die Ware vorher besaß.

Beispiel: Kühl bedrückt die Ernährungslage. Ihm ging es schlecht, während sein Nachbar, ein Müller, anscheinend noch auf gutem Fuße lebte. Über einen Kohlenschuppen konnte er ohne große Schwierigkeiten in den Lagerraum der Mühle eindringen. So entnahm er einige Male Mehl aus den dort gelagerten Säcken. Das gesamte Quantum, das sich Kühl holte, belief sich auf etwa 30 Pfund. Frau Kühl, die von diesen Dingen wußte, verbrauchte das Mehl im Haushalt. Kühl ist wegen fortgesetzten (schweren) Diebstahls zu bestrafen — §§ 242, 243 StGB.

Eine Verbrauchsregelungsstraftat liegt hier nicht vor. Mehl gehört zwar zu den bezugsbeschränkten Erzeugnissen, deren Bezug ohne Bezugsberechtigung strafbar ist. Kühl hat das Mehl aber nicht „bezogen“. Beziehen kann man nur im Einverständnis mit demjenigen, der die Ware hergibt. Kühl hat dem Müller das Mehl gestohlen und sich des Diebstahls schuldig gemacht. Die Ehefrau des Kühl macht sich wegen Hehlerei strafbar — § 259 StGB. Sie wußte, daß das Mehl, das sie in ihrem Haushalt verwendete, aus der Mühle gestohlen war.

3. Beziehen „ohne Bezugsberechtigung“.

69. Wann bezieht der Verbraucher bezugsbeschränkte Ware ohne Bezugsberechtigung?

Ohne Bezugsberechtigung erwirbt, wer

1. ohne Vorlage einer Bezugskarte oder eines Bezugscheines oder
2. auf einen Kartenabschnitt, der noch nicht fällig ist, oder
3. auf eine Karte bezieht, die nicht mehr gültig oder
4. gar gefälscht ist.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

a) Bezugsberechtigung ist die staatliche Genehmigung zur Abgabe der bezugsbeschränkten Ware an den Verbraucher.

b) Die Bezugsberechtigung wird durch Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen, d. h. durch Karten oder Bezugscheine nachgewiesen. Die Karte ist also das Stück Papier, das die staatliche Genehmigung für den Bezug der Ware nachweist.

c) Niemand darf ohne Bezugsberechtigung, also ohne Karte, bezugsbeschränkte Erzeugnisse beziehen. Man muß stets die Karte, die die Erlaubnis für den Bezug der Ware nachweist, vorlegen und abgeben.

Beispiel 1: Beziehen ohne Vorlage der Karte.

Frau Grün kauft ein Brot. Sie hat keinen Brotkartenabschnitt mehr. Durch ein langes Gespräch lenkt sie den Bäckermeister ab. Dieser nimmt schließlich an, daß er den Kartenabschnitt von der Karte der Frau Grün bereits abgetrennt hat, als er ihr das Brot aushändigt.

Frau Grün ist strafbar wegen Bezieheus des Brotes ohne Bezugsberechtigung — § 2 Abs. 1 VRStVO.

Außerdem liegt Betrug vor — § 263 StGB.

Beispiel 2: Beziehen auf einen nicht fälligen Kartenabschnitt.

Frau Grün hat am Donnerstag die neuen Marken für die am Montag beginnende neue Lebensmittelperiode erhalten. Sie kauft darauf schon am Donnerstag ein.

Hier hat sich Frau Grün wegen Bezieheus bezugsbeschränkter Ware „ohne Bezugsberechtigung“ strafbar gemacht. Sie durfte auf ihre neue Lebensmittelskarte, die erst mit der in der nächsten Woche beginnenden Lebensmittelperiode gültig war, nicht vorausgreifen. Die neue Lebensmittelskarte war noch gar nicht gültig. Deshalb machte Frau Grün einen „unerlaubten Vorgriff“.

Bei unerlaubtem Vorgriff liegt ein Beziehen ohne Bezugsberechtigung vor.

Beispiel 3: Beziehen auf einen nicht mehr gültigen Kartenabschnitt.

Frau Grün besitzt noch einen alten Spinnstoffschein, der aber durch allgemeinen Aufruf für ungültig erklärt wurde. Frau Grün überredet die Verkäuferin, sie doch noch zu beliefern. Die Verkäuferin geht darauf ein.

Frau Grün hat sich wegen Bezieheus bezugsbeschränkter Waren ohne Bezugsberechtigung strafbar gemacht, denn der Bezugschein, also die Bezugsberechtigung für Frau Grün, auf die sie die Spinnstoffwaren beziehen will, war gar nicht mehr gültig.

Ein alter, ungültiger Bezugschein ist ein wertloses Stück Papier.

Die Verkäuferin hat sich ebenfalls wegen Abgabe bezugsbeschränkter Waren ohne Bezugsberechtigung strafbar gemacht — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel 4: Beziehen auf einen gefälschten Kartenabschnitt.

Hätte Frau Grün das Datum auf dem Bezugschein gefälscht, um der Karte den Anschein der Gültigkeit zu geben, so hätte sie auch nichts gebessert. Auch dann hätte sie ohne Bezugsberechtigung erworben.

Ein gefälschter Bezugschein kann einen gültigen erst recht nicht ersetzen.

Nur wer eine gültige Karte hat, ist in der Lage, bezugsbeschränkte Ware zu erhalten und bezieht mit Bezugsberechtigung.

Sonst bezieht er „ohne“.

Wer auf eine gültige, aber nicht ihm gehörige Karte bezugsbeschränkte Waren einkauft, bezieht nicht ohne Bezugsberechtigung.

Beispiel: Vetter benutzt die Karte eines Freundes, der verreist ist und seine Karte nicht mitgenommen hat. Die Karte steht Vetter nicht zu. Vetter bezieht dann zwar mit Bezugsberechtigung, vorausgesetzt, daß die Karte gültig ist.

Beispiel: Grün erhält durch Versehen der Kartenausgabestelle eine Lebensmittelkarte doppelt.

Kauft er auf die doppelte Karte ein, so hat er einen gültigen Nachweis für den Bezug der Ware vorgelegt, also die Ware mit Bezugsberechtigung bezogen.

Sowohl Vetter als auch Grün sind aber nicht etwa strafflos. Die Karte stand ihnen nicht zu; sie haben daher eine ihnen nicht zustehende Bezugsberechtigung ausgenutzt. Das ist wegen Mißbrauchs mit Karten besonders unter Strafe gestellt — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

4. Einzelfragen.

70. Wie ist die Wegnahme bezugsbeschränkter Nahrungs- und Genußmittel in geringer Menge oder von unbedeutendem Wert oder von geringwertigen Gegenständen strafbar?
1. von Nahrungs- und Genußmitteln in geringer Menge oder von unbedeutendem Werte zum alsbaldigen Verbrauch ist als sog. Mundraub,
 2. geringwertiger Gegenstände als Notentwendung
- strafbar — §§ 370 Nr. 5, 248a StGB.

Beispiel: Frau Grün steht im Schlachterladen, um sich ein paar Knochen zu kaufen. Sie hat ihre Fleischabschnitte längst aufgebraucht. Es ist am Ende einer Versorgungsperiode.

Während der Schlachter auf kurze Zeit den Ladenraum verläßt, um die Knochen zu holen, und Frau Grün allein im Laden ist, nützt sie die Gelegenheit aus, sich ein Stück Wurst mit schnellem Griff abzuschneiden. Frau

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Grün hat nämlich schon die ganze Zeit, in der sie in dem Laden stand, die schöne Wurst beobachtet. Frau Grün steckt das Stück Wurst schnell in ihre Tasche und verzehrt es sogleich in ihrer Wohnung. Der Schlachter bemerkt den Verlust erst, als Frau Grün den Laden verlassen hat.

Die Wegnahme bezugsbeschränkter Nahrungs- und Genußmittel in geringer Menge oder von unbedeutendem Wert zum alsbaldigen Verbrauch ist — wie auch die Entwendung geringwertiger Gegenstände aus Not — weder ein „Beziehen“ bezugsbeschränkter Erzeugnisse noch als Diebstahl strafbar.

Hier liegt kein „Beziehen“ bezugsbeschränkter Ware vor, da die Wurst, ein bezugsbeschränktes Erzeugnis, ohne den Willen des Schlachters diesem weggenommen wurde.

Mundraub und Notentwendung sind aber auch nicht Diebstahl.

Frau Grün, die dem Schlachter das Stückchen Wurst weggenommen hat, geht aber nicht straffrei aus.

Man nennt solches Wegnehmen „Mundraub“, der viel milder als Diebstahl, nämlich nur als einfache Übertretung, bestraft wird. Frau Grün machte sich strafbar, weil sie ein Nahrungsmittel in geringer Menge und von unbedeutendem Werte zum alsbaldigen Verbrauch entwendete — § 370 Nr. 5 StGB.

71. Wann sind bezugs- Was die Ration eines Normalver- beschränkte Nahrungs- brauchers für mehr als eine und Genußmittel in ge- Woche übersteigt, ist nicht mehr ringer Menge oder von als „geringe Menge“, nicht als „geringwer- unbedeutendem Wert tig“ und auch nicht als „von unbedeutendem oder geringwertige Wert“ anzusehen.

Gegenstände entwendet?

Bei der Beurteilung der Frage, ob viel oder wenig an bezugsbeschränkten Nahrungs- und Genußmitteln entwendet wurde, sind heute andere Maßstäbe anzuwenden als in normalen Friedenszeiten, denn merke:

Heute darf man nicht in Geld, man muß vielmehr in Marken denken.

Beispiel: Frau Grün nimmt eine ganze Wurst aus dem Schlachterladen. Die Wurst wiegt fast 700 Gramm. Der Geldwert dieser Wurst ist zwar gering, er beträgt etwa 2.50 RM. Aber Frau Grün hat mehr weggenommen, als einem Normalverbraucher wöchentlich an Fleisch zusteht. Dann hat sie nicht Nahrungsmittel in geringer Menge oder von unbedeutendem Wert entwendet. Das ist kein Mundraub mehr. Hier liegt Diebstahl vor.

Frau Grün ist daher wegen Diebstahls zu bestrafen — § 242 StGB.

72. Ist versuchter Mund- 1. Versuchter Mundraub ist straf-
raub oder versuchte los.
Notentwendung 2. Auch versuchte „Entwendung aus
strafbar? Not“ wird nicht bestraft — §§ 370
Ziff. 5, 248a, 43 StGB.

2. Das Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung

Beispiel: Wenn der Schlachter gerade dazugekommen wäre, als Frau Grün, die allein im Laden stand, im Begriffe war, ein Stückchen Wurst abzuschneiden, wäre sie straflos.

Versuchter Mundraub (und eine im Versuch stecken-gebliebene Entwendung aus Not) ist straflos.

Versuchter Diebstahl (wie auch ein versuchtes Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Karten) ist dagegen strafbar.

Durch das unerwartete Dazwischenkommen des Schlachters hat dieser die Wegnahme der Wurst durch Frau Grün aus seinem Laden verhindert.

Frau Grün kommt deswegen nicht mehr dazu, das Stück Wurst wegzunehmen. Sie hat es allerdings versucht, ein Stück Wurst zu entwenden, denn sie wollte das und war gerade dabei, ihren Entschluß auszuführen. Dieser versuchte Mundraub ist aber nicht strafbar — § 370 Nr. 5 StGB.

73. Wie macht sich der Entwendungen von

Verbraucher strafbar,
der bezugsbeschränkte
Feldfrüchte vom Acker,
Gartenfrüchte aus dem
Garten oder Holz aus
dem Walde wegnimmt?

1. Früchten aus dem Acker,
2. Gartenfrüchten aus den Gärten wie überhaupt von Bodenerzeugnissen sowie
3. die Wegnahme von Holz
bis zu einem bestimmten Wert sind in den landesrechtlichen Feld- und Forstpolizeigesetzen nur als Übertretung strafbar.

Landesrechtliche Forst- und Feldpolizeigesetze gelten, wenn der Wert der entwendeten Gegenstände sich unter einem bestimmten Wertbetrag hält, z. B. im früheren Preußen unter 10 RM., in Hessen unter 15 RM. oder in Sachsen unter 25 RM.

Die Vorschriften über Diebstahl — § 242 StGB. — kommen dann nicht zur Anwendung.

Da die Forst- und Feldpolizeigesetze einen bestimmten Betrag in Geldeswert vorsehen, ist der Verkaufspreis der entwendeten Erzeugnisse dafür maßgebend, ob diese milderer Gesetze zur Anwendung kommen. Von dem Verkaufspreis (Stopppreis) der entwendeten Gegenstände ist auszugehen.

Solche Entwendungen nach landesrechtlichen Feld- und Forstpolizeigesetzen sind Übertretungen, auf die nur geringe Strafen stehen (Haft oder Geldstrafe bis zu 150 RM.).

Beispiel: Auf dem Acker des Bauern Reich wird von einem Polizeibeamten der Schneidergeselle Weber gestellt, der sich Kartoffeln abgeerntet hat. Die Kartoffeln hat Weber bereits in einen Sack verpackt und diesen auf sein Fahrrad aufgeladen.

Weber wird von dem Polizeibeamten verhaftet und dem Richter vorgeführt.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Es stellt sich nunmehr heraus, daß Weber bereits mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft ist.

Die Strafkammer verurteilt ihn wegen des Kartoffeldiebstahls zu einer hohen Zuchthausstrafe, weil er ein „rückfälliger“ Dieb ist — § 244 StGB. Wer nämlich als Dieb bestraft wurde und daraufhin abermals stiehlt und deswegen bestraft wird, ist, wenn er wiederum stiehlt, wegen „Rückfalls“ mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu bestrafen.

Die Strafkammer hatte den Diebstahl nicht als Felddiebstahl angesehen, weil sie die entwendeten Kartoffeln, die Weber ohne Bezugschein erlangte, zum Schwarzmarktpreis bewertete. Dann belief sich der Wert der Kartoffeln in der Tat auf über 10 RM. Das Kammergericht, das Weber anruft, weil er die Strafe als zu hoch empfindet, hob das Urteil der Strafkammer auf. Weber erhielt nur eine kleine Haftstrafe.

Die Entwendung der Kartoffeln, so sagte das Kammergericht, ist kein Diebstahl und deshalb ist Weber auch nicht rückfällig geworden. Es liegt nur eine Entwendung von Feldfrüchten vor, deren Wert nach dem normalen Kaufpreis unter 10 RM. liegt. Eine solche Entwendung ist nur eine Übertretung und begründet keinen Rückfalldiebstahl.

Ein Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung liegt nicht vor, da Weber die Kartoffeln entwendet, also nicht „bezogen“ hat.

Die Verordnung über Feld- und Forstdiebstähle vom 20. September 1942 (RGBl. I, S. 558) sieht allerdings vor, daß die Entwendung von Feldfrüchten, Gartenfrüchten und Holz nach den verschärften Bestimmungen über Diebstahl bestraft werden kann, wenn die Anwendung der landesrechtlichen Feld- und Forstpolizeigesetze zu einer unzureichenden Bestrafung des Täters führt.

Die Verknappung der Lebensmittel und ihre Bezugsbeschränkung hat dazu geführt, daß Feld- und Forstdiebstähle einen großen Umfang annehmen.

Diese Verordnung darf aber nicht mehr angewendet werden.

Die Gesetzgebung der Besatzungsmächte (Ziff. 8 der „Allgemeinen Anweisung an den Richter Nr. 1“ und Ziff. 1 der AusfVO. Nr. 1 zu MRGes.) verbietet, eine Strafe zu verhängen, die das vor dem 30. Januar 1933 zugelassene Strafmaß übersteigt, wenn nach dem 30. Januar 1933 das Strafmaß verschärft wurde.

Die Verordnung über Feld- und Forstdiebstahl vom 20. September 1942 bringt eine solche — nicht mehr anwendbare — Strafverschärfung der landesrechtlichen Strafbestimmungen für die Entwendung von Boden- und Walderzeugnissen, die unter einem Verkaufspreis von 10 RM. (im früheren Preußen) bzw. 15 RM. (in Hessen) oder 25 RM. (in Sachsen) liegen.

Im Gegensatz dazu steht eine Pressemeldung aus der Ostzone. Sie lautet:

Scharfe Strafen für Feld- und Forstdiebstähle

Potsdam, den 15. November 1946 (ADN.). Die Abteilung Justiz der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg weist in einem Runderlaß darauf hin, daß nach der geltenden Verordnung über Feld- und Forst-

diebstähle die Vorschriften des Strafgesetzbuches über Diebstahl und Unterschlagung herangezogen werden können, wenn das Gericht im Einzelfalle es für erforderlich hält. Die Anwendung dieser Paragraphen des Strafgesetzbuches ergibt die Möglichkeit einer wesentlich höheren Bestrafung, wie sie das Feld- und Forstpolizeigesetz vorsieht.

74. Wann liegt bei Be- Wer „schwarz“ bezugsbeschränkte Lebens-
ziehen bezugsbeschränk- mittel ohne genaue Erkundigung
ter Ware ohne Karten nach der Herkunft erwirbt, macht
auch Hehlerei vor? sich wegen Beziehe ns der Lebensmittel
ohne Marken und wegen Hehlerei
strafbar, wenn die Lebensmittel aus einer
Straftat stammen — § 259 StGB und § 2
Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel: Frau Grün kauft auf dem Schwarzen Markt 2 Pfund Zucker. Sie weiß, daß der Zucker aus dem Geschäft einer Konsumgenossenschaft stammt, in das vor einigen Tagen eingebrochen wurde.

Frau Grün ist strafbar wegen Beziehe ns des Zuckers ohne Marken. Aber auch Hehlerei liegt vor. Wegen Hehlerei — § 259 StGB. — wird u. a. be-
straft, wer seines Vorteils wegen Sachen, von denen er weiß
(oder den Umständen nach annehmen muß), daß sie durch strafbare
Handlung erlangt sind, ankauft oder sonst an sich bringt.
Hehlerei begeht nur, wer weiß, daß die Sachen durch strafbare
Handlung erlangt sind.

Wer aber gestohlene, geraubte, unterschlagene, veruntreute oder durch Be-
trug usw. erlangte Lebensmittel schwarz erwirbt, kann sich nicht so leicht
damit herausreden, er habe nichts darüber gewußt, ob die Lebensmittel aus
einem Diebstahl, Raub, Unterschlagung, Untreue oder Betrug hergerührt
hätten.

Stammen Lebensmittel aus einer Straftat, so wird vermutet, daß
der Erwerber gewußt hat, woher sie stammen, wenn er
die verdächtige, also strafbare Herkunft „den Umständen nach
annehmen mußte“. Erwerbungen im Schwarzhan-
del sind meistens verdächtig.

Beispiel: Frau Kunze wird unter der Hand Fleisch zu einem Spott-
preis ohne Marken angeboten. Der Verkäufer ist, wie Frau Kunze weiß, als
Arbeiter am Schlachthof beschäftigt.

Frau Kunze macht sich wegen Bezuges des Fleisches ohne Marken strafbar
— § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Sie wird aber auch wegen Hehlerei be-
straft, wenn sie nicht glaubhaft nachweisen kann, sie habe nicht gewußt
oder angenommen, daß das Fleisch aus dem Kühlhaus gestohlen wurde.

Hehlerei kann nur begangen werden durch Ankauf (Ansichbringen
usw.) von Sachen aus einer Straftat, die das Vermögen eines ande-
ren verletzt hat. Wer von jemand bezugsbeschränkte Ware be-
zieht, der diese auch nur unter Verletzung der Ver-
brauchsregelungs- oder Wirtschaftsbestimmungen
erworben hat, begeht keine Hehlerei.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Beispiel: Bäckermeister Klemme verkauft an Frau Grün zehn Brote ohne Marken. Frau Grün verschiebt diese Brote an Frau Kunze zum Schwarzmarktpreis.

Klemme ist wegen Abgabe bezugsbeschränkter Ware in Ausübung seines Gewerbes strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Sowohl Frau Grün als auch Frau Kunze haben sich wegen Beziebens des Brotes ohne Marken strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Hehlerei liegt hier nicht vor. Zwar hatte Frau Grün die Brote, die Frau Kunze kaufte, durch eine strafbare Handlung, durch Beziehen ohne Bezugsberechtigung, erlangt. Frau Grün verstieß dabei gegen die Verbrauchsregelungsstrafbestimmungen, aber sie hat nicht durch den Ankauf fremdes Vermögen verletzt. Die Ware war lediglich ohne Bescheinigung über die Bezugsberechtigung erworben worden. In solchen Fällen verstößt der Abnehmer daher nur gegen die Verbrauchsregelungsbestimmungen. Er begeht keine Hehlerei.

Nur wer weiß oder annehmen muß, daß die Sachen, die er „schwarz“ erwirbt, aus einem Vermögensdelikt stammen, begeht damit auch Hehlerei.

75. Wann ist das Beziehen ohne Bezugsberechtigung auch Betrug?

Der Erwerber bezugsbeschränkter Ware, der dem Verkäufer vorspiegelt, er habe die Bezugskarten schon abgeliefert oder er wolle die Karten nachbringen, ohne dazu willens und in der Lage zu sein, begeht außer „Beziehen“ der Ware „ohne Bezugsberechtigung“ auch Betrug — § 263 StGB. und § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel: Frau Grün, die keine Brotkartenabschnitte mehr besitzt, geht zu ihrem Bäcker. Sie verlangt ein Brot und sagt, sie wolle die Karten sofort nachschicken; sie habe ihre Kartentasche versehentlich nicht bei sich. Bäcker Knoch fällt auf den Schwindel herein und gibt Frau Grün ein Brot ohne Marken.

Frau Grün ist strafbar wegen Beziebens des Brotes ohne Marken und wegen Betruges.

Der Vermögensschaden des Händlers, der bezugsbeschränkte Ware infolge Betruges des Käufers ohne Marken abgibt, besteht darin, daß der Händler ohne Empfang von Marken außerstande ist, sich bei seinem Lieferanten für die abgegebene Ware wieder einzudecken.

Derartige Betrügereien führen bei dem Händler zu „Umsatzshrumpfungen“. Sie mindern seinen Gewinn und schädigen dadurch sein Vermögen.

Beispiel: Frau Grün, die keine Brotkartenabschnitte mehr besitzt, zieht den Bäcker in ein langes Gespräch. Als schließlich der Bäcker Semmel fragt, ob er schon die Kartenabschnitte von der Karte der Frau Grün abgetrennt habe, sagt Frau Grün der Wahrheit zuwider zu ihm, er habe sie doch schon abgeschnitten. Bäcker Semmel glaubt dies, weil er infolge des langen Gesprächs nicht darauf achtete, ob Frau Grün ihre Karte schon vorgelegt hat oder nicht. Er händigt ihr ein Brot aus.

3. Der Mißbrauch von Bezugskarten und Bezugscheinen

Frau Grün ist wegen Bezieheus des Brotes ohne Marken und wegen Betruges zu bestrafen — § 263 StGB. und § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel: In einem Landkreis ist auf einem Sonderabschnitt der Lebensmittelkarte 50 Gramm Fleisch aufgerufen. In dem benachbarten Landkreis der gleichen Besatzungszone wird auf den Sonderabschnitt nichts ausgegeben. Grün und Nebel vereinbaren deshalb folgendes: Beide lassen sich von noch zehn anderen Kollegen die Lebensmittelkarten geben und fahren in den Landkreis, in dem es auf den Sonderabschnitt Fleisch gibt.

Grün und Nebel haben aber nicht bedacht, daß sich die in der Farbe gleich aussehenden Lebensmittelkarten der beiden Landkreise dadurch unterscheiden, daß im Kleinstdruck auf dem Sonderabschnitt der Name des Kresies, in dem die Karte ausgegeben wurde, aufgedruckt ist.

Aus diesem Grunde mißlingt die Schiebung, denn der Schlachtermeister merkt sofort, daß ihm Karten des Nachbarkreises vorgelegt werden.

Grün und Nebel haben versucht, ohne gültige Bezugsberechtigung Ware, nämlich das Fleisch, zu beziehen. Sie sind daher wegen versuchten Bezieheus bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung zu bestrafen — § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 VRStVO.

Dadurch, daß sie auf den in dem einen Landkreis nicht geltenden Sonderabschnitt Fleisch einkaufen wollten, machten sie sich gleichzeitig auch noch des versuchten Betruges schuldig — §§ 263, 43 StGB. Sie wollten dem Schlachter vorspiegeln, daß ihnen auf den Sonderabschnitt Fleisch zustünde. Die Schiebung wäre auch geglückt, wenn der Schlachter nicht aufgepaßt hätte. Der Schlachter wäre dann geschädigt worden, weil er von seinem Lieferanten auf diese Abschnitte keine Ware erhalten hätte.

3. Der Mißbrauch von Bezugskarten und Bezugscheinen

Der Verbraucher darf nicht nur die bezugsbeschränkten Erzeugnisse selbst ohne Bezugsberechtigung beziehen. Er darf auch nicht mit Bezugsberechtigungen, also Karten (Lebensmittelkarten, Reisemarken, Tabakkarten, Bezugskarten, Bezugscheine usw.) Mißbrauch treiben, um sich dadurch bezugsbeschränkte Erzeugnisse, die ihm nicht zustehen, zu verschaffen.

76. Wie lauten die vier Der Verbraucher darf nicht

- Gebote an den Verbrau- 1. Bezugsberechtigungen
cher, die sich auf den a) sich gegen Entgelt verschaffen
Mißbrauch mit Karten oder
beziehen? b) an einen anderen, in der Absicht,
sich zu bereichern, überlas-
sen oder
2. eine ihm nicht zustehende Bezugs-
berechtigung für sich ausnutzen oder
3. eine Bezugsberechtigung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschleichen — § 2 Nr. 1 und 2 VRStVO.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Beispiel 1: Frau Grün darf von Frau Vetter ein Brot, das diese sich von ihrer Ration absparte, straflos kaufen (vorausgesetzt ohne Überpreis). Frau Vetter darf dieses Brot auch verkaufen.

Das ist zulässig und nicht strafbar, weil das Brot ordnungsmäßig gegen Karten bezogen war.

Beispiel 2: Frau Grün darf aber nicht einen Brotkartenabschnitt kaufen und Frau Vetter darf diesen Abschnitt nicht verkaufen. Auf dem trotzdem gekauften Abschnitt darf Frau Grün sich das Brot auch nicht einkaufen.

Erst recht darf Frau Grün nicht zur Kartenstelle gehen und um Ersatz ihrer Brotkartenabschnitte bitten, mit der unwahren Behauptung, die Abschnitte seien ihr in der Straßenbahn gestohlen worden.

Das ist unzulässig und strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 VRStVO.

1. Verschaffen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung.

77. Was heißt Verschaffung einer Bezugsberechtigung? Verschafft ist alles, was man sich besorgt.

Beispiel: Wenn Frau Grün einen Brotkartenabschnitt kauft oder eintauscht, so verschafft sie sich diesen Abschnitt.

Auch wer eine Karte durch strafbare Handlungen in die Hand bekommt, wie z. B. durch Hehlerei, Untreue oder Erschleichen einer Bezugsberechtigung usw. — §§ 259, 266 StGB., § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. —, hat sich diese Karte verschafft, weil alles, was man tatsächlich erlangt, verschafft ist, ganz gleich, auf welchem Wege dieses Verschaffen geschieht.

78. Wem steht die Bezugsberechtigung zu? Die Bezugsberechtigung steht zu:

1. für Lebensmittel dem „Versorgungsberechtigten“, der die Karte vom Ernährungsamt erhalten hat,
2. für gewerbliche Waren dem „Verbraucher“, an den die Bezugskarte oder ein Bezugschein vom Wirtschaftsamt ausgegeben wurde.

Zu 1.: Jedem „Versorgungsberechtigten“ steht nur eine Karte zu, evtl. noch eine Zusatzkarte, wie z. B. bei Schwer- oder Schwerstarbeitern.

Zu 2.: Bezugskarten zum regelmäßigen Gebrauch sind z. B. solche für Tabakwaren.

Ein Bezugschein für besonderen Bedarf ist z. B. der Schuhchein zum Bezug von einem Paar Schuhe.

79. Ist die Verschaffung einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung in jedem Falle strafbar? Für den Verbraucher ist nur die entgeltliche Verschaffung einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung strafbar.

3. Der Mißbrauch von Bezugskarten und Bezugsscheinen

Beispiel: Bei einer Razzia auf dem Schwarzen Markt wird Herr Grün dort angetroffen. Er muß den Weg auf die Polizeiwache antreten. Dort wird seine Brieftasche untersucht und es ergibt sich dabei, daß er zwei Lebensmittelkarten bei sich hat. Grün, darüber befragt, wie er zu den zwei Lebensmittelkarten komme, sagt: „Die eine Karte gehört mir, die andere habe ich von Frau Vetter, meiner Nachbarin, geschenkt erhalten. Sie war jetzt einen Monat bei Verwandten auf dem Lande und da brauchte sie keine Karten.“ Wenn das wahr ist, hat sich Grün dadurch strafbar gemacht, weil er die geschenkte Karte annahm? Nein, nur die entgeltliche Verschaffung einer Bezugsberechtigung ist strafbar. Herr Grün hat aber die Karte von Frau Vetter als Geschenk, also unentgeltlich, erhalten.

80. Wann liegt entgeltliches Verschaffen einer Bezugsberechtigung vor? Entgeltliches Verschaffen einer Bezugsberechtigung liegt vor, wenn der Erwerber für den Erwerb der Karte etwas aus seinem Vermögen hingibt.

Entgeltlich verschafft sich eine Karte, wer sie bezahlt oder sie gegen ein anderes Objekt eintauscht.

Beispiel 1: Grün tauscht auf dem Schwarzen Markt eine Lebensmittelkarte gegen einen Ring. Das ist unzulässig und strafbar, denn Grün hat sich im Tauschwege, also entgeltlich, eine Karte, die ihm nicht zusteht, verschafft.

Beispiel 2: Grün kauft sich auf dem Schwarzmarkt eine ganze Lebensmittelkarte für 350 RM. von einem Unbekannten. Als Grün gerade den Schwarzen Markt verlassen will, wird er von einem Polizeibeamten, der die Schiebung beobachtete, verhaftet.

Der Kauf oder der Verkauf von Lebensmittelkarten ist verboten und strafbar. Infolgedessen ist Grün wegen Verschaffung einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung zu bestrafen — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

81. Ist die Bestimmung, Wer in Ausübung eines Berufes oder daß nur eine entgeltliche Gewerbes mit bezugsbeschränkten Waren Verschaffung von Karten zu tun hat, macht sich auch strafbar, strafbar ist, eine Bevorzugung des Verbrauchers? Wenn er sich eine Bezugsberechtigung unentgeltlich verschafft.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Krause erhält von seinem Grossisten zehn Kartenabschnitte, die dieser nicht für sich verwenden kann, zum Geschenk. Das ist unzulässig und strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

82. Ist der Dieb oder, Wer Lebensmittelkarten stiehlt wer Karten unterschlägt, (oder unterschlägt), ist wegen Diebstahls (oder Unterschlagung), nicht aber auch wegen Verschaffung einer nicht zustehenden wegen Verschaffung einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung strafbar? strafbar.

Für den Verbraucher ist die Verschaffung einer Bezugsberechtigung

III. Die Straftaten des Verbrauchers

nur strafbar, wenn sie entgeltlich erfolgt. Der Dieb „verschafft“ sich das Diebesgut kostenlos.

Beispiel 1: Becker entwendet im Gedränge der Straßenbahn der Frau Grün aus ihrer Handtasche die Lebensmittelkarte. Frau Grün hatte ihre Handtasche leichtsinnigerweise nicht geschlossen.

Beispiel 2: Grün findet zufällig auf der Straße eine Karte, die jemand verloren hat. Er will sie behalten, um den seiner Frau durch den Diebstahl der Karte erlittenen Verlust auszugleichen.

Becker begeht einen Diebstahl, denn er nimmt eine bewegliche Sache, die Lebensmittelkarte, die der Frau Grün gehört, weg, um sich diese anzueignen — § 242 StGB.

Grün macht sich der Fundunterschlagung schuldig — § 246 StGB. —, denn er hat eine Karte, die nicht ihm, sondern dem Verlierer gehört, an sich genommen und wollte sie behalten.

Beide, sowohl Becker als auch Grün, haben sich aber, trotzdem sie sich eine ihnen nicht zustehende Bezugsberechtigung durch Diebstahl bzw. Unterschlagung verschafften, nicht auch wegen Verschaffens einer Bezugsberechtigung strafbar gemacht.

Die Verbrauchsregelungsstrafverordnung erklärt nur einen entgeltlichen Erwerb einer Karte durch den Verbraucher für strafbar.

Die frühere Rechtsprechung hatte auch den Dieb wegen Verschaffung einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung bestraft, wenn er Karten gestohlen hatte.

Das war damals in der Tat möglich. Es konnte nämlich jemand auch dann bestraft werden, wenn er zwar nicht nach dem Wortlaut, wohl aber nach dem Sinn einer Strafbestimmung „strafwürdig“ und deshalb nach gesundem Volksempfinden zu bestrafen war — § 2 StGB. Man sagte: Wer sich eine Karte durch Diebstahl oder Unterschlagung verschafft, begeht nicht nur Diebstahl oder Unterschlagung, sondern sei auch wegen des unrechtmäßigen Erwerbs der Karte „strafwürdig“.

Eine solche „gesetzesähnliche Anwendung“ ist durch das Kontrollratsgesetz Nr. 11 verboten worden.

Becker ist also lediglich wegen Diebstahls, Grün wegen Fundunterschlagung zu bestrafen.

Wer Karten in größeren Mengen stiehlt, macht sich wegen Wirtschaftsverbrechens strafbar — § 1 Abs. 2 KWVO.

Danach wird bestraft, wer Karten oder deren Vordrucke „beiseite schafft“. Wer Karten stiehlt, bringt sie durch den Diebstahl „beiseite“.

83. Liegt Mundraub (oder Notentwendung) bei Wegnahme von Lebensmittelkarten in geringer Menge vor?	Mundraub (oder Entwendung aus Not) liegt bei Wegnahme von Lebensmittelkarten in geringer Menge niemals vor — §§ 370 Ziff. 5, 248a StGB.
--	---

Beispiel: Frau Sommer hat auf ihre Lebensmittelkarte bereits alles bezogen, obwohl die Versorgungsperiode noch nicht beendet ist. Seit Tagen

schon lebt sie von den dürftigen „markenfreien“ Gerichten, die es in einigen Lokalen gibt. In einem Lokal entwendet sie einem Gast die Lebensmittelkarte, die dieser nachlässig in eine Tasche seines Mantels, den er an den Garderobenständer gehängt hat, steckt.

Die Karte enthält nur noch einige kleinere Abschnitte für Fett und Fleisch. Frau Sommer benutzt die Karte, um sich sofort ein Mittagessen zu bestellen.

Hier liegt Diebstahl vor. Frau Sommer ist wegen Diebstahls der Lebensmittelkarte zu bestrafen — § 242 StGB.

Lebensmittelkarten oder deren Einzelabschnitte sind nicht Nahrungs- oder Genußmittel und auch nicht „geringwertige Gegenstände“. Die Karte ist lediglich ein Stück Papier, das die staatliche Genehmigung für den Bezug bezugsbeschränkter Ware nachweist.

Wer eine Lebensmittelkarte oder deren Abschnitte entwendet, begeht Diebstahl.

Wer Lebensmittelkarten in größeren Mengen stiehlt, „bringt“ sie „beiseite“ und macht sich damit eines Wirtschaftsverbrechens schuldig — § 1 Abs. 2 KWVO.

Wer auf die gestohlene Karte den Namen eines Versorgungsberechtigten einträgt, ist wegen Urkundenfälschung strafbar.

84. Ist die Verschaffung einer gestohlenen Lebensmittelkarte Hehlerei?
Die Verschaffung einer nicht zustehenden Lebensmittelkarte ist Hehlerei, wenn der Erwerber weiß (oder den Umständen nach annehmen muß), daß die Karte aus einer Straftat herrührt, die das Vermögen eines anderen verletzt.

Beispiel: Grün wird auf dem Schwarzmarkt von einem Polizeibeamten gestellt, als er eine Lebensmittelkarte für 450 RM. von jemand, der sich seiner Festnahme durch Flucht entzog, gekauft hatte. Er erzählt dem Polizeibeamten, der Unbekannte habe die Karte vor einer Stunde im Gedränge der Straßenbahn einer Frau aus der offenen Handtasche entwendet. Diese Entwendung habe ihm der Unbekannte eingestanden.

Grün ist wegen entgeltlichen Erwerbs der Lebensmittelkarte zu bestrafen — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Mit seiner Redseligkeit gegenüber dem Polizeibeamten gab Grün aber auch noch eine weitere strafbare Handlung, nämlich Hehlerei, zu.

Wegen Hehlerei wird u. a. bestraft, wer seines Vorteils wegen Sachen, von denen er weiß (oder den Umständen nach annehmen muß), daß sie durch eine strafbare Handlung erlangt sind, ankauft oder sonst an sich bringt — § 259 StGB.

Lebensmittelkarten sind Sachen, an denen eine Hehlerei begangen werden kann.

Hehlerei liegt vor, wenn die Karten aus einer strafbaren Handlung herrühren. Die strafbare Handlung muß eine solche sein, die in das Vermögen eines anderen eingreift, z. B. Diebstahl.

Beispiel: Die Lebensmittelkarte, die Grün auf dem Schwarzmarkt

kaufte, war einer Frau aus der Handtasche entwendet worden, also durch Diebstahl erlangt. Grün hat die Karte der Bestohlenen vom Diebe erworben, sich dadurch also den Diebstahl zunutze gemacht. Deshalb ist Grün infolge Ankaufes der gestohlenen Lebensmittelkarte außer wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungsstrafbestimmungen auch noch wegen Hehlerei zu bestrafen.

Der Verlust einer Karte ist für den einzelnen ein schwerer Vermögensschaden, denn niemand kann bezugsbeschränkte Waren ohne Marken erwerben.

Wer eine gestohlene (unterschlagene oder geraubte) Karte erwirbt und die Herkunft dieser Karte weiß oder den Umständen nach annehmen muß, begeht außer Verschaffen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung Hehlerei nur dann, wenn die Karte von der Kartenstelle einem bestimmten Verbraucher ausgehändigt war, dessen Vermögen durch den Kartendiebstahl geschädigt wird.

85. Wann ist die Ver- Der Erwerb einer von der Karten-
schaffung einer gestoh- stelle gestohlenen Karte ist keine
lenen Karte nicht Heh- Hehlerei.
lerei?

Die auf der Kartenstelle in amtlicher Verwahrung liegenden, noch nicht ausgegebenen Karten sind nur Vordrucke (Formulare). Vom Papierwert abgesehen, stellen die auf der Kartenstelle liegenden Vordrucke noch keinen Vermögenswert dar. Zum Vermögenswert wird die Karte erst in der Hand des Verbrauchers, der ohne Karten nichts einkaufen kann.

Beispiel: Grün kauft auf dem Schwarzen Markt eine Lebensmittelkarte. Der Verkäufer hat ihm auf sein Befragen erklärt, woher er die Karte habe. Danach hat jener die Karte auf der Kartenstelle in einem günstigen Augenblick gestohlen, als der die Karten ausgebende Beamte durch ein Telefongespräch anderweitig in Anspruch genommen wurde.

Grün ist wegen entgeltlichen Verschaffens einer Lebensmittelkarte strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Hehlerei liegt nicht vor. Zwar ist die Karte von dem Verkäufer durch eine strafbare Handlung (Diebstahl und Gewahrsamsbruch) erlangt, was Grün bekannt ist.

Durch den Diebstahl eines Kartenvordrucks, der an einen bestimmten Verbraucher noch nicht ausgegeben wurde, ist das Vermögen eines Einzelnen nicht beeinträchtigt. Der Papierwert eines Kartenvordrucks, um den der Staat durch den Diebstahl kommt, ist so geringfügig, daß dessen Verlust nicht als Vermögensverletzung des Staates angesehen werden kann.

Füllt Grün den Kartenvordruck mit einem Namen aus, so begeht er Urkundenfälschung. Er hat dann eine unechte Urkunde hergestellt. Das ist Urkundenfälschung — § 267 StGB.

Wer eine Karte erwirbt, die der Verkäufer nur unter Verletzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen, z.B. durch Erschleichen der Bezugsberechtigung, sich verschafft hat, begeht keine Hehlerei.

Beispiel: Becker hat sich eine zweite Lebensmittelkarte dadurch erschlichen, daß er sich doppelt angemeldet hat: an seinem Wohnsitz und im Bezirk seines Arbeitsplatzes. Er erhält eine Karte von der Kartenstelle seiner Wohnung und von der Kartenstelle für den Bezirk seines Arbeitsplatzes.

Becker ist strafbar wegen Erschleichens einer Bezugsberechtigung — § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO.

Becker verkauft die zweite Karte an Grün. Grün weiß, daß Becker sich diese Karte durch Doppelanmeldung erschlichen, also durch eine strafbare Handlung erlangt hat. Grün ist strafbar wegen entgeltlichen Verschaffens einer Bezugsberechtigung — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Hehlerei liegt nicht vor. Becker hat die zweite Karte durch eine strafbare Handlung erworben, durch die nicht das Vermögen eines anderen verletzt wurde. Durch das Erschleichen der Karte ist das Vermögen des Staates nicht geschädigt worden.

Kartenvordrucke auf der Kartenstelle stellen noch keinen Vermögenswert dar.

2. Das Überlassen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung.

86. Was heißt Überlassung einer Bezugsberechtigung?	Überlassen bedeutet Übertragung der tatsächlichen Verfügungsgewalt über die Karte oder den Bezugschein.
---	---

Überlassung einer Bezugsberechtigung, z. B. einer Lebensmittelkarte, liegt vor, wenn jemand sie weggibt und ein anderer sie bezieht. Beispiel: Frau Vetter verkauft an Frau Grün einen Brotkartenabschnitt. Sie überläßt dann diesen Brotkartenabschnitt an Frau Grün.

87. Wann ist das Überlassen einer Bezugsberechtigung strafbar?	Für den Verbraucher ist nur die Überlassung in Bereicherungsabsicht strafbar.
--	---

Dem geschäftlichen Verkehr mit Karten soll entgegengetreten werden. Der Verbraucher darf mit seinen Karten und Kartenabschnitten keinen Handel treiben.

Wer in Bereicherungsabsicht eine Karte weggibt, ist immer strafbar, wobei es gleichgültig ist, ob die Karte demjenigen, der sie einem anderen überläßt, zusteht oder nicht zusteht.

Beispiel: Frau Vetter darf also auch nicht ihren eigenen Brotkartenabschnitt, den sie sich ersparte, an Frau Grün verkaufen.

Im allgemeinen wird ein Verbraucher nicht in der Lage sein, eine der ihm zustehenden Karten abzugeben. Vielfach wird daher dem Verkäufer, der einem anderen eine Karte überläßt, diese nicht zustehen. Er wird sie unrechtmäßig, z. B. durch Erschleichen einer Bezugsberechtigung oder durch Diebstahl oder Unterschlagung usw., sich verschafft haben.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Wer unrechtmäßig erworbene, also ihm nicht zustehende Karten weiterverkauft oder eintauscht, macht sich erst recht wegen Überlassung von Bezugsberechtigungen strafbar.

Beispiel: Herr Grün findet auf der Straße eine Lebensmittelkarte. Er verkauft sie seinem Kollegen Nebel. Nebel verkauft diese Karte an den Kollegen Schwarz.

Das ist unzulässig und strafbar.

Grün macht sich dadurch, daß er die gefundene Karte behält, der Fundunterschlagung schuldig — § 246 StGB. Außerdem ist er wegen Verkaufs der Karte an Nebel, also wegen Überlassung einer Bezugsberechtigung in Bereicherungsabsicht, strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Nebel kauft die Karte, verschafft sich also diese Bezugsberechtigung entgeltlich. Er verkauft die Karte an Schwarz, überläßt ihm also eine Bezugsberechtigung in Bereicherungsabsicht. Nebel macht sich daher wegen Verschaffens und Überlassen einer Bezugsberechtigung strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Endlich ist auch Schwarz zu bestrafen, weil er eine Karte gekauft, d. h. sich eine Bezugsberechtigung entgeltlich verschafft hat — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

88. Wann liegt bei Eine Absicht, sich zu bereichern, Überlassung einer Karte liegt vor, wenn jemand einen Gegenstand, die Absicht, sich zu bereichern, vor? wert für die Überlassung einer Karte haben will.

Beispiel: Wenn Vetter, ein Nichtraucher, seine Raucherkarte verkauft oder Grün die Nahrungsmittelkartenabschnitte seiner Karte gegen einen Ring eintauscht, so handeln beide in Bereicherungsabsicht.

Wer Karten verkauft oder vertauscht, handelt immer in der Absicht, sich zu bereichern.

Wer Karten verschenkt, hat keine Bereicherungsabsicht.

Beispiel: Wenn Grün einen Abschnitt seiner Karte, auf den es Süßwaren gibt, seiner Tochter Erika überläßt und diese darauf für sich Süßwaren kauft, so ist diese Überlassung eines Kartenabschnittes nicht in Bereicherungsabsicht erfolgt.

Ebenso ist Frau Grün nicht strafbar, wenn sie ihrem Sohn Erich ihre Raucherkarte schenkt, da keine Bereicherungsabsicht vorliegt.

89. Ist die Abgabe von Karten oder Kartenabschnitten ohne Bereicherungsabsicht strafbar? Die Abgabe von Karten oder Abschnitten ohne Bereicherungsabsicht ist als solche nicht strafbar. Wird aber die Karte oder der Abschnitt unrechtmäßig ausgenutzt, so tritt Bestrafung ein — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel: Frau Vetter schenkt der Frau Grün eine ganze Lebensmittel-

3. Der Mißbrauch von Bezugskarten und Bezugscheinen

karte. Sie hatte sich mehrere Wochen während ihrer Ferien bei ihrer Schwester auf dem Lande aufgehalten und konnte hier ohne Abgabe von Karten mitverpflegt werden. Infolgedessen sparte sie die ganze Karte ein. Diese Schenkung ist straflos.

Der Versorgungsberechtigte soll allerdings seine Lebensmittelkarte nicht einem anderen übertragen.

Eine auch unentgeltliche Abgabe von Karten oder Kartenabschnitten ist nicht zulässig, denn die Karte ist nicht übertragbar — § 11 Abs. 2 Satz 5 LändwBewVO., § 5 VRStVO.

Der Verbraucher soll also seine Karten auch nicht verschenken. Er erhält seine Karten oder seinen Bezugschein nur für sich, also für seinen eigenen Gebrauch und Verbrauch.

Es ist aber nicht alles, was unzulässig ist, auch gleich strafbar. Wer Karten oder deren Abschnitte ohne Bereicherungsabsicht abgibt, wird nicht bestraft.

Wenn auch die Überlassung von Karten nur dann strafbar ist, falls der Überlassende in der Absicht handelt, sich dabei zu bereichern, und die Verschaffung einer Karte nur strafbar ist, falls der Empfänger sich diese gegen Entgelt verschafft, so bedroht im Gestrüpp der Bestimmungen den Schenker von Karten wie auch den Beschenkten noch eine weitere Vorschrift. Das ist das Gebot an den Verbraucher:

Wer eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung ausnützt, macht sich strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Eine geschenkte Karte steht dem Beschenkten nicht zu, weil er die Karte nicht von der Kartenstelle als Versorgungsberechtigter und Verbraucher erhielt.

3. Das Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung.

90. Was versteht man Ausnutzen einer Karte bedeutet Benutzen einer Karte zur Nutzung zum Erwerb bezugsbeschränkter Ware, als stünde die Karte dem Erwerber zu.

Der Erwerb bezugsbeschränkter Ware ist nur gegen Vorlage der Karte und Aushändigung des Abschnittes möglich.

Beispiel: Frau Grün kauft auf den ihr von Frau Vetter geschenkten Brotkartenabschnitt ein Brot ein. Sie nutzt dann eine ihr nicht zustehende Bezugsberechtigung aus.

Wer eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung ausnutzt, tut so, als ob ihm die Bezugsberechtigung, also die Karte, zustünde.

Beispiel: Frau Vetter hat einen Bezugschein vom Wirtschaftsamt zum Einkauf eines Wintermantels erhalten. Sie kann ihn aber nicht wiederfinden und glaubt, ihn versehentlich mit alten Briefen, die sie verbrannte, vernichtet zu haben.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Deshalb geht Frau Vetter zum Wirtschaftsamt und beantragt die Aus-händigung eines neuen Bezugscheines. Ein solcher Antrag ist zulässig — § 8 VRVO.

Frau Vetter erhält auch einen neuen Bezugschein und kauft sich darauf den ihr bewilligten Wintermantel.

Nachträglich findet Frau Vetter in ihrer Geldbörse den alten Bezugschein. Sie kauft sich nun auf diesen Bezugschein nochmals einen Wintermantel. Ist das zulässig? Das ist unzulässig und strafbar.

Frau Vetter bezieht allerdings beide Wintermäntel auf Bezugscheine, also mit Bezugsberechtigung. Beide Bezugscheine lauten auf ihren Namen. Dennoch steht ihr der erste Bezugschein nicht mehr zu, nachdem sie dafür als Ersatz einen neuen Bezugschein erhalten hat. Sie darf diesen Bezugschein nicht benutzen, nachdem sie bereits auf den Ersatzbezugschein den Mantel gekauft hatte.

Frau Vetter macht sich wegen Ausnutzung einer ihr nicht zustehenden Bezugsberechtigung schuldig und strafbar.

Eine gekaufte oder eingetauschte oder eine durch strafbare Handlung erlangte Karte steht dem Erwerber niemals zu. Kauft dieser darauf ein, so nutzt er eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung aus.

Dem Versorgungsberechtigten steht aber nur die Karte zu, die er für die Lebensmittelperiode von der Kartenstelle erhielt. So ist es auch mit dem Bezugschein, der vom Wirtschaftsamt für den regelmäßigen Bedarf (z. B. Kohlen) oder für einen besonderen Bedarf (z. B. für einen Teekessel) eines bestimmten Verbrauchers ausgehändigt wurde.

Benutzt nun ein anderer die Karte oder den Bezugschein als derjenige, dem Karte oder Bezugschein von der Kartenstelle oder dem Wirtschaftsamt ausgehändigt wurde, so nutzt der andere als Nichtberechtigter eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung aus. Der Kaufmann beliefert ihn, weil er nicht weiß, ob ihm diese Karte zusteht oder nicht, ob er sie ordnungsmäßig erwarb oder nicht.

91. Wie macht sich	Wer sich eine Bezugsberechtigung
strafbar, wer eine Karte	entgeltlich verschafft, um sie
kauft und darauf	auszunutzen, ist nur wegen Aus-
bezugsbeschränkte Ware	nutzung der ihm nicht zustehen-
bezieht?	den Bezugsberechtigung straf-
	bar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beispiel: Herr Grün hat seine Brotkartenabschnitte verbraucht. Er will sich Brot beschaffen und kauft deshalb auf dem Schwarzen Markt einen Brotkartenabschnitt, den er seinem Bäcker beim Einkauf eines Brotes vorlegt. Der Bäcker, der nichts davon weiß, daß Grün sich den Brotkartenabschnitt auf dem Schwarzen Markt beschaffte und dem Käufer daher nicht zusteht, händigt ihm ein Brot aus.

Grün hat sich eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung verschafft und ausgenutzt.

Wenn sich der Verbraucher eine Karte in unzulässiger Weise, d. h. also entgeltlich, verschafft und auf diese Karte dann die bezugsbeschränkte Ware bezieht, so liegt nur ein strafbares Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung vor. Die unzulässige Verschaffung der Karte stellt nur die notwendige Vorbereitungshandlung dar.

Grün, der sich einen Brotkartenabschnitt verschafft, um sich darauf Brot zu kaufen, ist also nur wegen Ausnutzung einer ihm nicht zustehenden Bezugsberechtigung zu bestrafen. Die Verschaffung der Karte auf dem Schwarzen Markt sollte ihm nur den Einkauf des Brotes, also die strafbare Ausnutzung der Karte, ermöglichen und diese Straftat vorbereiten.

92. Ist das Benutzen einer geschenkten Karte strafbar? Das Ausnutzen einer schenkweise erhaltenen Bezugsberechtigung bleibt straflos, wenn es für die Verbrauchsregelung bedeutungslos und geringfügig ist.

Beispiel: Frau Grün schickt ihrem im Krankenhaus liegenden Sohn Erich Reisemarken, die zum Bezuge von Butter berechtigen. Sie will den erlaubten Weg, Butter zu schicken, wegen der warmen Witterung nicht einschlagen. Deshalb schickt sie Reisemarken.

Das sind Fälle des täglichen Lebens, die vielfach üblich und für die Verbrauchsregelung bedeutungslos sind,

1. Wenn innerhalb der Familie gelegentlich Karten oder Kartenabschnitte ohne Bereicherungsabsicht überlassen und von jemand ausgenutzt werden, dem der Abschnitt nicht zusteht, so kann von einem strafbaren Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung nicht die Rede sein.

Beispiel: Wenn Erich Grün also auf Reisemarken, die ihm seine Mutter geschenkt hat, Butter einkauft, nutzt er allerdings eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung aus. Dennoch ist er nicht strafbar, denn es liegt kein strafbares Ausnutzen vor.

2. Straflos ist die Ausnutzung einer geschenkten Karte oder eines Kartenabschnittes auch sonst, wenn deren schenkweise Überlassung an einen anderen üblich ist.

Beispiel: Franz Becker sitzt im Lokal, um Mittag zu essen. An seinem Tisch hat ein anderer Gast Platz genommen, der keine Nahrungsmittelmarken mehr hat. Er bittet Becker, der selbst noch über genügend Nahrungsmittelabschnitte verfügt, mit ihm die Abschnitte 5 Gramm Fett gegen 50 Gramm Nahrungsmittel zu tauschen. Becker ist damit einverstanden. Der Gast schenkt Becker aus Dankbarkeit für die Gefälligkeit noch eine Fischmarke.

Auch hier liegt kein strafbares Ausnutzen nicht zustehender Bezugsberechtigungen, also der eingetauschten Nahrungsmittelkarten und Fettabschnitte, vor. Auch die Ausnutzung der Fischmarke durch Becker ist nicht strafbar.

3. Macht jemand von Karten oder Kartenabschnitten Gebrauch, die ihm gelegentlich im Tauschwege in geringfügigen Mengen, z.B. in Gaststätten, um einem anderen Gast auszuweichen, zur Verfügung gestellt werden, so ist die Benutzung solcher Kartenabschnitte kein strafbares Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Beispiel: Franz Becker geht in ein Lokal, um eine Tasse Fleischbrühe zu trinken. Er sieht, daß es dort wunderbare gebratene Schollen gibt. Becker, der seine Lebensmittelkarte zu Hause gelassen hat, bittet den ihm bekannten Kellner, ihm eine Fischmarke und 10 Gramm Fett zu „leihen“. Der Kellner führt diesen Wunsch aus.

Ein mißgünstiger Gast hat dieses Geschäft beobachtet und zeigt Becker an. Becker ist nicht strafbar.

4. Bei einem Aushelfen mit Karten oder Kartenabschnitten aus Gefälligkeit in geringfügigen Mengen liegt kein strafbares Ausnutzen von Bezugsberechtigungen vor.

Zwar nutzt Becker, der vom Kellner eine Fisch- und Fettmarke „leihweise“ erhielt, diese ihm nicht zustehenden Bezugsberechtigungen aus. Dieses Ausnutzen ist aber nicht strafbar, weil es für die Verbrauchsregelung bedeutungslos ist. Dabei spielt es keine Rolle, daß es der dem Becker bekannte Kellner war, der hier mit den Marken aushalf. Der Kellner half nicht als Angestellter des Gastwirts, sondern als Privatmann aus Gefälligkeit und deswegen, weil er den Becker kannte, aus.

93. Wann liegt ein strafbares Ausnutzen einer unentgeltlich erhaltenen und ohne Bereicherungsabsicht überlassenen Karte ist strafbar, wenn dadurch die Verbrauchsregelung gestört wird. Karte vor?

Die schenkweise Überlassung von Karten in nicht geringfügigen Mengen beeinträchtigt die Verbrauchsregelung.

Beispiel: Frau Vetter hält sich während des Sommers vielfach bei Verwandten auf dem Lande auf. Dadurch spart sie ihre Lebensmittelkarte. Ihrer Nachbarin in der Stadt, Frau Grün, schenkt sie viermal hintereinander ihre Lebensmittelkarten.

Die Übertragung der Karten ist, zwar nicht zulässig, aber auch nicht strafbar, da die Hingabe unentgeltlich erfolgte. Nur das entgeltliche Sichverschaffen und ihre Überlassung in Bereicherungsabsicht ist strafbar.

Danach sind weder Frau Vetter noch Frau Grün zu bestrafen.

Darf aber Frau Grün auf diese Karten für sich einkaufen?

1. Die Ausnutzung ganzer Lebensmittelkarten durch jemand, dem sie nicht zustehen, stört die Verbrauchsregelung. Eine solche Ausnutzung ist strafbar, auch wenn die Karten geschenkt wurden.

Beispiel: Kauft also Frau Grün auf diese vier Karten, die sie von Frau Vetter geschenkt erhielt, für sich Lebensmittel ein, so liegt ein strafbares Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung vor, denn der Frau Grün standen die Lebensmittelkarten der Frau Vetter nicht zu. Während der vier Versorgungsperioden deckt sich Frau Grün zusammen mit ihrer eigenen Karte fünffach ein.

Frau Grün hat sich also wegen Ausnutzens der ihr nicht zustehenden Lebensmittelkarten strafbar gemacht.

2. Wer unrechtmäßig Karten oder Kartenabschnitte unentgeltlich erlangt und auf diese Abschnitte bezugsbeschränkte Ware erwirbt, macht sich immer wegen strafbarer Ausnutzung nicht zustehender Bezugsberechtigungen schuldig.

Beispiel: Als Becker seine Gaststätte, in der er zu Mittag gegessen hat, verläßt, entdeckt er auf dem Fußboden fünf Kartoffelmarken, die ein anderer Gast offenbar verloren hat. Becker hebt die Karten auf und steckt sie ein. Er benutzt diese Kartenabschnitte am folgenden Tage, indem er sich ein doppeltes Kartoffelgericht bestellt und dafür die fünf Kartoffelmarken hingibt.

Hier liegt ein strafbares Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung vor, denn Becker hat die Kartenabschnitte unrechtmäßig (nämlich durch Fundunterschlagung) erlangt.

Becker macht sich also wegen Ausnutzens einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Außerdem liegt Fundunterschlagung vor — § 246 StGB.

3. Wer unentgeltlich Bezugskarten oder Bezugsscheine für bezugsbeschränkte gewerbliche Erzeugnisse erhält und diese ausnutzt, macht sich immer strafbar, wenn die bezugsbeschränkten Erzeugnisse dem Verbraucher, auf den die Karten lauten, nur zu eigenem Gebrauch zustehen.

Beispiel: Frau Vetter bezog seit Kriegsbeginn keine Schuhe. Sie ist aber noch genügend mit Schuhen versehen, da sie von ihrer verstorbenen Schwester zwei Paar Schuhe geerbt hat.

Frau Grün dagegen erhielt während des Krieges schon zweimal einen Bezugsschein für ein Paar neue Schuhe. Sie weiß, daß sie aus diesem Grunde nicht damit rechnen kann, jetzt schon wieder einen Bezugsschein für ein drittes Paar Schuhe zu bekommen.

Aus diesem Grunde stellt Frau Vetter, die mit Frau Grün befreundet ist, beim Wirtschaftsamt den Antrag, ihr einen Schuhbezugsschein zu erteilen, mit der Begründung, daß sie seit Kriegsbeginn keine Schuhe bezogen habe.

Frau Vetter erhält daraufhin ihren Bezugsschein, den sie der Frau Grün schenkt. Hätte Frau Vetter angegeben, daß sie noch zwei Paar gute Schuhe von ihrer verstorbenen Schwester besitze und den Schuhschein für sich gar nicht verwenden wollte, würde sie den Schuhschein allerdings nicht erhalten haben. Durch unvollständige Angaben erschlich sich Frau Vetter daher einen Schuhschein — § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO.

Frau Grün erhält den Schuhschein zwar unentgeltlich, denn sie bekommt ihn von Frau Vetter, die ihn ihr ohne Bereicherungsabsicht überläßt, als Geschenk. Wenn aber Frau Grün nun auf den fremden Bezugsschein für sich Schuhe bezieht, nutzt sie eine ihr nicht zustehende Bezugsberechtigung aus.

Hier liegt ein strafbares Ausnutzen einer Bezugsberechtigung, nämlich des Schuhscheins, vor, obwohl Frau Grün den Schuhschein als Geschenk erhielt. Frau Vetter hatte sich den Schuhschein erschlichen, weil sie nichts davon sagte, daß sie noch zwei Paar gute Schuhe besaß und deshalb den Schuhschein der Frau Grün schenken wollte. Frau Grün nutzt den Schuhschein

III. Die Straftaten des Verbrauchers

in strafbarer Weise für sich aus, weil Verbraucher gewerbliche, bezugsbeschränkte Erzeugnisse nur für ihren eigenen Gebrauch und Verbrauch erhalten. Der Schuhschein war auf den Namen der Frau Vetter ausgestellt. Frau Vetter durfte auf den Schuhschein nur für sich Schuhe beziehen. Auch dann, wenn Frau Grün nicht wußte oder annehmen mußte, daß Frau Vetter den Schuhschein erschlichen hatte, nutzt sie durch Einkauf der Schuhe auf den ihr geschenkten Schuhschein diesen in strafbarer Weise aus.

94. Ist, wer eine Karte Wer Lebensmittelkarten verschenkt, verschenkt, dann straf- bleibt straflos und kann auch nicht bar, wenn der wegen Beihilfe bestraft werden, wenn Beschenke sie in straf- der Beschenke die Karten in strafbarer barer Weise ausnutzt? Weise ausnutzt.

Beispiel: Frau Vetter schenkt Frau Grün zwei ganze Lebensmittelkarten, weil sie Verwandte auf dem Lande hat, die sie und ihre Tochter besser versorgen, als es auf Karten möglich ist.

Frau Grün kauft auf diese Karten für sich ein. Sie macht sich wegen Ausnutzens der ihr nicht zustehenden Lebensmittelkarten strafbar. Bei Ausnutzung ganzer Lebensmittelkarten durch einen Nichtberechtigten wird die Verbrauchsregelung beeinträchtigt.

Nun fragt es sich, ob auch Frau Vetter zu bestrafen ist, weil sie durch Überlassung der Lebensmittelkarten deren strafbare Ausnutzung durch Frau Grün erst ermöglichte.

Nach allgemeinem Strafrecht wird derjenige, der bei einer strafbaren Handlung Hilfe leistet, indem er durch seine Tätigkeit die Tat ermöglicht, wegen Beihilfe bestraft.

Diese „Beihilfehandlung“, nämlich die Überlassung einer Karte, ist nun selbst schon unter Strafe gestellt, aber nur, wenn sie in Bereicherungsabsicht geschieht. Andernfalls bleibt sie straflos. Hier bleibt Frau Vetter also straflos. Sie wollte mit der Überlassung der Karten keine Geschäfte machen. Sie hatte nicht die Absicht, sich dabei zu bereichern.

4. Das Erschleichen einer Bezugsberechtigung.

Ein besonderer Fall liegt dann vor, wenn der Verbraucher sich eine Bezugsberechtigung dadurch verschafft, daß er diese durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschleicht.

95. Wann liegt ein Er- Der Verbraucher „erschleicht“ eine Beschleichen einer Bezugs- zugsberechtigung, wenn er sich die Karte berechtigung durch un- durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschwindelt. richtige oder unvoll- dige Angaben erschwindelt. ständige Angaben vor?

Beispiel: Nebel wohnt auf dem Lande, seinen Geschäftsbetrieb führt er in der Stadt. Es ist ihm zu lästig und die Zugverbindungen sind zu schlecht, um jeden Abend nach Hause zu fahren. Nur zum Wochenende kommt er deshalb zu Frau und Kindern, die auch auf dem Lande wohnen. Da Nebel sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt polizeilich gemeldet ist, geht

3. Der Mißbrauch von Bezugskarten und Bezugscheinen

er mit seinem städtischen Anmeldeformular auf die Kartenstelle, meldet sich an und erhält die städtische Lebensmittelkarte. Er läßt sich aber auch in dem Dorf auf dem Lande von dem Bürgermeister seine Lebensmittelkarte aushändigen, da er dort ebenfalls gemeldet ist.

Nebel hat sich durch unrichtige Angaben die Bezugsberechtigung, nämlich die Lebensmittelkarte, erschlichen und sich dadurch strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO.

96. Was sind „unrichtige“ oder „unvollständige“ Angaben?

Unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wer bei Ausstellung oder Aushändigung einer Karte oder eines Bezugscheines

1. wahrheitswidrige Erklärungen abgibt oder
2. etwas verschweigt, was für die Beurteilung des Antrages von Bedeutung ist oder
3. es unterläßt, einen Irrtum der Kartenstelle, zu dessen Aufklärung er verpflichtet ist, richtigzustellen, sondern ihn stillschweigend ausnützt.

Beispiel: Die Ehefrau des Lenz wird mit einer schweren Diphtheritis-erkrankung im Krankenhaus eingeliefert. Lenz vergißt es zunächst und unterläßt es dann, seine Frau, die durch das Krankenhaus voll gepflegt wird, bei der örtlichen Kartenausgabestelle abzumelden. Er bezieht während der Dauer von etwa sieben Wochen die Karten seiner Ehefrau weiter. Lenz verbraucht die auf die Karten seiner Ehefrau eingekauften Lebensmittel jedoch nicht für sich selbst, sondern bringt sie seiner Frau als zusätzliche Ernährung in das Krankenhaus. Er befindet sich in schwerer Sorge um das Schicksal der lebensgefährlich erkrankten Frau.

Auch hier hat sich Lenz wegen Erschleichens von Lebensmittelkarten strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO.

Der Haushaltsvorstand ist verpflichtet, Angehörige, die in andere Verpflegung übergehen, z. B. in ein Krankenhaus kommen, abzumelden.

Zu widerhandlungen gegen diese Pflicht bedeuten in einer Zeit schwieriger Ernährungslage eine ernste Gefahr für die Allgemeinheit.

Infolge Verletzung der Abmeldungspflicht entstand bei der Kartenstelle der Irrtum, daß Frau Lenz noch im Haushalt des Ehemannes und nicht anderweitig Verpflegung erhielt. Lenz war verpflichtet, den Irrtum der Kartenstelle, der durch ihn infolge Unterlassung der Abmeldung seiner Ehefrau entstanden war, durch Abgabe der Karten und Nichtannahme neuer Karten richtigzustellen. Diese Unterlassung und der Weiterbezug der Karten stellt ein Erschleichen von Bezugsberechtigungen dar.

97. Wann ist Erschleichen einer Bezugsberechtigung strafbar?

Erschleichen einer Bezugsberechtigung liegt vor, wenn die erschlichene Bescheinigung über die Bezugsberechtigung aus-

III. Die Straftaten des Verbrauchers

gestellt und dem Verbraucher ausgehändigt wurde — § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO.

Beispiel: Frau Grün beantragt einen Bezugschein für einen Kochtopf. Sie behauptet dabei, nur einen kleinen Kochtopf zu besitzen, was unwahr ist. Auf Grund dieser unwahren Behauptung erhält Frau Grün tatsächlich den gewünschten Bezugschein.

Noch ehe Frau Grün sich einen Kochtopf gekauft hat, kommt der Schwindel durch den Neid einer Nachbarin heraus.

Ist das schon strafbar? Bereits das Erschleichen einer Bezugsberechtigung durch unrichtige Angaben ist strafbar, wenn daraufhin der Bezugschein erteilt wird. Frau Grün erhielt den Bezugschein auf Grund der unrichtigen Behauptung, daß sie nur einen Kochtopf besitze.

98. Kann eine Bestrafung erfolgen, wenn dem Verbraucher die Bezugsberechtigung, die er unter falschen Angaben versucht, nicht ausgehändigt wird? Kommt es nicht zur Aushändigung der unter falschen Angaben beantragten Karte oder des Bezugscheins, so liegt strafbarer Versuch vor — § 2 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VRStVO.

beantragt, nicht ausgehändigt wird?

Beispiel: Versuchtes Erschleichen einer Bezugsberechtigung.

Der Beamte auf dem Wirtschaftsamt sagt zu Frau Grün (die einen Bezugschein für einen Kochtopf mit der unwahren Angabe beantragt, sie besäße keine Kochtöpfe), daß zur Zeit keine Bezugscheine für Kochtöpfe erteilt würden, weil für diesen Monat das Kontingent erschöpft sei. Frau Grün möge deshalb in einer Woche wiederkommen. Dann würde ihr auf ihren Antrag der Bezugschein ausgehändigt werden.

Ist Frau Grün zu bestrafen, wenn es in der Zwischenzeit herauskommt, daß sie auf dem Wirtschaftsamt geschwindelt hat? Dann ist Frau Grün wegen versuchten Erschleichens einer Bezugsberechtigung durch unrichtige Angaben strafbar. Sie machte dem Wirtschaftsamt gegenüber falsche Angaben und, wenn der Schwindel nicht durch die neidische Nachbarin herausgekommen wäre, hätte sie den Bezugschein auch erhalten.

99. Wie macht sich strafbar, wer von einer erschlichenen Bescheinigung über eine Bezugsberechtigung Gebrauch macht? Wer auf eine erschlichene Karte oder einen erschlichenen Bezugschein einkauft, macht sich wegen Erschleichens und Ausnutzens einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 VRStVO.

Beispiel: Erschleichen und Ausnutzung einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung.

Frau Grün erschwindelt sich beim Wirtschaftsamt einen Bezugschein für einen Kochtopf.

3. Der Mißbrauch von Bezugskarten und Bezugsscheinen

Der Schwindel der Frau Grün kommt erst heraus, nachdem sie den Kochtopf im Eisenwarengeschäft des Herrn Schwarz gekauft hat. Dann ist Frau Grün sowohl wegen Erschleichens einer Bezugsberechtigung als auch deswegen strafbar, weil sie nachher den ihr nicht zustehenden Bezugsschein durch Kauf des Kochtopfes ausnutzte — § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 VRStVO.

Der Bezugsschein der Frau Grün war hier zwar gültig; Frau Grün bezog daher nicht „ohne“ Bezugsberechtigung. Der Bezugsschein stand aber Frau Grün nicht zu, weil er von ihr erschlichen war: Durch den Einkauf auf diesen Bezugsschein nutzte sie eine ihr nicht zustehende Bezugsberechtigung für sich aus.

100. Ist Erschleichen einer Bezugsberechtigung auch wegen Betrug strafbar? Das Erschleichen einer Karte oder eines Bezugsscheines bei der Kartenstelle oder dem Wirtschaftsamt ist kein Betrug — § 263 StGB.

Betrug liegt nur dann vor, wenn das Vermögen eines anderen geschädigt wird. Durch das Erschwindeln einer Bescheinigung über eine Bezugsberechtigung wird weder die Kartenstelle noch das Wirtschaftsamt geschädigt. Die auf der Kartenstelle liegende Karte oder das auf dem Wirtschaftsamt liegende Bezugsscheinformular stellt dort noch keinen Vermögenswert dar. Es ist vermögensrechtlich nur ein wertloses Stück Papier.

Erst in der Hand des Verbrauchers wird das Kartenscheinformular zur Karte und in seiner Hand stellt sie einen Vermögenswert dar.

Beispiel: Frau Grün geht auf das Wirtschaftsamt und beantragt einen Bezugsschein für einen Kleiderstoff. Sie ist Flüchtling und weist auch nach, daß sie ihre ganze Habe im Stich lassen mußte. Sie sagt aber nicht, daß sie von ihrer Schwester, die mit Spinnstoffwaren noch gut eingedeckt war, zwei Kleider erhalten hat.

Frau Grün erschleicht also durch unvollständige Angaben eine Bezugsberechtigung.

Betrug liegt hier nicht vor, denn dazu gehört, daß jemand derartig schwindelt, daß ein anderer darauf hereinfällt und bei dem Hereingefallenen infolge des Schwindels ein Vermögensschaden eintritt — § 263 StGB.

Ein Vermögensschaden des Staates liegt nicht vor, wenn Frau Grün beim Ernährungsamt oder Wirtschaftsamt verschweigt, daß sie noch genügend Kleidungsstücke besitzt, die sie von ihrer Schwester erhielt, und wenn das Wirtschaftsamt infolgedessen der Frau Grün ein Bezugsscheinformular ausfertigt.

101. Wann liegt bei Erschleichen einer Bezugsberechtigung auch Betrug vor? Erschleicht jemand eine Karte oder einen Bezugsschein bei der Kartenstelle oder auf dem Wirtschaftsamt auf den Namen eines anderen, so liegt Betrug und Erschleichen einer Bezugsberechtigung vor — § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO, § 263 StGB.

III. Die Straftaten des Verbrauchers

Dann ist das Vermögen eines anderen, auf dessen Namen die Karte oder der Bezugschein erschlichen wurde, geschädigt worden.

Beispiel: Schwarz ist als Untermieter bei Frau Vetter eingezogen. Nebel, ein Bekannter des Schwarz, erscheint auf der Kartenstelle, gibt sich für Schwarz aus und erhält dessen Lebensmittelkarten. Schwarz ist nämlich verreist und Nebel sah im Zimmer des Schwarz zufällig dessen Stammkarte liegen, die er sich einsteckte.

Hier erschleicht sich Nebel durch unrichtige Angaben die Bezugsberechtigung des Schwarz, indem er sich die Karten auf den Namen des Schwarz besorgte. Er ist nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO. strafbar. Gleichzeitig begeht Nebel einen Betrug. Nebel betrügt den Schwarz um die diesem zustehende Karte, schädigt also dessen Vermögen. Selbst wenn der Schwindel später herauskommt und Schwarz es glückt, den Betrug aufzudecken, hat er damit so viel Ärger, Laufereien und Zeitverlust, daß dadurch sein Vermögen selbst dann geschädigt wird, wenn er schließlich doch noch eine neue Karte bekommt.

Nebel ist also sowohl wegen Erschleichens einer Bezugsberechtigung als auch wegen Betruges strafbar.

Beispiele:

1. Ein geradezu unglaublicher Fall des Mehrbezuges von Lebensmittelkarten.

Dieser wurde im Mai 1946 abgeurteilt. Der mehrfach wegen Diebstahls und Urkundenfälschung vorbestrafte Lehmann bezog von der 77. bis zur 86. Ausgabeperiode Lebensmittelkarten bei fünf verschiedenen Ausgabestellen. Durch zahlreiche Fälschungen von Meldescheinen und Arbeitsbescheinigungen war es ihm gelungen, sich bei jeder Ausgabestelle unter geringfügiger Änderung der Schreibweise seines Namens eintragen zu lassen. Erst durch eine Revision, die die Namen der eingetragenen Bezugsberechtigten bei verschiedenen Ausgabestellen verglich, kam der Schwindel heraus.

Lehmann hatte sich wegen fortgesetzten Erschleichens von Lebensmittelkarten zu verantworten — § 2 Abs. 1 Ziff. 2 VRStVO. Außerdem lag Urkundenfälschung — § 267 StGB. — und Falschbeurkundung — § 271 StGB. — vor. Wegen Falschbeurkundung wird bestraft, wer bewirkt, daß unrichtige Erklärungen, die für Rechte oder Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit sind, in öffentlichen Urkunden, Büchern oder Registern als abgegeben beurkundet werden.

2. Verschaffen von Lebensmittelkarten durch falsche Anmeldungen.

Frau Becher war während des Krieges nach Verlust ihrer Wohnung mit ihren Kindern auf das Land evakuiert worden. Nach Kriegsende und Entlassung des Ehemannes aus der Kriegsgefangenschaft richtete dieser in seinem schwerbeschädigten Hause einige Räume seiner Wohnung behelfsmäßig her und bezog mit seinem Sohn die alte Wohnung. Frau Becher meldete nun nicht nur ihren Ehemann und ihren Jungen, sondern auch sich und ihre zwei Töchter bei der Kartenausgabestelle zum Bezuge von Lebensmittelkarten an, obwohl sie selbst mit ihren beiden Töchtern auf dem Lande wohnen blieb und in der dortigen Gemeinde mit Karten versorgt wurde. Durch diesen Schwindel erhielt sie während der Dauer von sieben Ausgabeperioden für drei Personen Lebensmittelkarten doppelt.

Frau Becher hatte sich wegen Erschleichens von Bezugsberechtigungen zu verantworten und strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Ziff. 2 VRStVO.

3. Verschaffen von doppelten Lebensmittelkarten durch unterlassene Abmeldung.

Beispiel: Gustav wohnte, nachdem er aus der Kriegsgefangenschaft zur Entlassung gekommen war, zunächst bei seinen Eltern. Bald fand er jedoch eine Stellung in der Nachbarstadt. Bei Beginn einer neuen Kartenperiode bekam er seine Lebensmittelkarten von der Ausgabestelle der Nachbarstadt, wo sein Arbeitsplatz lag. Als er wie gewöhnlich Ende der Woche seine Eltern aufsuchte, übergab ihm seine Mutter seine Lebensmittelkarte, obwohl er schon eine Karte von der anderen Ausgabestelle erhielt. Gustav hatte es verabsäumt, sich von der Wohnung seiner Eltern kartenmäßig abzumelden, wozu er verpflichtet war, auch wenn er vorhatte, das Zimmer bei seinen Eltern zu behalten. In der Nachbarstadt hatte er bisher nur eine Schlafstelle erhalten können.

Auch im nächsten Monat nahm Gustav zwei Lebensmittelkarten in Empfang, von der Ausgabestelle seiner Wohnung bei seinen Eltern und der Ausgabestelle seines Arbeitsplatzes in der Nachbarstadt. Gustav machte sich hier wegen Doppelbezuges von Lebensmittelkarten strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO. Er bezog während zweier Kartenperioden bei zwei verschiedenen Ausgabestellen gleichzeitig die Normalverbraucherkarten. Er hatte es sich zunutze gemacht, daß er einerseits bei der Ausgabestelle seiner Eltern erfaßt war, wo er auf der Stammkarte der Familie geführt wurde, und sich außerdem in der Ausgabestelle der Nachbarstadt angemeldet hatte, wo er arbeitete.

4. Versuch des Erschleichens einer Bezugsberechtigung.

Beispiel: Der 21 Jahre alte Keller war Schauspieler. Während des Krieges war er bei Pronttheatern beschäftigt. Nach Kriegsende verschlug ihn das Schicksal in den Harz. Seine im Osten Deutschlands gelegene Heimat war für ihn un erreichbar geworden. Von den Angehörigen fehlte jede Spur. Die Vergangenheit erschien ihm tot und die Zukunft aussichtslos.

Da entschloß sich Keller, in die französische Fremdenlegion einzutreten. Er faßte den Plan, sich zum Eintritt in die Legion unter einem französisch klingenden Namen zu bewerben. Er glaubte, seine Aussichten, angenommen zu werden, würden sich bedeutend verbessern, wenn er sich entweder als Franzose ausgeben oder zumindest seine französische Abstammung angeben konnte. Zu diesem Zweck begab sich Keller auf eine Hamburger Polizeiwache. Hier erklärte er, er sei der in Frankreich gebürtige D. Amenico. Seine Papiere seien ihm bei dem Grenzübertritt von der östlichen Besatzungszone abgenommen worden. Die Wache stellte ihm eine vorläufige Bescheinigung aus, die jedoch lediglich besagte, daß nach seinen Angaben ein Verlust der Papiere eingetreten sei.

Bevor er sich an eine französische Dienststelle wandte, versuchte Keller, sich für einige Tage Reisemarken zu beschaffen. Hierzu wollte er den soeben von der Polizeiwache ausgestellten Ausweis benutzen. Auf der Ausgabestelle passierte ihm das Mißgeschick, neben dem Ausweis auf den Namen D. Amenico auch seinen richtigen Personalausweis vorzulegen.

Keller wurde sofort festgenommen. Er wurde wegen versuchten Erschleichens einer Bezugsberechtigung, falscher Namensführung und mittelbarer Falschbeurkundung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt.

4. Die Bestimmungen der Ernährungs- und Wirtschaftsämter an den Verbraucher

102. Erlassen die Ernährungs- und Wirtschaftsämter erlassen vielfach noch besondere Bestimmungen und Anordnungen, die zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen oder gewerblichen Erzeugnissen noch besondere Bestimmungen?

Werden diese Bestimmungen nicht beachtet, so macht sich der Verbraucher strafbar, wenn in den Bestimmungen und Anordnungen ausdrücklich gesagt ist, daß eine Zuwiderhandlung dagegen bestraft wird.

Beispiel: Frau Grün kauft bei dem ihr bekannten Bauern Reich ein Pfund Butter ohne Marken gegen normalen Kaufpreis. Der Bauer Reich hat sich die Butter aus seiner Selbstversorgerration erspart.

Butter ist bezugsbeschränkt, aber die Butter, die sich der Bauer Reich von seiner Selbstversorgerration erspart, ist nicht mehr bezugsbeschränkt, ebensowenig wie die Butter, die Frau Grün auf ihre Lebensmittelkarte bezieht und erspart.

Frau Grün hat hier also nicht ein bezugsbeschränktes Erzeugnis ohne Marken bezogen. Trotzdem haben sich Frau Grün und Reich strafbar gemacht. Durch Erlaß des früheren Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 22. Dezember 1943 ist bestimmt, daß die Selbstversorger auch ihre ersparten Selbstversorgerrationen nicht verkaufen dürfen. Dieser Erlaß ist noch heute gültig. Er enthält eine solche Anordnung, die zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ergangen ist. Der Erlaß sagt ausdrücklich, daß jeder, der gegen ihn verstößt, sich strafbar macht.

Sowohl Frau Grün als auch der Bauer Reich haben gegen die Anordnung, wonach Selbstversorger ersparte Rationen nicht frei verkaufen dürfen, dadurch verstoßen, daß der Bauer Reich an Frau Grün ein Pfund Butter verkaufte. Sie machten sich daher beide strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO.

5. Fahrlässiges Handeln

103. Wird der Verbraucher bestraft, wenn er fahrlässig die Verbrauchsregelungsbestimmungen außer acht läßt?

Strafbar macht sich auch jeder, der aus Unaufmerksamkeit, Unsorgfältigkeit oder Liederlichkeit die Bestimmungen der VRStVO nicht beachtet und verletzt.

Beispiel: Frau Grün erhält für ihren achtjährigen Sohn von der Kartenausgabestelle versehentlich eine Karte für Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren. Sie kauft auf diese Karte ein, ohne das Versehen der Kartenstelle zu bemerken.

Nachträglich kommt der Irrtum heraus.

Kann Frau Grün bestraft werden? Frau Grün nutzt eine dem Sohne nicht zustehende Bezugsberechtigung fahrlässig aus. Sie hätte aufpassen müssen.

Durch ihre Unaufmerksamkeit ist es dazu gekommen, daß sie die durch ein Versehen der Kartenstelle erhaltene, ihrem Sohn nicht zustehende, Karte benutzt. Sie war fahrlässig.

Eine fahrlässige Verletzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen ist strafbar.

Die Verbrauchsregelungsstrafverordnung sagt zwar nicht ausdrücklich, daß auch derjenige bestraft wird, der nur fahrlässig ihre Bestimmungen verletzt. Die Verbrauchsregelungsbestimmungen gehören zum Wirtschaftsstrafrecht. Hier gilt der allgemeine Grundsatz, daß die Zuwiderhandlungen auch dann strafbar sind, wenn der Täter die Bestimmungen nur fahrlässig verletzt, d. h. außer acht gelassen hat, obwohl er in der Lage und verpflichtet war, sie zu kennen und zu beachten.

Beispiel: Der Bauer Reich wußte nicht, daß er seine Selbstversorgerationen nicht verkaufen darf. Er verstieß also nicht vorsätzlich, d. h. wissentlich, gegen die Bestimmung, Selbstversorgererzeugnisse nicht zu verkaufen oder zu vertauschen.

Als Selbstversorger muß Reich aber die Bestimmung, daß er seine ersparten Selbstversorgerationen nicht verkaufen darf, kennen. Die Bauern sind darüber immer wieder belehrt worden. Wenn der Bauer Reich sich um die gerade ihn als Selbstversorger besonders angehenden Bestimmungen nicht kümmerte, so handelte er nachlässig und unsorgfältig, also fahrlässig.

Reich hat fahrlässig einer Bestimmung, die zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ergangen war, zuwidergehandelt und sich strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO.

6. Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen

104. Schützt den Verbraucher Unkenntnis des Gesetzes vor Strafe? 1. Unkenntnis der Strafbestimmungen der VRStVO. schützt vor Strafe nicht.

2. Unkenntnis anderer Verbrauchsregelungsbestimmungen in Verordnungen und Anordnungen schützt vor Strafe dann nicht, wenn der Verbraucher sie nur aus Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit nicht kennt.

Zu 1.: Beispiel: Frau Grün kann sich also nicht damit herausreden, sie habe nicht gewußt, daß sie ihre Karten nicht an Frau Vetter verkaufen darf. Frau Kruse hilft es nicht, wenn sie sagt, sie habe nicht gewußt, daß sie auf eine ihr geschenkte Lebensmittelkarte nicht für sich einkaufen darf.

In der Verbrauchsregelungsstrafverordnung ist ausdrücklich bestimmt, daß der Verbraucher Karten nicht verkaufen und fremde Karten nicht für sich benutzen darf.

Niemand kann sich damit herausreden, daß er nicht gewußt habe, was Betrug, Diebstahl oder Urkundenfälschung sei. Niemand kann sich damit ent-

III. Die Straftaten des Verbrauchers

schuldigen, daß er nicht gewußt habe, was in einem Strafgesetz, z. B. im Reichsstrafgesetzbuch, steht.

Die VRStVO. ist ein „Strafgesetzbuch für die Verbrauchsregelung“.

Der Verbraucher hat deshalb keinen Erfolg mit der Behauptung, er habe die VRStVO. und ihre Bestimmungen nicht gekannt. Wenn er gegen diese Bestimmungen verstößt, hat er sich strafbar gemacht.

Zu 2.: Anders ist es mit Bestimmungen und Anordnungen, die nicht in der VRStVO. selbst stehen.

Beispiel: Frau Grün, die ein Pfund Butter aus der Selbstversorgeration des ihr bekannten Bauern Reich ohne Marken und ohne Überpreis kaufte, wußte nicht, daß die Selbstversorger, also z. B. die Bauern, ihre ersparten Selbstversorgerationen nicht verkaufen dürfen.

Dieses Verbot steht nicht in der VRStVO., sondern ist in einem Erlaß vom 22. Dezember 1943 niedergelegt. Frau Grün kannte diese Bestimmung nicht. Strafbar ist sie nur dann, wenn sie wissen mußte, d. h. nur aus Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit nicht wußte, daß sie Selbstversorgererzeugnisse nicht kaufen durfte.

Nun fragt es sich also, ob Frau Grün diese Bestimmung, die sie nicht kannte, kennen mußte.

Der Verbraucher kann nicht alle Anordnungen und Bestimmungen der Ernährungs- und Wirtschaftsämter kennen.

Der städtische Verbraucher wird, wenn er sonst keine Beziehungen zum Lande hat und nicht auf dem Lande hamstert, das Verbot, Selbstversorgererzeugnisse zu kaufen oder zu tauschen, nicht ohne weiteres kennen.

Man wird auch von dem Verbraucher nicht ohne weiteres verlangen können, daß er diese Bestimmungen kennt, insbesondere, wenn sie erst kurze Zeit vorher ergangen sind.

Frau Grün ist also straffrei.

Der Bauer Reich dagegen muß die Bestimmung kennen. Sonst wird er wegen der Nachlässigkeit, sich über die ihn als Selbstversorger angehende Bestimmung vom 22. Dezember 1943 nicht zu bekümmern, also wegen fahrlässiger Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung bestraft — § 2 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO.

7. Versuchte Verbrauchsregelungsstraftaten

105. Ist eine versuchte Verbrauchsregelungs-zuwiderhandlung strafbar? Wer die Begehung einer Verbrauchsregelungsstraftat beabsichtigt und beginnt, ohne daß sein Entschluß zur Vollendung kommt, ist wegen Versuchs zu bestrafen — § 2 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO.

Beispiel: Wegen Versuchs ist strafbar, wer in Geschäften oder Gaststätten bezugsbeschränkte Waren ohne Marken fordert; auch wenn er sie nicht erhält.

Wenn Frau Grün unrichtige Angaben auf der Kartenstelle macht, um einen Bezugschein zu erhalten, ist sie, auch wenn sie den Bezugschein nicht erhält, weil keine Ware zur Verfügung steht oder die Kartenstelle den Schwindel sofort aufdeckt, schon wegen versuchten Erschleichens einer Bezugsberechtigung zu bestrafen — § 2 Abs. 1 Nr. 2 und 3 VRStVO.

Wer einem anderen eine Lebensmittelkarte zum Verkauf anbietet oder eine Lebensmittelkarte kaufen will, macht sich auch schon wegen Versuchs strafbar, auch wenn der „Kauf“, d. h. die Schiebung, nicht zustandekommt.

8. Die Strafen

106. Welche Strafen stehen auf Verletzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen durch den Verbraucher? Wenn der Verbraucher eine Verbraucherstraftat begeht, hat er mit Geldstrafe bis 150 Reichsmark oder mit einer Haftstrafe zu rechnen, wenn es sich nicht um einen schweren Fall handelt.

Beispiel: Frau Grün kauft einen Brotkartenabschnitt von Frau Vetter, weil sie keinen Brotkartenabschnitt mehr besitzt. Beide können mit einer Geldstrafe bis zu 150 RM. bestraft werden. Frau Grün wird wegen entgeltlichen Verschaffens, Frau Vetter wegen Überlassens einer Bescheinigung über eine Bezugsberechtigung in Bereicherungsabsicht bestraft — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

107. Wie hoch ist die Strafe bei schweren Fällen? Bei schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis oder Geldstrafe oder Gefängnis und Geldstrafe nebeneinander — § 2 Abs. 4 Nr. 1 VRStVO.

Die Gefängnisstrafe kann bis zu einer Höhe von fünf Jahren festgesetzt werden. Für Geldstrafen ist eine Höchststrafe nicht vorgesehen; ihre Höhe liegt im Ermessen des Richters — § 2 Abs. 4 VRStVO.

Beispiel: Frau Erikson kauft auf dem Schwarzen Markt 5 kg Butter, 10 kg Fleisch und 10 kg Zucker. Sie verkauft diese Lebensmittel an ihre Hausnachbarn mit entsprechendem Aufschlag weiter.

Frau Erikson hat sich wegen Beziebens bezugsbeschränkter Waren ohne Marken und wegen Preisvergehens strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Hier liegt wegen der Menge der verschobenen Lebensmittel ein schwerer Fall vor. Frau Erikson hat deshalb mit einer Gefängnisstrafe zu rechnen.

Es kommt also sehr darauf an, ob die Straftat als schwerer Fall zu beurteilen ist oder nicht.

108. Wann ist ein schwerer Fall anzunehmen? Für die Annahme eines schweren Falles ist maßgebend:

1. die Person des Täters,

2. die Beweggründe des Täters,
3. der für die allgemeine Versorgung angerichtete Schaden,
4. die Begleitumstände der Tat.

Zu 1.: Schwerer Fall wegen der Person des Täters.

Beispiel: Polizeibeamter Kurtz sitzt abends mit seiner Braut in einem Lokal. Er ist außer Dienst. Das Lokal ist sehr besetzt. Kurtz nimmt an einem Tische Platz, an dem schon zwei andere Gäste sitzen. Nach kurzer Zeit brechen diese auf. Als sie gerade aus der Tür sind, merkt Kurtz, daß der eine Gast ein Kuvert auf dem Tische liegen gelassen hat. Er eilt dem Gast nach, um ihm das Kuvert zu bringen, erreicht ihn aber nicht mehr. Er öffnet nunmehr das Kuvert, weil er glaubt, darin einen Anhaltspunkt für dessen Besitzer zu finden.

Zu seinem Erstaunen bemerkt Kurtz, daß in dem Kuvert zehn Kleinabschnitte zum Bezuge von Zucker enthalten sind.

Jetzt entschließt sich Kurtz, diese Abschnitte zu behalten und an seine Bekannten zu verkaufen, was geschieht. Einige Zuckermarken verwendet er für sich.

Kurtz hat sich wegen Überlassens von Bezugsberechtigungen, hier der Zuckermarken, in Bereicherungsabsicht und Ausnutzung einer ihm nicht zustehenden Bezugsberechtigung strafbar gemacht. Sein Fall ist kein leichter Fall. Kurtz durfte als Polizeibeamter, auch außer Dienst, keineswegs der Versuchung unterliegen, die gefundenen Abschnitte sich anzueignen, sie zu verkaufen und teilweise für sich zu verwenden. In solchen Fällen ist immer wegen der Person des Täters ein „schwerer“ Fall anzunehmen — § 2 Abs. 4 VRStVO. Außerdem hat sich Kurtz wegen Fundunterschlagung strafbar gemacht — § 246 StGB.

Zu 2.: Beweggründe des Täters.

Beispiel 1: Becker ist Familienvater mit mehreren im Entwicklungsalter befindlichen Kindern. Der Hunger der Kinder ist nie zu stillen. Frau Vetter, eine Nachbarin von Beckers, hat zwei kleine Kinder. Sie kommt mit ihrer Brotration gut aus, da sie noch von ihrer Schwester auf dem Lande hin und wieder ein Päckchen erhält. Becker kauft von Frau Vetter einen Brotkartenabschnitt. Er macht sich damit wegen entgeltlicher Verschaffung einer ihm nicht zustehenden Bezugsberechtigung strafbar.

Aber sein Fall ist milde zu beurteilen. Die besonderen Notzeiten und der Hunger seiner Kinder brachten ihn zu dieser Straftat.

Beispiel 2: Wie wäre es, wenn Becker nach seiner ersten Bestrafung, die nur auf 100 RM. Geldstrafe lautete, wiederum Brotkartenabschnitte, und zwar nunmehr auf dem Schwarzen Markt kauft?

Dann liegt ein schwerer Fall vor.

Wer schon einmal eine Verbrauchsregelungsstraftat begangen hat und deswegen bestraft wurde und sich dann noch einmal vergeht, also rückfällig ist, kann auf milde Beurteilung nicht mehr rechnen. Sein Fall liegt dann schwer.

Beispiel 3: Nebel steht auf dem Standpunkt, daß die Lebensmittel, die er auf Karten erhält, nur eine angenehme Beigabe zu den Lebensmitteln sind, die er sich auf dem Schwarzen Markt besorgt. Diese teuren Einkäufe kann er sich erlauben, da er viel Geld verdient und auch von früher noch seine Ersparnisse rettete. Für ihn ist nichts zu teuer. Er kauft, was er bekommen kann.

Als Nebel wieder auf dem Schwarzen Markt 2 kg Butter, 1 kg Fleisch und 5 kg Zucker kauft, wird er ertappt.

Nebel hat sich wegen Beziehens bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung schuldig und strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Nebel handelte aus rücksichtslosem Egoismus. Er benahm sich, als ob für ihn die Verbraucherbestimmungen nicht bestehen. Deshalb liegt ein schwerer Fall vor — § 2 Abs. 4 VRStVO.

Zu 3.: Größerer für die allgemeine Versorgung angerichteter Schaden.

Beispiel: Frau Risch hatte wieder einmal ihre Lebensmittelkarten verloren. Das Mißgeschick war ihr schon zweimal passiert. In den ersten beiden Fällen ersetzte man ihr die Karten teilweise. Frau Risch glaubte nicht, beim dritten Mal nochmals mit einem Einsehen der Behörden rechnen zu können. Sie unterließ deshalb die Anmeldung des Verlustes.

Die Lage war für die Familie jedoch sehr unangenehm. Man stand nämlich erst am Anfang der Periode. Der 21jährige Sohn Egon fand einen Ausweg. Wozu gibt es schließlich den Schwarzen Markt? Kurz entschlossen entnahm er seinen Ersparnissen den Betrag von 5000 RM. und sah sich nach Brotmarken um. Einer der Händler hatte 85 Abschnitte von je 1000 Gramm anzubieten. Das war Egon Risch an sich zu viel, jedoch wollte der Verkäufer nur das gesamte Quantum verkaufen, und so nahm Egon Risch die Marken alle ab.

Im Laufe der Kartenperiode verzehrte die Familie 60 kg Brot, das von den derart erworbenen Marken beschafft wurde. Die Tochter der Frau Risch, Anneliese, befürchtete schließlich, der Rest der Marken könne verfallen. Um wenigstens einen Teil des Geldes zu retten, versuchte sie, die restlichen 15 Marken für 20 RM. das Stück im Gewühl des Schwarzen Marktes zu verkaufen. Hierbei wurde sie gefaßt, und die ganze Sache kam heraus.

Egon Risch wurde wegen entgeltlichen Erwerbs von Bezugsberechtigungen in einem schweren Falle zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt — § 2 Abs. 1 Ziff. 1 und Abs. 4 VRStVO. Das Gericht erkannte zwar die Notlage der Familie an, konnte Egon jedoch den Vorwurf nicht ersparen, ein weitaus größeres Quantum an Brotmarken angekauft und verwertet zu haben, als zur Deckung der unmittelbaren Not erforderlich gewesen war.

Egons Schwester, Anneliese Risch, wurde wegen versuchter Überlassung von Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen in Bereicherungsabsicht in einem schweren Falle, begangen durch den Versuch, mit Lebensmittelmarken zu handeln, mit einer Geldstrafe von 1500 RM. belegt.

Dieser Fall lag schwer wegen der Menge der der allgemeinen Versorgung entzogenen Lebensmittel. Er grenzte hart an

III. Die Straftaten des Verbrauchers

ein Wirtschaftsverbrechen — § 1 Abs. 2 KWVO. Danach wird bestraft, wer Karten „beiseitebringt“ in einer Menge, die den lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gefährdet. Der Ankauf von Lebensmittelkartenabschnitten ist ein solches „Beiseitebringen“.

Zu 4.: Die Begleitumstände einer Verbrauchsregelungsstraftat.

Beispiel: Paul Lange, der beschäftigungslos ist, kundschaftet aus, wo die Kartenstellen der Bürgermeister von kleinen Ortschaften nicht genügend gegen Einbruch gesichert sind. Wenn er eine solche Gelegenheit ausgekundschaftet hat, bricht er nachts in den Raum der Kartenstelle ein und entwendet an Marken, was er greifen kann. Die gestohlenen Lebensmittelkarten verschiebt Lange auf dem Schwarzen Markt.

Fälle, in denen der Verbraucher außer der Verbraucherstraftat noch andere strafbare Handlungen, wie Unterschlagung, Hehlerei, Betrug, Urkundenfälschung usw., begeht, sind immer „schwere“ Fälle — § 2 Abs. 4 VRStVO.

Lange ist außer wegen ständigen (fortgesetzten) Einbruchdiebstahls auch wegen Überlassens von Bezugsberechtigungen in Bereicherungsabsicht (schwerer Fall) strafbar.

Außerdem liegt hier wegen der Menge der gestohlenen Karten ein Wirtschaftsverbrechen, nämlich ein „Beiseiteschaffen“ von Bezugsberechtigungen, vor — § 1 Abs. 2 KWVO.

109. Ist die Feststellung, Eine gerichtliche Verurteilung ob ein leichter oder einer Verbraucherstraftat zu schwerer Fall vorliegt, Geldstrafe wird dem Strafregister auch für das Strafregister nicht mitgeteilt, wenn kein „schwerer Fall“ register von Bedeutung? vorliegt.

In allen anderen Fällen erfolgt Mitteilung an das Strafregister, das am Geburtsort des Täters vom Gericht geführt wird, wenn jemand straffällig wird.

Die Feststellung, ob ein schwerer Fall vorliegt oder nicht, muß im gerichtlichen Urteilsspruch stehen.

Beispiel: Becker, der einmalig, um den Hunger seiner Kinder zu stillen, einen Brotkartenabschnitt von seiner Nachbarin kaufte, wird wegen entgeltlicher Verschaffung einer ihm nicht zustehenden Bezugsberechtigung zu einer Geldstrafe von 100 RM. verurteilt. Dann lautet das Urteil: Der Angeklagte Becker wird wegen entgeltlicher Verschaffung einer ihm nicht zustehenden Bezugsberechtigung in einem nicht schweren Falle zu einer Geldstrafe von 100 RM. verurteilt.

In diesem Falle wird die Verurteilung des Becker nicht im Strafregister verzeichnet.

9. Aus der Tätigkeit eines Schnellgerichts

Personen, die beim Schwarzhandel ergriffen werden, können bereits am nächsten Tage dem Schnellrichter vorgeführt werden. Diese Form der Aburteilung, die auf §§ 28 bis 30 der VO. vom 21. Februar 1940 (RGBl. I, 405) beruht, bezweckt die Abkürzung des Strafverfahrens.

Das Schnellverfahren ist nur möglich, wenn der Sachverhalt einfach liegt und keiner weiteren Aufklärung bedarf.

In der Praxis wird diese Art des Schnellverfahrens nur durchgeführt, wenn der Ergriffene geständig ist. Treten irgendwelche Zweifel auf, die die Vorbereitung der Hauptverhandlung durch weitere Ermittlungen notwendig machen, so wird die Verhandlung abgesetzt und die Sache in das ordentliche Verfahren überwiesen.

1. Rasierklingen gegen Lebensmittel.

Gerold hatte noch aus früheren besseren Zeiten einen erheblichen Posten Rasierklingen herübergerettet. Auf einem Gemüsemarkt tauschte er gegen Rasierklingen 4 Flaschen Öl, 2 Dosen Fleisch und 2 Pfund Talg ein.

Gerold wurde wegen Verbrauchsregelungsvergehens bestraft — § 2 VRStVO. Er erhielt eine Geldstrafe von 100 RM.

2. Versorgung durch den Schwarzen Markt.

Etwas schwerer als der soeben geschilderte Fall lag der Tatbestand, der Sally zur Last gelegt wurde. Er hatte sich nämlich auf dem Schwarzen Markt in St. Pauli 6 Pfund Butter und 9 Pfund Margarine zum Gesamtpreis von 2520 RM. gekauft.

Das Gericht erkannte auf zwei Wochen Gefängnis und eine Geldstrafe von 1000 RM.

3. Teures Hammelfleisch.

Frau Lorenz hatte sich 14 Pfund Hammelfleisch zu je 45 RM. pro Pfund gekauft.

Sie wurde wegen unerlaubten Erwerbs bezugsbeschränkter Waren zu Überpreisen zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt.

4. Der hungrige Kellner.

Ein Kellner, der seine Ernährungslage etwas verbessern wollte, kaufte sich im Schwarzhandel 3900 Gramm Brotmarken zum Gesamtpreise von 73 RM. Die Herkunft der Karten war nicht geklärt worden.

Der Angeklagte wurde wegen entgeltlichen Erwerbs von Bezugsberechtigungen zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt — § 2 Abs. 1 Ziff. 1 Abs. 4 VRStVO.

5. Handel mit Zigaretten.

Ucker handelte mit deutschen Zigaretten. Er kaufte sie in Lübeck für 2,50 RM. pro Stück ein, um sie in Hamburg für 4 RM. abzusetzen.

Er erhielt wegen Verbrauchsregelungs- und Preisvergehens eine Geldstrafe von 600 RM.; ferner wegen Steuerhinterziehung eine weitere Geldstrafe von 100 RM. — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO., § 1 PStRVO.

6. Tausch im Schwarzhandel.

Hermann hatte sich im Schwarzhandel 20 kg Weizenschrot im Tausch gegen ein Paar Schnürschuhe beschafft. Weizenschrot ist ein bezugsbeschränktes Erzeugnis.

Hermann erhielt eine Geldstrafe von 100 RM., die Ware wurde gemäß § 9 VRStVO. eingezogen.

7. Süßstoff und Zigaretten.

Frau Flamme hatte auf einem der Hamburger Schwarzen Märkte 60 deut-

III. Die Straftaten des Verbrauchers

sche Zigaretten zum Preise von 4 RM. pro Stück und 2 Päckchen Süßstoff für 20 RM. je Päckchen verkauft.

Wegen Verbrauchsregelungs- und Preisvergehens erhielt sie eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen. Sie wurde zur Zahlung des Mehrerlöses von 240 RM. verurteilt.

8. Einkauf auf dem Schwarzen Markt.

Bebel wurde von einem Polizeibeamten angehalten. Er führte auf seinem Fahrrad ein großes Paket mit. Dieses Paket enthielt 2 Pfund Mehl, 2 Pfund Graupen, 2 Pfund Zucker, 1 Pfund Haferflocken und 2 Päckchen Eipulver. Alle diese Waren hatte er soeben auf dem Schwarzen Markt in St. Pauli eingekauft.

Bebel wurde wegen unerlaubten Bezuges bezugsbeschränkter Erzeugnisse zu Überpreisen mit einer Geldstrafe von 500 RM. belegt — § 2 Abs. 1 und Abs. 4 VRStVO., § 1 PrStVO.

9. Eipulver gegen Kaninchen.

Nero wurde im Besitz von 10 kg Eipulver getroffen. Dieses hatte er im Hafen von einem Kahnschiffer gegen zwei Kaninchen erworben. Es handelte sich um deutsches Eipulver, das ein bezugsbeschränktes Erzeugnis ist.

Nero erhielt eine Geldstrafe von 200 RM. — § 2 VRStVO.

10. Schnaps als Tauschobjekt.

Abel hatte fünf Flaschen deutschen Weinbrand in seiner Aktentasche. Er kaufte sie im Schwarzhandel für 280 RM. die Flasche. Angeblich wollte er sie zu Tauschzwecken mit Bauern verwenden.

Da es sich nicht um ein schwarzgebranntes Erzeugnis handelte, verstieß Abel nicht gegen die Bestimmungen des BrMonGes.

Abel erwarb jedoch zu einem Überpreis ein bezugsbeschränktes Erzeugnis ohne Bezugsberechtigung — § 2 Abs. 1 Ziff. 1 Abs. 4 VRStVO. — § 1 PrStVO. Er erhielt eine Geldstrafe von 500 RM.

11. Einkauf von Milchkarten.

Hummel kaufte sich im Schwarzhandel einen Bezugschein über 27 Liter Vollmilch. Diesen Schein übergab er einem Milchhändler zur Belieferung. Er erhielt auch tatsächlich 10 Liter Vollmilch. Als der Milchhändler den Schein seinem Wirtschaftsamt vorlegte, stellte es sich heraus, daß der Schein gefälscht war. Von dieser Tatsache hatte Hummel jedoch, wie er glaubhaft versicherte, keine Kenntnis.

Hummel wurde daher wegen entgeltlichen Erwerbs von Bezugsberechtigungen zu einer Geldstrafe von 500 RM. verurteilt — § 2 Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 4 VRStVO.

12. Gefundene Lebensmittelkarten.

Erna fand auf der Straße einen Briefumschlag. Er enthielt zwei Brotmarken, einige Weißbrotabschnitte und eine nicht mehr vollständige Lebensmittelkarte. Diesen Umschlag lieferte sie nicht ab, sondern behielt ihn für sich. Sie machte sich sogar daran, die Brotmarken im Schwarzhandel zu verkaufen. Für 1500 Gramm nahm sie 70 RM.

Erna wurde wegen Fundunterschlagung und wegen Verfügung über Bezugsberechtigungen in Bereicherungsabsicht zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen und zu einer Geldstrafe von 630 RM. verurteilt — § 2 Abs. 1 Ziff. 1 und Abs. 4 VRStVO. und § 246 StGB.

Kapitel IV

Die Straftaten der Gewerbetreibenden

I. Die Strafbestimmungen

110. Wann macht sich der Gewerbetreibende strafbar?

Strafbar ist, wer in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes

1. bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne eine Bezugsberechtigung bezieht oder
2. Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen
 - a) sich beschafft oder
 - b) einem anderen überläßt oder
 - c) durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschleicht oder
3. eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung für sich ausnutzt oder
4. Bestimmungen und Anordnungen, die für den Bereich der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen oder gewerblichen Erzeugnissen mit entsprechender ausdrücklicher Strafandrohung ordnungsmäßig ergangen sind, zuwiderhandelt — § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, 5 und 6 VRStVO.

Zu 1.: Beziehen bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung.

Beispiel 1: Der Tabakwarenhändler Jahn kauft im Schwarzhandel 1000 deutsche Zigaretten. Er beabsichtigt, die Zigaretten an seine Kunden mit entsprechendem Aufschlag ohne Marken abzugeben. Ehe es dazu kommt, wird Jahn wegen des Schwarzzeinkaufs der Zigaretten gefaßt.

Jahn hat sich wegen Beziehens der Zigaretten ohne Marken, also bezugsbeschränkter Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung, in Ausübung seines Gewerbes strafbar gemacht — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Außerdem liegt ein Preisvergehen vor, da Jahn die Zigaretten im Schwarzhandel gegen Überpreise erwarb — § 1 PrStRVO.

Beispiel 2: Kolonialwarenhändler Weber kauft sich im Schwarzhandel 100 deutsche Zigaretten zu 3 RM. das Stück.

Auch Weber hat sich wegen Beziehens der Zigaretten ohne Marken strafbar

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

gemacht. Er handelte jedoch nicht in Ausübung seines Gewerbes — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Weber ist auch wegen Preisvergehens zu bestrafen — § 1 PSrVO.

Zu 2a) und b): Verschaffen und Überlassen von Bezugsberechtigungen.

Beispiel: Gastwirt Krause ist zu seinen Gästen sehr zuvorkommend. Manche Gäste brauchen öfters einen Teil ihrer Kartenabschnitte nicht auf. Mancher Junggeselle verbraucht seine Fischmarken nicht. Andere haben ihre Fettmarken oder Nahrungsmittelkartenabschnitte zufällig innerhalb der Lebensmittelperiode nicht verwenden können, weil sie verreiselt oder eingeladen waren. Krause nimmt alles entgegen. Von großzügigen Gästen läßt er sich nichtverbrauchte Abschnitte schenken. Anderen gegenüber zeigt er sich dadurch erkenntlich, daß er ihnen gelegentlich Speisen ohne Marken verabreicht.

Krause beschafft sich auf diese Weise einen gewissen Vorrat an Kartenabschnitten, um damit Gästen, die keine Marken haben, „auszuhelfen“. Die alten Stammgäste des Krause können von ihm immer eine Fettmarke, einen Nahrungsmittelabschnitt oder einen Fleischkartenabschnitt erhalten, ohne daß Krause dafür etwas nimmt.

Krause läßt sich Lebensmittelkartenabschnitte von Gästen, die diese nicht mehr brauchen, schenken, „beschafft“ sie sich also. Er „überläßt“ sie anderen, ohne damit unmittelbar eine Bereicherung für sich im Auge zu haben. Krause hat sich in Ausübung seines Gewerbes Lebensmittelkarten schenken lassen und sie weiterverschenkt. Er ist deshalb zu bestrafen — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Der Verbraucher, der sich unentgeltlich Lebensmittelkarten oder Bezugscheine beschafft und sie ohne Bereicherungsabsicht überläßt, also verschenkt, macht sich nicht strafbar.

Für den Gewerbetreibenden gelten strengere Regeln: Ein Gewerbetreibender, der sich Lebensmittelkarten oder Bezugscheine beschafft, macht sich strafbar, auch wenn er sie unentgeltlich erhält.

Er will die unentgeltlich beschafften Karten wieder seinen Kunden zukommen lassen, mindestens dadurch, daß er die Kunden ohne Marken beliefert.

Ein Gewerbetreibender, der Lebensmittelkarten oder Bezugscheine einem Kunden, auch unentgeltlich und ohne jede Bereicherungsabsicht, überläßt, macht sich ebenfalls strafbar.

Er will den Kunden damit verpflichten, seinen Kundenkreis erhalten und vergrößern und den Kunden für normale Friedenszeiten gewinnen.

Zu 2c): Erschleichen von Bezugsberechtigungen.

Beispiel: In das Kolonialwarengeschäft des Kolonialwarenhändlers Lehmann ist nachts eingebrochen worden. Den Einbrechern ist Margarine,

Brot, Kunsthonig, Zucker und Marmelade in die Hände gefallen. Alles, was im Laden stand, haben die Einbrecher ausgeräumt.

Als Lehmann am anderen Morgen beim Betreten seines Geschäfts den Schaden sieht, ist er zunächst sehr erschrocken. Doch bald beruhigt er sich. Er ist gegen Einbruchdiebstahl versichert. Ihm kann auch kein Vorwurf gemacht werden, denn er hat seine Ladentür so gut gesichert, wie es in heutigen Zeiten möglich war. Die Versicherung muß und wird also zahlen. Ein Geldverlust wird ihm nicht entstehen. Aber wird er neue Ware bekommen?

Geschäftsinhaber können vom Ernährungsamt durch Ausgabe neuer Bezugsberechtigungen entschädigt werden, wenn ohne ihr Verschulden Ware abhanden gekommen ist, z. B. die Ware geraubt oder gestohlen wurde.

Da kommt Lehmann eine glänzende Idee. Er beschließt, den Fall dazu auszunutzen, sich zu „sanieren“. Lehmann hatte schon seit Monaten gegenüber dem Ernährungsamt ein „Manko“, d. h. er hatte fortgesetzt zu wenig Einzelabschnitte dem Ernährungsamt eingereicht.

Die Einzelhändler erhalten vom Ernährungsamt vielfach „vorschußweise“ die Bezugscheine und Großbezugscheine, auf die sie von Grossisten Ware beziehen. Der Händler hat dann die Einzelabschnitte, die er von den Verbrauchern entgegennimmt, dem Ernährungsamt einzureichen. Wenn weniger Einzelkartenabschnitte abgeliefert werden, als Bezugscheine für den Bezug beim Grossisten vorweg vom Ernährungsamt ausgegeben wurden, entsteht für den Einzelhändler ein „Manko“, meistens durch unzulässiges „Verwirtschaften“ der Ware. Zukünftig erhält dann der Einzelhändler Bezugscheine nur noch in entsprechend geringeren Mengen.

Lehmann war vielfach zu großzügig gewesen. Er hatte seinen Kunden Lebensmittel ohne Karten abgegeben und auch selbst für seine Familie aus seinem Warenbestande mehr entnommen, als ihm auf seine Karten zustand. So entstand für Lehmann beim Ernährungsamt ein „Manko“.

Lehmann macht nun eine Verlustmeldung an das Ernährungsamt auf, die die Menge der tatsächlich gestohlenen Waren erheblich übersteigt. Diese „Schadensmeldung“ reicht er dem Ernährungsamt mit dem Antrage ein, ihm neue Bezugscheine zur Beschaffung von Waren an Stelle der gestohlenen zu bewilligen.

Gleichzeitig meldet Lehmann der Versicherung den Einbruch. Er verlangt Entschädigung für eine größere Anzahl von Waren, als gestohlen wurden. Lehmann glaubt, es sehr klug zu machen dadurch, daß er sowohl in der Schadensmeldung an das Ernährungsamt als auch in dem Schreiben an die Versicherungsgesellschaft die gleichen Mengen als gestohlen angibt.

Lehmann erhält auch tatsächlich zunächst die Bezugscheine, jedoch kommt nachträglich der Schwindel heraus.

Lehmann erschlich durch unrichtige Angaben, nämlich durch die unrichtige „Schadensmeldung“, Bezugsberechtigungen, nämlich die Bezugscheine. Er

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

machte sich in Ausübung seines Gewerbes strafbar — § 1 Abs. 1 Ziff. 2 VRStVO.

Lehmann ist aber auch wegen Betruges strafbar — § 263 StGB.

Zwar liegt ein strafbarer Betrug gegenüber dem Ernährungsamt nicht vor. Durch den Schwindel des Lehmann ist dem Ernährungsamt, das auf die unrichtige Schadensmeldung neue Bezugscheine ausstellte, kein Schaden entstanden. Das Stückchen Papier, der Bezugschein, zählt dabei nicht.

Lehmann hat sich aber wegen versuchten Betruges gegenüber der Versicherungsgesellschaft durch Einreichung der falschen Schadensmeldung strafbar gemacht. Wenn die Versicherungsgesellschaft die Schadenssumme schon bezahlt hat, ist Lehmann wegen vollendeten Betruges zu bestrafen.

Zu 3.: Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung.

Beispiel: Der Kolonialwarenhändler Hartmann erhält durch Versehen eines Angestellten des Ernährungsamtes einen Bezugschein zum Bezuge von 10 Doppelzentnern Zucker. Der Angestellte auf der Kartenstelle irrte sich. Hartmann hatte die aufgeklebten Einzelabschnitte für 10 Doppelzentner Nährmittel eingereicht, um dafür den Bezugschein für seinen Grossisten zu bekommen. Hartmann, der den Irrtum der Kartenstelle erst entdeckt, als er wieder in seinem Laden steht, behält den Bezugschein und reicht ihn seinem Grossisten ein, da Zucker wertvoller und seltener ist als Nährmittel.

Hartmann machte sich strafbar, weil er in Ausübung seines Gewerbes eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung, nämlich den Bezugschein auf Zucker, bei dem Grossisten für sich ausgenutzt hat — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Zu 4.: Zuwiderhändlungen gegen Bestimmungen und Anordnungen der Ernährungs- und Wirtschaftsämter.

Beispiel 1: Der Landwirt Oberreich hat ein größeres Jagdrevier, in dem er jagdberechtigt ist. An einem diesigen Novembermorgen, an dem Oberreich auf der Pirsch ist, schießt er auf einen Hirsch, der auf den Schuß hin flüchtig abgeht. Nach vergeblicher Nachsuche findet Oberreich erst drei Tage später den Hirsch verendet auf. Zu seinem Entsetzen stellt er fest, daß es sich um einen Ia-Hirsch handelt, während ihm nur der Abschluß eines schwächeren Hirsches gestattet war. Er läßt daher das Fleisch, obwohl es zum menschlichen Genuß noch verwendbar ist, liegen. Das Fleisch wird später zufällig gefunden, als es zum menschlichen Genuß nicht mehr brauchbar ist.

Hat sich Oberreich strafbar gemacht? Oberreich war verpflichtet, den Abschluß des Hirsches dem zuständigen Ernährungsamt anzuzeigen.

Ein Jäger hat jeden Abschluß nach vorgeschriebener Abschlußanzeige dem Ernährungsamt zu melden — § 164 Abs. 2 der Anordng. Nr. 1 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft vom 20. Dezember 1940.

Der Jäger ist zwar berechtigt, das erlegte Wild gegen prozentuale Anrechnung des Gesamtgewichts auf die ihm zustehenden Fleischrationen zur Selbstversorgung zu verwenden. Auf jeden Fall muß er aber dem Ernährungsamt Anzeige erstatten.

Dagegen hat Oberreich verstoßen. Er machte sich deshalb strafbar, weil er in Ausübung seines Berufes als Jäger eine Anordnung, die für den Bereich der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ergangen war, nicht beachtete und ihr zuwiderhandelte — § 1 Abs. 1 Nr. 6 VRStVO.

Außerdem hat Oberreich wegen seines unweidmännischen Verhaltens ein Verfahren vor dem Jägerehrengericht zu befürchten, das ihm den Jagdschein entziehen, aber auch eine Geldstrafe gegen ihn verhängen kann.

Beispiel 2: Der Nachbar des Bauern Reich, der Erbhofbauer Unterober, ist noch nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrt.

Das Ernährungsamt ordnet deshalb an, daß Reich den Hof des Unterober mit zu bewirtschaften habe, damit dieser nicht brach liegt.

Reich erklärt, der Hof des Unterober gehe ihn nichts an. Er nimmt die Bestellung der Äcker des Unteroberschen Hofes nicht vor.

Reich hat eine Einzelanordnung zur Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die an ihn durch das Ernährungsamt ergangen ist, nicht beachtet und verstieß dagegen. Er machte sich dadurch strafbar, und zwar in Ausübung seines Berufes als Bauer — § 1 Abs. 1 Nr. 6 VRStVO.

Reich hätte der Anordnung des Ernährungsamtes, die das Brachliegen der Äcker des Unterober und die Ernährung sichern sollte, befolgen müssen.

111. Welche weiteren Strafbar ist, wer in Ausübung seines Verbrauchsregelungs-Berufes oder Gewerbes

straftaten kann nur ein 1. „schwarzhandelt“ dadurch, daß er Gewerbetreibender begehren?

a) bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung abgibt oder

b) bezugsbeschränkte Erzeugnisse, zu deren Abgabe an den Verbraucher er verpflichtet ist, vorenthält oder

c) Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen entgegennimmt oder Abschnitte abtrennt, ohne Ware zu liefern — § 1 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 VRStVO oder

2. Tausch- oder Schleichhandel treibt, also

a) bei Lieferung von Waren (oder bei gewerblichen oder beruflichen Leistungen) für eine Bevorzugung eine Tauschware (oder einen sonstigen Vorteil) fordert oder sich versprechen oder gewähren läßt,

- b) um bevorzugt zu werden (bei Lieferung von Waren oder bei gewerblichen oder beruflichen Leistungen) eine Tauschware (oder einen sonstigen Vorteil) anbietet oder verspricht oder gewährt — § 1a Abs. 1 Ziff. 1 u. 2 KWVO.

Zu 1a): Abgabe von Waren ohne Bezugsberechtigung.

Beispiel: Schlachtermeister Franke gibt einzelnen seiner Stammkunden gelegentlich Fleisch ohne Abtrennung der Fleischkartenabschnitte ab. Durch geschicktes Schneiden des ihm gelieferten Fleisches erspart er diese Mengen. Einen Überpreis verlangt er nicht.

Franke gibt in Ausübung seines Gewerbes bezugsbeschränkte Waren, nämlich das Fleisch, ohne Bezugsberechtigung, also ohne Abtrennung von Fleischkartenabschnitten, ab und macht sich dadurch strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Zu 1b): Vorenthalten von Waren gegenüber dem Verbraucher.

Beispiel: Nebel ist junger Vater geworden. Er läuft zum Wirtschaftsamt, um sich Bezugscheine für Babywäsche zu besorgen. Dort ist man entgegenkommend. Nebel erhält, was er braucht. Jetzt eilt er in die Stadt zu einem großen Textilgeschäft. Ein Kollege hat ihm erzählt, daß bei diesem Geschäft gestern Wäsche, u. a. auch Babywäsche, wie der Kollege zufällig beobachtete, angeliefert wurde. Stolz gibt Nebel der jungen Verkäuferin seine Bezugscheine, doch diese verneint. „Babywäsche haben wir nicht.“ Nebel sagt: „Aber gestern haben Sie doch Babywäsche bekommen.“ Doch das hilft Nebel alles nichts. Er verlangt den Geschäftsführer. Dieser ist nicht zu sprechen. Er ist angeblich zu Tisch.

Da reißt Nebel die Geduld. Er geht zur Polizei und eine Stunde später betritt er noch einmal das Geschäft zusammen mit einem Kriminalbeamten. Dieser kennt seine Kunden. Er geht gleich durch zum Lager und findet die gestern angelieferte Babywäsche.

Inzwischen ist auch der Geschäftsführer, von den Angestellten herbeigerufen, erschienen. Die Verkäuferin erklärt unter Tränen, der Chef habe ausdrücklich gesagt, die Babywäsche bleibt vorläufig hier liegen.

Hat sich der Kaufmann und Geschäftsführer strafbar gemacht? Ja, er war verpflichtet, die Babywäsche gegen Bezugscheine an den Verbraucher abzugeben. Er hat Nebel die Ware vorenthalten. Er machte sich deswegen strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO.

Auch die Verkäuferin ist zu bestrafen. Sie unterstützte den Kaufmann dabei, dem Verbraucher die Ware vorzuenthalten. Sie ist wegen Beihilfe strafbar.

Zu 1c): Abtrennung von Kartenabschnitten ohne Lieferung der Ware.

Beispiel: Schwarz ist Junggeselle. Von Haushaltsdingen hat er keine

2. Das Abgeben bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung

Ahnung. Er weiß nie genau, was es auf die Abschnitte seiner Lebensmittelkarte gibt.

Beim Broteinkauf trennt die Ehefrau des Bäckermeisters Bumm einen Sonderabschnitt mit ab, auf den es eine zusätzliche Brotzuteilung gibt. Sie merkt, daß Schwarz nicht gelesen hat, daß es auf diesen Sonderabschnitt eine Zuteilung gibt.

Frau Bumm trennte einen Lebensmittelkartenabschnitt ab, ohne Ware zu liefern und machte sich dadurch strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 4 VRStVO.

Außerdem liegt aber Betrug vor — § 263 StGB.

Schwarz glaubte, daß der Sonderabschnitt keine Gültigkeit habe. Diesen Irrtum nutzte Frau Bumm geschickt aus. Den Schaden aber hat Schwarz. Er kommt um diese Sonderzuteilung.

Zu 2.: Tausch- und Schleichhandel.

Beispiel: Weinhändler Faß pflegt in heutiger Zeit besonders gute Beziehungen zu seiner Landkundschaft. Der Städter kann ihm nicht viel geben. Sein Prinzip ist: Eine Hand wäscht die andere. Jeder möchte gern eine Flasche Wein trinken. Faß aber sagt: „Der Wein ist knapp; ich habe selbst nur noch wenige Flaschen. Ich muß meine Ware einteilen.“

Aber wenn Bauern Gemüse und Obst anbieten, wird Weinhändler Faß zugänglich. Wenn er Gemüse und Obst erhält, dann liefert er auch Wein.

Faß macht sich in Ausübung seines Berufes schuldig. Bei seinen Weinlieferungen bevorzugt er die, die auch ihm etwas verkaufen. Er kommt dadurch in den Vorteil, von Bauern stets mit Obst und Gemüse versorgt zu werden. Das ist für den Gewerbetreibenden strafbar — § 1 a KWVO.

Auch die Bauern sind zu bestrafen, denn sie erzeugen Obst und Gemüse in Ausübung ihres Berufes.

2. Das Abgeben bezugsbeschränkter Ware ohne Bezugsberechtigung

112. Was bedeutet „Abgeben der Ware“ heißt, sie ausliefern, sie übergeben. Gewerbetreibende geben die Ware ab, sie verteilen sie. „abgeben“ bezugsbeschränkter Ware durch den Gewerbetreibenden? Das ist ihre Aufgabe und ihr Beruf. Der Verbraucher „bezieht“ die Ware.

Beispiel: Der gutmütige Bäckermeister.

Bäckermeister Kümmel stand unter der Anklage, laufend als Gewerbetreibender Waren seines Betriebes ohne Empfangnahme von Bezugsberechtigungen an Verbraucher abgegeben zu haben.

Zu diesem Vorwurf der Anklage wollte Kümmel sich nicht bekennen. Er gab zwar zu, gelegentlich Brot und Rundstücke ohne sofortige Empfangnahme der Marken ausgeliefert zu haben, jedoch habe er den Kunden stets das Versprechen abverlangt, die Marken schleunigst nachzuliefern. Der Kunde mußte einen Geldbetrag als Pfand hinterlegen.

Bereits nach dieser Darstellung des Kümmel lag eine strafbare Abgabe bezugsbeschränkter Ware ohne Marken vor — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

Der Gewerbetreibende darf die Ware nur gegen die sofortige Abgabe der Karten ausliefern. Eine Stundung der Markenabgabe ist verboten und strafbar.

Bäckermeister Kümmel, der Brot ohne Marken gegen „Pfandhinterlegung“ abgegeben hatte, wurde allgemein als ein gutmütiger, vielleicht zu gutmütiger Mann geschildert. Den Bitten der Kundschaft, insbesondere der weiblichen, ihnen doch ausnahmsweise einmal ein Brot oder ein paar Rundstücke „ohne“ zu überlassen, konnte er sich nicht verschließen.

Allerdings mußten die Kunden regelmäßig für ein Brot 20 RM. und für ein Rundstück 0,50 RM. bezahlen. Dieser Geldbetrag war aber keineswegs ein Pfand, sondern stellte den Kaufpreis dar. Von Pfand pflegte Kümmel zwar zu sprechen, jedoch wurden diese Pfänder niemals eingelöst.

Die „Verpfändung“ oder Hinterlegung von Geld an Stelle der sofortigen Markenabgabe mit dem Versprechen, die Marken später nachzubringen, ist stets nur ein Scheingeschäft, das den Verkauf der Ware zu Überpreisen und ohne Abgabe von Karten nach außen hin tarnen soll.

Bäckermeister Kümmel erhielt wegen Abgabe bezugsbeschränkter Waren ohne Bezugsberechtigung und wegen Preisvergehens eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und eine Geldstrafe von 1000 RM. — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO., § 1 PrStRVO.

113. Wann liegt ein besonders schwerer Fall bezugsbeschränkter Ware liegt dann vor, wenn verbotenen Abgebens Kaufleute untereinander sich aus bezugsbeschränkter Ware ihren Warenbeständen, die bezugs- ohne Marken vor? beschränkt sind, ohne Karten beliefern.

Beispiel: Der Schlachter Koch bezieht Brot, Butter, Marmelade usw. vom Kolonialwarenhändler Lehmann, und zwar ohne Marken. Lehmann denkt, Kaufleute unter sich müssen sich helfen. Lehmann hat auch etwas von dem Schlachter, denn er erhält seinen Sonntagsbräten ohne Fleischabschnitte.

Kolonialwarenhändler Lehmann gibt, also bezugsbeschränkte Ware, nämlich Brot, Butter, Marmelade usw., ohne Marken ab und macht sich deswegen strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Auch der Schlachter Koch hat Fleisch ohne Marken abgegeben. Er ist also ebenfalls zu bestrafen — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Beide, sowohl der Kolonialwarenhändler als auch der Schlachter, sind nach den verschärften Bestimmungen des § 1 der VRStVO. schuldig, weil sie als Gewerbetreibende durch Abgeben bezugsbeschränkter Waren gegen die Verbrauchsbestimmungen verstoßen haben. Lehmann und Koch sind aber auch strafbar, weil sie für sich Lebensmittel ohne Karten bezogen haben — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Außerdem liegt strafbarer Schleichhandel vor — § 1a KWVO.

Das Gebot an den Gewerbetreibenden lautet: Keine Waren ohne Marken. Der Händler soll keine Ware verteilen, d. h. verkaufen und übergeben, also abgeben, für die er keine Bezugsberechtigung, also keine Lebensmittelkarten, Tabakkarte oder Bezugscheine usw., erhält.

114. Darf der Gewerbetreibende auch als Geschenk darf der Gewerbetreibende bezugsbeschränkte Waren aus seinem Geschäftsbetriebe nicht abgeben.
bezugsbegrenzte Waren aus seinem Geschäftsbetrieb verschenken?

Beispiel: Kolonialwarenhändler Lehmann darf seinen Stammkunden nicht als Weihnachtsgeschenk ein viertel Pfund Zucker für den Weihnachtskuchen zugeben.

Bezugsbeschränkte Ware darf nur gegen Karten geliefert werden.

115. Was versteht man unter „Schwund“? Schwund ist der Warenverlust, der dem Händler beim Verteilen der Ware entsteht.

Beispiel: Der Grossist hat dem Einzelhändler Butter geliefert. Die Butter ist noch sehr frisch und erst vor kurzem gewässert. Ein Faß Butter, das bei der Anlieferung 85 Pfund wog, wiegt nach einigen Tagen nur noch 84 Pfund. Das Wasser ist verdunstet. Dadurch ist das Faß leichter geworden. Ein solcher Verlust ist „Schwund“.

Verdunstungs-, Wiege-, Aushauverluste beim Verteilen der Ware sind „Schwund“.

Beispiel: Die Wurst trocknet ein. Sie wird dadurch leichter.

Der bei der Anlieferung noch etwas feuchte Zucker trocknet aus.

Beim Wiegen verstaubt Mehl.

Der Marmeladeneimer kann nicht so ausgekratzt werden, daß nicht noch kleine Reste zurückbleiben.

Dem Schlachter entstehen beim Auseinandertrennen, Aushauen und Verteilen des Fleisches „Schwund“-Verluste.

Beim Zigarettenhändler werden Zigaretten bei der Lagerung zerdrückt oder der etwas zu trockene Tabak fällt aus der Hülle und ist nicht mehr verkäuflich.

116. Werden dem Händler bestimmte Prozentsätze zum Ausgleich der Schwundverluste vergütet?

Diese Schwundvergütungen sollen dazu dienen, die Verluste — Schwundverluste — auszugleichen, die dem Händler bei der Verteilung der Ware entstehen.

Beispiel: Der Kartoffelgroßhändler Tesch beantragt beim Ernährungsamt einen Großbezugschein zur Belieferung von 1000 Doppelzentnern Winterkartoffeln. Er erhält einen Großbezugschein über diese Warenmenge zuzüglich einer Schwundvergütung von 2 Prozent.

Ein Tabakwarengroßhändler bekommt z. B. eine Schwundvergütung von $\frac{1}{2}$ Prozent, der Tabakeinzelhändler eine solche in Höhe von 2 Prozent usw. Mit diesen Schwundvergütungen sind alle Ansprüche wegen der Schwundverluste endgültig abgegolten.

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

117. Kann der Händler über Schwundersparnisse frei verfügen, sie verkaufen, vertauschen oder verschenken?
Der Händler, Groß- und Einzelhändler, darf über seine Schwundersparnisse nicht frei verfügen, sie nicht verkaufen, vertauschen oder verschenken.

Beispiel: Der Kartoffelhändler Tesch darf, wenn er bei der Verteilung der 1000 Doppelzentner Kartoffeln dadurch Ware erübrigt, daß die bei der Verteilung entstehenden Verluste (Wiege-, Eintrocknungsverluste usw.) nicht 2 Prozent ausmachen, über den Rest nicht frei verfügen. Er darf sie auch nur gegen Bezugschein oder Karten abgeben.

118. Warum darf der Händler über ersparte Schwundvergütungen nicht frei verfügen?
Schwund wird vergütet, weil die Schwundvergütungen beim Verteilen der Ware sich selbst verwirtschaften; sie dürfen nicht verwirtschaftet werden.

Beispiel: Der Händler erhält die Schwundvergütungen, weil bei Verteilung der Ware ein geringer Prozentsatz durch Verwiegen, durch Ausschauen des Fleisches, durch Austrocknen usw. von selbst verlorengeht, also sich selbst verwirtschaftet. Wenn der Händler von seiner Schwundvergütung etwas erübrigt, darf er selbst diese nicht verwirtschaften. Was von Schwundvergütungen übrigbleibt, ist ordnungsmäßig, d. h. gegen Abgabe von Bezugsberechtigungen, zu verteilen.

Beispiel: Der Zigarettenhändler Wander erhält bei der Zigarettenlieferung eine Schwundvergütung von 2 Prozent. Diese Schwundvergütung ist dafür bestimmt, Verluste auszugleichen, die durch Eintrocknen von Zigaretten, Zerquetschen usw. entstehen. Hat Wander geringere Verluste, so darf er die auf diese Weise erübrigten Zigaretten nicht frei verkaufen, er darf sie nur auf Tabakkarten abgeben. Er darf sie auch nicht verschenken oder vertauschen. Er darf sie nicht einmal selbst rauchen. Die ersparte Schwundware steht nicht zu seiner freien Verfügung.

119. Wofür werden im Tabakwarenhandel Schwundvergütungen auch die üblichen außerdem „Schwund-Deputatansprüche der Angestellten vergütungen“ gewährt? und Arbeiter abgegolten.

Beispiel: Fechner, der als Verkäufer im Tabakwarengeschäft des Wander angestellt ist, erhält monatlich 300 Zigaretten als „Deputat“.

Unter Deputat versteht man die Sachleistungen, die ein Angestellter oder Arbeiter als Teil seines Gehalts oder Lohnes bekommt.

Beispiel: Der Gutsarbeiter erhält Lebensmittel, der Waldarbeiter Holz als „Deputat“.

Im Tabakwarenhandel ist es üblich, daß die Angestellten und Arbeiter Rauchwaren als Deputat erhalten.

Damit sollen vor allem Diebstähle (eigenmächtiges Vergreifen an den Vorräten) verhindert werden.

Deputatansprüche der Angestellten und Arbeiter der Tabakbranche sind aus den bewilligten Schwundvergütungen zu befriedigen.

Beispiel: Der Tabakwareneinzelhändler Moll hat durch Kriegsergebnisse seine Ladenräume eingebüßt. Er ist mit dem Schreibwarenhändler Dur, dessen großes Ladengeschäft noch erhalten ist, befreundet. Dur vereinbart, weil wegen Warenmangel in seinem Laden nicht viel Betrieb ist, mit Moll eine Ladengemeinschaft. In stillen Geschäftszeiten erledigt Dur auch den Verkauf von Tabakwaren, wie auch Moll Schreibwaren für Dur verkauft, wenn dieser nicht anwesend ist. Dur, der ein starker Zigarettenraucher ist, erhält von Moll monatlich 300 Zigaretten, ohne Abschnitte von der Tabakkarte abzugeben. Moll entnimmt diese Zigaretten den ihm zugebilligten Schwundvergütungen.

Die Sache kommt heraus und vor das Gericht.

Haben sich Dur und Moll strafbar gemacht?

Moll war berechtigt, die Zigaretten aus der Schwundvergütung an Dur ohne Marken abzugeben. Dur war im Ladengeschäft des Moll auch mit dem Verkauf der Rauchwaren betraut. Moll durfte deshalb dem Dur Deputatzigaretten geben, wie sie üblicherweise ein Verkäufer erhalten hätte. Dazu sind gerade im Tabakwarenhandel die Schwundvergütungen, die der Händler erhält, auch bestimmt.

120. Darf der Angestellte oder Arbeiter diese „Deputatrauchwaren“ stehen zur freien Verfügung. Sie sind über die ihm als Gehalts- nicht mehr bezugsbeschränkt. oder Lohnanteil gelieferten Deputatrauchwaren frei verfügen?

Beispiel: Angestellter Fechner, der als Ladenverkäufer im Geschäft des Wander 300 Zigaretten monatlich als Deputat bekommt, kann mit diesen Zigaretten machen, was er will.

Deputatzigaretten bekommt der Angestellte oder Arbeiter nicht als Gewerbetreibender, sondern als Verbraucher. Er kann sie verschenken, vertauschen, verkaufen — aber nicht zum Überpreis!

121. Macht der Gewerbetreibende sich strafbar, Der Gewerbetreibende darf gewerbliche Erzeugnisse, die ihm für die der bezugsbeschränkte Ausübung seines Berufes oder gewerbliche Erzeugnisse, Gewerbes zugeteilt sind, nicht die ihm für die Ausübung seines Berufes oder Gewerbes zugeteilt sind, für seinen Privatgebrauch verwenden?

1. für einen anderen als im Antrag (den er stellen mußte, um die Ware zu erhalten), angegebenen Zweck oder
2. für einen anderen als bei der Zuteilung vorgesehenen Zweck oder
3. entgegen einer vom Wirtschaftsamt gemachten Auflage oder

4. entgegen den allgemeinen Bestimmungen
gebrauchen oder verbrauchen —
§ 3 VRStVO.

Zu 1.: Strafbarer Verbrauch gewerblicher Erzeugnisse zu einem anderen als im Antrag angegebenen Zweck.

Beispiel: Uhrmacher Lange gibt in seinem Antrag auf Ausstellung einer Ausweiskarte zum Tanken von Benzin an, er benötige das Benzin für seinen zugelassenen Geschäftswagen, um Arbeitsmaterial für seine Uhrmacherei heranzuschaffen.

Lange erhält auch den Benzinschein. Er verwendet aber einen Teil des Benzins für seinen Privatwagen.

Hier liegt ein strafbarer Verbrauch des Benzins zu einem anderen Zweck vor, als ihn Lange im Antrag auf Zuteilung des Benzins angegeben hat. Da Lange im Antrag angab, daß er das Benzin für seinen Geschäftswagen benötige und es dafür erhielt, durfte er mit dem Benzin nicht seinen Privatwagen tanken. — Strafbar nach § 3 VRStVO.

Zu 2.: Strafbarer Verbrauch gewerblicher Erzeugnisse zu einem anderen als bei der Zuteilung vorgesehenen Zweck.

Beispiel: Der Arzt Dr. Medikus macht mit seinem Wagen, für den er monatlich eine Benzinzuteilung von 100 Litern zur Ausübung seines ärztlichen Berufes erhält, eine Spazierfahrt „ins Blaue“. Auch das ist strafbar. Hier liegt ein Verbrauch des Benzins für einen anderen als bei der Zuteilung vorgesehenen Zweck vor. Der Arzt durfte das Benzin nur bei Fahrten für ärztliche Hausbesuche verwenden. — § 3 VRStVO.

Zu 3.: Verbrauch entgegen einer Auflage des Wirtschaftsamtes.

Beispiel: Die Ferntransportfirma Schultes & Co. erhält einen Bezugsschein zum Bezuge von sechs Ballonreifen für einen Geschäftslastwagen. Das Wirtschaftsamt stellt bei Aushändigung des Bezugsscheines die Bedingung, daß der Wagen nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 25 Std./km gefahren werden dürfe.

Schultes beachtet diese Anordnung nicht und läßt seinen Wagen immer mit höherer Geschwindigkeit laufen.

Schultes macht sich strafbar, weil er die ihm für die Ausübung seines Berufes überlassenen gewerblichen Erzeugnisse, die sechs Ballonreifen, entgegen der behördlich gemachten „Auflage“, nämlich der ihm auferlegten Anordnung, mit diesen Reifen keine höhere Geschwindigkeit als 25 km pro Stunde zu fahren, gebrauchte — § 3 VRStVO.

Zu 4.: Verbrauch entgegen allgemeinen Bestimmungen.

Beispiel: Der Ferntransportfirma Schultes & Co. ist für die Benutzung von Ballonreifen durch das Wirtschaftsamt die Einhaltung einer bestimmten

Geschwindigkeit nicht auferlegt worden: Schultes fährt mit dem Lastwagen eine Geschwindigkeit von 60 km pro Stunde.

Auch in diesem Falle macht Schultes sich strafbar. Er verstößt in Ausübung seines Berufes gegen Bestimmungen, die allgemein über die Einhaltung von Höchstgeschwindigkeiten ergangen sind. Bei Benutzung von Ballonreifen darf nämlich die Geschwindigkeit nicht mehr als 40 km betragen — § 36a der VO. über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Straßenverkehr vom 13. November 1937 (RGBl. I, S. 1215).

Sowohl wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen über Höchstgeschwindigkeiten als auch wegen Verwendung der Reifen entgegen allgemeinen Bestimmungen für den Gebrauch machte sich Schultes strafbar.

Jeder Berufsautofahrer, der bei seinen Fahrten die zugelassenen Höchstgeschwindigkeiten überschreitet, macht sich strafbar

- a) wegen Nichteinhaltung der Höchstgeschwindigkeit und
- b) wegen bestimmungswidriger Verwendung von Reifen und Benzin —

§ 9 StrVerkOrdng. und § 3 VRStVO.

Die Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge innerhalb geschlossener Ortschaften ist z. B. auf 40 Std./km höchstens beschränkt — § 9 VO über das Verhalten im Straßenverkehr vom 13. November 1937 (RGBl. I, S. 1179).

122. Darf der Händler Was der Händler auf seine Ration Waren, die ihm auf seine seinem Betrieb für seinen Privat-Karten für seinen Pri- bedarf entnehmen darf und entnommatbedarf zustehen, frei men hat, um es für sich zu verbrauchen, verkaufen, vertauschen steht zu seiner freien Verfügung. oder verschenken?

Der Händler ist für seinen eigenen Bedarf auch Verbraucher. Der Verbraucher kann aber die Lebensmittel und Waren, die er auf seine Karte ordnungsmäßig bezog, frei für sich verwenden.

Beispiel: Der Kolonialwarenhändler Hartmann kann süße Marmelade nicht ausstehen. Er ißt lieber trockenes Brot. Er verschenkt deshalb die ihm zustehende Marmelade, die er seinem Marmeladenbestand im Laden entnimmt.

Das ist zulässig und strafflos.

Die Marmelade, die Hartmann seinem Betriebe entnahm, stand ihm nach seinen Karten zu. Er kann damit tun und lassen, was er will. Hartmann hätte auch die Marmelade ohne Marken verkaufen oder mit Frau Schulze, die Nichtraucherin ist und auf ihre auf Tabakkarte bezogenen Zigaretten keinen Wert legt, tauschen können.

Merke also:

- 1. a) Der Händler hat bezugsbeschränkte Ware, die er zur Verteilung erhält, an den Verbraucher zu verteilen;

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

b) Der Bauer hat das, was er produziert, abzuliefern, also zu verkaufen;

c) Der Fabrikant darf seine Erzeugnisse, wenn sie bezugsbeschränkt sind, nicht für sich behalten und für sich verwenden.

2. Nur das, was dem Kaufmann, dem Gewerbetreibenden, dem Fabrikanten und Handwerker zu seinem eigenen privaten Ge- und Verbrauch „zusteht“, darf er seinem Betrieb entnehmen. Dann ist er Verbraucher. Nur diese Sachen darf er frei verkaufen, vertauschen, verschenken.

Der Bauer, der Selbstversorger ist, kann sich allerdings schon eher etwas ersparen als derjenige, der nur von Karten leben muß. Kann auch der Selbstversorger über seine Selbstversorgererzeugnisse frei verfügen?

123. Wer ist Selbstversorger?

Selbstversorger sind

1. Inhaber von landwirtschaftlichen Betrieben,
2. deren Angehörige in ihrer Wirtschaft,
3. die Gehilfen in landwirtschaftlichen Betrieben,
4. Altenteiler und Arbeiter, die bezugsbeschränkte Erzeugnisse als Deputat zu beanspruchen haben,
5. Anstalten (Krankenhäuser), die ausschließlich zur Versorgung der von ihnen zu beköstigenden Personen zwangsbewirtschaftete Erzeugnisse gewinnen — § 13 LandwBewVO.

Beispiel: Der Bauer, der seine Butter selbst produziert, sein Brot selbst backt, selbst schlachtet und Milchkühe in seinem eigenen Stall hat, kann sich also mit einem großen Teil der notwendigen Lebensmittel selbst versorgen.

124. Erhalten die Selbstversorger auch Bezugskarten?

Selbstversorger erhalten Bezugskarten nur für solche Erzeugnisse, die sie in ihrem Betrieb nicht selbst herstellen oder nur für den Zeitraum, für den ihnen Vorräte zur Selbstversorgung nicht zur Verfügung stehen.

Die den Selbstversorgern für ihren eigenen Bedarf belassenen Mengen sind besonders festgesetzt. Der Selbstversorger erhält höhere Zuteilungen zugebilligt, um denjenigen, der für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen hat und sie erzeugt, zu erhöhten Leistungen anzuspornen.

125. Darf der Selbst- Der Selbstversorger darf, was er versorger ersparte Ra- sich von seiner Selbstversorgerration erspart, tionen verschenken? verschenken.

Beispiel: Frau Grün besitzt Verwandte auf dem Lande. Ihre Schwester ist mit einem Bauern verheiratet. Sie gibt Frau Grün, damit diese in der Stadt etwas Zusätzliches hat, ein halbes Pfund Butter, eine Flasche Milch, fünf Eier, ein Stück Speck und eine Wurst aus ihrer Selbstversorgerration. Ist das zulässig? Ja, Frau Grüns Schwester kann die von ihrer Selbstversorgerration ersparten Lebensmittel, wie Butter, Milch, Eier, Speck usw., ihrer Schwester schenken.

126. Kann der Selbst- Selbstversorger dürfen ihre ersparten versorger auch aus seiner Selbstversorgerrationen nicht verkau- Selbstversorgerration fen und nicht vertauschen. Erspartes verkaufen?

Beispiel: Frau Grün kauft bei dem ihr bekannten Bauern Reich ein Pfund Schmalz gegen normalen Kaufpreis aus dessen ersparter Selbstversorgerration ohne Marken.

Das ist unzulässig und strafbar. Frau Grün darf das Schmalz nicht ohne Marken kaufen.

Sowohl Reich wie Frau Grün machen sich strafbar — § 2 Abs. 2 Nr. 3 VRStVO. Beide verstoßen gegen die Bestimmungen, wonach die vom Selbstversorger ersparten Lebensmittel nicht verkauft und nicht gekauft werden dürfen.

127. Wie lautet die Be- Die Selbstversorger dürfen bewirt- stimmung, die den Ver- schaftete landwirtschaftliche Erzeug- kauf oder Eintausch von nisse, die ihnen oder ihren Haushaltsange- Selbstversorgererzeug- hörigen als Selbstversorger zu ei- nissen verbietet? genem Verbrauch zustehen, nicht verkaufen. Ebenso ist auch ein Tausch verboten. (Erlaß des fr. ReichsMin. f. Ernährung und Landwirtschaft vom 22. Dez. 1943.)

Beispiel: Adolf Grün hat den Sohn des Bauern Reich, der beim Schlittschuhlaufen eingebrochen war, unter eigener Lebensgefahr aus dem Wasser geholt und ihm das Leben gerettet. Der Bauer Reich zeigt sich dadurch erkenntlich, daß er Adolf neben einem Geldgeschenk 30 Eier aus seiner Selbstversorgerration als Belohnung gibt.

Ist das zulässig?

Zwar wäre ein Verkauf der Eier unzulässig. Die unentgeltliche Abgabe der Eier durch den Bauern ist aber keiner Beschränkung unterworfen, wenn der Bauer diese Eier sich selbst von der ihm als Selbstversorger zustehenden Jahreseiermenge erspart. Adolf erhält die Eier als Belohnung für seine Rettungstat, also schenkweise.

Bis zum Jahre 1945 galt das Verbot, Selbstversorgererzeugnisse zu verkaufen, nur für Erzeugnisse aus eigenen Schlachtungen, also Hausschlachtungen, und für Eier. Dies hatte vielfach dazu geführt, daß die Bauern

andere Lebensmittel an Hamsterer abgaben (meistens im Tauschwege), wodurch die Ablieferungsleistungen der Bauern beeinträchtigt wurden. Bei solchen Schiebungen ließ sich nie nachweisen, daß es sich nicht um abgesparte Selbstversorgerbestände des Bauern handelte.

128. Dürfen Selbstversorgererzeugnisse als Entgelt für Arbeits- oder Dienstleistungen abgegeben werden?

1. Ersparte Selbstversorgererzeugnisse dürfen gegen gewerbliche oder berufliche Arbeits- oder Dienstleistungen nicht überlassen werden.
2. Nur landwirtschaftliche Arbeitsleistungen dürfen mit Selbstversorgererzeugnissen vergütet werden.

Beispiel 1: Der Lehrer Christoph gibt der Tochter des Bauern Reich Privatunterricht, damit diese im nächsten Frühjahr das Lyzeum der Stadt besuchen kann. Der Sohn des Christoph, ein Student, hilft dem Bauern während der Ferien beim Dreschen des Getreides. Beide erhalten als Entgelt Naturalien aus Selbstversorgerbeständen des Bauern.

Selbstversorgererzeugnisse dürfen nicht gegen gewerbliche oder berufliche, nichtlandwirtschaftliche Arbeits- und Dienstleistungen überlassen werden. Der Lehrer Christoph darf deshalb Selbstversorgererzeugnisse nicht erhalten und auch nicht annehmen.

Dagegen kann der Sohn des Christoph für die Erntearbeiten mit Naturalien entschädigt werden.

Beispiel 2: Der im Ruhestand lebende ehemalige Elektrotechniker Meyer verbringt seine Sommerfrische auf dem Lande. Er macht sich bei dem Bauern Reich nützlich, indem er elektrisches Licht in das Stallgebäude legt. Der Bauer zeigt sich erkenntlich und spendiert Meyer ein Stückchen Speck aus seiner Selbstversorgung.

Meyer empfindet die Speckhingabe als angenehme Beigabe. Er beschließt deshalb, seine handwerkliche Geschicklichkeit weiterhin auf diese Weise auszunutzen. Bald sehen wir, wie Meyer den Bauern des Ortes und der Nachbarschaft die Lichtanlagen in Ordnung bringt und elektrische Arbeiten vornimmt. Er tut das nicht für Geld, er verlangt dafür Lebensmittel.

Die Lebensmittelabgabe ist unzulässig und strafbar. Meyer hatte sich allerdings schon zur Ruhe gesetzt und übte daher ein angemeldetes Gewerbe nicht mehr aus. Trotzdem betätigte er sich „gewerblich“. Seine Tätigkeit sollte ihm etwas, nämlich Lebensmittel, einbringen. Diese Handlung war unzulässig. Gewerbliche oder berufliche Arbeits- oder Dienstleistungen dürfen nicht mit bezugsbeschränkten Naturalien der Selbstversorger entschädigt werden.

129. Dürfen die ländlichen Handwerker, die auch wenn ihre Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb bestimmt sind, dürfen ländlichen Betrieb arbeiten, nicht mit Naturalien abgegolten werden. Naturalien erhalten?

3. Vorenthalten bezugsbeschränkter Erzeugnisse durch den Gewerbetreibenden

Beispiel: Der Hufschmied des Ortes hat die Dreschmaschine des Bauern Reich repariert und zwei Ackerpferde neu beschlagen.

Auch in diesem Falle darf der Schmied nicht mit Naturalien entgolten werden.

Zu den Dienstleistungen, die mit Naturalien entgolten werden können, gehören nur landwirtschaftliche Arbeitsleistungen, also Bestellungs-, Ernte-, Drescharbeiten, Fütterung und Wartung der Tiere usw.

Der Hufschmied darf für die Reparatur der Dreschmaschine und das Beschlagen der Ackerpferde nicht eine Rauchwurst aus der genehmigten Hausschlachtung des Bauern fordern oder annehmen.

130. Macht sich der Bauer in Ausübung seines Berufes strafbar, wenn er Selbstversorgerrationen, die ihm als Selbstversorgererzeugnisse verkauft? Der Bauer fällt nicht unter die verschärften Strafbestimmungen seines Berufes, wenn er ersparte Rationen, die ihm als Selbstversorger zustehen, verkauft.

Beispiel 1: Der Bauer Reich, der Selbstversorgerrationen verkauft, handelt nicht in Ausübung eines Berufes. Er macht sich strafbar wie der Händler, der ihm nicht zustehende Rationen seinem Betrieb für sich entnimmt — § 2 Abs. 2 VRStVO.

Beispiel 2: Hätte Reich dagegen bezugsbeschränkte Lebensmittel, die nicht Selbstversorgerrationen sind, ohne Marken verkauft, so hätte er sich strafbar gemacht, weil er bezugsbeschränkte Erzeugnisse, also Lebensmittel, ohne Bezugsberechtigung, also ohne Marken, in Ausübung des Berufes abgegeben hat — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

3. Das Vorenthalten bezugsbeschränkter Erzeugnisse durch den Gewerbetreibenden

131. Was heißt „Vorenthalten“ bezugsbeschränkter Erzeugnisse? Vorenthalten seitens des Gewerbetreibenden liegt vor, wenn er

1. bezugsbeschränkte Erzeugnisse, zu deren Abgabe an den Verbraucher er verpflichtet ist, zu liefern ablehnt oder
2. zu wenig liefert — § 1 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO.

Zu 1.: Lieferung nur für „Stammkunden“.

Beispiel: Frau Vetter steht in dem Kolonialwarenladen des Hartmann und verlangt auf ihre Nahrungsmittelkarten Grieß und Nudeln. Hartmann bietet ihr Grütze an. Frau Vetter weiß ganz genau, daß Hartmann noch wertvollere Nahrungsmittel, nämlich Grieß, Nudeln und Puddingpulver hat, denn die Kundin, die vor ihr bedient wurde, erhielt diese Nahrungsmittel. Sie verlangt deshalb mindestens auf einen Teil ihrer Karten Grieß oder Nudeln.

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

Hartmann lehnt dies ab mit der Begründung, daß diese Sachen nur an seine Stammkunden verkauft würden.

Das ist unzulässig. Hartmann macht sich hier wegen Vorenthalten bezugsbeschränkter Ware, nämlich des Grießes und der Nudeln, zu deren Abgabe er verpflichtet ist, strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO.

Zu 2.: Vorenthalten infolge zu geringer Belieferung. Krankenhäuser, Hotels, Pensionen, insbesondere aber auch Restaurants, Mittagstische usw. haben, wenn sie für die Abgabe von Speisen Marken verlangen, die Speisen wirklich in der der Markenabgabe entsprechenden Menge zu liefern.

Der Gastwirt darf also z. B. nicht die Abgabe einer Fettmarke fordern, wenn zur Herstellung des „Suppentopfes“ Fett nicht verwendet wurde. Krankenhäuser haben die Kranken mit dem zu versorgen, was den Kranken nach ihren Marken zusteht. Die Krankenhäuser erhalten überdies noch Bezugsscheine für Zusatzversorgung der Kranken.

Vorenthalten durch zu geringe Belieferung liegt auch immer dann vor, wenn der Händler schlecht wiegt.

Beispiel: Der Milch- und Butterhändler Scheller verwendet beim Butterverkauf immer dickes Papier. Er hat außerdem noch drei Bogen Pergamentpapier unter die Waagschale, auf der die Ware gewogen wird, eingeklemmt. Obwohl die Kunden glauben, daß Scheller richtig gewogen hat, liegt in Wirklichkeit dadurch ein Mindergewicht vor.

Scheller macht sich strafbar, weil er bezugsbeschränkte Erzeugnisse, wie Butter, Marmelade, Käse usw., mit zu niedrigem Gewicht abgab. Dem Verbraucher ist also seine volle Ration, die ihm nach seinen Marken zustand und zu deren Abgabe Scheller verpflichtet war, vorenthalten worden — § 1 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO. Außerdem liegt Betrug vor — § 263 StGB.

132. Wann ist der Gewerbetreibende zur Abgabe bezugsbeschränkter Ware an den Verbraucher verpflichtet?

- Verbraucher verpflichtet?
1. entweder durch Vertrag oder
 2. auf Grund eines Vorvertrages oder
 3. nach öffentlich-rechtlichen Bestimmungen.

Zu 1.: Lieferungspflicht auf Grund eines Vertrages. Beispiel: Leiser bestellt in der Gastwirtschaft des Gastwirts Toll ein Gericht nach der Speisekarte. Toll nimmt die Marken entgegen. Toll ist vertraglich verpflichtet, das der Speisekarte entsprechende Gericht zu liefern.

Beispiel: Auf der Speisekarte in der Gastwirtschaft Toll ist „Gulasch“ verzeichnet. Toll verlangt dafür die Abgabe einer Fleischmarke zu 50 Gramm. Der Preis ist 0,90 RM.

Leiser bestellt bei Toll dieses Gulaschgericht und gibt eine 50-Gramm-Fleischmarke dafür ab.

Gastwirt Toll hat den „Gulasch“, den er auf der Speisekarte anbot, aus

3. Vorenthalten bezugsbeschränkter Erzeugnisse durch den Gewerbetreibenden

Pferdefleisch hergestellt. Nach der Speisekarte kündigte Toll lediglich „Gulasch“ an. Dann war Toll verpflichtet, wenn er die Bestellung eines Gastes auf Lieferung von Gulasch nach der Speisekarte und Fleischmarken dafür entgegennahm, „Gulasch“ zu liefern.

Wenn ein Gastwirt auf der Speisekarte Gulasch unter Abgabe von Fleischmarken ankündigt, so glauben die Gäste, daß sie Rindfleisch oder anderes vollwertiges, markenpflichtiges Fleisch erhalten. Sie haben darauf einen vertraglichen Anspruch, wenn der Gastwirt die Bestellung entgegennimmt.

Wenn der Gastwirt statt dessen 50 Gramm Pferdefleisch liefert, so vorenthält er seinen Gästen das markenpflichtige Fleisch, das diese bestellt haben.

Gastwirt Toll hätte also auf die Speisekarte „Gulasch aus Pferdefleisch“ setzen und, da er ein nach der allgemeinen Geschmacksrichtung nicht vollwertiges Fleisch lieferte, doppelte Portionen auf die Fleischmarke liefern müssen.

Toll ist strafbar wegen Vorenthaltes bezugsbeschränkter Ware und wegen Betruges — § 1 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO., § 263 StGB.

Zu 2.: Lieferungspflicht auf Grund eines Vorvertrages.

Beispiel: Die Eintragung eines Kunden in die Kundenliste verpflichtet den Händler zur Belieferung des eingetragenen Kunden. Wenn also Frau Grün sich bei ihrem Kohlenhändler Knopp für Kohlen- und Holzlieferungen eintragen läßt, ist Knopp verpflichtet, Frau Grün mit den ihr zustehenden Brennmaterialien voll zu beliefern.

Zu 3.: Belieferungspflicht des Gewerbetreibenden auf Grund öffentlich-rechtlicher Bestimmungen.

1. Wenn das Landeswirtschaftsamt anordnet, Flüchtlinge mit Haushaltsgegenständen zu beliefern, darf der Händler die Abgabe dieser Artikel an Frau Simm, die dem Kaufmann Noll ihren Flüchtlingsschein vorlegt, nicht ablehnen.

2. Wenn das Landeswirtschaftsamt bestimmt, daß alle Läger an Textilien zu räumen und zum Verkauf zu bringen sind, so muß der Verkäufer jeden Verbraucher, der einen Bezugschein vorweist, beliefern.

133. Besteht eine Verpflichtung des Händlers, an jeden Verbraucher alles abzugeben, was ihm auf seine Marken zusteht?

1. Eine allgemeine Pflicht des Kaufmanns, jeden Verbraucher auf seine Bezugskarte oder seinen Bezugschein zu beliefern, besteht nicht.

2. Wenn der Händler die Belieferung eines Verbrauchers ablehnt, muß er dafür einen anzuerkennenden Grund haben.

Beispiel: Frau Grün sieht, daß es beim Bäckermeister Bumm keine Torten gibt. Da sie mit ihren Karten sehr sparsam umgegangen ist, verlangt sie sechs Stück Torte.

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

Bumm lehnt ab. Er will Frau Grün nur zwei Stück Torte geben. Er weigert sich auch, Frau Grün mehr als ein Brot auf Marken zu verkaufen, da das Mehl in dieser Woche knapp sei und er auch an seine anderen Kunden denken müsse.

Ist das zulässig? Das ist nicht zu beanstanden.

Der Gewerbetreibende kann nur das vorenthalten, zu dessen Abgabe er verpflichtet ist.

Händler, Handwerker, wie überhaupt diejenigen, die bezugsbeschränkte Waren berufsmäßig verteilen, haben dafür zu sorgen, daß möglichst alle Verbraucher gleichmäßig befriedigt werden.

Sie sind nicht verpflichtet, einem Verbraucher alles zu liefern, was ihm auf seine Karten zusteht. Händler sollen ihre Waren an möglichst viele Verbraucher verteilen.

Gewerbetreibende sind nicht verpflichtet, ihre gesamten Vorräte auszuverkaufen. Sie dürfen ein gewisses Lager halten, wenn sie die Waren dieses Lagers regelmäßig im Rahmen einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung zum Verkauf bringen.

Strafbar ist diese Lagerhaltung, wenn der Kaufmann daraus nichts oder wenig abgibt, um sein „Vermögen zu erhalten“ oder um Tauschgeschäfte machen zu können.

134. Darf der Gewerbe- Der Kaufmann darf die Ware, die er zu vertreibende seine „Stamm- teilen hat, nicht nur an Stammkun- kunden“ bevorzugen? den abgeben.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann hat eine geringere Zuteilung wertvoller Nährmittel erhalten. Er darf diese Nährmittel nicht ausschließlich nur an „gute“ Kunden verteilen, während sich andere mit Graupen und Grütze begnügen müssen.

Lebensmittel des täglichen Bedarfs sind für alle Verbraucher da. Hartmann darf aber einen Teil der wertvollen Nährmittel für seine Stammkunden oder für Berufstätige, die nur abends kaufen können, zurücklegen.

Sonst würden diejenigen, die über genügend Zeit verfügen, sich beim Kaufmann anzustellen oder von Laden zu Laden zu laufen, einen ungerechtfertigten Vorteil haben.

Der Kaufmann darf also die verknappte, bezugsbeschränkte Ware bevorzugt seiner Stammkundschaft, aber nicht ausschließlich ihr zukommen lassen.

4. Entgegennahme oder Abtrennung von Marken, ohne Ware dafür zu liefern

135. Wann ist Entgegen- Strafbar ist
nahme oder Abtrennung 1. Abschnitte entgegenzunehmen,
von Marken ohne Wa- ohne Ware zu liefern, auch wenn
renlieferung strafbar? der Verbraucher damit einverstanden ist.

5. Tausch- und Schleichhandel des Gewerbetreibenden

2. Erst recht darf der Händler nicht gegen den Willen des Verbrauchers Karten entgegennehmen oder Abschnitte abtrennen, ohne Ware zu liefern.

Beispiel zu 1.: Der Händler darf Markenabschnitte, die ein Verbraucher nicht ausgenutzt hat und ihm zur Verfügung stellen will, nicht annehmen.

Nicht ausgenutzte Karten oder Kartenabschnitte darf der Verbraucher nicht nach Belieben verwenden.

Beispiel zu 2.: Frau Vetter verlangt im Seifengeschäft unter Vorlage ihrer Seifenkarte Seifenpulver. Die Verkäuferin, Frau Klatt, nimmt die Seifenkarte entgegen und trennt die Abschnitte für den Bezug von einem Pfund Seifenpulver ab. Frau Klatt liefert der Frau Vetter aber markenfreies Seifenpulver, das sie von ihrem Grossisten ohne Bezugsschein erhielt. Das verschweigt Frau Klatt.

Frau Klatt macht sich strafbar, weil sie in Ausübung ihres Berufes eine Karte entgegengenommen und deren Abschnitte abgetrennt hat, ohne die kartenpflichtige Ware zu liefern.

Außerdem liegt Betrug vor. Durch den Schwindel ist Frau Grün um ihre Seifenabschnitte gekommen, auf die sie sonst markenpflichtiges, also besseres Seifenpulver erhalten hätte.

Der Händler, der bezugscheinfreie Ware gegen Abtrennung von Kartenabschnitten abgibt, z.B. nicht fetthaltigen Brotaufstrich gegen Abtrennung von Fettmarken, Gemüswurst gegen Abtrennung von Fleischabschnitten usw., macht sich strafbar — § 1 Abs. 1 Nr. 4 VRStVO.

Ebenso macht sich der Händler strafbar, der die Unkenntnis eines Kunden ausnutzt, der irrigerweise glaubt, daß ein bestimmter Kartenabschnitt wertlos sei und nicht beliefert werde, und diesen Abschnitt abtrennt.

5. Tausch- und Schleichhandel des Gewerbetreibenden

136. Wer macht sich wegen Tausch- und Schleichhandel strafbar? Wegen Tausch- und Schleichhandel ist nur der Gewerbetreibende oder derjenige strafbar, der in Ausübung eines Berufes handelt.

Beispiel: Tochter Elli des Kolonialwarenhändlers Hartmann hat von einem Hausfreund der Familie 500 englische Zigaretten als Einsegnungsgeschenk erhalten. Vater Hartmann nimmt die Zigaretten an sich, weil er nicht wünscht, daß seine Tochter raucht. Hartmann vertauscht die Zigaretten bei dem Uhren- und Goldwarenhändler Kriegel gegen eine alte goldene Damenarmbanduhr.

Ist das zulässig?

Hartmann macht sich hier nicht strafbar. Er hat weder bezugsbeschränkte Ware abgegeben noch bezogen. Englische Zigaretten und gebrauchte Damenarmbanduhren sind nicht bezugsbeschränkt.

Kriegel dagegen macht sich strafbar: Er erhält in Ausübung seines Gewerbes beim Verkauf der Uhr eine Tauschware, nämlich englische

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

Zigaretten. Dafür hat er die Uhr weggegeben. Er hat Hartmann deswegen, weil er von ihm Zigaretten erhielt, durch den Verkauf der alten Uhr, bevorzugt.

137. Welchen Zweck hat Der Gewerbetreibende darf sich die Bestimmung, die den nicht bestechen lassen. Er darf Tausch- und Schleich- auch nicht bestechen. handel der Gewerbetreibenden verbietet?

In Notzeiten hat der Gewerbetreibende, also der Verteiler von Waren, wie auch der Produzent, die wichtige Aufgabe zu erfüllen, die Ernährung und Versorgung zu sichern. Er darf seinen Beruf nicht dazu ausnutzen, um sich private Vorteile zu verschaffen — § 1a KWVO.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann sitzt sozusagen an der „Quelle“. Er darf das nicht ausnutzen und sich dadurch Vorteile verschaffen. Es ist sein Beruf und seine Aufgabe, Waren, die der Verbraucher benötigt, diesem auch zukommen zu lassen.

Der Beamte darf sich nicht bestechen lassen, sonst macht er sich strafbar wie auch derjenige, der bestochen hat — §§ 331 bis 333 StGB. Auch wer nicht Beamter ist, darf nicht bestochen werden. Auch er macht sich strafbar, wenn er sich bestechen läßt — Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen vom 22. Mai 1943 (RGBl. I, S. 351).

Für den Gewerbetreibenden, wie Händler, Fabrikanten, Handwerker und Bauern, gelten ähnliche Grundsätze — § 1a KWVO.

138. Wann macht sich Strafbar ist, wer in Ausübung seines der Gewerbetreibende Berufes oder Gewerbes einer Bestechung schuldig?

1. als Lieferant
bei Lieferung von Waren für die Bevorzugung des Abnehmers
 - a) einen Vorteil oder
 - b) eine Tauschware fordert, sich versprechen oder gewähren läßt oder
2. als Abnehmer
um selbst bevorzugt beliefert zu werden
 - a) einen Vorteil oder,
 - b) eine Tauschware anbietet, verspricht oder gewährt oder
3. als Handwerker oder im freien Beruf

für die Bevorzugung des Bestellers bei seinen Arbeiten

a) einen Vorteil oder

b) eine Tauschware fordert, sich versprechen oder gewähren läßt oder

4. als Besteller von handwerklichen oder beruflichen Arbeiten

um selbst bevorzugt beliefert zu werden,

a) einen Vorteil oder

b) eine Tauschware anbietet, verspricht oder gewährt — § 1a KWVO.

Zu 1.: Vorteil oder Tauschware für bevorzugte Abgabe der Ware.

Beispiel: a) Die Seifenhändlerin Klatt gibt bezugscheinfreies Seifenpulver nur gegen dreifachen Preis ab.

b) Der Kolonialwarenhändler Hartmann tauscht mit dem Fleischermeister Franck Butter gegen Fleisch.

Zu 2.: Vorteil oder Tauschware für eigene bevorzugte Lieferung.

Beispiel: a) Der Kolonialwarenhändler Lehmann gibt seinem Grossisten Zigaretten, damit er bevorzugt Nahrungsmittel erhält, auf die andere Einzelhändler lange warten müssen.

b) Die Seifenhändlerin Klatt tauscht mit ihrem Grossisten ein Ölgemälde gegen fünf Zentner markenfreies Seifenpulver.

Zu 3.: Vorteil oder Tauschware für bevorzugte Durchführung einer Arbeit.

Beispiel: a) Die Waschfrau sagt zu Frau Vetter: „Ich komme nur zu Ihnen, wenn ich zu Mittag ein Fleischgericht und morgens und abends belegte Brote erhalte. Marken kann ich aber nicht abgeben. Ich gehe nur zu Leuten, die mir so etwas bieten können.“

b) Der Dentist sagt zu Frau Grün: „Ich kann Ihnen das Gebiß nur machen, wenn Sie mir dafür Ihre lederne Klubsesselgarnitur geben.“

Zu 4.: Vorteil oder Tauschware für bevorzugte Erledigung einer eigenen Bestellung.

Beispiel: a) Der Dentist, der das Gebiß für Frau Grün anfertigt, macht seinem Fabrikanten, der den Kautschuk liefert, folgendes Angebot: „Liefern Sie mir das Material, ich zahle doppelt!“

b) Der Dentist bietet seinem Fabrikanten für das Kautschukmaterial im Tauschwege zwei Pfund Tabak.

139. Wann liegt eine Die Bevorzugung ist die Gegenlei-
Bevorzugung eines an- stung des Gewerbetreibenden für den
deren bei Lieferungen Vorteil, den er erhält.
von Waren oder
Leistungen vor?

1. Bevorzugung durch Abgabe bezugscheinpflich-
tiger Ware ohne Bezugschein.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann möchte für seine Tochter Erika eine Geige kaufen. Er kann sie nirgends bekommen. Hartmann weiß aber, daß Frau Vetter eine Geige besitzt, die ihrem verstorbenen Sohne gehörte. Frau Vetter bietet ihm die Geige gegen fünf Pfund Butter ohne Marken an.

Darf Hartmann die Geige gegen Butter ohne Marken aus seinem Geschäft eintauschen?

Nein. Hier liegt außer der strafbaren Abgabe einer bezugs-
beschränkten Ware ohne Marken, nämlich der Butter, ein
unerlaubter Tauschhandel vor.

2. Bevorzugung bei Abgabe nicht bewirtschafteter
Mangelware.

Beispiel: Frau Preuß, Ehefrau eines Gastwirtes, ist in dessen Gastwirt-
schaft am Büffet tätig.

Herr Klatt, der zusammen mit seiner Frau ein Seifengeschäft betreibt, bie-
tet Frau Preuß markenfreies Seifenpulver an, damit sie das Lokal mal
gründlich scheuern lassen könne. Er verlangt dafür Zigaretten, die in der
Gastwirtschaft des Preuß auch am Büffet erhältlich sind, aber ohne Marken.
Frau Preuß geht darauf ein. Beide, Frau Preuß und Klatt, machen sich
strafbar. Jeder hat den anderen, um sich selbst einen
Vorteil zu schaffen, bevorzugt.

Das Seifenpulver ist zwar markenfrei. Es stammte aber aus dem Seifen-
geschäft des Klatt. Dieser sollte es ordnungsmäßig an seine Kunden ver-
teilen. Er durfte es nicht bevorzugt an Frau Preuß nur deswegen abgeben,
um markenfrei Zigaretten dafür zu erhalten — § 1a KWVO.

Klatt ist ferner strafbar, weil er Zigaretten ohne Marken bezog — § 2
Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Frau Preuß ist zu bestrafen, weil sie Zigaretten ohne Marken, also bezugs-
beschränkte Ware ohne Bezugsberechtigung, abgab — § 1 Abs. 1 Nr. 1
VRStVO.

Frau Preuß hat aber auch für die Lieferung der Zigaretten eine Bevor-
zugung, nämlich das markenfreie Seifenpulver, erhalten. Sie hat sich eben-
falls wegen Schleichhandels strafbar gemacht, weil sie bevorzugt das
markenfreie Seifenpulver für ihren Gewerbebetrieb erhielt
und dafür in Ausübung ihres Gewerbes einen Vorteil, nämlich Zigaretten
aus ihrem Geschäft, ohne Marken hingab — § 1a KWVO.

3. Bevorzugung durch bevorzugte Abfertigung sei-
tens eines Gewerbetreibenden.

Beispiel: Der Klempnermeister darf nicht nur dann oder zuerst die

Reparaturen für Auftraggeber ausführen, von denen er Zigaretten erhält. Er darf nicht diejenigen Kunden bevorzugen, die ihm doppelte Bezahlung zusichern, wenn er ihnen schnell außer der Reihe eine Reparatur ausführt.

140. Wann liegt eine für die Bevorzugung bei Lieferung einer den Gewerbetreibenden Ware oder bei Leistungen muß in Ausstrafbare Bevorzugung übung eines Gewerbes oder Berufes des Bestellers oder Käufer erfolgen.

fürs vor?

Beispiel: Schulze ist Schlosser in einer Fabrik. Der Hauseigentümer Krause bittet Schulze, für ihn am Sonntag eine Wasserrohrreparatur vorzunehmen. Schulze sagt: „Gegen ein paar Zigaretten werde ich das schon machen.“

Ist das zulässig? Ja, das ist nicht zu beanstanden.

Schulze ist nicht als Gewerbetreibender tätig. Er ist Schlosser in einer Fabrik. Was er sonntags macht, ist seine Privatsache. Er konnte sich also dafür, daß er sonntags für Krause eine Privatarbeit ausführt, Zigaretten ausbedingen.

141. Wann liegt keine 1. Übliche Nebenleistungen des unzulässige Bevorzugung Gewerbetreibenden sind - keine und kein unzulässiger Bevorzugungen des Käufers oder Bestellers. Vorteil vor?

2. Übliche Nebenleistungen des Käufers oder Bestellers an den Gewerbetreibenden sind keine Vorteile, die der Gewerbetreibende erhält.

Beispiel zu 1.: Keine außergewöhnliche Bevorzugung liegt vor, wenn der Händler seiner alten Kundin nach Geschäftsschluß die gekauften Sachen ins Haus bringt. Was der Geschäftsmann dafür bekommt, ist kein ihm nicht zukommender Vorteil.

Zu 2.: Übliche Gelegenheitsgeschenke, wie Trinkgelder oder Abgabe einer Flasche Bier oder von ein paar Zigaretten an den Kohlenhändler, stellen keinen Vorteil bei Lieferungen von Waren oder Leistungen dar.

Beispiel: Frau Vetter gibt dem Kohlenhändler, der ihr die Briketts in die Wohnung getragen hat, ein paar Zigaretten. Das sind übliche kleine Vergütungen, die der Gewerbetreibende oder Handwerker erhält. Sie stellen keinen Vorteil zu einer Bevorzugung dar. Es ist üblich, daß der Kohlenhändler die Kohlen anliefert und in die Wohnung bringt.

Es ist nichts Besonderes, wenn der Kellner auch außer dem Bedienungsgeld ein kleines Trinkgeld von dem Gast bekommt.

142. Was ist als Vorteil Vorteil ist alles, was der Kunde geben anzusehen, den der Ver- muß oder gibt, um vor anderen Kunden käufer vom Käufer für bevorzugt zu werden.

dessen Bevorzugung fordert, sich versprechen oder gewähren läßt?

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

Jede Mehrleistung über den ordnungsmäßigen Kaufpreis oder die übliche Gegenleistung ist ein Vorteil für den Verkäufer.

Beispiel: 1. Der Kunde sagt: „Geben Sie mir doch drei Päckchen markenfreies Seifenpulver; ich zahle doppelt.“ Die Seifenhändlerin Frau Klatt erwidert: „Das geht in Ordnung. Ich bekomme morgen das Seifenpulver, dann können Sie sich die drei Päckchen abholen.“

Hier macht sich Frau Klatt strafbar, weil sie sich für die Bevorzugung eines Kunden einen Vorteil, nämlich den dreifachen Kaufpreis, hat versprechen lassen.

2. Hat die Seifenhändlerin Klatt das Seifenpulver schon unter dem Ladentisch und händigt sie es dem Kunden gegen den dreifachen Preis aus, so macht sie sich strafbar, weil sie bei der Lieferung des Seifenpulvers für die Bevorzugung des Kunden (andere bekommen dadurch nichts oder weniger!) den dreifachen Preis erhalten, sich also hat gewähren lassen.

Eine Verkäuferin im Ladengeschäft darf sich nicht von ihren Kunden Zigaretten, Schokolade usw. schenken lassen, sich nicht zum Theater, Kino, zu einer Autofahrt usw. einladen lassen, also keinen Vorteil verlangen, annehmen oder sich versprechen lassen, wenn damit die Verkäuferin nur bestochen werden soll.

Beispiel: Grün hält gute Beziehungen zu Erika Hartmann, die im Laden ihres Vaters, des Kolonialwarenhändlers Hartmann, bedient. Er lädt Erika öfters ein und hält sie frei bei Kino- und Theaterbesuchen. An Erika selbst hat er gar kein Interesse, aber Erika bedient ihn, wenn er seine Einkäufe macht, sehr zuvorkommend. Sie flüstert ihm zu, welche Ware unter dem Ladentisch liegt und gibt ihm dann die besseren Nahrungsmittel, Backpulver und andere Sachen, die der „gewöhnliche“ Kunde nicht bekommt.

Erika macht sich strafbar, weil sie für die Bevorzugung des Grün vor anderen Kunden Vorteile, nämlich Theaterbesuche usw., angenommen hat.

143. Wann fordert der Gewerbetreibende keinen unzulässigen Vorteil?	Der Gewerbetreibende erhält keinen unzulässigen Vorteil, wenn er ein Recht oder einen Anspruch auf die Leistung hat, die er fordert, sich versprechen oder gewähren läßt.
---	---

Beispiel: Hauseigentümer Krause bestellt Klempnermeister Kunz. Letzterer soll einen Rohrbruch beseitigen. Kunz erwidert: „Ich komme nicht. Bezahlen Sie erst den Rechnungsbetrag, der noch vom letzten Male aussteht. Erst will ich hierfür Geld sehen.“

Ist das zulässig? Ja, hier hat der Klempnermeister Kunz für seine Arbeit nicht einen ihm nicht zukommenden Vorteil verlangt. Er wollte nicht den Hauswirt Krause vor anderen Hauseigentümern bevorzugen. Seine Rechnungen muß jeder bezahlen.

144. Kann der Vorteil, Der Vorteil, den der Gewerbetreibende den der Gewerbe- verlangt, fördert oder sich versprechen läßt, treibende erlangt, auch kann auch in einem für ihn vorteilhaft- in einem Gegengeschäft ten Geschäft mit dem Käufer liegen. liegen, das er mit dem Kunden macht?

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann ist mit dem Schlachtermeister Franck gut befreundet. Beide sind der Auffassung, daß sich Geschäftsleute untereinander in diesen Notzeiten helfen müßten. Hartmann tauscht mit Franck Butter gegen Fleisch, beiderseits ohne Marken. Jeder gab Ware aus seinem Geschäft ab, um ein „günstiges Gegengeschäft“ mit „dem Kollegen“ zu machen, der seinerseits seine Ware ohne Marken dafür abgab.

Beide, sowohl Hartmann als auch Franck, haben in Ausübung ihres Berufes und Gewerbes bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung abgegeben und bezogen — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Außerdem haben sich beide wegen Tauschhandels in Ausübung ihres Gewerbes strafbar gemacht — § 1a Abs. 1 KWVO. Hartmann gab, damit er Fleisch ohne Marken erhielt, Butter ohne Marken aus seinem Geschäft hin. Franck hat, um Butter zu bekommen, dafür Fleisch aus seinem Geschäft eingetauscht.

145. Wann liegt Tausch- Wer für Ware eine Tauschware fordert, ist wegen Tauschhandels straf- handel vor? bar, wenn derjenige, der die Tausch- ware gibt, bei der Lieferung der Ware bevorzugt wird.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann ist mit Juwelier Kriegel befreundet. Hartmann möchte seiner Tochter zur Konfirmation einen goldenen Siegelring schenken. Kriegel er bietet sich, den Ring im Tausch gegen 2 kg Butter ohne Marken anzufertigen.

Hartmann geht gern auf diesen Handel ein. Bei vorsichtigem Auswiegen der Butter, die er in seinem Laden verkauft, gelingt es ihm, soviel Butter zu erübrigen.

Dadurch macht Hartmann sich strafbar, weil er in Ausübung seines Gewerbes Butter, also bezugsbeschränkte Ware, ohne Karten abgibt — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Hartmann tauscht einen Siegelring gegen Butter ohne Marken ein. Dieser Tausch ist verboten, denn Tauschhandel ist strafbar — § 1a KWVO. Der Vorteil des Hartmann ist, einen goldenen Siegelring zu erhalten. Dafür bevorzugt er Kriegel durch Belieferung mit Butter ohne Marken.

Kriegel ist auch wegen Tauschhandels zu bestrafen. Für die Anfertigung eines Siegelrings fordert er eine Tauschware, nämlich Butter ohne Marken. Der Vorteil des Kriegel ist, Butter ohne Marken zu erhalten. Dafür bevorzugt er Hartmann durch Anfertigung des Ringes. Sonst hätte er den Ring nicht angefertigt.

146. Was sind Tauschwaren? Tauschware oder Schleichware ist jede Ware, die geeignet ist, einen Anreiz für die Bevorzugung des Bestellers zu geben.

1. Schleichhandel mit bezugsbeschränkter Ware.

Beispiel: Der Dentist Diedrich verlangt von Frau Hartmann 10 Pfund Butter für ein Gebiß. Er glaubt, daß Frau Hartmann diese Butter beschaffen kann, weil sie im Geschäft ihres Mannes, des Kolonialwarenhändlers, tätig ist. Frau Hartmann geht auch auf diesen Handel ein und bringt bei der nächsten Behandlung 10 Pfund Butter mit.

Frau Hartmann ist strafbar wegen Abgabe bezugsbeschränkter Ware, hier der Butter — § 1 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Diedrich wird wegen Beziebens der Butter ohne Marken bestraft — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Er macht sich ferner wegen Tausch- und Schleichhandels strafbar — § 1a KWVO.

2. Schleichhandel mit „freier Ware“.

Beispiel: Diedrich verlangt von Frau Vetter fünf Pfund Butter für die Anfertigung des Gebisses. Er weiß, daß Frau Vetter die Butter als Geschenk von ihrer Schwester bekommen kann. Diese ist mit einem Bauern (Selbstversorger) verheiratet, der immer noch etwas ersparen kann.

Diedrich ist wegen verbotenen Schleichhandels strafbar, weil er für die Anfertigung des Gebisses, das er sonst nicht machen wollte, Butter forderte — § 1a KWVO.

Eine Verbraucherstrafat des Diedrich liegt nicht vor, weil die Butter, die er fordert, als Selbstversorgung erration erspart war und Frau Vetter, der sie geschenkt worden war, zur freien Verfügung stand.

3. Schleichhandel mit Briefmarken.

Beispiel: Frau Vetter braucht ein neues Gebiß. Der Dentist Diedrich erwidert ihr: „Das kann ich jetzt nicht machen, ich habe zu viel zu tun.“ Frau Vetter bietet dem Dentisten nunmehr Briefmarken aus der Sammlung ihres Sohnes an, weil sie weiß, daß Diedrich ein begeisterter Briefmarkensammler ist. Diedrich sagt: „Gut, das läßt sich machen.“ Fünf Serien der Marken der französischen Zone gegen ein Gebiß!

Diedrich ist strafbar, weil er für seine Arbeitsleistung und die bevorzugte Anfertigung des Gebisses eine Tauschware sich hat versprochen lassen — § 1a KWVO.

4. Schleichhandel mit Luxusgegenständen.

Beispiel: Der Dentist Diedrich darf nicht einen Brillantring für die Anfertigung eines Gebisses fordern, sich versprechen lassen oder annehmen.

147. Welche Tauschgeschäfte sind für den Gewerbetreibenden nicht erlaubt? Unerlaubter Tauschhandel eines Gewerbetreibenden liegt vor, wenn der Gewerbetreibende sich seinen Betrieb und seine Waren zunutze macht, um eine von ihm begehrte Tauschware zu bekommen.

Beispiel 1: Kolonialwarenhändler Hartmann ist Briefmarkensammler. Er möchte zu Weihnachten für seinen kleinen Sohn Spielzeug, das er anderswo nicht bekommen kann, gegen einen Teil seiner Briefmarken eintauschen. Kann Hartmann einen solchen Tausch mit einer Kundin, Frau Vetter, die sehr schönes Spielzeug besitzt, vornehmen?

Das ist zulässig. Bei diesem Tauschhandel nutzt Hartmann in keiner Weise sein Gewerbe aus. Solche privaten Tauschgeschäfte sind nicht zu beanstanden. Auch der Gewerbetreibende kann sie vornehmen.

Beispiel 2: Frau Klatt, die ein Seifengeschäft hat, möchte markenfreies Seifenpulver von dem Grossisten, der sie einmal belieferte, erhalten. Der Grossist erklärt, daß er erst an andere Seifengeschäfte liefern müsse. Frau Klatt bietet dem Grossisten ein Ölgemälde aus ihrer Privatwohnung zum Tausch für 10 Zentner Seifenpulver an. Der Grossist erwidert auf dieses Tauschangebot: „Ich kann dieses Tauschgeschäft nicht machen; ich möchte nicht wegen verbotenen Tauschhandels bestraft werden. Aber es gibt noch einen anderen Weg. Ich habe mir vor einigen Wochen einige Zentner markenfreies Seifenpulver für meinen eigenen Privatgebrauch in meine Wohnung fahren lassen. Dieses Seifenpulver ist nicht mit in meinen Büchern verzeichnet. Ich würde diesen Privatbestand gegen ein Ölgemälde eintauschen. Das hat ja mit meinem Geschäft nichts zu tun.“

Hat der Grossist hier recht? Nein, auch hier liegt strafbarer Tauschhandel vor. Das Seifenpulver stammt aus dem Geschäft des Grossisten. Da es nicht bezugsbeschränkt war, konnte er zwar auch für seinen Verbrauch soviel davon entnehmen, wie er selbst für sich benötigt. Aber er durfte es nicht eintauschen, um dafür für sich einen Vorteil zu erhalten.

Der Grossist hat hier seine Stellung als Großhändler von markenfreiem Seifenpulver dazu ausgenutzt, sich einen privaten Vorteil, eine Tauschware, nämlich das Gemälde, zu beschaffen.

148. Bleibt der Verbraucher, Ja, der Verbraucher bleibt straffrei, der dem Gewerbetreibenden eine Tauschware oder einen sonstigen Vorteil anbietet, straffrei?

Der Verbraucher, der dem Händler oder dem Handwerker, um bevorzugt beliefert zu werden bzw. um eine bevorzugte Erledigung seiner Bestellung zu erreichen, Vorteile oder eine Tauschware anbietet, verspricht oder gibt, wird nicht wegen Tausch- oder Schleichhandels, dessen sich der Kaufmann oder der Handwerker schuldig macht, bestraft.

Beispiel: Frau Vetter braucht dringend ein neues Gebiß. Sie kann es nirgendswo bekommen. Es fehlt an Materialien und an fachkundigen Arbeitskräften.

Wenn sie dem Dentisten Briefmarken für das Gebiß verspricht, so macht sie sich nicht strafbar.

IV. Die Straftaten der Gewerbetreibenden

149. Warum bleibt der Verbraucher befinden sich oft in einer Verbraucher, mit dem Art „Notstand“, wenn sie Vorteile für sich der Gewerbe- die Überlassung von Waren oder Ausführung von Arbeiten anbieten, versprechen Tausch- oder Schleich- oder gewähren. handel einläßt, straffrei?

Beispiel: Der zahnlosen Frau Vetter ist jedes Opfer recht, wenn sie nur zu einem Gebiß kommt.

150. Wann kann sich Der Verbraucher ist strafbar, wenn der Verbraucher nicht er dem Gewerbetreibenden Vorteile oder darauf berufen, daß er Tauschwaren bietet und dabei die Preisstraflos bleibt, wenn er vorschriften verletzt oder gegen die dem Gewerbetreibenden Verbrauchsregelungsstraf-Vorteile oder Tauschbestimmungen oder andere Gesetze waren anbietet, verstößt. spricht oder gewährt?

Beispiel 1: Frau Vetter sagt zu dem Dentisten: „Machen Sie mir doch das Gebiß, ich zahle fünffach.“ Der Dentist geht darauf ein. Der Dentist macht sich wegen Schleichhandels und Preisvergehens strafbar.

Frau Vetter ist zwar nicht wegen Schleichhandels, auch nicht wegen Anstiftung zum Schleichhandel zu bestrafen. Bei ihr liegt aber ein Preisvergehen vor. Sie hat einen Überpreis angeboten und gegeben.

Beispiel 2: Frau Reich, die Frau des Bauern Reich, möchte auch ein Gebiß haben. Sie sagt zu dem Dentisten: „Fertigen Sie mir ein Gebiß an, Sie bekommen von mir aus unserer Selbstversorgerration 10 Pfund Butter.“

Auch hier ist Frau Reich nicht wegen Schleichhandels und auch nicht wegen Anstiftung zu dem Schleichhandel des Dentisten strafbar. Bei ihr liegt aber eine Verbrauchsregelungsstraftat vor — § 2 Abs. 1 Nr. 6 VRStVO. Selbstversorgererzeugnisse dürfen nicht vertauscht werden.

6. Die Strafen

151. Welche Strafen Wer in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes eine Verbrauchsregelungsstraftat begeht oder Tausch- oder Schleichhandel treibt, hat mit Gefängnis oder Geldstrafe oder mit Gefängnis und Geldstrafe zu rechnen — § 1 VRStVO., § 1a KWVO. stehen auf Verletzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen durch den Gewerbetreibenden? Wie wird Tausch- und Schleichhandel bestraft?

Beispiel: Kolonialwarenhändler Hartmann, der eine Verbrauchsregelungsstraftat begangen hat, kann also mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft werden.

Die Gefängnisstrafe beträgt einen Tag bis zu fünf Jahren. Das ist für Gefängnisstrafen die Höchststrafe.

Bei Verbrauchsregelungsvergehen ist die Höhe der Geldstrafe unbeschränkt. Bei Tausch- und Schleichhandel kann sie (von 3 RM. an) bis zur Höhe von 10 000 RM. festgesetzt werden. Sie kann sogar bis auf 100 000 RM. erhöht werden, wenn Hartmann gewinnsüchtig handelt — §§ 27, 27a StGB. Die Geldstrafe soll den Gewinn, den Hartmann hatte, in jedem Falle übersteigen — § 27c Abs. 2 StGB.

152. Wann kann eine In „leichten Fällen“ ist die Verbrauchsregelungsstrafe des Gewerbetreibenden nur eine Übertretung — § 1 Abs. 2 VRStVO.

Die Strafe ist dann nur Geldstrafe bis zu 150 RM. oder Haft.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Lehmann, der sich nur in einem „leichten Falle“ einer Verbrauchsregelungsstrafe schuldig gemacht hat, kann also mit einer geringen Geldstrafe (von 3 RM. bis 150 RM.) oder mit einer Haftstrafe davonkommen.

153. Wann liegt „ein Ein „leichter Fall“ liegt vor, wenn.

1. die Beeinträchtigung der Versorgungslage, die durch den Gewerbetreibenden herbeigeführt ist, gering erscheint oder
2. das Verschulden des Gewerbetreibenden nicht erheblich ist.

Beispiel zu 1.: Die Milchhändlerin Scheller hat für ihren kranken Jungen, dem keine Vollmilch mehr zusteht, zweimal je einen halben Liter Vollmilch aus ihrem Geschäft entnommen. Das ist durch eine neidische Nachbarin herausgekommen. Hier ist dann ein „leichter Fall“ gegeben — § 1 Abs. 2 VRStVO.

Beispiel zu 2.: Kolonialwarenhändler Hartmann hat der Frau Grün auf einen nicht gültigen Abschnitt ein Brot verkauft. Er paßt nicht genau auf und nimmt an, daß Frau Grün ihm einen gültigen Bezugsabschnitt vorlegte. Hartmann handelt unsorgfältig, also fahrlässig. Wenn er aufgepaßt hätte, wozu er als Geschäftsmann verpflichtet war, hätte er erkennen müssen, daß auf dem Abschnitt, den Frau Grün vorwies, Brot nicht aufgerufen war. Infolge seiner Unachtsamkeit gab Hartmann bezugsbeschränkte Ware, nämlich das Brot, ohne gültige Bezugsberechtigung ab. Der einmalige Irrtum ist aber verzeihlich. Auch dieser Fall ist ein „leichter“.

154. Welche weitere Bedeutung hat die Feststellung, ob ein leichter Fall vorliegt oder nicht vorliegt? Wenn ein „leichter Fall“ einer Verbrauchsregelungsstrafe eines Gewerbetreibenden gegeben ist, so ist

1. der Versuch straflos und
2. wird eine Verurteilung zu einer Geldstrafe nicht im Strafregister verzeichnet.

V. Die Straftaten des Großschiebers

Ob ein „leichter“ oder ein „schwerer“ Fall vorliegt, ist genau wie bei den Straftaten des Verbrauchers für den Gewerbetreibenden von großer Bedeutung:

1. Für den Gewerbetreibenden ist die Verletzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen im allgemeinen ein Vergehen. Nur in „leichten Fällen“ ist die Tat eine Übertretung, auf die nur Haft oder Geldstrafe bis zu 150 RM. steht.

Für den Verbraucher ist die Verletzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen im allgemeinen nur eine Übertretung; nur in „schweren Fällen“ liegt ein Vergehen, also eine Tat vor, die auch mit Gefängnis bedroht ist.

2. Für den Gewerbetreibenden ist der Versuch strafflos, wenn ein „leichter Fall“ vorliegt.

Diese Fälle sind nicht häufig. Dagegen ereignen sich versuchte Verbrauchsregelungsvergehen bei Verbrauchern recht oft. Deshalb sind auch diese unter Strafe gestellt.

Für den Verbraucher ist bereits der Versuch einer Verbrauchsregelungsstraftat in allen Fällen strafbar.

3. Der Gewerbetreibende kommt nur dann bei einer Verurteilung nicht ins Strafregister, wenn er in einem „leichten Falle“ zu Geldstrafe verurteilt wurde.

Der Verbraucher kommt nicht ins Strafregister, wenn er nur zu Geldstrafe verurteilt wird und kein „schwerer Fall“ vorliegt. Die Feststellung, ob ein „leichter“ oder ein „schwerer“ Fall vorliegt, ist so wichtig, daß sie ausdrücklich im Urteil stehen muß.

Kapitel V

Die Straftaten des Großschiebers

A. Allgemeines

155. Wo sind die Straftaten des Großschiebers geregelt? Die Straftaten eines Großschiebers sind in der Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) geregelt — § 1 KWVO.

Beispiel: „Kaufmann“ Boy kauft laufend „unter der Hand“ alles, was der Schwarze Markt ihm bietet. Butter, Eier, Öl, Bohnenkaffee, Radioapparate, Schreibmaschinen, Photoapparate usw. Er verschiebt dann die Waren mit einem Aufpreis weiter.

Boy fällt als Wirtschaftsverbrecher unter die KWVO.

156. Welche Straftaten fallen unter die Kriegswirtschaftsverordnung? Nur die ernsteren Verfehlungen gegen die Wirtschaftsbestimmungen fallen unter die KWVO. Was sie bestimmt und bestraft, richtet sich gegen jene ge-

wissenlosen Geschäftemacher, die die allgemeine Versorgung gefährden, beeinträchtigen oder stören.

Beispiel: Großschiebung mit Lebensmittelkarten.

Drei Angeklagte, die vor einer Strafkammer standen, hatten im großen Umfange Lebensmittelkarten im Schwarzhandel abgesetzt. Die Herkunft der Karten war nicht aufgeklärt.

Angeklagter Köhler hatte sie von einem unbekannten Mann zum kommissionsweisen Verkauf übernommen. Er sollte dem Verkäufer für 250 vollständige Karten 50 000 RM. abliefern. Der darüber hinausgehende Erlös war sein Verdienst.

In den beiden Angeklagten Elsner und Schmidt fand Köhler seine Abnehmer. Auch diese beiden betrieben den Handel kommissionsweise und übernahmen die Karten für 68 000 RM. Elsner und Schmidt erwarteten im Einzelabsatz einen Erlös von 93 000 RM.

Der Zugriff der Polizei verhinderte den Absatz des gesamten Postens. Immerhin war schon die Mehrzahl der Karten veräußert. An Köhler waren bereits 63 000 RM. weitergeleitet, der seinerseits den Verkäufer befriedigte.

Eine derartig große Schiebung mit Lebensmittelkarten verstößt ganz empfindlich gegen die Interessen der Allgemeinheit und bedeutet eine schwere Gefährdung der Ernährungslage, die nur durch gleichmäßige und kontrollierte Verteilung der wenigen vorhandenen Lebensmittel überhaupt gehalten werden kann. Auf derartige Taten stehen schwere Strafen.

Das Gericht hielt zwar den Angeklagten weitgehend ihre persönliche Notlage zugute. Trotzdem mußten die Angeklagten wegen Wirtschaftsverbrechen mit Gefängnisstrafen von je zwei Jahren bestraft werden — § 1 Abs. 2 KWVO. Außerdem wurden sie zu hohen Geldstrafen verurteilt.

157. Was ist in der KWVO. unter Strafe gestellt?

Bestraft wird

1. wer Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören,
 - a) vernichtet oder
 - b) beiseiteschafft oder
 - c) zurückhält
 und dadurch böswillig die Dekkung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdet, oder
2. wer
 - a) Karten oder Kartenvordrucke
 - aa) beiseiteschafft oder
 - bb) nachmacht oder
 - b) nachgemachte Karten oder Kartenvordrucke
 - aa) in den Verkehr bringt oder
 - bb) sich verschafft.

Zu 1.: Beiseiteschaffen lebenswichtiger Bedarfsgüter.

Beispiel: Ein verlockendes Angebot.

Ein selten verführerisches Angebot war an den Angeklagten Berner herangetreten. Er konnte zwei Zentner Fleisch zum Preise von je 25 RM. je Pfund kaufen. Woher das Fleisch stammte, wußte der Vermittler, ein gewisser Lohmann, auch nicht. „Um so besser!“ Unnötige Fragen vermied man am besten.

Berner nahm das Fleisch ab und brachte es zunächst in einen Schrebergarten. Berner dachte an seine zahlreiche Verwandtschaft. Die Familie war groß, sie umfaßte über zwanzig Köpfe. Das Fleisch konnte daher spielend untergebracht werden.

Zunächst mußte aber das Fleisch möglichst unauffällig in die Stadt geschafft werden. Zwei Schwestern des Angeklagten Berner luden die Ware auf einen Handziehwagen und schafften sie in die Wohnung des Angeklagten Frahm, eines Schwagers. Die Polizei war glücklicherweise nicht zu sehen, als der Wagen durch die noch ziemlich menschenleeren Straßen rollte. Das wachsame Auge eines anderen Zeitgenossen hatte jedoch den Transport bemerkt. Er teilte den Sachverhalt der Polizei mit, die sofort Beamte in die Wohnung des Schwagers entsandte. Als die Beamten den Berner und die beiden Frauen im Vorderhaus befragten, stand der Wagen mit dem Fleisch im Hinterhof. Ein Freund der Familie, der Angeklagte Nau, erkannte die bedrohliche Situation und schaffte heimlich den Wagen fort. Er brachte ihn zu einem Herrn Schwer in sicheren Gewahrsam. Schwer erhielt als Belohnung für die Aufbewahrung des Fleisches ein kleines Quantum. Später wurde das Fleisch dennoch entdeckt und sichergestellt.

Der Angeklagte Berner wurde wegen Beiseiteschaffens lebenswichtiger Bedarfsgüter zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten und zu einer Geldstrafe von 500 RM. verurteilt — § 1 Abs. 1 und 3 KWVO.

Die übrigen Beteiligten hatten sich der Beihilfe zu dieser Straftat oder der Begünstigung schuldig gemacht. Schwer wurde wegen Begünstigung der Tat und unberechtigtem Bezug einer bezugsbeschränkten Ware verurteilt. Er erhielt sechs Wochen Gefängnis. Der Vermittler Lohmann, die beiden Schwestern, Frahm und Nau wurden wegen Beihilfe zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Zu 2.: Beiseiteschaffen von Bezugsberechtigungen.

Beispiel: Das Geschäft mit den Tagesurlauberkarten. Frau Hartung, der die Ernährung ihrer Familie sehr schwere Sorgen bereitete, machte die Bekanntschaft eines Schleichhändlers, der ihr 20 Roggenbrotmarken und 20 Weißbrotmarken zum Absatz übergab. Frau Hartmann sollte für jede Marke 30 RM. abliefern. Ihre Entschädigung bestand in der Belieferung mit einem Pfund Butter, einem Pfund Wurst und zwei Pfund Zucker. Es gelang Frau Hartung, in kurzer Frist die Marken abzusetzen. Schon am nächsten Tage überbrachte ihr daher der Händler weitere 100 Tagesurlauberkarten. Auch diese sollte Frau Hartung einzeln vertreiben. Der Verkäufer wollte einen Gesamterlös von 12 500 RM. erzielen. Die Entlohnung der Frau Hartung sollte wiederum in Lebensmitteln bestehen. Es gelang ihr, einen Teil der Karten zu verkaufen und einen Erlös von 4500 RM. zu erzielen. Den Absatz der weiteren Karten verhinderte der Zugriff der Polizei.

Frau Hartung wurde wegen Beiseiteschaffens von Bezugsberechtigungen in Bereicherungsabsicht zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und zu einer hohen Geldstrafe verurteilt — § 1 Abs. 2 und 3 KWVO.

158. Warum heißt die Verordnung „Kriegswirtschaftsverordnung“?
- Die KWVO. regelt zweierlei:
1. Typische Kriegsverhältnisse und
 2. Wirtschaftsfragen.

Beispiel zu 1.: Kriegslieferant Becker hat in den Jahren 1941 bis 1945 fortgesetzt Rohstoffe, die für die Rüstungswirtschaft beschlagnahmt waren, verschoben und falsche Meldungen über die bei ihm vorhandenen beschlagnahmten gewerblichen Waren abgegeben.

Becker machte sich damit nicht nur wegen Nichterfüllung eines Kriegslieferungsvertrages und wegen Beseitigung von Wehrmitteln, sondern auch wegen Kriegswirtschaftsverbrechens strafbar — §§ 92a, 143a StGB, § 1 KWVO.

Zu 2.: Die Bestimmungen der KWVO. waren aber auch schon vor dem Kriege in einem Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch enthalten, das infolge Ausbruch des Krieges nicht mehr Gesetz geworden ist. Der Entwurf enthielt einen Abschnitt mit der Überschrift: „Gefährdung wichtigen Lebensbedarfs“.

Die Bestimmungen der KWVO. gehen im wesentlichen auf diesen Entwurf zurück.

159. Gilt die KWVO. heute noch?
1. Soweit die KWVO. typische Kriegsverstöße unter Strafe stellt, gilt sie nicht mehr¹.
 2. Soweit die KWVO. Mißstände im Wirtschaftsleben, die den Krieg überdauern, betrifft, gilt sie noch heute².

Zu 1.: Typische Kriegsverstöße.

Beispiel: Kriegslieferant Becker, der in der Zeit von 1941 bis 1945 fortgesetzt für die Rüstungswirtschaft beschlagnahmte Rohstoffe verschob, wird Ende 1945 von der Strafkammer wegen Kriegswirtschaftsverbrechens zu Zuchthaus und zu einer Geldstrafe verurteilt.

Becker legt Revision ein. Er gibt zu, daß er die für die Rüstung beschlagnahmten Rohstoffe verschoben habe. Er behauptet aber, daß die KWVO. heute nicht mehr gelte und er deshalb nach Kriegsende nicht mehr bestraft werden könne.

Hat Becker mit seiner Revision Erfolg? Ja, Becker ist freizusprechen.

Anm. 1: Süddeutsche Juristenzeitung 1946, S. 118

Anm. 2: OLG. Freiburg, Urteil vom 5. Juni 1946, Deutsche Rechtszeitschrift 1946, S. 29.

OLG. Kiel, Schleswig-Holstein. Anzeiger 1946, Nr. 8, S. 101.

OLG. Hamm, JustizVerwBl. f. Westfalen und Lippe 1946, Nr. 5.

Durch die veränderten politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse sind alle Rechtsvorschriften ungültig geworden, die dem Kriege dienten. Diese Gesetze brauchten nicht ausdrücklich aufgehoben zu werden. Die neuen Verhältnisse haben sie von selbst ohne weiteres außer Kraft gesetzt.

Beispiel: Kriegslieferant Becker, der während des Krieges Rohstoffe der Rüstungswirtschaft verschob, hätte während des Krieges auch wegen Landesverrats (durch Nichterfüllen eines Kriegslieferungsvertrages), wegen Beseitigung von Wehrmitteln und Kriegswirtschaftsverbrechens bestraft werden können — §§ 92a, 143a StGB., § 1 KWVO.

Die Bestimmungen über Landesverrat und Beseitigung von Wehrmitteln sind inzwischen ausdrücklich aufgehoben¹.

Die KWVO. dagegen ist nicht ausdrücklich aufgehoben worden. Trotzdem ist sie in den Fällen nicht mehr in Gültigkeit, in denen sie typische Kriegsverstöße als Kriegswirtschaftsverbrechen bestraft. Becker ist also freizusprechen².

Becker kann auch nicht deswegen bestraft werden, weil er beschlagnahmte Rohstoffe entgegen der Beschlagnahme verschob — §§ 11 bis 13 WarVVO. Auch Verstöße nach der WarVVO. gegen Beschlagnahmen von Rohstoffen für die Kriegs- und Rüstungsindustrie können heute nach Verlust des Krieges nicht mehr nachträglich bestraft werden.

Zu 2.: Mißstände im Wirtschaftsleben, die den Krieg überdauern.

Beispiel: Bauer Behrens nahm im großen Umfange Schwarzschlachtungen vor und verschob das Fleisch auf dem Schwarzen Markt. Kann Behrens wegen Wirtschaftsverbrechens bestraft werden?

Schwarzschlachtungen sind Mißstände, die den Krieg überdauert haben. Es handelt sich nicht um typische Kriegsverstöße³.

Wer als Schwarzschlachter böswillig die Versorgung der Bevölkerung gefährdet, ist nach der KWVO. schuldig und zu bestrafen.

B. Großschiebungen mit Rohstoffen und Erzeugnissen

§ 1 Abs. 1 KWVO

1. Rohstoffe und Erzeugnisse

160. Was sind Rohstoffe? Rohstoffe sind alle Stoffe, mit denen oder aus denen etwas für die Wirtschaft erzeugt wird.

Beispiel: Holz, Kohlen, Roheisen, Metalle.

Anm. zu 1: Kontrollratsgesetz Nr. 11.

Anm. zu 2: Vgl. OLG. Kiel, Urteil vom 7. Februar 1946, Südd. Jur. Ztg. 1946, 118.

Anm. zu 3: OLG. Freiburg, Urteil vom 5. Juni 1946, Deutsche Rechtszeitschrift 1946, S. 29.
OLG. Kiel, Schleswig-Holstein. Anzeiger 1946, Nr. 8, S. 101.
OLG. Hamm, JustizVerw.Bl. f. Westfalen und Lippe 1946, Nr. 5.

161. Was sind Erzeugnisse?

Erzeugnisse sind

1. alles, was aus Rohstoffen gewonnen wird (gewerbliche Erzeugnisse),
2. alle Produkte der Landwirtschaft; alles, was der Bauer und Landwirt hervorbringt.

Beispiel zu 1.: Becker verschiebt 2000 Liter Benzin, die aus einem Diebstahl in einer Tankstelle herrühren. Er ist nach der KWVO. zu bestrafen, weil er Erzeugnisse böswillig beiseiteschafft — § 1 Abs. 1 KWVO.

Beispiel zu 2.: Getreide, Futtermittel, Kartoffeln, Milch, Fette, Saatgut, Zucker, Eier, Gartenbauerzeugnisse (Kohl usw.), alle tierischen Erzeugnisse (Fleisch usw.) sind Produkte der Landwirtschaft.

162. Sind lebende Tiere landwirtschaftliche Erzeugnisse? Lebende Tiere sind nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Beispiel: Viehdiebstahl auf der Weide

Paul Hartmann treibt während des Nachts zwölf fette Kühe von der Weide des Bauern Reich. Er beabsichtigt, diese Kühe abzuschlachten und das Fleisch auf dem Schwarzen Markt zu verschieben. Hartmann wird aber gefaßt, noch ehe es ihm möglich war, die Kühe zu schlachten.

Die Strafkammer verurteilte Hartmann wegen Diebstahls und Wirtschaftsverbrechens, weil er böswillig die Versorgung der Bevölkerung dadurch gefährdete, daß er lebenswichtige Erzeugnisse durch den Diebstahl beiseitebrachte — § 1 Abs. 1 KWVO.

Das OLG. Hamburg, das über diesen Fall nochmals zu entscheiden hatte, weil sich Hartmann mit dem Urteil der Strafkammer nicht zufrieden geben wollte, hob die Verurteilung wegen Kriegswirtschaftsverbrechens auf (OLG. Hamburg, Urteil vom 29. Mai 1946, Hans. Just. Verw. Bl., Jahrgang 24, Nr. 2 S. 13 Nr. 4).

Lebendes Vieh ist kein Rohstoff oder Erzeugnis. Lebende Tiere sind nicht produziert, also keine landwirtschaftlichen Produkte.

Die Rechtsprechung hatte bisher allerdings immer angenommen, daß auch derjenige, der in großen Mengen lebendes Vieh stiehlt, sich „nach dem Grundgedanken der KWVO.“ und „nach gesundem Volksempfinden“ strafbar mache. Lebendes Vieh sei „so etwas Ähnliches“ wie Rohstoff. Eine solche Bestrafung ohne ausdrückliche strafgesetzliche Bestimmung auf Grund gesetzesähnlicher Anwendung der KWVO. war früher möglich — § 2 StGB.

§ 2 StGB. ist nunmehr aufgehoben — Kontrollratsgesetz Nr. 11. Hartmann konnte also nicht als Kriegswirtschaftsverbrecher, sondern nur wegen Diebstahls bestraft werden.

Wenn Hartmann die Tiere geschlachtet hätte, so wäre er zu Recht auch wegen Wirtschaftsverbrechens bestraft worden.

163. Macht sich auch derjenige strafbar, der seine eigenen Rohstoffe oder Erzeugnisse vernichtet, beiseiteschafft oder zurückhält? Auch der Eigentümer darf seine eigenen Rohstoffe und Erzeugnisse, wenn sie zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, nicht vernichten, beiseiteschaffen oder zurückhalten.

Beispiel: Landwirt Kramer läßt große Getreidevorräte absichtlich verderben. Er läßt sie nicht dreschen, weil er sie doch abliefern muß, was ihm zu wenig einbringt. Auf das Geld legt er keinen Wert.

Kramer macht sich eines Wirtschaftsverbrechens schuldig. Er kann sich nicht darauf berufen, daß die Getreidevorräte, also die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ihm gehörten. Diese waren zur Versorgung der Bevölkerung bestimmt. Kramer hatte sie deswegen abzuliefern.

2. Lebenswichtiger Bedarf der Bevölkerung

164. Welche Rohstoffe und Erzeugnisse werden von der KWVO. erfaßt? Wer Rohstoffe und Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseiteschafft oder zurückhält, fällt bei böswilliger Gefährdung der Bedarfsdeckung unter die KWVO.

Beispiel: Juwelier Grün hat sich in großen Mengen mit Edelsteinen und Halbedelsteinen eingedeckt. Er verkaufte sie nicht, da er die Zurückhaltung dieser Waren als gute Kapitalsanlage ansieht.

Hier liegt kein Wirtschaftsverbrechen durch „Zurückhalten“ vor. Edelsteine sind nicht Erzeugnisse für den lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung.

165. Was ist lebenswichtiger Bedarf? Lebenswichtig ist, was die Bevölkerung zum Leben braucht.

Nicht lebenswichtig ist, was zum Leben der Bevölkerung unwichtig oder minderwichtig ist.

Beispiel: Man kann zwar auch ohne Weckeruhren und ohne Radio auskommen. Aber der Werktätige braucht eine Weckeruhr. Man braucht auch ein Radio. Das ist kein Luxus.

Wer also z. B. Weckeruhren oder Radiogeräte in großem Umfange verschiebt, macht sich eines Wirtschaftsverbrechens schuldig.

166. Ist lebenswichtig, was bezugsbeschränkt oder beschlagnahmt ist? Alles, was bezugsbeschränkt oder beschlagnahmt ist, ist ohne weiteres auch lebenswichtig.

Beispiel: Auch Genußmittel, wie z. B. Zigaretten, Zigarren oder Pralinen, sind lebenswichtig, denn sie sind bezugsbeschränkt. Auch Bohnenkaffee, der außerhalb einer besonderen Zuteilung nicht bezugsbeschränkt, aber allgemein beschlagnahmt ist, ist lebenswichtig.

Wer Rauchwaren oder Bohnenkaffee in einer Menge verschiebt, die im

Rahmen einer Zuteilung hätte an die Bevölkerung ausgegeben werden können, macht sich eines Wirtschaftsverbrechens schuldig.

167. Ist auch lebenswichtig, was nicht bezugsbeschränkt und auch nicht beschlagnahmt ist? Rohstoffe und Erzeugnisse, die weder bezugsbeschränkt noch beschlagnahmt sind, können zum Leben der Bevölkerung wichtig sein.

Beispiel: Altwarenhändler Tesch kauft in großem Umfange alte Kleider auf. Er verschiebt sein ganzes Warenlager.

Alte Kleider sind weder bezugsbeschränkt noch beschlagnahmt. In heutigen Notzeiten aber, in denen die Herstellung neuer Kleider sehr beschränkt ist, sind auch alte Kleider zum Leben wichtig. Tesch als Händler durfte sie daher nicht verschieben.

Großschiebungen mit alten Kleidern, die von einem Händler aufgekauft sind, fallen unter die Bestimmungen über Wirtschaftsverbrechen — § 1 Abs. 1 KWVO.

168. Was ist nicht lebenswichtig? Nicht lebenswichtig ist, was dem Luxus dient.

Beispiel: Luxusartikel wie Schmucksachen, Gold, Edelsteine, Gemälde, kosmetische Waren, Delikatessen, wie Kaviar usw., fallen nicht unter den besonderen Schutz der KWVO.

169. Was ist lebenswichtiger Bedarf der Bevölkerung? Lebenswichtiger Bedarf der Bevölkerung ist, was
 1. die Bevölkerung oder Teile der Bevölkerung zum Leben brauchen und
 2. zu ihrer Versorgung bestimmt ist.

Beispiel zu 1.: Lebensmittel gehören zum lebenswichtigen Bedarf der gesamten Bevölkerung.

Weckeruhren sind nur für Berufstätige lebenswichtig. Auch was für einzelne Berufe lebenswichtig ist, gehört zum lebenswichtigen Bedarf von Teilen der Bevölkerung.

Beispiel zu 2.: Ware, die nicht zum Umlauf, d. h. also nicht zum Absatz für den Verbraucher im üblichen Warenverkehr, bestimmt ist, dient nicht dem Bedarf der Bevölkerung.

Mit sog. „freier“ Ware kann ein Kriegswirtschaftsverbrechen nicht begangen werden.

Beispiel: Simon ist Filialleiter einer Tabakfabrik. Er erhält Deputatzigaretten, nämlich als Filialleiter 1000 Stück im Monat und außerdem, wie jeder Angestellte, 300 Zigaretten monatlich.

Da Simon Nichtraucher ist, sammelt sich bald ein größerer Bestand von Tabakwaren an.

Diese Deputatware ist „freie“ Ware, steht also zur freien Verfügung. Simon darf sie also verkaufen und vertauschen, wie er will. Hierin liegt weder ein Verstoß gegen die KWVO. noch gegen die VRStVO.

Simon darf aber keine Überpreise nehmen, wenn er seine Zigaretten verkauft. Er darf auch nicht Ware, die bezugsbeschränkt ist, dagegen eintauschen, wenn sein Tauschpartner über die Tauschware nicht frei verfügen kann. Auch der Tauschpartner muß also die Lebensmittel erspart haben.

3. Das Vernichten, Beiseiteschaffen und Zurückhalten

a) Das Vernichten lebenswichtiger Bedarfsgüter.

170. Was ist vernichten? Vernichten ist

1. Zerstören oder
2. Unbrauchbarmachen für eine bestimmungsgemäße Verwendung der Rohstoffe und Erzeugnisse.

1. Zerstören.

Beispiel 1: Der Bauer verbrennt seine landwirtschaftlichen Vorräte, weil er nicht den gewünschten Preis erzielen kann; er läßt aus dem gleichen Grunde das Getreide auf dem Felde verderben.

Beispiel 2: Der Kraftstoffhändler schüttet Benzin in großen Mengen aus und läßt es im Sande verlaufen, weil er selbst keine Zulassungsgenehmigung für seinen Privatwagen erhalten hat.

2. Unbrauchbarmachen zur bestimmungsgemäßen Verwendung.

Beispiel 1: Kolonialwarengroßhändler Loder lagert, um seine Abnehmer, die heute auf ihn angewiesen sind, zu ärgern, Mehlvorräte in einem Keller, in dem vorher Petroleum eingelagert war. Das Mehl nimmt Petroleumgeschmack an; große Mengen an Mehl werden dadurch unbrauchbar und können nur noch zu Fütterungszwecken verwandt werden.

Der Grossist macht sich hier eines Wirtschaftsverbrechens durch Vernichten von Erzeugnissen, nämlich des Mehls, schuldig.

Beispiel 2: Kraftstoffhändler Noll wirft in einen seiner Benzintanks Zucker, wodurch sich das Benzin zersetzt und für Antriebszwecke nicht mehr verwendbar ist.

Auch hier liegt ein Vernichten von lebenswichtigen Erzeugnissen vor.

Beispiel 3: Kolonialwarenhändler Hartmann vermengt Butter mit Margarine.

b) Das Beiseiteschaffen.

171. Was heißt Beiseite-schaffen? Beiseiteschaffen liegt vor, wenn Rohstoffe und Erzeugnisse lebenswichtigen Bedarfs dem ordnungsmäßigen Handelsverkehr und der staatlichen Kontrolle dauernd entzogen werden.

Beispiel: Wer schiebt, bringt beiseite. Wer stiehlt, unterschlägt, ver-

3. Das Vernichten und Beiseiteschaffen lebenswichtiger Bedarfsgüter

untreut usw., bringt beiseite. Wer bezugsbeschränkte Waren in größeren Mengen ohne Marken bezieht oder abgibt, bringt beiseite.
In allen diesen Fällen sind die Waren der geregelten Verteilung und dem Verbrauch dauernd verlorengegangen; also beiseitegeschafft.

172. Ist bei einer Kette Wenn eine Ware von Hand zu Hand weiter- von Schiebungen mit der verschoben wird, so bringt jeder ein- gleichen Ware diese im- zeln Schieber die Ware beiseite. mer wieder neu beiseite- geschafft?

Jeder einzelne Schieber macht sich durch das Beiseiteschaffen eines Wirtschaftsverbrechens schuldig.

Beispiel: Karl und Fritz sind nachts in die Räume einer Konsumgenossenschaft eingedrungen. Sie machen dort reiche Beute. 10 Zenter Mehl, 500 Brote, ein paar Zentner Zucker und 3 Faß Butter sind ihnen in die Hände gefallen und von ihnen abgefahren worden.

Karl und Fritz verschieben diese Lebensmittel an Lehmann und Krause, diese wieder weiter an andere, die unbekannt bleiben.

Hier machten sich Karl und Fritz außer des Einbruchdiebstahls auch eines Wirtschaftsverbrechens schuldig — §§ 242, 243 StGB., § 1 Abs. 1 KWVO.

Aber auch Lehmann und Krause, die die von Karl und Fritz gestohlenen Lebensmittel aufkauften und wußten, daß sie aus dem Einbruchdiebstahl bei der Konsumgenossenschaft stammten, werden gleichfalls wegen Wirtschaftsverbrechens bestraft. Auch sie haben die Lebensmittel beiseitegeschafft. Sie können sich nicht darauf berufen, daß die Lebensmittel bereits durch Karl und Fritz beiseitegeschafft waren.

Nicht nur derjenige, der die lebenswichtigen Erzeugnisse zum ersten Male dem ordnungsmäßigen Verteilungsgange entzieht, schafft beiseite; auch jede weitere Änderung des Verbleibs der lebenswichtigen Ware außerhalb des üblichen Verteilungsganges stellt ein neues Beiseiteschaffen dar.

Gleichzeitig machten sich Lehmann und Krause auch der Hehlerei dadurch schuldig, daß sie die gestohlenen Sachen, die aus dem Vermögen der Konsumgenossenschaft stammten, aufkauften — § 259 StGB.

173. Kann ein Beiseite- In vielen Fällen liegt neben Diebstahl, schaffen lebenswichtiger Unterschlagung, Untreue, Hehlerei oder einem Urkundendelikt Bedarfsgüter auch durch auch gleichzeitig ein Wirtschaftsverbrechen durch Beiseiteschaffen Diebstahl, Unterschlagung, Untreue, Hehlerei oder durch Urkundendelikt erfolgen? der lebenswichtigen Rohstoffe und Erzeugnisse vor.

1. Beiseiteschaffen durch Diebstahl — § 242 StGB.

Beispiel: Eine Verbrecherbande beraubt Eisenbahnwaggons, die Lebensmittelvorräte für die Versorgung einer kleinen Stadt enthalten.

2. Beiseiteschaffen durch Unterschlagung oder Untreue — §§ 246, 266 StGB.

Beispiel: Der ungetreue Angestellte einer Kolonialwarengroßhandlung verschiebt aus deren Lager 10 Zentner Zucker.

3. Beiseiteschaffen durch Hehlerei — § 259 StGB.

Beispiel: Der Schieber kauft gestohlene Lebensmittel auf.

4. Beiseiteschaffen durch Urkundendelikte — § 267 StGB.

Beispiel: Der Bauer Reich hat für seine genehmigte Hausschlachtung ein fettes Schwein geschlachtet. Für Hausschlachtungen ist eine amtliche Gewichtsfeststellung vorgeschrieben. Reich ändert den amtlichen Wiegeschein, der auf 230 Pfund lautet, auf 130 Pfund ab.

5. Fälle aus der Praxis:

a) Diebesgut im Schwarzhandel.

Drei noch sehr junge Täter eines Einbruchdiebstahls hatten sich zu verantworten. Ihre Tätigkeit hatte dem Lager eines Eier-Großhändlers gegolten. Der Verlust des Händlers belief sich auf 3000 Eier.

Der Angeklagte Hademann hatte sofort nach der Tat 450 Eier zum Preise von 3 RM. pro Stück verkauft. Der Erlös wurde zum Ankauf von englischen Zigaretten und Brot verwendet.

Der zweite Angeklagte Wagner hatte seinen Anteil gleichfalls gegen Zigaretten und Bargeld dem Schwarzhandel zugeführt.

Der dritte, ein gewisser Strobel, hatte 300 Eier für 6 RM. pro Stück abgesetzt. Von dem Erlös kaufte er sich Schokolade.

Die Angeklagten machten sich eines Wirtschaftsverbrechens schuldig. Eier sind derart verknappt, daß nur ganz geringe Zuteilungen erfolgen. Die Entziehung von über 3000 Eiern aus der geregelten Verteilung bedeutet daher eine sehr ernsthafte Gefahr für die Versorgung einer großen Anzahl berechtigter Verbraucher.

Ein bezeichnendes Licht auf die Mentalität der Angeklagten warf die Art der Verwertung der Beute. Ihr Ziel war letzten Endes die Beschaffung von Zigaretten und Schokolade.

Die Angeklagten wurden wegen Wirtschaftsverbrechens und schweren Diebstahls, ferner wegen Preisvergehens zu Gefängnisstrafen von sechs bis zehn Monaten sowie zur Zahlung des erzielten Mehrerlöses in Höhe von 1350 RM., 850 RM. und 1800 RM. verurteilt.

b) Einbruch in das Lager einer Konsumgenossenschaft und ein tüchtiger Polizeibeamter.

Die 20 Jahre alten Felix und Karl und der 26jährige Hein brachen gemeinsam in das Lager einer Konsumgenossenschaft ein und erbeuteten 3 Sack Zucker, 15 bis 20 Kilo Butter, 50 Kilo Mehl, 1 Eimer Marmelade und 50 Eier. Ihre Beute versteckten sie in der Ruine eines Etagenhauses. Sie wollten die Ware am nächsten Tag aufteilen und in Sicherheit bringen. Hein und Felix nahmen sich jedoch einen Zuckersack sofort mit, um zu Hause gleich eine Freude zu bereiten. Auf dem Wege zu ihrer Wohnung traf sie

Ein Polizeibeamter, der sie nach dem Inhalt des Sackes fragte. Er erhielt die Antwort: „Sand.“ Das kam ihm jedoch etwas zweifelhaft vor und er nahm die beiden mit zur Wache, wobei er vorsichtshalber Hein leicht am Rockärmel hielt. Plötzlich gab einer der beiden ein Zeichen, man ließ den Sack fallen, beide warfen sich auf den Beamten, ergriffen dann aber die Flucht. Felix entkam in die Trümmer, bombardierte aber noch auf der Flucht den Polizisten mit Steinen. Hein versuchte, den Beamten mit Steinwürfen einzuschüchtern, was ihm jedoch nicht gelang. Ihn holte der Polizist ein. Ein letztes Umsichschlagen mit einer Eisenstange, ein kurzer Ringkampf und sein Widerstand war gebrochen. Er mußte nunmehr den Gang zur Wache antreten.

Die Ermittlung der beiden anderen Täter gelang in den nächsten Tagen.

Die drei Angeklagten wurden wegen eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsverbrechens und wegen schweren Diebstahls mit je fünf Monaten Gefängnis bestraft.

Hein und Felix erhielten außerdem wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt drei Monate Gefängnis.

Widerstand gegen die Staatsgewalt ist eine häufige Begleiterscheinung des Schwarz- und Schleichhandels. Die Lockerung der Rechtsbegriffe in der Nachkriegszeit hat auch ein bedauerliches Absinken der Autorität der Polizeibeamten zur Folge gehabt. Die Gerichte setzen deshalb fühlbare Strafen in den Fällen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt fest.

c) Reiche Beute durch Diebstahl von Lebensmitteln.

Sechs Angeklagte hatten sich wegen eines Einbruchs in ein Lebensmittelgeschäft der Hamburger Innenstadt zu verantworten. Einige von ihnen standen im Berufsleben und hatten geregelte Arbeit. Andere dagegen gehörten zu der Schar derer, die sich unangemeldet in der Großstadt aufhalten.

Der Einbruch in dieses Geschäft war schwer zu bewerkstelligen. Die Täter mußten sich von der Rückseite an das Grundstück heranpirschen, einen Kellerraum gewaltsam öffnen, ein Loch in die Decke des Kellers schlagen und in die darüber befindlichen Lagerräume einsteigen. Die Beute lohnte jedoch die Mühe. Durch der Hände lange Kette wanderten Lebensmittel aller Art und gelangten schließlich in eine nahegelegene Kellerwohnung, wo die Verteilung erfolgen sollte.

Nur zwei der Angeklagten waren im Laden selbst am Werke. Sie stießen dabei auf den Inhalt der Ladenkasse. Die Kasse war bis obenhin mit Kleingeld gefüllt. Dieses Geld eigneten sie sich an, aber nicht etwa, weil sie sich in Geldverlegenheit befanden, sondern weil der Ladeninhaber seiner Kundschaft gegenüber immer behauptete, kein Wechselgeld zu haben. Er sollte einen Denkkzettel bekommen.

In der Kellerwohnung wurde die Beute gleichmäßig verteilt.

Der Angeklagte Mahlmann hatte es mit der Verwertung eilig. Er verkaufte seinen Anteil im Schwarzhandel für etwa 1000 RM. Die Hälfte des Erlöses wurde sofort in Zigaretten angelegt.

Ein schneller Zugriff der Polizei führte zur Sicherstellung des übrigen Diebesgutes.

Die Angeklagten erhielten wegen eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsverbrechens und wegen schweren Diebstahls Gefängnisstrafen von fünf bis sieben Monaten.

B. Großschiebungen mit Rohstoffen und Erzeugnissen

Der Angeklagte Mahlmann, der sich auch eines Preisvergehens schuldig machte, wurde zur Auskehrung des Mehrerlöses von 1000 RM. verurteilt.

d) 40 linke Damenschuhe und Textilien auf dem Schwarzen Markt.

Die Angeklagten Fischer und Vogel hatten einen lohnenden Einbruch in ein Textilwarengeschäft der Hamburger Neustadt begangen. Sie waren vorher in ein Schuhgeschäft eingedrungen, wo sie jedoch lediglich 40 linke Damenschuhe erbeuteten.

Neun Säcke, mit Textilien aller Art gefüllt, wanderten in die Wohnung des Jonas. Dieser sollte die Ware eine kurze Zeit aufbewahren, bis der endgültige Absatz angelaufen war. Für diese Mithilfe erhielt Jonas 10 Prozent des gesamten Gutes. Der Verkauf begann auch sofort.

Die Beiseiteschaffung derartig erheblicher Mengen an Textilwaren ist als Wirtschaftsverbrechen anzusehen. Gerade Textilien sind stark verknappt. Die Verknappung ist so erheblich, daß von einer Belieferung oder Versorgung der Verbraucher zur Zeit nicht die Rede sein kann.

Um so verwerflicher war die Tat der Angeklagten, die aus reiner Gewinnsucht notwendige Bedarfsgüter in die unkontrollierbaren Kanäle des Schwarzhandels leiteten. Die verkauften Waren wurden der deutschen Wirtschaft entzogen, da Fischer und Vogel sie an Polen absetzten.

Der vorbestrafte Vogel erhielt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Fischer erhielt neun Monate Gefängnis. Jonas, der sich wie ein typischer Hehler benommen hatte, wurde mit sieben Monaten Gefängnis bestraft. Die Angeklagten erhielten außerdem Geldstrafen und wurden zur Zahlung des Mehrerlöses verurteilt.

e) Eine Kette von Einbrüchen, eine nicht nachweisbare Hehlerei und eine Schiebung des Bestohlenen.

Eine Kette von Einbrüchen in Ladengeschäfte hatte der 39 Jahre alte Herwig zusammen mit der 45jährigen Frau Dahl begangen. Beide lebten in kümmerlichen Verhältnissen. Herwig, der früher Seemann war, mußte infolge einer Magenkrankung aus dem Berufsleben ausscheiden. Frau Dahl lebte nur von einer kleinen Rente. Beide waren bisher unbescholten.

Im August 1945 verübten die beiden den ersten Einbruch, bei dem sie vorsichtig und bescheiden zu Werke gingen. Sie stahlen lediglich 25 Brote, die sie im Haushalt verbrauchten. Im September folgte ein Diebstahl in einem Wäschegeschäft. Die Beute war bereits erheblich größer. Im Dezember folgten gleich drei Einbrüche. Immer handelte es sich um Lebensmittelgeschäfte, in die die Angeklagten unschwer Einlaß erlangten. Meist war nur eine Pappscheibe oder eine leichte Holzverkleidung zu entfernen. Ungenügende Bewachung der Geschäfte erleichterte ihre Tat.

Bei einem der drei Einbrüche war die Beute überraschend groß. Es handelte sich um 25 kg Margarine, 12 kg Wurst, 5 kg Kunsthonig und um diverse andere Sachen. Zum unmittelbaren Verzehr war dieses Quantum zu groß. So kam es zur ersten Betätigung im Schwarzhandel. 10 Pfund Margarine wurden für 180 RM. je Pfund und 10 Pfund Honig für 90 RM. je Pfund abgesetzt.

Dann folgte der größte Schlag: 3 Zentner Zucker und 35 Pfund Marmelade wurden von den beiden Angeklagten in mühseliger Arbeit durch die Trümmer fortgeschafft.

3. Das Vernichten und Beiseiteschaffen lebenswichtiger Bedarfsgüter

Der Mitangeklagte Gerlach erhielt die 3 Zentner Zucker und die Marmelade zum Verkauf. Er zahlte für den Zentner Zucker 5500 RM. und für das Pfund Marmelade 35 RM. Es gelang ihm auch, einen Teil des Zuckers abzusetzen.

Herwig und Frau Dahl wurden wegen eines fortgesetzten Wirtschaftsverbrechens und fortgesetzten schweren Diebstahls, ferner wegen Preisvergehens bestraft. Nur ihre bisherige Unbescholtenheit und eine gewisse Notlage rettete sie vor einer Zuchthausstrafe. Herwig erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, während Frau Dahl zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Beide erhielten außerdem Geldstrafen von 1000 RM. und wurden zur Zahlung des Mehrerlöses von je 9000 RM. verurteilt.

Der Angeklagte Gerlach hatte sich gegen den Vorwurf der Hehlerei zu verteidigen. Er wollte nicht geglaubt haben, daß die von ihm vertriebenen Waren aus einem Diebstahl stammten. Vielmehr meinte er, es handelte sich um eines der üblichen Schiebergeschäfte. Es bestanden auch erhebliche Zweifel daran, daß Gerlach im Sinne der Anklage Kenntnis von den Diebstählen hatte. Er wurde daher nicht der Hehlerei für schuldig befunden. Seine Schieberungen waren jedoch auch Wirtschaftsverbrechen — § 1 Abs. 1 KWVO. Gerlach erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Das Strafverfahren gegen Herwig und Frau Dahl hatte später noch ein kleines Nachspiel: Einer der geschädigten Ladeninhaber hatte gegenüber dem Wirtschaftsamt eine Verlustmeldung gemacht, die erheblich die Menge der tatsächlich gestohlenen Waren überstieg. Er hatte versucht, ein entstandenes Manko auf das Konto des Einbruchs abzuwälzen und den bestehenden Fehlbetrag den Dieben in die Schuhe zu schieben. Ein derartiges Verfahren wird gelegentlich von Ladeninhabern angewandt, um die Verwertung von Waren, die ohne Karten abgegeben wurden, auszugleichen. Die Geschäftsinhaber werden im Falle einer Beraubung durch Ausgabe neuer Bezugsberechtigungen entschädigt. Die Grundlage für die Ausgabe der neuen Scheine ist die von ihnen zu erstattende Verlustmeldung. Diese muß daher richtig sein. Bei unrichtigen Angaben liegt ein Fall des Erschleichens von Bezugsberechtigungen vor — § 1 Abs. 1 Ziff. 2 VRStVO.

f) Falsche Kriminalbeamte.

Eine nicht seltene Begleiterscheinung des Schwarz- und Schleichhandels ist das Auftreten falscher Kriminalbeamter. Diese suchen sich ihre Opfer meist in den Kreisen derjenigen aus, deren Gewissen nicht rein ist und die daher eine gewisse Scheu haben, die Täter zur Anzeige zu bringen.

Ein bezeichnender Fall, der in seiner Ausführung wie ein Wildweststück anmutet, ereignete sich in Hamburg: Die Seele des Unternehmens war der Angeklagte Ammer — ein Mann, der selbst einmal kurze Zeit bei der Polizei tätig gewesen war und daher die nötige Sachkenntnis und das sichere Auftreten besaß, um einen Kriminalbeamten spielen zu können. Er hatte es auf einen Viehhändler abgesehen, den er für einen Schwarzhändler hielt. Seinen vier Mitangeklagten verstand er eine anschauliche Schilderung der

Lebensverhältnisse des angeblichen Schwarzhändlers zu geben, um sie zur Teilnahme an einer „Aktion“ gegen diesen Mann zu überreden.

Mit einem Lastwagen und einem Personenwagen fuhr man vor dem Hause des Opfers vor. Das Unternehmen hatte durchaus den äußeren Anschein eines gut aufgezogenen, großen Schlägers der Polizei.

Ammer stellte sich als Kriminalkommissar vor, einer der Mittäter, dessen äußere Erscheinung Eindruck erweckend war, spielte den zweiten Kriminalbeamten. Ein dritter wurde als „der Herr von der Militärregierung“ eingeführt, wodurch die Aktion einen noch offizielleren Anstrich gewinnen sollte. Man „beschlagnahmte“ Fleischwaren und Fett in größeren Mengen. Auch einen Ausweis konnte der „Kommissar“ vorzeigen, den er noch aus der Zeit seiner Beschäftigung bei der Polizei besaß.

Die Beute wurde von den Beteiligten aufgeteilt.

Schließlich kam die Sache doch zur Kenntnis der Polizei.

Die Täter wurden wegen Amtsanmaßung und Betruges, ferner wegen Wirtschaftsverbrechens durch Beiseiteschaffen von Fleisch und Fett verurteilt. Ammer, als der Anführer und geistige Urheber, erhielt ein Jahr sechs Monate Gefängnis, während die übrigen Angeklagten Strafen von sechs bis acht Monaten bekamen.

174. Kann in einem Ver- Wer lebenswichtige Erzeugnisse, stoße gegen die Ver- die bezugsbeschränkt sind, böswill-
brauchsregelungsstraf- lig in einer Menge verschiebt, daß dadurch
bestimmungen auch ein die Versorgung der Bevölkerung
als Wirtschaftsverbrechen gefährdet wird, macht sich nach der
strafbares Beiseite- KWVO und der VRStVO schuldig.
schaffen liegen?

Beispiel: Josef ist Großhändler. Im Sommer 1945 kaufte er sich von einem Ostflüchtling ein Pferd. Er wollte das Pferd für seinen Geschäftsbetrieb haben. Leider mußte er feststellen, daß das Pferd an „Salzbeinen“ litt. Um wenigstens sein Geld zu retten, schlachtete er das Pferd ohne irgendeine Genehmigung. Den größten Teil des Fleisches verkaufte er sofort „unter der Hand“ an den Gastwirt Zelle. 3 Pfund kaufte Frau Grün zum Schwarzmarktpreis. Den Rest verbrauchte Josef für sich.

Alle Beteiligten machten sich hier schuldig und strafbar:

Josef hat eine erhebliche Menge Pferdefleisch, also ein für die Ernährung der Bevölkerung lebenswichtiges Erzeugnis, der allgemeinen Verteilung entzogen. Bei der verknappten Lebensmittellage ist das Herausziehen einer derartig großen Fleischmenge aus dem geregelten Verkehr geeignet, eine Gefährdung der Versorgung für eine größere Anzahl von Verbrauchern herbeizuführen — § 1 Abs. 1 KWVO.

Außer diesem Verbrechen liegt auch ein Vergehen gegen die VRStVO. vor, weil Josef das Pferdefleisch, ein bezugsbeschränktes Erzeugnis, ohne Bezugsberechtigung, also ohne Karten, abgegeben hat.

Zelle ist gleichfalls wegen eines Wirtschaftsverbrechens schuldig und strafbar. Er hat ebenfalls durch Erwerb des Fleisches unter der Hand in erheblicher Menge dieses dem geregelten Warenverkehr und

3. Das Vernichten und Beiseiteschaffen lebenswichtiger Bedarfsgüter

der Verteilung an die Verbraucher entzogen und deren Bedarf dadurch gefährdet — § 1 Abs. 1 KWVO.

Zelle machte sich ferner durch Bezug bezugsbeschränkter Erzeugnisse, des Pferdefleisches ohne Marken, in Ausübung seines Gewerbes als Gastwirt strafbar — § 1 Abs. 1 VRStVO.

Frau Grün schließlich ist strafbar, weil sie als Verbraucherin 3 Pfund Pferdefleisch ohne Marken bezog — § 2 Abs. 1 VRStVO. Da Frau Grün nur eine geringe Menge Fleisch ohne Marken kaufte, kam für sie ein Verstoß gegen die KWVO. nicht in Betracht — § 1 Abs. 1 KWVO.

Alle Beteiligten sind auch des Preisvergehens schuldig, weil sie Schwarzmarktpreise genommen oder bezahlt haben — § 1 PrStRVO.

175. Wann ist ein Ver- Wer lebenswichtige Erzeugnisse, schieben beschlagnahm- die beschlagnahmt sind, böswillig ter Güter auch ein als in einem Umfange, der die Versor- Wirtschaftsverbrechen gung der Bevölkerung gefährdet, bei- strafbares Beiseite- seiteschafft, macht sich nach der KWVO. schaffen? und der WarVVO. schuldig.

Beispiel: Grün findet in einem zertrümmerten Geschäftshaus 50 Säcke mit je einem Doppelzentner Bohnenkaffee. Er fährt sie von dort ab und verschiebt sie zum Preise von 450 RM. pfundweise.

Grün vergeht sich außer gegen §§ 13 bis 15 WarVVO. und §§ 137, 246 StGB., § 1 PrStRVO. auch gegen § 1 Abs. 1 KWVO. und macht sich strafbar.

Bohnenkaffee war zwar nicht bezugsbeschränkt, aber beschlagnahmt. Kaffee gehört zu den lebenswichtigen Erzeugnissen der Bevölkerung.

Mit 100 Zentern Kaffee hätte ein großer Teil der Bevölkerung bei einer Sonderzuteilung von Bohnenkaffee berücksichtigt werden können.

176. Welche Bestimmun- Bei der Schwere eines Wirtschafts- gen gehen vor, wenn verbrechens fallen gleichzeitig vorlie- bei einem Wirtschafts- gende Verstöße gegen die VRStVO. verbrechen gleichzeitig oder die WarVVO. nicht ins Ge- Verstöße gegen Ver- wicht. brauchsregelungs- und Beschlagnahmebestim- mungen vorliegen?

Deshalb wird gegen den Großschieber oft nur wegen Wirtschaftsverbrechens Anklage erhoben. Das ist zulässig — vgl. § 154 StPO.

Beispiel: Das Schwarzschlachternest im Eigenheim. Zahlreiche Schwarzschlachtungen waren in einem Eigenheim in einem Hamburger Vorort erfolgt. Das Grundstück lag für diese Zwecke sehr günstig. Es war abgelegen und einsam, so daß Außenstehende nicht leicht von den Vorgängen Kenntnis erhalten konnten.

Die Bewohner des kleinen Eigenheims waren die Angeklagten Gellert und

Winter. Die Schlachtungen wurden von dem Angeklagten Freimann ausgeführt. Dieser war Schlachter von Beruf.

Freimann lernte nämlich eines Tages einen Mann kennen, der offensichtlich Viehverschiebungen im Großen betrieb. Dieser Mann sagte, er müsse schnellstens 12 bis 16 Tiere schlachten lassen, da er keine Unterbringung für die Tiere habe. Freimann war gegen Zusicherung von Fleisch bereit, die Schwarzschlachtungen durchzuführen. Er setzte sich mit Gellert und Winter in Verbindung, die ihre Küche zur Verfügung stellten.

In der nur sehr kleinen Küche wurden unter primitivsten Verhältnissen in kurzer Folge 6 Kühe, 2 Pferde und 2 Kälber geschlachtet. Unbekannte Händler führten diese Tiere zu und nahmen auch das Fleisch ab. Mit dem geschäftlichen Teil der Fleischschieberungen hatten weder Freimann noch Gellert und Winter das geringste zu tun. Freimann erhielt für jede Schlachtung etwa 20 bis 30 Pfund Fleisch. Gellert und Winter wurden mit kleineren Fleischmengen abgefunden.

Der Händler, seine Hintermänner und die Aufkäufer des Fleisches waren nicht ermittelt worden.

Freimann, Winter und Gellert hatten sich wegen Beiseiteschaffens lebenswichtiger Erzeugnisse strafbar gemacht. Es waren gegen sie empfindliche Strafen am Platze. Gerade ihre Mitwirkung an den Fleischschieberungen war von ausschlaggebender Bedeutung.

Gellert und Winter erhielten Gefängnisstrafen von neun Monaten, während der Angeklagte Freimann zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten verurteilt wurde. Sie hatten sich wegen Wirtschaftsverbrechens schuldig gemacht — § 1 Abs. 1 KWVO —, aber auch durch den eigenen Bezug von Fleisch gegen die VRStVO. verstoßen. Indessen konnten diese Verstöße wegen der Schwere des vorliegenden Wirtschaftsverbrechens bei der Verurteilung als nicht so wichtig außer Betracht bleiben.

177. Wann liegt Hehle- An Waren, die lediglich unter Ver-
rei vor, wenn Waren, stoß gegen die Kriegswirtschafts-
die „beiseitegeschäft“ bestimmungen beiseitegeschäft
wurden, erworben wer- sind, kann Hehlerei nicht begangen
den? werden.

Beispiel: Großschieber Brandt kauft in großen Mengen Lebensmittel ohne Marken zu Schieberpreisen. Sein Lieferant ist der Kolonialwarenhändler Klick, der die Lebensmittel auf Grund seiner geschäftlichen Beziehungen sich ohne Bezugsberechtigung verschafft.

Brandt vergeht sich durch Bezug bezugsbeschränkter Waren ohne Bezugsberechtigung gegen die Verbrauchsregelungsstrafbestimmungen. Da seine Schieberungen großen Umfang annehmen, liegt auch ein Wirtschaftsverbrechen vor. Durch den Ankauf der Lebensmittel von seinem Lieferanten hat er die Waren dem ordnungsmäßigen Verteilungsgange entzogen, also beiseitegeschafft.

Hehlerei liegt hier nicht vor. Zwar hat auch der Lieferant des Brandt, der Kolonialwarengroßhändler Klick, die Lebensmittel durch eine strafbare Handlung, durch Verstoß gegen die KWVO., erlangt, indem er sie ohne Bezugsberechtigungen kaufte, also selbst beiseiteschaffte. Brandt wußte das auch.

Hehlerei liegt nur dann vor, wenn Brandt Waren, die durch eine strafbare Handlung erlangt sind, durch die das Vermögen eines anderen geschädigt wurde, aufkauft, z. B. wenn Brandt von Klick Diebesgut erworben hätte. Bei Erwerb von Waren, die lediglich ohne Bezugsberechtigungen, also unter Verstoß gegen die KWVO. (oder VRStVO.), von dem Lieferanten bezogen sind, wird das Vermögen eines anderen nicht geschädigt, sondern es werden nur Wirtschaftsbestimmungen verletzt.

c) Das Zurückhalten von Rohstoffen und Erzeugnissen.

178. Was bedeutet Zurückhalten von Rohstoffen und Erzeugnissen? Zurückhalten liegt vor bei vorübergehender Herausnahme lebenswichtiger Rohstoffe und Erzeugnisse aus dem geregelten Verkehr.

Beispiel: Kaufmann Born erhält durch einen günstigen Einkauf einen großen Posten Babywäsche. Er möchte sie einstweilen auf Lager nehmen, denn er vertraut der Währung nicht. Er möchte die Ware erst veräußern, wenn eine Stabilisierung der Geldverhältnisse eingetreten ist. Born bringt die Wäsche in einen Keller seines früheren Ausweichlagers, das er zum Schutze seiner Waren gegen Bombenangriffe gemietet hatte. Die Ware bucht er aus seinen Warenbestandsbüchern aus und verschweigt den Posten, als ihn das Wirtschaftsamt auffordert, Bestandsmeldungen abzugeben.

Born macht sich durch Zurückhalten lebenswichtiger Erzeugnisse des Wirtschaftsverbrechens schuldig, da er große Posten Babywäsche zurückhält.

Jede ungesunde, spekulative Zurückhaltung („Hortung“) lebenswichtiger Güter durch den Händler gefährdet die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung.

Lebenswichtige Rohstoffe und Erzeugnisse sollen vom Produzenten und Händler oder dem Verteiler binnen angemessener Frist dem Verbraucher zugeführt werden. Der Kaufmann, der im Rahmen seines Geschäftsbetriebes Vorräte einlagert, muß sie umsetzen. Dafür hat er die Ware erhalten.

4. Die böswillige Gefährdung der Bedarfsdeckung

179. Wann ist die „Bedarfsdeckung“ gefährdet?

Wer lebenswichtige Güter vernichtet, beiseiteschafft oder zurückhält in einer Menge, mit der über hundert Normalverbraucher während einer Versorgungsperiode hätten versorgt werden können, gefährdet die Bedarfsdeckung der Bevölkerung.

Beispiel: Die Handwerker brechen ihm das Genick: Diebstahl und Bezug bezugsbeschränkter Erzeugnisse. Sieben Jahre lang war Börmann bei einer Konsumgenossenschaft beschäftigt gewesen. Als Schlachter war er in der Wurstmacherei tätig. Seine Führung war einwandfrei.

Anfang 1945 begann Borrmann damit, wöchentlich etwa ein Pfund Fleisch aus dem Betrieb zu entwenden. Er verstand es, die Kontrollen zu umgehen. Die Gesamtmenge, die Borrmann entwendete, belief sich auf etwa 30 Pfund. Für die Zeitverhältnisse bezeichnend war der Anlaß zu diesen Taten: Die eigene Versorgung spielte nämlich nicht die entscheidende Rolle. Borrmann hatte jedoch größtes Interesse daran, sein Behelfsheim winterfest aufzubauen. Den Handwerkern mußte er aber einen Anreiz geben. Für sie bestahl er seinen Arbeitgeber. Die Forderungen der Handwerker brachen ihm das Genick.

Beiläufig ergab sich auch ein kleines Tauschgeschäft. Der Mitangeklagte Wulf hatte von seiner Zuteilung 4 Pfund Zucker erübrigt, die er mit dem Angeklagten Borrmann gegen 4 Pfund Wurst eintauschte.

Der Angeklagte Borrmann wurde wegen fortgesetzten Diebstahls mit 5 Monaten Gefängnis bestraft.

Ein Wirtschaftsverbrechen lag nicht vor, da die Menge der von Borrmann dem geregelten Verkehr entzogenen Fleischwaren nicht so erheblich war, daß sie eine Gefährdung der Versorgung zur Folge haben konnte.

Der Erwerb des Zuckers durch Borrmann war nicht zu beanstanden, da Wulf sich die dem Borrmann überlassene Menge aus seinen Rationen ersparte.

Wulf wurde aber wegen unberechtigten Bezuges bezugsbeschränkter Fleischwaren zu einer Geldstrafe von 150 RM. verurteilt — § 2 VRStVO. Hehlerei kam bei Wulf nicht in Betracht, da er von den Diebstählen keine Kenntnis hatte.

180. Wann liegt eine „Gefährdung“ der Bedarfsdeckung vor? Die Versorgung ist schon in Gefahr gebracht, auch wenn die verschobene Ware durch rechtzeitigen Zugriff der Polizei für die allgemeine Versorgung noch gerettet wird.

Beispiel: Der Lebensmittelgroßhändler Lex will 10 Zentner Sirup unter der Hand verschieben, um sich zu sanieren, weil er durch Spekulationen größere Verluste erlitt. Er sucht Mittelsmänner, die den Absatz des Sirups auf dem Schwarzen Markt vornehmen sollen.

Die Polizei hat von der beabsichtigten Schiebung Wind bekommen. Sie läßt den Kriminalinspektor Dole Verbindung mit Lex aufnehmen. Dole sucht Lex auf und erklärt sich zum Schein bereit, den Sirup zum Schwarzmarktpreis zu übernehmen. Nunmehr greift Dole zu und verhaftet Lex wegen versuchten Beiseiteschaffens lebenswichtiger Erzeugnisse.

Lex machte sich wegen versuchten Wirtschaftsverbrechens strafbar.

Auch wenn die Ware, die verschoben werden soll, durch rechtzeitigen Zugriff der Polizei für die allgemeine Versorgung gerettet wird, ist diese durch die beabsichtigte Verschiebung in Gefahr gebracht,

Erst recht ist die Versorgung gefährdet, wenn die Polizei „im letzten Augenblick“ zugreift.

Beispiel: Kriminalbeamte kommen hinzu, als der Großhändler Lex 10 Fässer Sirup gerade an den Großschieber Brandt übergeben und dieser die Ware verladen hat.

Hier machten sich Lex und Brandt durch Beiseiteschaffen lebenswichtiger Erzeugnisse strafbar. Es ist nicht erforderlich, daß durch die Schiebung die lebenswichtigen Erzeugnisse für die allgemeine Versorgung bereits endgültig verloren gegangen sind.

181. Was heißt „böswillig“?

Wer sich bewußt über die Wirtschaftsbeschränkungen aus selbstsüchtigen Gründen auf Kosten der Allgemeinheit hinwegsetzt, handelt böswillig. Der Großschieber ist immer böswillig.

Beispiel 1: Zapp, ein früherer Tankstellenbesitzer, dessen Tankstelle seit einiger Zeit stillgelegt ist, behält sich 10 Fässer mit je 1000 Litern Benzin zurück. Die 10 Fässer versteckt er in einem Kartoffelkeller, um sie zu verschieben.

Zapp macht sich durch Beiseiteschaffen des Benzins in einer die Bedarfsdeckung gefährdenden Menge strafbar.

Er ist auch böswillig, denn er hat aus einer gemeinen, niedrigen Gesinnung heraus lebenswichtige Erzeugnisse in größeren Mengen beiseitegeschafft.

Beispiel 2: Franz, ein Bekannter des früheren Tankstellenbesitzers Zapp, weiß, daß Zapp in seinem Keller 10 Fässer Benzin versteckt hat, um sie zu verschieben. Franz läßt 3 Fässer Benzin auslaufen.

Hat Franz hier das Benzin „vernichtet“ und sich dadurch eines Wirtschaftsverbrechens schuldig gemacht?

Man kann Sachen auch „vernichten“, die bereits „beiseitegeschafft“ sind. Der Bestrafung des Franz wegen Wirtschaftsverbrechens infolge Vernichtung lebenswichtiger Erzeugnisse steht also nicht entgegen, daß Zapp seinerseits das Benzin durch Verbringung in den Keller beiseiteschaffte.

Nun fragt sich aber, ob Franz böswillig handelte, wenn er die drei Fässer Benzin auslaufen läßt, um sich an Zapp zu rächen, weil dieser ihn wegen eines Preisvergehens angezeigt hatte?

Auch in diesem Falle ist Franz wegen Vernichtens lebenswichtiger Erzeugnisse unter böswilliger Gefährdung der Deckung des Bedarfs der Bevölkerung strafbar — § 1. Abs. 1 KWVO.

Franz ist zwar nicht der Typ des Großschiebers. Er hat aber aus einer gemeinen Gesinnung heraus das Benzin auslaufen lassen. Er wollte seine Rachegelüste befriedigen, weil Zapp ihn anzeigte. Das zeugt von einer gemeinen, häßlichen Gesinnung.

182. Wann ist bei Gefährdung der Bedarfsdeckung durch Vernichtung (Beiseiteschaffen oder Zurückhalten) lebenswichtiger Güter „Böswilligkeit“ zu verneinen?

Beispiel: Bolle, ein Freund des Tankstellenbesitzers Zapp, weiß, daß Zapp in seinem Keller mehrere Fässer Benzin hat. Bolle will sich einen Scherz erlauben. Nach einer feucht-fröhlich verbrachten Nacht kommt er auf die Idee, zwei Fässer anzuschlagen. Er möchte sehen, was Zapp für ein Gesicht macht, wenn er das Benzin aus dem Keller fließen sieht, wo es zu einem Abflußrohr abläuft.

Bolle vernichtet ein lebenswichtiges Erzeugnis, nämlich Benzin. Er gefährdet dadurch auch die Bedarfsdeckung, denn die zwei Fässer Benzin enthielten erhebliche Benzinmengen.

Bolle handelte hier aber nicht böswillig. Sein Handeln ist zwar dumm, unüberlegt und einfältig. Böswillig handelt nur, wer aus einer unanständigen, gemeinen, also einer bösen Gesinnung heraus eine Tat begeht.

Bolle macht sich wegen Sachbeschädigung strafbar — § 303 StGB.

5. Einzelfragen

a) Das „Hamstern“.

183. Wann sind
Hamsterkäufe
Wirtschaftsverbrechen?

Große Hamsterkäufe in einem die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdenden Umfange, auch wenn die Waren nicht bezugsbeschränkt oder beschlagnahmt sind, können Wirtschaftsverbrechen durch Beiseiteschaffen lebenswichtiger Rohstoffe oder Erzeugnisse darstellen.

Beispiel: Händler Brandt kauft eine Million Feuersteine für Feuerzeuge auf. Er lagert sie ein, in der Hoffnung, sie später gewinnbringend verschoben zu können.

Feuersteine sind weder bezugsbeschränkt noch beschlagnahmt. Jeder kann sie kaufen, aber sie sind sehr knapp. Sie sind selten oder fast gar nicht zu haben. Sie sind auch für die Bevölkerung lebenswichtig, da Streichhölzer ebenfalls schwer erhältlich und überdies bezugsbeschränkt sind.

Brandt hat durch diesen großen Hamsterkauf die Feuersteine beiseitegebracht und sich wegen Wirtschaftsverbrechens strafbar gemacht. Auch bei nicht bezugsbeschränkten und nicht beschlagnahmten Waren können große Hamsterkäufe lebenswichtiger Güter die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährden, weil sie dem ordnungsmäßigen Handelsverkehr entzogen werden.

184. Ist das „Hamstern“ Das Aufsparen bezugsbeschränkter Lebensmittel, die auf Karten bezogen oder zulässigerweise aus Selbstversor-

gerrationen entnommen oder mit Liebesgabenpaketen (Carepaketen usw.) geschenkt sind, ist niemals unzulässiges Hamstern.

Beispiel: Der Filialleiter eines Tabakwarengeschäfts, Simon, der in der Lage ist, in großem Umfange seine Deputatzigaretten aufzusparen, bringt diese Zigaretten nicht „beiseite“. Er entzieht sie nicht dem geregelten Warenverkehr. Er hamstert nicht in unzulässiger Weise. Er kann mit seinen Deputatzigaretten tun und lassen, was er will. Sie dienen nicht mehr dem Bedarf der Bevölkerung.

b) Die Schwarzschlachtung.

185. Ist Schwarzschlachtung ein strafbares Beiseiteschaffen stellt die sog. Schwarzscheitelschlachtung dar.
tiger Güter?

Beispiel: Viehdiebstahl und Schwarzschlachtungen.

Ein schwerer Fall von Viehdiebstählen, deren Seele der Angeklagte Grahl war, wurde im Sommer 1946 vor einem Hamburger Gericht abgeurteilt.

Grahl befand sich in schwierigen häuslichen Verhältnissen. Seine Frau war krank und konnte nicht richtig wirtschaften. Die Familie stand, wie der Angeklagte schilderte, buchstäblich vor dem Verhungern. Diese Zustände ließen Grahl auf den Gedanken kommen, sich ein Pferd von der Weide zu stehlen und das Tier zu schlachten. Den Plan führte er aus.

Von dem Fleisch des geschlachteten Pferdes verkaufte Grahl etwa 180 Pfund zum Preise von durchschnittlich 18 RM. je Pfund. Der Rest wurde seinem Haushalt zugeführt. Damit war der Haushalt des Grahl auf längere Zeit mit Fleischwaren versorgt und die unmittelbare Not behoben.

Die Leichtigkeit, mit der er seine Tat hatte ausführen können, brachte ihn dazu, noch einmal auf den Pferdediebstahl auszugehen. Dieses Mal war nicht mehr die häusliche Not die Triebfeder seiner Handlungsweise, sondern die Erkenntnis, daß sich im Schwarzhandel sehr leicht und sehr viel Geld verdienen ließe, wenn man nur die Ware billig besorgen konnte. So kam es, daß Grahl bereits zwei Wochen nach dem ersten Pferdediebstahl von einer anderen Weide der gleichen Ortschaft zwei Pferde stahl. Hierbei half ihm der Angeklagte Hinz, den Grahl zu überreden verstanden hatte. Zuerst wollte Grahl Kühe stehlen. Es gelang jedoch nicht, sie einzufangen. Pferde ließen sich leichter greifen. Die beiden Pferde wurden von Hinz und Grahl geschlachtet; das Fleisch ging den vorgesehenen Weg und wanderte in den Schwarzhandel.

Grahl und Hinz wurden wegen Wirtschaftsverbrechens und Diebstahls verurteilt — § 1 Abs. 1 und 3 KWVO., § 242 StGB.

Hinz, der bisher unbestraft durchs Leben gegangen war, erhielt sieben Monate Gefängnis und 500 RM. Geldstrafe.

Bei Grahl konnte das Gericht keine Milderungsgründe anerkennen; wenn auch der erste Viehdiebstahl aus Not begangen war, so trat bei dem zweiten Diebstahl die Gewinnabsicht und der Eigennutz des Beklagten allzu kraß in Erscheinung. Grahl erhielt eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und vier Monaten sowie eine Geldstrafe von 1000 RM.

Beide wurden außerdem verurteilt, den erzielten Mehrerlös auszugeben.

186. Was ist Schwarzschlachtung? Schwarzschlachtung ist die Schlachtung von Vieh ohne Einhaltung der für sie bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Bei jeder Schlachtung sind die Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes einzuhalten und insbesondere vorher die Genehmigungen der Bewirtschaftungsstellen (Ernährungsamt, Viehwirtschaftsverbände) einzuholen.

Beispiel: Die zweimal verunglückte Ochsen Schlachtung.

Der 35 Jahre alte Dietz war, wie so viele andere, nach dem Kriege aus dem Berufsleben geworfen. Die Ernährung seiner Familie — er hatte vier kleine Kinder — machte ihm viel Kopfzerbrechen. Eines Tages bot sich ihm unvermutet die Möglichkeit eines gewinnversprechenden Geschäfts. Dietz machte die Bekanntschaft eines Gutspächters, der ein Pachtgut räumen mußte. Der Gutspächter wollte aber seinen Viehstapel verschieben. Er machte sich deshalb daran, die Tiere zu hohen Preisen zu verkaufen. Auch Dietz kaufte zwei Ochsen von ihm zum Preise von zusammen 10 000 RM. Den ersten Ochsen bezahlte er sofort.

Dietz faßte nun den Plan, den Ochsen irgendwo schwarz zu schlachten und das Fleisch mit Gewinn im Schwarzhandel abzusetzen. In St. Pauli sah er sich nach Käufern um. Sehr bald fand er zwei Männer, die ihm das gesamte Fleisch abnehmen wollten.

In einem Gehölz in der Nähe eines Hamburger Vorortes vereinbarte man ein nächtliches Treffen. Die unbekannten Käufer erschienen mit einem Lastwagen ohne polizeiliches Kennzeichen. Dietz holte mit seinem Freunde Schröder den Ochsen ab und schlachtete ihn zusammen mit den beiden Käufern in den Nachtstunden.

Als das Fleisch verladen war, bat Dietz um Zahlung. Unversehens erhielt er aber von einem der Käufer einen Stoß vor die Brust. Die Unbekannten bestiegen den Wagen und fuhren davon, ohne daß Dietz und Schröder die Abfahrt verhindern konnten. Derart wurde Dietz geprellt.

Der Verlust der 5000 RM. ließ ihm keine Ruhe. Um sich schnellstens zu sanieren, nahm Dietz den zweiten Ochsen ab, ohne ihn jedoch sofort bezahlen zu können. Dieses Mal wollte er sicher gehen. Bei einer bekannten Familie ließ er das Tier durch den Schlachter Land schlachten. Auch Schröder war wieder behilflich.

Auch Abnehmer hatte Dietz wiederum gefunden. Dieses Mal schienen ihm die Käufer seriös und sicher. Als das Fleisch übergeben werden sollte, stellten sich die Käufer als Beamte der Kriminalpolizei vor, denen Dietz ins Garn gegangen war.

Dietz hatte sich wegen zweier Fälle der Schwarzschlachtung, also eines Wirtschaftsverbrechens, zu verantworten — § 1 Abs. 1 KWVO. Da er sich schwerwiegend und hartnäckig gegen die Belange der Allgemeinheit vergangen hatte, traf ihn eine Gefängnisstrafe von einem Jahr zwei Monaten. Der Freund Schröder und der Schlachter Land erhielten wegen Beihilfe zu der Straftat des Dietz Gefängnisstrafen von je drei Monaten. Der Gutspächter war flüchtig geworden.

187. Was verstand man Früher verstand man unter Schwarzfrüher noch unter - schlachtung auch die Schlachtung, die Schwarzschlachtung? unter Hinterziehung der Schlachtsteuer vorgenommen wurde.

Beispiel: Wenn der Bauer schlachtete, hatte er eine Steuer zu entrichten, die sogenannte Schlachtsteuer.

Die Schlachtsteuer ist aber inzwischen durch Verordnung vom 26. April 1942 (RGBl. I, S. 259) fortgefallen.

188. Was bestimmt das Nach dem Fleischbeschaugesetz Fleischbeschaugesetz? vom 29. Oktober 1940 (RGBl. I, S. 1463) müssen sämtliche Schlacht-tiere durch den Fleischbeschauer untersucht werden, Pferde durch Tier-ärzte. Bei Schweinen hat nach der Schlach-tung eine Trichinenschau stattzufinden.

Beispiel: Bauer Reich will ein Schwein schlachten lassen. Ein Fleisch-beschauer hat das Fleisch zu untersuchen. Diese Untersuchungspflicht be-steht — vor und nach der Schlachtung — für Schweine, Rinder, Schafe, Ziegen, Pferde usw., deren Fleisch zum Genuß durch Menschen verwendet werden soll, und zwar auch dann, wenn das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt verwendet werden soll (sogenannte Hausschlachtung).

189. Wie erteilen die Die Genehmigung wird durch Aus-Bewirtschaftungsstellen stellung eines sog. Schlachtscheines die Genehmigung zur erteilt. Schlachtung?

Beispiel: Der Bauer Reich will drei Schweine schlachten. Er muß dazu beim Ernährungsamt um Genehmigung nachkommen. Wird die Genehmi-gung erteilt, so erhält er einen Schlachtschein. Wenn Reich ohne Schlachtschein schlachtet, schlachtet er schwarz.

190. Was ist eine Hausschlachtung? Hausschlachtung ist eine Schlach-tung von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen, die nicht gewerblich, sondern zur Deckung des eigenen Fleisch-bedarfes des Bauern, der Selbst-versorger ist, und seiner Familienange-hörigen vorgenommen wird.

Beispiel: Wenn der Bauer Reich im Herbst für seinen Bedarf und den Bedarf seiner Familie mit Genehmigung des Wirtschafts-amtes ein fettes Schwein schlachtet, so nennt man diese Schlachtung „Hausschlachtung“.

191. Ist eine Selbstversorger bedürfen zu jeder Hausschlachtung schriftlichen Genehmigung des Ernährungs-genehmigungspflichtig?

amtes — § 7 der VO. über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen vom 7. Sept. 1939 (RGI. I, S. 1714).

Beispiel: Klein hat ein kleines Ferkel von einem Freunde als Geschenk erhalten. Er beschloß, dieses Tier großzuziehen. Die notwendigen Futtermittel erhielt er auch von Freunden und Bekannten. Er sammelte auch Abfälle und beschaffte sich Futter im Tauschwege.

Klein hatte die Schweinehaltung nicht gemeldet. Als das Tier ein Lebendgewicht von 250 Pfund erreicht hatte, schlachtete er es ohne Genehmigung.

Klein machte sich eines Wirtschaftsverbrechens schuldig, da er durch die Schwarzschiachtung Fleisch, also ein lebenswichtiges Erzeugnis, beiseitebrachte und dadurch den Bedarf der Bevölkerung gefährdete.

Eine Hausschlachtung ohne Genehmigung ist Schwarzschiachtung.

Klein wurde wegen Wirtschaftsverbrechens zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt.

192. Welche Tiere sind für Pferde ist jede Hausschlachtung von der Hausschlachtung unzulässig.
ausgenommen?

Beispiel: Der Bauer Reich darf ein schlachtreifes Pferd nicht selbst zur eigenen Versorgung schlachten. Eine solche Hausschlachtung ist unzulässig.

193. Was ist für jede Bei jeder Schlachtung, auch für Schlachtung vorgeschrieben? Hausschlachtungen, ist eine amtliche Gewichtsbestimmung vorgeschrieben. Das Gewicht wird auf dem Schlachtschein oder auf einer Wiegekarte verzeichnet.

Beispiel: Wenn der Bauer Reich ein Schwein schlachtet, muß eine amtliche Gewichtsbestimmung auf einer öffentlichen Waage erfolgen. Zu diesem Zweck haben die Viehwirtschaftsverbände besondere amtliche Wägen eingesetzt, die die Verwiegung des Schlachtviehs vornehmen und das festgestellte Gewicht in dem Schlachtschein oder auf einem Wiegezettel eintragen.

Der Selbstversorger hat die Wiegekarte dem Genehmigungsbescheid darüber, daß er die Hausschlachtung vornehmen kann, hinzuzufügen.

Für Schweine wird das Lebendgewicht, für Rinder, Kälber und Schafe das Schlachtgewicht amtlich festgestellt.

194. Was ist Eine Notschlachtung liegt nur dann vor, wenn zu befürchten ist, daß

1. das Tier bis zur Ankunft des Beschauers sterben oder

2. das Fleisch durch Verschlimmerung des krankhaften Zustandes des Tieres wesentlich an Wert verlieren würde oder
3. wenn das Tier infolge Unglücksfalls sofort getötet werden muß und dies der Tierarzt bestätigt.

195. Ist eine Notschlachtung genehmigungspflichtig?

Jede Not- oder Krankschlachtung ist dem zuständigen Ernährungsamt unverzüglich anzuzeigen und die Genehmigung einzuholen.

Beispiel: Wolf hatte ein kleines Haus mit 150 Quadratmetern Land. Er hielt sich ein kleines Pony, teils zum Vergnügen seiner Kinder, teils zur Bewirtschaftung seines Landes.

Eines Tages wird das Pferdchen krank. Der Tierarzt stellt Kolik fest. Die Behandlung bleibt jedoch erfolglos. Der Zustand verschlechtert sich sehr schnell. Eines Tages kommt um die Mittagszeit plötzlich der elfjährige Sohn, der kleine Wolf, mit der Nachricht angelaufen, das Pferd sei tot. Wolf geht sogleich in den Stall. Er findet dort das Tier regungslos. Der Körper ist jedoch noch warm. Ein schnell herbeigerufener Freund bestätigt, daß noch Leben in dem Körper ist. Nun ist schnelles Handeln geboten, um wenigstens das Fleisch noch retten zu können. Gemeinsam sticht man das Pferd ab. In den Nachmittagsstunden zerlegt Wolf das Tier und teilt das Fleisch in Pakete von 5 bis 10 Pfund auf. Im ganzen hat Wolf immerhin 250 Pfund Fleisch auf diese Weise erhalten.

Bald ist in der Siedlung große Freude. Alle Nachbarn, Freunde und Bekannten des Wolf werden bedacht. Jeder erhält sein Fleischpaketchen. Wolf verlangt keinen Pfennig für diese Geschenke. Die bedachten Familien verzehren das Fleisch, einige sind vorsichtig und geben es an Hund und Katze weiter.

Wolf macht sich eines Wirtschaftsverbrechens schuldig. Er hat Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, beiseitegeschafft, weil er sie dem geregelten Verbrauch entzieht.

Auch Pferdefleisch gehört zu den bewirtschafteten Waren. Das Fleisch geschlachteter Pferde muß daher dem allgemeinen Verbrauch zugeführt werden. Wolf nahm zwar eine Notschlachtung vor. Er hätte aber die Pflicht gehabt, das Ernährungsamt von der Schlachtung und dem Anfall des Fleisches in Kenntnis zu setzen und den Bescheid des Amtes abzuwarten.

196. Wann ist Schwarzschlachtung ein Wirtschaftsverbrechen?

Schwarzschlachtung ist Wirtschaftsverbrechen, wenn dadurch die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdet wird.

197. Wann ist bei einer Schwarzschlachtung die Bedarfsdeckung gefährdet?

Fleisch, das ausgereicht hätte, um während einer Kartenperiode mehr als hundert Normalverbraucher zu versorgen, ist, wenn

es dem Verteilungsgange entzogen wird, in einer Menge beiseitegeschafft, durch die die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdet wird.

Beispiel: Der Bauer Reich hat zwei fette Schweine geschlachtet. Beide Schweine hatten ein Gewicht von je 250 Pfund. Diese Menge hätte ausgereicht, um mehr als 100 Normalverbraucher während einer Lebensmittelperiode mit Fleisch zu versorgen. Der Bauer Reich hat deshalb die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdet.

198. Liegt ein strafbares Beiseiteschaffen des Fleisch nur gegen Fleischmarken vor, wenn das aus einer Schwarzschlachtung stammende Fleisch nur gegen Fleischmarken verkauft wird? Auch dann, wenn der Schwarzhändler das Fleisch nur gegen Marken abgibt; schafft er Fleisch beiseite, weil er es der staatlichen Kontrolle entzieht.

Beispiel: Der Viehgroßhändler Gall hat durch schlechte Wirtschaftsführung gegenüber dem Ernährungsamt erhebliche Fehlbestände. Er bekommt aus diesem Grunde eine geringere Zuteilung. Um dieses Manko auszugleichen, schlachtet er zehn Rinder schwarz und gibt sie an seine Abnehmer auf Bezugsberechtigungsscheine ab.

Auch hier machte sich Gall durch Schwarzschlachtung, also durch Beseitigung von Fleisch, wegen eines Wirtschaftsverbrechens strafbar.

199. Wann liegt außer Schwarzschlachtung auch noch Preisvergehen vor? Wird das aus der Schwarzschlachtung stammende Fleisch zum Überpreis verschoben, so liegt außer Wirtschaftsverbrechen auch noch ein Preisvergehen vor.

Beispiel: Schwarzschlachtungen und Preisvergehen. Was ist „Mehrerlös“?

Die Angeklagten Hellwig und Brenner kaufen sich gemeinsam unter der Hand, d. h. ohne Erfüllung der heute zum Pferdekauf notwendigen Formalitäten, ein Pferd. Sie zahlen den Preis von 2000 RM. Das Pferd schlachten sie und setzen das Fleisch bis auf einen Zentner, den sie für sich selbst verbrauchen wollen, im Schwarzhandel ab. Der Angeklagte Hellwig setzt anderthalb Zentner auf dem Schwarzen Markt in St. Georg pfundweise ab und erzielt Preise zwischen 10 und 20 RM. für das Pfund.

Brenner verkauft etwa 90 Pfund mit einem Erlös von fast 600 RM.

Hellwig und Brenner wurden wegen Wirtschaftsverbrechens und Preisvergehens — § 1 Abs. 1 und 3 KWVO., § 1 PrStRVO. — bestraft. Hellwig erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und 900 RM. Geldstrafe. Brenner erhielt drei Monate Gefängnis und 600 RM. Geldstrafe. Hellwig und Brenner wurden ferner wegen Preisvergehens zur Auskehrung des Mehrerlöses von 700 RM. bzw. 500 RM. verurteilt — § 4 PrStRVO.

Bei Berechnung des Mehrerlöses setzte das Gericht den ge-

zahlten Einkaufspreis in Rechnung und wertete lediglich den Verdienst der beiden Angeklagten als Mehrerlös — eine Handhabung, die vielfach angegriffen wird mit der Begründung, das Gesetz verstehe unter Mehrerlös den Unterschiedsbetrag zwischen dem tatsächlich erzielten Preis und dem normalen Friedenspreis. Bei dieser Berechnungsweise wäre der Mehrerlös bedeutend höher.

200. Wann liegt bei einer Schwarzschlachtung auch Urkundenfälschung vor?

Wenn die vorgeschriebenen Bescheinigungen, insbesondere der Schlachtschein, gefälscht oder verfälscht werden, um Schwarzschlachtungen zu ermöglichen, liegt auch Urkundenfälschung vor.

Der Beamte, der falsche Bescheinigungen ausstellt, begeht eine Falschbeurkundung.

Beispiel 1: Der zur Ausstellung eines Schlachtscheins oder einer Hauschlachtungsgenehmigung berechnigte Beamte Zepp gibt Tiere in einer größeren Anzahl zur Schlachtung frei, als zulässig ist.

Beispiel 2: Der amtliche Wäger Klatt setzt ein geringeres als das tatsächlich festgestellte Gewicht ein.

Beide, Zepp und Klatt, machen sich wegen Falschbeurkundung strafbar — §§ 348, 349 StGB.

Der Bauer Reich aber, der den Beamten Zepp und Angestellten Klatt zu solcher Straftat überredet, z. B. den amtlichen Wäger veranlaßt, falsche Gewichtsberechnungen aufzustellen, ist wegen Anstiftung zur Falschbeurkundung im Amte zu bestrafen.

6. Die Strafen

201. Welche Strafen stehen auf Wirtschaftsverbrechen?

Die Strafe für Wirtschaftsverbrechen ist Zuchthaus oder Gefängnis und Geldstrafe.

Wer ein Wirtschaftsverbrechen begeht, hat also mindestens mit einer Strafe von einem Tag Gefängnis oder mit mindestens einem Jahr Zuchthaus — bis höchstens fünf Jahren Gefängnis oder fünfzehn Jahren Zuchthaus — zu rechnen.

Beispiel: Behrens gefährdete mit seinen Schiebungen böswillig die Versorgung der Bevölkerung dadurch, daß er aus Schwarzschlachtungen stammendes Fleisch in großen Mengen auf dem Schwarzen Markt verschob. Kann auf Todesstrafe erkannt werden?

Nein. Zwar sieht die Kriegswirtschaftsverordnung ausdrücklich vor, daß in „besonders schweren Fällen“ der Täter „zum Tode“ verurteilt werden kann. Diese Bestimmung ist jedoch ungültig.

Die Todesstrafe ist durch die Gesetzgebung der Besatzungsmächte (MilReg.Ges. Deutschland Nr. 1 Art. IV Ziff. 8) abgeschafft, ausgenommen für Taten, die

a) durch ein vor dem 30. Januar 1933 geltendes Gesetz oder

b) durch ein von der Militärregierung erlassenes Gesetz mit dem Tode bedroht sind.

Die KWVO. ist nach dem 30. Januar 1933 erlassen worden. Auf Todesstrafe darf daher nicht erkannt werden. Da die KWVO. als Strafe auch die Zuchthausstrafe (außer Gefängnisstrafe und Geldstrafe) vorsieht, kann Behrens, der durch Großschieberungen böswillig die Versorgung der Bevölkerung gefährdete, zu Zuchthaus verurteilt werden.

202. Steht einer Bestrafung wegen Wirtschaftsverbrechens zu Zuchthaus die Bestimmung entgegen, daß Strafen nur in einer Höhe erlassen werden dürfen, die vor dem 30. 1. 1933 zulässig war?	Die Strafbestimmungen der KWVO. sind mit Ausnahme der Bestimmungen über Verhängung der Todesstrafe voll gültig und anwendbar.
--	---

Das Verbot (vgl. Ziff. 8 der „Allgem. Anw. an Richter Nr. 1“; Ziff. 1 der AusfVO. Nr. 1 zum MRGes.) der Besatzungsmächte, eine Strafverschärfung, die gesetzlich nach dem 30. Januar 1933 vorgenommen wurde, anzuwenden, bezieht sich nicht auf Strafvorschriften, die, wie die KWVO., überhaupt erst nach 1933 neu erlassen worden sind.

Beispiel: Bauer Behrens wird wegen fortgesetzter Schwarzschlachtung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Behrens legt Revision ein mit der Begründung, das Gericht habe ihn zu Unrecht zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Das Gericht hätte nur auf eine Strafe erkennen dürfen, die auch vor dem 30. Januar 1933 hätte verhängt werden dürfen. Das Gericht habe also das Verbot, Bestimmungen über die Höhe einer Strafe anzuwenden, die nach 1933 ergangen sind, verletzt.

Vor dem 30. Januar 1933 wären, so läßt Behrens durch seinen Verteidiger ausführen, Schwarzschlachtungen nur wegen Nichtbeachtung der Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes und wegen Hinterziehung der Schlachtsteuer strafbar gewesen. In beiden Strafgesetzen sei aber die Zuchthausstrafe nicht vorgesehen. Das Schlachtsteuergesetz sei auch inzwischen aufgehoben worden. (Das Schlachtsteuergesetz ist durch VO. vom 26. April 1942 [RGBl. I, S. 259] aufgehoben worden.)

Ist die Revision von Erfolg?

Nein, die Bestimmung, Strafen nur in einer Höhe zu erlassen, wie sie vor dem 30. Januar 1933 zulässig waren, bezieht sich nicht auf Fälle, in denen es vor 1933 eine Strafvorschrift noch gar nicht gab, also eine solche nach 1933 überhaupt erst neu erlassen worden ist. (Urteil des OLG. Kiel vom 7. März 1946, Deutsche Rechtszeitschrift 1946, 29.)

Die Vorschriften der KWVO. und der VRStVO. sind erst nach 1933 erlassen, weil erst damals das Bedürfnis auftrat, diese Wirtschaftsfragen gesetzlich zu regeln.

Die im ersten Weltkriege erlassene entsprechende Verordnung über die

Regelung des Fleischverbrauches vom 21. August 1914 war bereits lange vor 1933 aufgehoben; Behrens konnte also wegen fortgesetzten Schwarzschlachtens zu einer Zuchthausstrafe verurteilt werden.

203. Kann ein Wirtschaftsverbrechen mit Geldstrafe gesühnt werden? Mit Geldstrafen können Wirtschaftsverbrechen in keinem Falle abgetan werden.

Beispiel: Fischer ist wegen Wirtschaftsverbrechens angeklagt. Er bittet das Gericht, gegen ihn eine nur geringe Freiheitsstrafe zu verhängen und die Strafe in eine Geldstrafe umzuwandeln. Das ist nicht möglich.

Nur bei Vergehen oder Übertretungen kann, wenn auf eine Freiheitsstrafe von weniger als drei Monaten vom Richter erkannt ist, an Stelle der Freiheitsstrafe eine Geldstrafe ausgesprochen werden, wenn der Zweck der Strafe mit einer solchen Geldstrafe auch erreicht werden kann — § 27b StGB.

Das ist also bei Wirtschaftsverbrechen nicht zulässig. Wirtschaftsverstöße gegen die KWVO. sind „Verbrechen“.

204. Wann muß bei Wirtschaftsverbrechen neben einer Freiheitsstrafe auch auf Geldstrafe erkannt werden? Hat der Wirtschaftsverbrecher in der Absicht gehandelt, sich zu bereichern, so muß er neben der Freiheitsstrafe auch zu Geldstrafe verurteilt werden. Die Höhe der Geldstrafe ist unbeschränkt — § 1 Abs. 3 KWVO.

Beispiel: Beiseiteschaffen von drei Fässern Speiseöl. Fünf junge Leute trafen sich regelmäßig in einer Gastwirtschaft. Es ging ihnen noch verhältnismäßig gut, denn sie alle standen in geregelter Arbeit. Die Ernährungslage machte ihnen jedoch viel zu schaffen. Einer von ihnen meinte, die Verteilung der Lebensmittel sei wohl auch nicht gerecht. Denn einerseits leide die Bevölkerung unter einem katastrophalen Mangel an Fettwaren, während andererseits ganz in der Nähe Speiseöl faßweise gelagert sei. So faßte man den Entschluß, einige Fässer bei Nacht herauszuholen und den Inhalt unter sich zu verteilen.

Die Tat führten die fünf planmäßig aus. Ein Lastwagen wurde bestellt, dessen Fahrer jedoch nichts von dem geplanten Einbruch wußte. Es war leicht, die Außentüren des Lagers zu öffnen und drei Fässer herauszuschaffen. Die Tat blieb völlig unbemerkt. Man fuhr das Öl zu einem bekannten Fuhrunternehmen. Hier sollte die Verteilung am nächsten Tage erfolgen.

Zu ihrer größten Überraschung stellten die Täter bei Tageslicht fest, daß jedes Faß nicht, wie angenommen, 100 Liter, sondern 200 Liter Speiseöl enthielt. Bei der Verteilung wäre nun auf jeden von ihnen ein Quantum von über 100 Litern entfallen. Derartige Mengen konnten die Täter nicht gut nach Hause bringen, da sie unbequeme Fragen der Eltern und Angehörigen befürchteten. Bei einer kleineren Menge wäre wohl ein Auge zugedrückt worden. Eine große Menge deutet jedoch leicht auf einen Diebstahl hin.

So verteilten die fünf Burschen lediglich den Inhalt des einen Fasses. Einer der fünf Angeklagten hatte inzwischen die geschäftlichen Möglichkeiten erkannt. Er schaltete den Schwarzhandel ein. Ein nicht näher bekannter Mann bot 50 000 RM. für die beiden Fässer. Es wurde ein Treffpunkt vereinbart, an dem Ware und Geld übergeben werden sollten.

Der gleiche Fahrer wurde wieder bestellt. Diesmal wurde er jedoch eingeweiht. Trotz anfänglichem Zögern erklärte er sich schließlich bereit, zu fahren. Am Treffpunkt nahmen jedoch Kriminalbeamte die Fässer in Empfang. Die fünf jungen Leute wurden wegen gemeinsamen Beiseiteschaffens lebenswichtiger Bedarfsgüter und schweren Diebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt — § 1 Abs. 1 KWVO., §§ 242, 243 StGB. Da sie in Bereicherungsabsicht handelten, wurde außerdem auf eine Geldstrafe von je 500 RM. erkannt — § 1 Abs. 3 KWVO. Die Geldstrafe muß das Entgelt, das der Täter aus der Schiebung erhielt, und den Gewinn, den er dabei macht, übersteigen. An Stelle der Geldstrafe kann auch eine Vermögens-einziehung erfolgen.

Der Fahrer des Lastwagens erhielt wegen Beihilfe zu dem Wirtschaftsverbrechen und wegen Begünstigung eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen.

205. Was geschieht mit Die Schieberware kann beschlag- der Schieberware, wenn nimmt und eingezogen werden — § 40 die Schiebung entdeckt StGB. wird?

Beispiel: Kaufmann Behler bringt Textilwaren seines Geschäfts in ein Ausweichlager, um sie von dort zu verschieben. Die Waren hat er in seinen Büchern ausgebucht. Das wird entdeckt.

Behler wird wegen Zurückhaltens lebenswichtiger Güter zu einer Gefängnisstrafe und zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die in das „Ausweichlager“ verbrachten Textilien können vom Gericht beschlagnahmt und eingezogen werden — § 40 StGB.

§ 40 StGB. läßt die Einziehung von Erzeugnissen zu, wenn sie zur Begehung einer Straftat gebraucht wurden oder bestimmt sind.

206. Kann der Schieber Die Verurteilung wegen Wirtschafts- auch öffentlich gebrand- verbrechens kann öffentlich bekannt- markt werden? gemacht werden — § 1b KWVO., § 11 VRStVO.

Beispiel: Der Kaufmann Behler wird wegen Zurückhaltens lebenswichtiger Güter, die er in ein Ausweichlager brachte, um sie später verschieben zu können, zu einer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt.

Die Bestrafung von Behler kann öffentlich bekanntgemacht werden.

207. Welche zusätzliche Hat der Schieber unter Ausnutzung Maßnahme kann das seines Berufs oder Gewerbes Wirt- Gericht anordnen, wenn schäftsverbrechen begangen, so kann der Schieber unter Aus ihm die Ausübung seines Berufs unter- nutzung seines Berufs sagt werden — § 421 StGB. oder Gewerbes gehandelt hat?

Beispiel: Kolonialwarenhändler Klick verschafft sich unter Ausnutzung geschäftlicher Beziehungen große Mengen Lebensmittel ohne Bezugsberechtigungen, die er über einen ihm bekannten Schieber dem Schwarzen Markt zufließen läßt.

Klick wird wegen Beiseiteschaffens lebenswichtiger Erzeugnisse unter böswilliger Gefährdung des Bedarfs der Bevölkerung zu einer hohen Zuchthausstrafe und zu Geldstrafe verurteilt.

Außerdem kann ihm die Ausübung seines Gewerbes auf bestimmte Zeit untersagt werden, da Klick sein Gewerbe für seine Schiebungen ausgenutzt hat.

Wird jemand wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das er unter Mißbrauch seines Berufes oder Gewerbes oder unter grober Verletzung seiner beruflichen oder gewerblichen Pflichten beging, zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurteilt, so kann das Gericht ihm auch die Ausübung seines Berufes oder Gewerbes auf die Dauer von mindestens einem, höchstens fünf Jahren untersagen — § 421 StGB.

Beispiel: Kolonialwarenhändler Klick ist wegen Beiseiteschaffens lebenswichtiger Erzeugnisse zu Zuchthaus verurteilt worden. Bei seinen Schiebungen hat er sein Gewerbe als Kolonialwarenhändler mißbraucht. Dann kann ihm das Gericht auch die Berufsausübung auf die Dauer bis zu fünf Jahren untersagen, da die Verurteilung wegen eines Verbrechens zu einer höheren als dreimonatigen Freiheitsstrafe (bei Verurteilung zu Zuchthaus ist die Mindeststrafe ein Jahr) erfolgt ist.

208. Ist auch der Versuch Wirtschaftsverstöße gegen die KWVO. eines Wirtschafts- sind „Verbrechen“. Auch der Versuch verbrochens strafbar? eines solchen Wirtschaftsverbrochens ist strafbar.

Beispiel: Der Mann, der eine Spritze bekam.

Obwohl schon erheblich über 40 Jahre alt, war Richmann noch viereinhalb Jahre Soldat. Nach dem Kriege stand er allen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit gegenüber. Sein eigentlicher Beruf war ihm verschlossen. Aber mit einem sicheren Sinn für die Möglichkeiten leichter und gewinnbringender Geschäfte erkannte er, welche Aussichten der Schwarze Markt bot. Zuerst verkaufte er nur einzelne alte Bekleidungsstücke, die er nicht benötigte, an bedürftige Menschen, die allerdings tief in den Geldsack greifen mußten. Allmählich ging er dazu über, einen regelrechten Handel mit getragenen Bekleidungsstücken zu eröffnen. Die Preise waren stets die im Schwarzhandel üblichen Überpreise und der Verdienst von Richmann war erheblich. Für jeden Mantel oder Anzug, den er umsetzte, ergab sich für ihn ein Reinverdienst von 300 RM. Bei einem Paar Schuhe stellte sich sein Gewinn auf 50 RM. und mehr.

Die Konjunktur bot noch weitere Möglichkeiten. Auch der Handel mit Uhren erwies sich als sehr vorteilhaft. Richmann verdiente in kurzer Zeit etwa 10 000 RM.

Der Appetit kommt beim Essen. Langsam zeichneten sich die Möglichkeiten noch größerer Geschäfte ab. Richmann lernte einen Mann kennen, der an-

C. Großschiebungen mit Karten und Kartenvordrucken

geblich Kommissionär auf dem Schlachthof war. Dieser Mann sollte sein Schicksal werden. Der Kommissionär bot ihm die Lieferung von mehreren Zentnern Butter an. Der Zentner sollte 13 000 RM. kosten. Die Finanzierung eines solchen Geschäfts überstieg aber Richmanns Möglichkeiten.

Da tauchte im rechten Augenblick ein Kriegskamerad auf, der sich gern an dem Geschäft beteiligen wollte. Der Kriegskamerad, ein Herr Maurer, übergab Richmann 26 000 RM. zum Ankauf von zwei Zentnern Butter. Maurer hatte bereits Hintermänner an der Hand, um den Posten weiterzuverschieben. Um den Ankauf eines dritten Zentners zu finanzieren, griff Richmann auf die verdienten 10 000 RM zurück. Seine Ehefrau stellte ihm weitere 3000 RM. zur Verfügung. Man begab sich gemeinsam in eine kleine Gastwirtschaft unweit des Schlachthofs. Richmanns Frau und Maurer sollten in der Gastwirtschaft warten, bis Richmann mit der Butter zurückkam. Er versprach, in einer Viertelstunde wiederzukommen. Die Beiden warteten jedoch zunächst vergeblich.

Richmann hatte inzwischen den Kommissionär am Eingang des Schlachthofes getroffen und ihm die 39 000 RM. gegeben. Der Kommissionär versprach ebenfalls, in einer Viertelstunde wiederzukommen. Er verschwand und wurde nicht mehr gesehen. Nachdem Richmann längere Zeit auf ihn gewartet hatte, wurde es ihm allmählich klar, daß er eine sog. „Spritze“ bekam.

Maurer war mißtrauisch und wollte seinem Freund Richmann die Geschichte von dem verschwundenen Kommissionär nicht abnehmen. Er zeigte Richmann bei der Kriminalpolizei an und Richmann wurde zum Nachteil des Maurer wegen Betruges unter Anklage gestellt. In der Hauptverhandlung kam das Gericht jedoch zu der Auffassung, daß Richmanns Schilderung den Tatsachen entsprechen müsse. Richmann konnte daher nicht wegen Betruges verurteilt werden. Er war jedoch wegen eines versuchten Wirtschaftsverbrechens, nämlich der versuchten Schiebung von drei Zentnern Butter, zu bestrafen — § 1 Abs. 1 KWVO.

In der Hauptverhandlung kam auch der Handel mit alten Kleidungsstücken zur Sprache. Hier handelte es sich lediglich um ein Preisvergehen — § 1 PrStVO. Richmann erhielt für den Handel mit Kleidungsstücken zu Überpreisen eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und für die versuchte Butterschiebung eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten, die zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis zusammengezogen wurden. Der durch den Schwarzhandel erzielte Mehrerlös wurde eingezogen.

Richmanns Frau, die durch die Bereitstellung von 3000 RM. das beabsichtigte Geschäft unterstützen wollte, wurde wegen Beihilfe zu dem Wirtschaftsverbrechen ihres Mannes mit einer Gefängnisstrafe belegt. Maurer war inzwischen flüchtig geworden.

C. Großschiebungen mit Karten und Kartenvordrucken

— § 1 Abs. 2 KWVO. —

Wirtschaftsverbrecher ist nicht nur, wer Rohstoffe und Erzeugnisse beiseiteschaft usw. — § 1 Abs. 1 KWVO. —, sondern auch, wer Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen oder deren Vordrucke, also Karten oder Kartenvordrucke, beiseiteschaft oder nachmacht oder nachgemachte Karten oder Kartenvordrucke in den Verkehr bringt oder sich verschafft.

1. Allgemeines

209. Was sind
Kartenvordrucke?

Kartenvordruck ist die Karte, solange diese noch nicht fertig gedruckt und nicht mit dem Namen eines Inhabers ausgefüllt ist.

Beispiel: Abel ist in einer Druckerei, die dem Druckereibesitzer Meisel gehört, tätig. Meisel hat den Auftrag, Lebensmittelkarten zu drucken. Er ordnet an, die bei dem Druck der Karten entstandenen Überschüsse an Papier und die Fehldrucke zu verbrennen.

Abel entwendet wiederholt überschüssiges, als Fehldrucke nicht mehr brauchbares Papier, das der Druckerei für den Druck der Lebensmittelkarten geliefert war, und gibt es an Bebel weiter.

Abel hat Vordrucke über Bezugsberechtigungen durch Diebstahl beiseiteschafft — § 242 StGB., § 1 Abs. 2 KWVO.

Auch Fehldrucke, sog. Makulaturbogen, sind Vordrucke.

Auch Bebel macht sich wegen Wirtschaftsverbrechens strafbar — § 1 Abs. 2 KWVO. Er nahm die Makulaturbogen von Abel an, er kannte ihre Herkunft und wollte sie als Marken verwenden.

Bevor die Karten an den Verbraucher ausgehändigt und von ihm mit seinem Namen ausgefüllt sind, kann man von einer gültigen Karte noch nicht sprechen. Der Verbraucher erhält bezugsbeschränkte Ware auf seine Karten nur dann, wenn er sie mit seinem Namen ausgefüllt hat. Nicht ausgefüllte Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen sind nur Formulare. Es sind Vordrucke für die Karten. Formulare oder Vordrucke sind noch keine Urkunden. Sie werden erst zu Karten und damit zu Urkunden, wenn sie mit dem Namen eines Inhabers versehen sind.

Beispiel 1: Die auf den Dienststellen des Ernährungsamtes zur Ausgabe an die Verbraucher bereitliegenden „Karten“ sind, solange sie noch nicht ausgegeben und mit dem Namen des Inhabers versehen wurden, nur Vordrucke.

Beispiel 2: Wer Kartenvordrucke nachahmt, begeht keine Urkundenfälschung, denn er fertigt nicht fälschlich eine Urkunde an — § 267 StGB. Er fertigt nur einen Vordruck, ein Formular, an, daß noch keine Urkunde ist. Aus diesem Grunde bestimmt die KWVO., daß Kartenvordrucke ebenso zu behandeln sind wie die Karten selbst. Wer Karten oder deren Vordrucke aber beiseiteschafft oder nachmacht, macht sich strafbar — § 1 Abs. 2 KWVO.

2. Beiseiteschaffen**oder Nachmachen von Karten oder Kartenvordrucken****a) Beiseiteschaffen.**

210. Was heißt Beiseite- Der Kartenvordruck und die Karte
schaffen von Karten oder gehen von der Druckerei bis zur Aus-
Kartenvordrucken? händigung an den Verbraucher und

der Abgabe der entwerteten Abschnitte durch den Verteiler einen langen Weg; wer Karten oder deren Vordrucke diesem geregelten Gang dauernd entzieht, bringt sie „beiseite“.

Beispiel: 400 vollständige Zusatzkarten für Schwerarbeiter.

Warum der Angeklagte Röhr sich ein halbes Jahr lang unangemeldet in Hamburg aufhielt, statt in seine Wiener Heimat zurückzukehren, wollte er nicht preisgeben. Viel interessanter war die Aufklärung, wie er, der in Hamburg keine Lebensmittelkarten bezog und nicht in Arbeit stand, monatelang sein Leben fristete. Er war das typische Beispiel eines Mannes, der in geschickter Ausnutzung der Möglichkeiten des Schwarz- und Schleichhandels ohne jede ehrliche Arbeit bequem in der Großstadt lebte.

Wiederholt wurden dem Angeklagten Röhr und seinem Kompagnon Oehrich von einem unbekannten Zigeuner Lebensmittelkarten gebracht. Die Zigeuner wollten diese Karten angeblich erübrigt haben, da sie durch die Lagerverpflegung ausreichend beköstigt wurden und die Lebensmittelkarten nicht benötigten.

Röhr und Oehrich „schlachteten“ die Karten aus, wie der Fachausdruck lautet. Sie trennten nämlich die Abschnitte ab und verkauften sie einzeln, weil dabei ein höherer Verdienst zu erzielen war. Einen erheblichen Teil der Marken verbrauchte Röhr zum eigenen Lebensunterhalt.

Schließlich stieg aber das große Geschäft. Eines Tages erschien ein junger Zigeuner, der den beiden Angeklagten 400 vollständige Zusatzkarten für Schwerarbeiter anbot. Er verlangte für jede Karte 65 RM. Röhr war in der Lage, den geforderten Betrag von 26 000 RM. sofort auf den Tisch zu legen. Aber schon wenige Minuten später traf die Kriminalpolizei ein und stellte sämtliche Karten sicher.

Röhr und Oehrich wurden wegen fortgesetzten Beiseiteschaffens von Bezugsberechtigungen in Bereicherungsabsicht verurteilt — § 1 Abs. 2 und 3 KWVO.

Röhr, der bei den Straftaten als der treibende Teil angesprochen werden mußte, erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Oehrich, der verführt wurde, wurde mit acht Monaten Gefängnis bestraft. Beide Angeklagten erhielten zudem hohe Geldstrafen.

Wer Karten oder deren Vordrucke stiehlt, veruntreut oder unterschlägt, bringt sie durch Diebstahl, Untreue oder Unterschlagung beiseite.

Beispiel: Der in der Druckerei des Meisel mit dem Druck von Lebensmittelkarten beschäftigte Abel hat als Fehldrucke überschüssige Makulaturbogen, die aus dem Druck von Karten stammen, gestohlen und an Bebel verkauft. Bebel weiß, daß diese aus der Druckerei, in der Abel beschäftigt ist, herrühren.

Abel macht sich wegen Diebstahls und wegen Beiseiteschaffens von Kartenvordrucken strafbar.

Bebel schafft ebenfalls die Kartenvordrucke beiseite.

Jede Änderung des Verbleibs der Karten (Kartenvordrucke)

außerhalb des üblichen Verteilungsganges stellt ein neues Beiseiteschaffen dar.

Bebel, der gestohlene Kartenvordrucke kauft und dadurch „beiseiteschafft“, kann sich nicht darauf berufen, daß die Kartenvordrucke schon von Abel durch den Diebstahl beiseitegeschafft wurden. Wie beim Beiseiteschaffen lebenswichtiger Rohstoffe und Erzeugnisse ist es beim Beiseiteschaffen von Karten und deren Vordrucke möglich, diese mehrfach „beiseitezuschaffen“.

Wer Karten auf der Kartenstelle stiehlt, macht sich außer des Diebstahls und Beiseiteschaffens von Karten — § 242 StGB., § 1 Abs. 2 KWVO. — auch noch des Gewahrsamsbruchs schuldig — § 133 StGB. Hiernach wird bestraft, wer einen Gegenstand, der sich zur amtlichen Aufbewahrung in einer Amtsstelle befindet, beiseiteschafft.

Eignet sich ein Beamter oder Angestellter der Kartenstelle Karten an, so bringt er die Karten durch eine Amtsunterschlagung beiseite. Er ist also wegen Wirtschaftsverbrechens und Amtsunterschlagung strafbar — § 350 StGB., § 1 Abs. 2 KWVO.

Beispiel 1: Die Erfahrung lehrt, daß fast immer die auf dem Schwarzen Markt angebotenen Lebensmittelkarten aus Diebstählen stammen. Derartige Kartendiebstähle werden überwiegend auf kleinen Ernährungsämtern in der Provinz begangen. Das Feld des Absatzes ist meistens die Großstadt. Peter und Paul brechen in die Kartenstelle einer kleinen Ortschaft in Schleswig-Holstein ein. Sie sind nicht nur wegen Einbruchdiebstahls, sondern auch wegen Gewahrsamsbruchs und Wirtschaftsverbrechens zu bestrafen — § 242 StGB., § 133 StGB., § 1 Abs. 2 KWVO.

Beispiel 2: Der mit der Ausgabe von Lebensmittelkarten beschäftigte Angestellte Hausel steckt sich eine Karte ein, um sie für sich zu verwenden. Hausel ist strafbar wegen Amtsunterschlagung und Wirtschaftsverbrechens — § 350 StGB. und § 1 Abs. 2 KWVO.

211. Wie macht sich strafbar, wer gefälschte Karten ankauft, aber erst später die Fälschung entdeckt? Nur echte Karten oder Kartenvordrucke können beiseitegeschafft werden. Wer gefälschte Karten oder deren Vordrucke, ohne die Fälschung zu erkennen, erwirbt, ist wegen Versuchs strafbar.

Beispiel: Richard kauft auf dem Schwarzen Markt von einem Schwarzhändler fünf Zuckermarkenabschnitte für 300 RM. Zu Hause erkennt er, daß ihm „Blüten“ angedreht worden sind. Von einer Verwertung der Zuckerabschnitte sieht er ab aus Furcht, weil auch der Kaufmann die Fälschungen sofort entdecken könnte.

Nur gültige Bezugsberechtigungen können beiseitegeschafft werden.

Richard ist wegen versuchten entgeltlichen Erwerbs von Bezugsberechtigungen strafbar — § 2 Abs. 1, Ziff. 1, Abs. 3 VRStVO.

Richard kann nicht wegen vollendeten Erwerbs von Kartenabschnitten verurteilt werden, weil er keine — gültigen — Karten erwarb. Aber seine Absicht war auf den Erwerb gültiger Karten gerichtet. Deshalb liegt ein strafbarer versuchter Erwerb vor.

Wenn Richard gefälschte Karten ohne Kenntnis der Fälschung in erheblicher, die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdender Menge angekauft hätte, würde versuchtes „Beiseiteschaffen“ von Karten vorliegen — § 1 Abs. 2 KWVO., § 43 StGB.

212. Ist der Ankauf von Der Ankauf solcher Kartenvordrucken ist nicht Hehlerei. Der Käufer der gestohlenen Kartenvordrucke bringt diese „beiseite“ und ist wegen Beiseiteschaffens von Kartenvordrucken strafbar — § 1 Abs. 2 KWVO.

Beispiel: Der in der Druckerei des Meisel mit dem Druck von Lebensmittelkarten beschäftigte Abel stiehlt als Fehldruck überschüssige Makulaturbogen. Er verkauft diese an Bebel, der weiß, daß die Bogen aus dem Druck von Lebensmittelkarten herrühren, die in der Druckerei des Meisel hergestellt wurden.

Kann Bebel auch wegen Hehlerei bestraft werden? Nein, die Hehlerei ist ein reines Vermögensdelikt. Hehlerei liegt nur vor bei Aufrechterhaltung einer rechtswidrigen Vermögenslage durch denjenigen, der das Hehlergut angekauft oder sonstwie an sich gebracht hat.

Bebel hat zwar die „Blüten“ von Abel erhalten, der sie sich durch Diebstahl und Wirtschaftsverbrechen beschaffte. Aber hierdurch ist nur die Allgemeinheit geschädigt worden. Dem Druckereibesitzer Meisel ist kein Vermögensschaden entstanden. Durch den Diebstahl der völlig wertlosen Makulaturbogen wurde das Vermögen des Druckereibesitzers nicht geschädigt. Bebel kann daher wegen Hehlerei nicht bestraft werden. Er ist wegen Wirtschaftsverbrechens durch Beiseiteschaffen der Makulaturbogen zu bestrafen.

b) Nachmachen.

213. Was heißt Nachmachen heißt fälschen. Fälschen liegt vor, wenn jemand eine echte oder Kartenvordrucke Karte nachbildet.

Beispiel: Fälschung von Lebensmittelkarten.

Der Angeklagte Krüger kam im September 1945 aus russischer Gefangenschaft zurück. Im Oktober 1945 meldete er sich wieder bei seinem alten Arbeitgeber, der ihm eine Tätigkeit im Holzeinschlag zuwies. Diese Arbeit paßte dem Krüger nicht. Ohne Kündigung blieb er eines Tages der Arbeit fern. Er hatte inzwischen eine leichtere Art des Lebensunterhaltes entdeckt.

Krüger hatte nämlich festgestellt, daß die Fälschung von Lebensmittelmarken nicht allzu schwierig war, sofern nur das notwendige Papier zur Anfertigung falscher Abschnitte zu beschaffen war.

Er machte sich nun daran, alte, weggeworfene Stammabschnitte zu sam-

meln. Diese Sammlertätigkeit war für ihn verhältnismäßig einfach, da er sich oft in einer Baracke des Deutschen Roten Kreuzes aufhielt und dort genügend alte Stammabschnitte fand. In einem Lüneburger Stempelgeschäft kaufte Krüger sich das Material für verschiedene Stempel. Während der 88. Periode gelang es ihm, 70 Brotmarken zu fälschen. Auf alle diese Marken kaufte er sich in Ladengeschäften Brot. In keinem Falle wurde die Echtheit der Abschnitte bezweifelt oder die Vorlage abgetrennter Abschnitte beanstandet.

Da 70 Brote von je 1500 Gramm für den Appetit des Angeklagten Krüger entschieden zu viel waren, verkaufte er 30 Brote zum Preise von je 50 RM. 40 Brote verzehrte er jedoch innerhalb einer Zeit von etwas weniger als einem Monat.

Krüger fand in einer Baracke außerdem 40 entwertete Nahrungsmittelabschnitte. Mit Hilfe von Chlorkalk entfernte er die Entwertungsstriche und verwertete die derart wieder aufgefrischten Marken in einem Lokal zum Mittagessen. Krüger wurde wegen fortgesetzter Fälschung von Bezugsberechtigungen zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt — § 1 Abs. 2 KWVO.

Bei Bemessung der Strafe fand die Tatsache Berücksichtigung, daß bei Krüger von irgendeiner Notlage keine Rede sein konnte. Seine Handlung erklärte sich aus Arbeitsscheu. Krüger betätigte sich als gewissenloser Schädling an der Ernährungswirtschaft. In der Zeit einer katastrophalen Ernährungskrise hatte er es fertiggebracht, täglich mindestens 2000 Gramm Brot allein zu verbrauchen. Nur seine Jugend schützte ihn vor einer schwereren Strafe.

Es kommt nicht darauf an, ob die Fälschung einer Karte leicht erkennbar ist.

Beispiel: Eine Fälschung liegt auch dann vor, wenn am Papier oder an der Farbe des Drucks sofort zu erkennen ist, daß eine „Blüte“ vorgelegt wird.

Trägt der Fälscher den Namen eines fingierten Versorgungsberechtigten ein; so liegt außer Nachmachen noch Urkundenfälschung vor — § 267 StGB., § 1 Abs. 2 KWVO.

3. Verschaffen und In-den-Verkehr-Bringen nachgemachter Karten

a) Verschaffen.

214. Was heißt:
nachgemachte Karten
oder deren Vordrucke
sich verschaffen?
Verschafft ist alles, was man sich besorgt. Wer kauft, tauscht, sich schenken läßt, stiehlt oder unterschlägt, verschafft sich. Alles, was man tatsächlich in die Hand bekommt, ist verschafft, ganz gleich, auf welchem Wege dieses geschieht.

Beispiel 1: Der angeführte Schwarzkäufer und seine geschäftstüchtige Ehefrau. — Gefälschte Raucherkarten.

Hase kauft sich eines Tages von einem unbekannten Schwarzhändler zehn Raucherkarten und einige Einzelabschnitte für 500 RM. Der Preis kam

ihm gering vor. Er trug sich mit der Absicht, die Karten einzulösen und gegen die Rauchwaren beim Bauer Lebensmittel einzutauschen.

In seiner Wohnung bemerkte Hase, daß er gefälschte Raucherkarten eingehandelt hatte. Er wollte daher von einer Verwertung nichts mehr wissen.

Frau Hase tat jedoch das schöne Geld leid. Sie nahm daher die Karten und legte sie einem Zigarettenhändler zur Belieferung vor. Dieser erkannte sofort die Fälschung, da die Tönung des Papiers heller als üblich war.

Hase wurde wegen versuchten entgeltlichen Erwerbs von Bezugsberechtigungen bestraft — § 2 Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 3 und 4 VRStVO. Er konnte nicht wegen vollendeten Erwerbs verurteilt werden, da er tatsächlich keine Bezugsberechtigungen erhielt.

Hase wurde mit einem Monat Gefängnis bestraft.

Schwerer war die Straftat der Frau Hase zu bewerten. Sie hatte es unternommen, falsche Raucherkarten in Kenntnis der Fälschung in den Verkehr zu bringen. Ihre Tat kennzeichnet sich als Wirtschaftsverbrechen (vgl. Frage 215) — § 1 Abs. 2 KWVO.

Frau Hase erhielt zwei Monate Gefängnis.

Beispiel 2: Herr Roloff wollte sich gern Zuckerschnaps brauen. Auf dem Schwarzen Markt kaufte er sich ein fertiges Brenngerät für 1000 RM. Außerdem kaufte er sich gleich anschließend Zuckermarken über 8 kg. Es stellte sich aber heraus, daß diese Marken gefälscht waren. Roloff hielt sie allerdings für echt.

Auf diese Marken kaufte er in einem Ladengeschäft die entsprechende Menge Zucker und setzte 20 Liter Maische an. Zum Abbrand der Maische kam er jedoch nicht mehr.

Durch den Ankauf von Zuckermarken hatte sich Roloff des versuchten Erwerbs von Bezugsberechtigungen schuldig gemacht — § 2 Abs. 1 Ziff. 1 VRStVO. Die Tat konnte nur als versucht bewertet werden, da er tatsächlich keine Bezugsberechtigungen, d. h. gültige Berechtigungen, erwarb.

Hätte Roloff die Fälschung erkannt, so wäre er wegen Verschaffens gefälschter Bezugsberechtigungen einer weit schwereren Bestrafung ausgesetzt gewesen — § 1 Abs. 2 KWVO. So kam Roloff mit einer Geldstrafe von 300 RM. davon. Eine weitere Geldstrafe von 300 RM. wurde wegen Preisvergehens — Ankauf eines Brenngerätes — verhängt. Schließlich erhielt er wegen versuchter Hinterziehung von Monopolabgaben eine Geldstrafe von 250 RM.

b) In-den-Verkehr-Bringen.

215. Was heißt: „In-den-Verkehr-Bringen“? Wer gefälschte Karten oder deren Vordrucke vertauscht oder verkauft oder irgendwie weggibt, so daß ein anderer sie benutzen, sie vorlegen oder sonst damit tun und lassen kann, was er will, bringt nachgemachte Karten in den Verkehr.

Beispiel: Göbel hat sich gefälschte Bezugsberechtigungen, nämlich fünf Raucherkartenabschnitte, für 125 RM. „andrehen“ lassen. Als er einem Zigarettenhändler einen Abschnitt zur Belieferung vorlegt, erkennt dieser sofort die Fälschung und lehnt die Belieferung des Göbel ab.

Göbel verkauft nun die fünf Raucherabschnitte weiter an Zech für 100 RM., der die Fälschung nicht sofort entdeckt. Als Zech die Marken einlösen will, kommt das Schwarzgeschäft heraus.

Göbel ist strafbar:

a) wegen versuchten Erwerbs von Bezugsberechtigungen, weil er beim Ankauf der fünf Raucherkartenabschnitte die Fälschung nicht erkannte — § 2 Abs. 1, Ziff. 1, Abs. 3 VRStVO.

b) wegen Inverkehrbringens gefälschter Karten durch den Verkauf an Zech — § 1 Abs. 2 KWVO,

c) wegen Betruges gegenüber Zech, dem er verschwie, daß die Raucherkartenabschnitte falsch waren — § 263 StGB.

Zech ist nur strafbar wegen versuchten Erwerbs von Bezugsberechtigungen, da er von der Fälschung der Abschnitte keine Ahnung hatte.

4. Gefährdung lebenswichtigen Bedarfs

216. Muß durch das Kartenmißbrauch ist als Wirtschafts-Beisiteschaffen, Nachverbrechen nur dann strafbar, wenn ahmen usw. von Karten der lebenswichtige Bedarf der oder deren Vordrucke Bevölkerung dadurch gefährdet wird auch der lebenswichtige wird.

Bedarf der Bevölkerung gefährdet werden?

(Anders das Reichsgericht, Urteile vom 11. März und 28. Juni 1943, veröffentlicht Deutsches Recht 1943, S. 585 Nr. 23 und S. 1945 Nr. 21; Oberlandesgericht Freiburg, Urteil vom 5. Juni 1946, veröffentlicht Deutsche Rechtszeitschrift, Heft I, 1946, S. 29.)

Beispiel: Groß- und Kleinhandel mit Reisebuttermarken.

Bei dem Angeklagten Ahrmann in Hamburg erschienen eines Tages zwei Herren aus seiner Heimatstadt Braunschweig, die ihn fragten, ob er nicht einen größeren Posten von Reisebuttermarken in Hamburg absetzen würde. Ahrmann wollte mit derartigen Geschäften nichts zu tun haben, jedoch vermittelte er ein Zusammentreffen zwischen den Braunschweigern und dem Angeklagten Fallmer. Dieser war bereit, die Marken zu übernehmen und als Kommissionär abzusetzen.

Die Reisemarken waren auf Bogen aufgeklebt zu je 12½ Pfund. Die Verkäufer verlangten je Pfund einen Erlös von 200 RM. Es gelang Fallmer, 6 Bogen zum Preise von 205 bis 210 RM. pro Pfund zu verkaufen. Weitere 16 Bogen gab er den Verkäufern zurück, weil der Preis offenbar zu hoch war. Außerdem übergab Fallmer den Verkaufserlös von 12 600 RM. Die Verkäufer stellten für ihn und den Angeklagten Ahrmann den Betrag von 3200 RM. zur Verfügung. Ahrmann verzichtete jedoch auf seinen Anteil, so daß Fallmer die gesamte Summe zufließ.

Nach kurzer Zeit kamen die Braunschweiger Herren wieder. Dieses Mal gaben sie Fallmer 44 Bogen. Den Verkaufspreis hielten sie auf 190 RM. pro Pfund gesenkt.

Fallmer machte sich sofort an den Absatz und veräußerte 11 Bogen für 27 000 RM. Einen weiteren Verkauf unterließ er jedoch. Er hatte den bestimmten Eindruck, beobachtet und verfolgt zu werden. Allerdings war er

sich nicht darüber im klaren, ob Polizeibeamte auf seiner Spur waren oder ob er von den häufig auftretenden Hyänen des Schwarzen Marktes verfolgt wurde, die darauf ausgingen, Schwarzhändlern mit Gewalt oder durch Drohungen Geld oder Ware, oftmals auch beides, abzunehmen.

Fallmer behielt von dem Verkaufserlös lediglich 3000 RM. zurück und sandte die restlichen 24 000 RM. und die übriggebliebenen Bogen durch einen zuverlässigen Boten an Ahrmann. Auch dieser hatte inzwischen erhebliche Bedenken bekommen und verbrannte das Paket, ohne den Inhalt vorher zu untersuchen.

Der Angeklagte Niemann hatte von Fallmer einen halben Bogen der Reisebuttermarken übernommen. Es gelang ihm, die Marken zu einem Preise von 220 RM. je Pfund zu verkaufen. Von Fallmer hatte er sie für 200 RM. je Pfund übernommen. Sein Verdienst stellte sich auf 125 RM.

Fallmer hatte sich als Schwarzhändler im Großen betätigt. Er erhielt wegen Wirtschaftsverbrechens eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, sechs Monaten und eine Geldstrafe von 7000 RM. — § 1 Abs. 2 KWVO.

Ahrmann hatte sich der Beihilfe zu dieser Straftat schuldig gemacht. Er hatte das Geschäft vermittelt und damit einen wesentlichen Beitrag zur Straftat geleistet, obwohl er selbst ohne Verdienstabsicht handelte. Er erhielt sechs Wochen Gefängnis.

Niemann wurde wegen Handels mit Bezugsberechtigungen zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen und zu einer Geldstrafe von 300 RM. verurteilt. Sein Vergehen stellte nur einen Verstoß gegen die Verbrauchsregelungsstrafverordnung dar, da er sich nur einmalig im Kleinen betätigt hatte — § 2 Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 4 VRStVO.

Im Gegensatz zu § 1 Abs. 1 KWVO. besagt § 1 Abs. 2 KWVO. allerdings nicht ausdrücklich, daß durch das Beiseiteschaffen (Nachmachen usw.) von Karten der lebenswichtige Bedarf der Bevölkerung gefährdet sein muß.

Nach der Praxis der Hamburger Gerichte ist das Beiseiteschaffen oder Nachahmen von Karten oder Kartenvordrucken wie auch das Verschaffen oder in den Verkehr-Bringen nachgemachter Karten als Wirtschaftsverbrechen nur dann strafbar, wenn der lebenswichtige Bedarf der Bevölkerung gefährdet wird.

217. Wann wird bei Kartenmißbrauch der lebenswichtige Bedarf der Bevölkerung gefährdet?

Eine Gefährdung lebenswichtigen Bedarfs der Bevölkerung liegt vor, wenn

1. mehr als zwei volle Lebensmittelpkarten eines Normalverbrauchers beiseitegeschafft oder nachgemacht oder nachgemachte verschafft oder in den Verkehr gebracht werden.

2. ohne Rücksicht auf die Menge der beiseitegeschafften Karten oder deren Vordrucke, wenn ein Beamter oder

Angestellter des Ernährungs- oder Wirtschaftsamtes die strafbare Handlung vorgenommen hat.

Beispiel: Die bei der Kartenausgabestelle beschäftigte Behördenangestellte Beck nimmt eine Frauenraucherkarte an sich, die eine Verbraucherin versehentlich nicht erhielt.

Frau Beck ist, ohne daß es darauf ankommt, ob durch die Wegnahme der Frauenraucherkarte die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdet wird, wegen Wirtschaftsverbrechens und Amtsunterschlagung zu bestrafen, § 350 StGB., § 1 Abs. 2 KWVO.

5. Die Strafen

218. Welche Strafen stehen auf Kartenmißbrauch?

Wer als Wirtschaftsverbrecher Mißbrauch mit Karten oder deren Vordrucken treibt, ist mit denselben Strafen bedroht wie derjenige, der lebenswichtige Rohstoffe und Erzeugnisse verschiebt.

Die Strafe ist also auch hier Gefängnis (mindestens einen Tag bis zu fünf Jahren) oder Zuchthaus (mindestens ein Jahr bis zu fünfzehn Jahren), Geldstrafen bei Bereicherungsabsicht in unbeschränkter Höhe, Berufsverbot, Veröffentlichung der Strafe.

Beispiele:

1. Großhandel mit gestohlenen Lebensmittelkarten.

Unterernährt, abgerissen und verzweifelt standen drei Angeklagte — Gustav, Erich und Willy — vor dem Richtertisch. Die Schilderung ihrer Lebensschicksale gab ein erschütterndes Bild. Gustav, der jüngste, knapp 21 Jahre alt, ist Berliner. Von der Wehrmacht entlassen, versuchte er zunächst eine Spur seiner Angehörigen zu finden. Er befand sich am Entlassungstage in Nordwestdeutschland. Die Rückkehr nach Berlin erschien verschlossen. Gustav gehört damit zu der Armee jener vielen, die seit Kriegsende heimatlos umherziehen, immer auf der Suche nach Angehörigen begriffen. So kam er nach Minden. Hier stieß er auf Willy und Erich. Ihr Schicksal war ähnlich. Willy und Erich stammten aus Pommern. Sie waren Seeleute, die während des Krieges bei der Handelsmarine im Nachschubeinsatz gefahren hatten. Willy hatte nicht die geringste Spur von seiner Ehefrau und seinen zwei kleinen Kindern.

In einer kleinen Ortschaft nahe bei Minden bezogen alle drei Lebensmittelkarten für eine Woche. In dieser kleinen Kartenausgabestelle reifte nun der Plan, sich durch Einbruch eine große Anzahl vollständiger Lebensmittelkarten zu beschaffen und diese in einer Großstadt zu verkaufen. Von diesem Erlös wollten sie sich endlich einige Kleidungsstücke beschaffen, da sie alle vollständig abgerissen waren. Gustav und Erich hatten Hemmungen und zogen sich von dem Einbruch zurück, obwohl sie ihre Mit-hilfe bei dem Absatz der Beute nicht versagen wollten.

So führte Willy, der der bestimmende Mann war, den Einbruch aus. Er war sehr leicht zu bewerkstelligen. Die Kartenstelle war überhaupt nicht gesichert. Man brauchte nur ein Fenster hochzuschieben, um in das Gebäude zu gelangen. Die Beute belief sich auf 600 vollständige Lebensmittelkarten für Normalverbraucher.

Der Absatz auf dem Schwarzen Markt in St. Pauli war ein reißender. Jeder der drei Beteiligten verkaufte einen Teil der Karten. Alles eingenommene Geld sollte jedoch bei Willy abgeliefert werden, in dessen Hand die endgültige Verteilung lag. In dem Augenblick, als die Abrechnung erfolgte, griff die Kriminalpolizei zu und konnte Willy, Gustav und Erich festnehmen. Man fand bei Willy etwa 28 000 RM. und bei Gustav und Erich je 20 000 RM. an Bargeld.

Alle drei Angeklagten wurden wegen eines Wirtschaftsverbrechens, und zwar wegen Beiseiteschaffens von Bezugsberechtigungen, verurteilt — § 1 Abs. 2 KWVO. Der Angeklagte Willy machte sich außerdem eines schweren Diebstahls schuldig. Angesichts der großen Menge der gestohlenen und im Schwarzhandel vertriebenen Lebensmittelkarten mußte die Strafe erheblich werden. Den drei Angeklagten wurden indessen ihre Notlage, das schwere Lebensschicksal und ihre bisherige Unbescholtenheit zugute gehalten.

So erhielt Willy, der eine führende Rolle gehabt hatte, eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, während Gustav und Erich zu je zehn Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Außerdem mußte jeden der Angeklagten eine Geldstrafe treffen — § 1 Abs. 3 KWVO. Die Geldstrafe ist zwingend vorgeschrieben, wenn der Täter eines Wirtschaftsverbrechens in Bereicherungsabsicht handelte. Die Geldstrafe muß den erzielten Erlös übersteigen. Willy erhielt daher eine Geldstrafe von 28 000 RM., während Gustav und Erich zu je 20 000 RM. verurteilt wurden. Diese Geldstrafen waren durch das sichergestellte Geld zum größten Teil gedeckt.

2. Die Geldquelle für Babywäsche: Kettenhandel mit Marken.

Der Angeklagte Grund befand sich in großer Verlegenheit. Er benötigte dringend Babywäsche. Bezugscheine werden nicht ausgegeben oder nicht beliefert. Daher faßte er den Gedanken, sich die notwendige Wäsche im Schwarzhandel zu beschaffen. Dazu brauchte er aber viel Geld.

Sehr gelegen kam Grund daher ein Angebot, welches ein ihm nicht näher bekannter Mann machte. Dieser stellte sich, wie im Schwarzhandel üblich, nur mit dem Namen Fiete vor. Fiete fragte Grund, ob er Lebensmittelmarken über 100 Pfund Margarine, 200 Pfund Butter und 200 Brote für ihn zu einem Verdienst von 10 Prozent des Verkaufserlöses absetzen wolle.

Grund sah sich nach einem Abnehmer um, den er auch in der Person des Kunzmann fand. Kunzmann setzte die Marken schnellstens um. Er erzielte für Brotmarken im Durchschnitt 45 RM., für Margarinemarken 145 RM. je Pfund und für Buttermarken 200 RM. pro Pfund. Den Verkaufserlös von 39 000 RM. übergab er Grund, nachdem er für sich selbst einen Teil, nämlich 8000 RM., abgezweigt hatte.

Durch den Zugriff der Polizei kam Grund nicht mehr dazu, das Geld an Fiete weiterzuleiten, so daß der Betrag von fast 39 000 RM. noch bei ihm sichergestellt werden konnte.

Einer der Abnehmer des Kunzmann war der Angeklagte Möller. Dieser erhielt 100 Brotmarken für je 45 RM., die er für 55 RM. weiterverkaufte. Ferner übernahm Möller 45 Pfund Margarinemarken und einige Buttermarken zu Preisen von 100 und 200 RM. pro Pfund. Er selbst erzielte Preise von 120 und 220 RM. pro Pfund. Möller setzte die Marken einzeln ab und belieferte damit bereits den unmittelbaren Verbraucherkreis.

Alle Schieber — Grund, Kunzmann und Möller — wurden wegen Wirtschaftsverbrechens verurteilt — § 1 Abs. 2 und 3 KWVO.

Grund erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten und eine Geldstrafe von 39 000 RM. Kunzmann wurde gleichfalls mit einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und mit einer Geldstrafe von 8200 RM. bestraft. Möller erhielt eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und eine Geldstrafe von 5000 RM.

Kapitel VI

Preisvergehen

219. Welches ist der wichtigste Grundsatz des Preisrechts?

Preiserhöhungen für Güter und Leistungen jeder Art, insbesondere für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens, für die gesamte Landwirtschaft und industrielle Erzeugung, für den Verkehr von Gütern und Waren jeder Art sowie für sonstige Entgelte sind verboten — PreisstopVO. vom 26. November 1936.

Beispiel: a) Der Kaufmann Schneider hat früher seinen Kunden Rabatt oder Rabattmarken gewährt.

Kürzung oder Beseitigung des Rabatts ohne Genehmigung ist unzulässige Preiserhöhung.

b) Der Lieferant des Kolonialwarenhändlers Schneider, der Grossist Pusch, trug früher die Kosten der Verpackung (z. B. Säcke, Kisten usw.). Dann darf Pusch heute nicht bei gleichbleibenden Preisen die Verpackungskosten besonders berechnen oder die Zurückgabe der Verpackung ohne Vergütung verlangen (Rückforderung gegen Vergütung ist zulässig).

220. Von welchen Preisen Auszugehen ist von den Preisen, die am 17. Oktober 1936, für Textilwaren am 30. November 1936 galten.

Dieser Tag ist der Preisstichtag.

Beispiel 1: Der Kaufmann Becker, der seinen Kunden bis zum 17. Oktober 1936 die bestellte Ware frei ins Haus geliefert hat, darf jetzt nicht hierfür Botenlohn fordern.

Beispiel 2: Der Hauswirt Eigen darf vom Mieter, der jetzt untervermietet hat, keinen Untermieterzuschlag verlangen, wenn er bis zum 17. Oktober 1936 solche Zuschläge von seinen Mietern bei Untervermietungen nicht erhob.

221. Was versteht man unter Stoppreis? Stoppreis ist der Preis einer Ware am Preisstichtag, also am 17. Oktober 1936, für Textilwaren am 30. November 1936.

Beispiel: Bei Verkäufen in Ladengeschäften ist z. B. der Ladenpreis am 17. Oktober 1937 der Stoppreis.

222. Dürfen die Preise über den Stopppreis erhöht werden? Über den Stopppreis dürfen die Preise nur mit besonderer Ausnahmegenehmigung erhöht werden.

Beispiel: Der Fabrikant Löhr, der Lampen herstellt, kann infolge Erhöhung seiner Gesteungskosten seine Fabrikate nicht mehr zum Stopppreis verkaufen, ohne zuzusetzen. Löhr muß dann bei der Preisstelle eine Ausnahmegenehmigung für eine Erhöhung des Stopppreises erwirken. Vorher darf er seine Verkaufspreise nicht erhöhen. Wird der Ausnahmepreis genehmigt, so hat er in seiner Preisliste zum Ausdruck zu bringen, daß es sich bei den Preisen um eine über dem Stopppreis liegende, genehmigte Preiserhöhung handelt.

223. Ist der Stopppreis oder der genehmigte Preis immer der höchstzulässige Preis? Auch der Stopppreis oder der genehmigte Ausnahmepreis ist dann zu hoch, wenn sich infolge der wirtschaftlichen Notzeiten ein nicht gerechtfertigter hoher Gewinn ergibt — § 22 KWVO.

Beispiel: Möbelfabrikant Naumann und der Zahnpastenfabrikant Dent haben die bis zum 17. Oktober 1936 gültigen Preise auf Grund der damaligen Verhältnisse kalkuliert. Die heutigen Notzeiten ergeben aber in mancher Beziehung auch eine Verbilligung der Produktionskosten. Die Konkurrenz braucht nicht mehr befürchtet zu werden. Abnehmer für die produzierte Ware sind genügend vorhanden.

So entfallen die Reklamekosten, die z. B. gerade bei dem Zahnpastenfabrikanten recht erheblich waren. Die Notzeiten bringen es mit sich, daß die Verpackung und äußere Ausstattung der Fabrikate viel einfacher ausfallen als früher.

Auch der Möbelfabrikant Naumann kann nicht mehr wie früher beste ausgetrocknete Ware verarbeiten. Dadurch ergeben sich erhebliche Verbilligungen der Produktionskosten.

Bei Zugrundelegung der Stopppreise würden die Fabrikanten ungerechtfertigt hohe Gewinne machen. Dann ist hier der Stopppreis nicht der höchstzulässige Preis. Wenn sich aus den heutigen Notzeiten, weil z. B. das Material schlechter geworden ist, Reklamekosten wegfallen usw., wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Gewinne ergeben, so hat der Kaufmann von selbst den Preis zu senken. Er kann sich in diesem Falle nicht darauf berufen, daß der von ihm verlangte Preis der Stopppreis oder ein früher genehmigter Ausnahmepreis ist.

224. In welchem Umfange gelten die Preisstopbestimmungen? Die Preisstopbestimmungen gelten für Leistungen und Waren jeder Art, auch für Luxusartikel. Lediglich Steuern, Löhne und Gehälter fallen nicht unter die Preisstopverordnung.

Beispiel: Kosmetische Artikel, Parfüm, Edelsteine, Goldwaren usw. sind genau so vom Preisstop erfaßt wie die Güter des täglichen Bedarfs. Die Preise dafür dürfen daher nicht über den Stopppreis oder einen genehmigten Ausnahmepreis erhöht werden.

225. Bezieht sich der Auch für gebrauchte Waren gilt das Preis-
Preisstop auch auf den erhöhungsverbot.
Verkauf gebrauchter
Waren?

Beispiel: Sepp bot in einer Straße des Stadtteils St. Pauli, die als Zentrum des Schwarzen Marktes zu bezeichnen ist, einen getragenen Wintermantel für 850 RM. an. Er hatte den Mantel im Jahre 1943 für 86 RM. gekauft und seitdem getragen.

Getragene Garderobe ist nicht bezugsbeschränkt. Sie unterliegt jedoch wie alle anderen Waren und Verbrauchsgüter dem Preisstop und darf daher nicht zu Überpreisen gehandelt werden. Sepp hatte sich durch das Angebot eines versuchten Preisvergehens schuldig gemacht. Er erhielt eine Geldstrafe von 300 RM. Gemäß § 3 PRStVO. wurde die Einziehung des Mantels angeordnet.

Gerade in Notzeiten werden gebrauchte Waren im erhöhten Umfange gekauft und verkauft. Maßgebend ist dann der nach den Preisstopbestimmungen zulässige Wiederbeschaffungspreis für gleichartige oder vergleichbare Ware, abzüglich eines Betrages in Höhe der tatsächlichen Wertminderung, mindestens aber 25 Prozent — VO. über Höchstpreise für gebrauchte Waren vom 21. Januar 1942 (RGBl. I, S. 43). Diese Bestimmung gilt nur für Sammlerwerte (Briefmarken) und Kunstgegenstände nicht.

Beispiel: Sepp, der seinen getragenen Wintermantel verkaufen will, darf also den Mantel, den er im Jahre 1943 für 86 RM. gekauft hat, nicht für 850 RM. anbieten oder verkaufen. Der höchst zulässige Preis berechnet sich nach dem Wiederbeschaffungspreis (86 RM.) abzüglich eines Betrages, der sich aus der Wertminderung infolge Abtragung des Mantels ergibt. Mindestens aber muß der Wiederbeschaffungspreis um 25 Prozent gesenkt werden, auch wenn der Mantel nur wenig getragen ist.

226. Wann verstoßen Schwarzmarktgeschäfte verstoßen
Schwarzmarktgeschäfte immer gegen Preisbestimmungen,
gegen die auch wenn eine Verbrauchsregelungszu-
Preisbestimmungen? handlung nicht vorliegt.

Beispiel: Schwarzhandel mit Kaffee und Butter und doch „nur“ ein Preisvergehen.

Der Angeklagte Ladewig war Vertreter. Ein polnischer Soldat machte ihm eines Tages ein günstiges Angebot: Ladewig sollte für den Polen Kaffee und Butter verschleiben. Er erhielt 6 Pfund Kaffee und 8 Pfund Butter. Der Verkäufer wollte für ein Pfund Kaffee 520 RM. und für ein Pfund Butter 225 RM. erlösen. Was Ladewig über diesen Preis hinaus erzielte, sollte er behalten können.

Zum Absatz bediente sich Ladewig des Mitangeklagten Völking, der die Gepflogenheiten des Schwarzen Marktes besser kannte als der ortsfremde Ladewig. Völking erzielte für den Kaffee 550 RM. pro Pfund und für die Butter 245 RM. pro Pfund. Er selbst wurde an dem geldlichen Verdienst nicht

VI. Preisvergehen

beteiligt, sondern ließ sich von dem Käufer eine kleine Menge Butter als Provision geben.

Nach Erledigung der Abrechnung mit dem Polen führte Ladewig das gleiche Geschäft ein zweites Mal durch und auch ein drittes Mal. Wiederum übergab er dem Völking die Ware, wartete jedoch vergeblich auf seine Rückkehr. Völking war nämlich einem Manne in die Hände gefallen, der sich als Kriminalbeamter ausgab und ihn kurz und barsch aufforderte, zur Wache mitzukommen. Vor der Wache nahm er ihm die Ware ab und ließ ihn laufen.

Erfreut über diesen günstigen Ausgang der Angelegenheit, suchte Völking seine Wohnung auf, packte seinen Koffer und ging über die grüne Grenze. Er wollte auch nicht gerade dem Ladewig in die Hände laufen, der sicherlich Nachforschungen nach seinem Verbleib anstellen würde.

Über den falschen Kriminalbeamten ist nichts bekannt geworden. Es handelt sich hier um eine typische Begleiterscheinung eines jeden Schwarzen Marktes, nämlich um einen jener Männer, die sich ein Gewerbe daraus machen, durch Einschüchterung, oftmals auch unter Amtsanmaßung, die Schwarzhändler um ihre Ware zu pressen.

Nach langem Warten erfuhr Ladewig durch eine Freundin des Völking, daß dieser hochgegangen war. Schleunigst begab er sich in seine Heimat zurück. Aber der Pole wollte Geld sehen und so mußte Ladewig schweren Herzens nach Völking forschen. Dabei wurde er gefaßt.

Ladewig hat sich des fortgesetzten Preisvergehens schuldig gemacht. Ein Verstoß gegen die VRStVO. konnte nicht festgestellt werden, da Waren, die im Eigentum alliierter Soldaten stehen, nicht der deutschen Verbrauchsregelung unterliegen (vgl. Frage 250).

Das Ausmaß seines Schwarzhandels war jedoch nicht unerheblich. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen und wurde zur Zahlung des Mehrerlöses von 6000 RM. verurteilt.

In der Regel liegen aber neben einem Preisvergehen noch andere strafbare Handlungen vor. Preiszuwiderhandlungen sind die üblichen üblen Nebenerscheinungen bei allen Schwarzmarktvergehen.

Beispiel: Auch Personalpapiere kann man im Schwarzhandel kaufen.

Mit einem russischen Entlassungsschein war der Angeklagte Löwe nach Hamburg gekommen. Wie er erzählte, wurden ihm seine Papiere bei der ersten Übernachtung gestohlen. Er machte jedoch die Bekanntschaft eines jungen Mädchens, das ihn, den heimat- und mittellosen Mann, zunächst einmal bei Bekannten in einem Dorfe in der Nähe Hamburgs unterbrachte.

Löwe fand wohlwollende Aufnahme; sogar mit Lebensmitteln wurde er versorgt, obwohl seine Wirtsleute auch nur auf Kartenverpflegung angewiesen waren. Diese guten Taten lohnte er jedoch durch eine Handlung schnödesten Undanks.

In der Abwesenheit seiner Wirtsleute öffnete Löwe alle Schränke und stahl zwei Anzüge des noch nicht aus dem Kriege heimgekehrten Hausherrn. Die Beute verkaufte er noch am gleichen Tage auf einem der Hamburger Schwarzen Märkte. Er will nur 1400 RM. erzielt haben. Von diesem Geld kaufte er sich Personalpapiere, ausländische Zigaretten und Lebensmittel,

wie Brot und Butter. Der Schwarze Markt belieferte Löwe mit allem, was er benötigte.

Der Angeklagte wurde wegen schweren Diebstahls, Preisvergehens (wegen Verkauf der Anzüge zum Überpreis und Ankauf der Schwarzmarktsachen zum Überpreis) und Vergehens gegen die Verbrauchsregelungsbestimmungen durch Bezug von Butter und Brot ohne Marken — § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 VRStVO. — zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

227. Wer macht sich strafbar? Strafbare ist, wer einen zu hohen Preis wegen Preisvergehens
1. als Verkäufer
 - a) fordert oder
 - b) annimmt und
 2. als Käufer
 - a) bietet oder
 - b) zahlt.

Zu 1.: Forderung und Annahme eines Überpreises.

Beispiel 1: Rudi tritt mit einer Witwe über den Verkauf seines alten Radioapparates in Verhandlungen. Er fordert 1500 RM.

Rudi macht sich eines Preisvergehens schuldig.

Auch schon in der Forderung eines Überpreises liegt nämlich ein Preisvergehen. Es kommt also nicht darauf an, ob das Geschäft zustandegekommen oder gar abgewickelt worden ist.

Rudi erhielt eine Geldstrafe von 100 RM. Außerdem wurde der Radioapparat eingezogen.

Beispiel 2: Erich verkauft auf dem Schwarzen Markt selbstgedrehte Zigaretten für 4 RM. das Stück. Er hatte sie aus englischem Tabak angefertigt, den er von einem alliierten Soldaten im Tausch gegen eine Armbanduhr erwarb.

Erich erhielt wegen Preisvergehens eine Geldstrafe von 300 RM. Es handelte sich bei ihm um ein übliches Schwarzhandelsgeschäft. Der Verkauf von selbstgedrehten Zigaretten verdient aber in vielen Fällen eine wesentlich schärfere Bestrafung; denn oft wird nicht einwandfreier Rauchtabak, sondern aus gesammelten „Kippen“ entnommener Tabak in die teuren „Selbstgedrehten“ gesteckt.

Zu 2.: Anbieten und Zahlung eines Überpreises.

Beispiel 1: Meyer sagt zu seinem Zigarettenhändler Fenner: „Geben Sie mir ein Päckchen Zigarettenpapier, ich zahle dreifach.“ Er legt ihm gleichzeitig einen Zwanzigmarkschein hin.

Beispiel 2: Die teuren Rasierklingen. Gegen den Angeklagten Henning war durch den Amtsrichter ein Strafbefehl ergangen. Er hatte 800 Rasierklingen zu dem Preise von —,35 RM. per Stück gekauft. Wegen Preisvergehens wurde eine Geldstrafe von 200 RM. gegen ihn festgesetzt — § 1 PrStRVO.

Diesen Strafbefehl wollte Henning nicht anerkennen. Er legte daher Einspruch ein und es kam zu der im Falle des Einspruchs vorgeschriebenen gerichtlichen Hauptverhandlung.

In der Verhandlung stellte sich dann heraus, daß Henning die Rasier-

klingen in einem öffentlichen Ladengeschäft gekauft hatte. Nicht nur er, sondern alle Nachbarn und alle sonstigen regelmäßigen Kunden des Geschäfts hatten sich Rasierklingen zum gleichen Preise eingekauft. Henning betonte, daß er sich deswegen auch einer strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen sei.

Das Gericht erkannte diesen Standpunkt des Beklagten an. Zwar ist der Verkaufspreis von —,35 RM. pro Stück für eine Rasierklinge als Überpreis zu werten. Wirtschaftlich gerechtfertigt ist eine derartige Preisgestaltung nicht. Trotzdem konnte Henning nicht bestraft werden, weil er nicht ohne Grund annahm, es handelte sich hier um einen behördlich genehmigten Ausnahmepreis. Er wurde daher freigesprochen.

228. Auf Grund welcher Nach der PreisstrafrechtsVO vom Bestimmungen erfolgt 3. Juni 1939 ist jede vorsätzliche die Bestrafung wegen oder fahrlässige Zuwiderhandlung gegen die Preisvorschriften oder Anordnungen strafbar.

Beispiel: Schwarzhandel mit ausländischen Zigaretten.

Die drei Angeklagten Max, Theo und Hans trafen eines Abends in einer Kellerkneipe einen Mann, der sie um eine kleine Hilfeleistung bat. Dieser Mann, der sich nur mit dem Namen Piet vorstellte, erzählte den drei Angeklagten, er wolle in den nächsten Tagen einen größeren Posten amerikanischer Zigaretten in Hannover abnehmen. Diese Zigaretten wollte er dann in Hamburg auf dem Schwarzen Markt absetzen. Das Geschäft, so meinte Piet, wäre ein durchaus sicheres, nur das Transportrisiko von Hannover nach Hamburg wäre infolge der zahlreichen Eisenbahnkontrollen groß. Dieses Risiko, so erklärte Piet, müßte man dadurch etwas verringern, daß die Ware auf mehrere Köpfe verteilt würde.

Die drei Angeklagten sollten also jeder einen Teil der Zigaretten übernehmen und überführen. Für diesen Dienst versprach Piet jedem von ihnen 1000 RM.

Wie besprochen, fuhr man gemeinsam nach Hannover. Die Ware wurde in der Wohnung eines nicht ermittelten Kaufmannes übergeben. Die Zigaretten befanden sich teils in einer Aktentasche, teils in einem Koffer. Piet behielt die Aktentasche bei sich und fuhr mit der Straßenbahn zum Bahnhof, während die drei Angeklagten den Koffer trugen. Sie gingen zu Fuß. Auf dem Wege zum Bahnhof wurden sie von einem Polizeibeamten angehalten und nach dem Inhalt des Koffers gefragt. Darauf ließen sie den Koffer im Stich und flohen in die Trümmer. Sie wurden aber gefaßt. Von Piet haben die Angeklagten nichts wieder gesehen.

Die drei Angeklagten wurden wegen Beihilfe zu einem Preisvergehen verurteilt.

Der Schwarzhandel mit ausländischen Zigaretten ist rechtlich nur als Preisvergehen gemäß § 1 PrStRVO. zu bewerten (vgl. Frage 250). Ausländische Zigaretten fallen nicht unter die deutsche Verbrauchsregelung. Die drei Angeklagten konnten auch nicht als Täter, sondern nur als Gehilfen des Preisvergehens bestraft werden, da sie nicht Hauptakteure des beabsichtigten Schwarz- oder Schleichhandels waren. Der nicht ermittelte Piet kam als Täter in Frage.

Die drei Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von je drei Monaten.

229. Welche Strafen stehen auf Preisvergehen? Preisvergehen werden mit Gefängnis (bis zu 5 Jahren) und Geldstrafe (in unbeschränkter Höhe) oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Beispiel 1: Otto wurde ergriffen, als er gerade vier Zigaretten seiner soeben gekauften eigenen Zuteilung zum Preise von 3 RM. je Stück verkauft hatte. Die übrigen in seinem Besitz befindlichen Zigaretten wollte er, wie er sofort zugab, auch noch absetzen. Er erhielt wegen Preisvergehens eine Geldstrafe von 100 RM.

Beispiel 2: Fritz hatte 80 deutsche Zigaretten zum Überpreis von 4 RM. pro Stück auf einem der Schwarzen Märkte verkauft. Er erhielt wegen Preisvergehens eine Geldstrafe von 200 RM.

Beispiel 3: John hatte sich gerade zehn amerikanische Zigaretten für 6 RM. pro Stück gekauft. Er hatte ein Preisvergehen begangen und erhielt eine Geldstrafe von 50 RM.

Beispiel 4: Moritz kaufte 112 englische Zigaretten zum Preise von 5,50 RM. pro Stück. Er erhielt wegen Preisvergehens eine Geldstrafe von 300 RM.

Beispiel 5: Eine Geldstrafe von 150 RM. erhielt Erich, der eine Dose englischen Tabaks — angeblich nur für 50 RM. — gekauft hatte. Es lag lediglich ein Preisvergehen vor, da die Versorgungsgüter alliierter Soldaten nicht für den deutschen Verbrauch bestimmt und daher auch nicht bezugsbeschränkt sind.

Beispiel 6: Nathan kaufte auf einem Schwarzen Markt vier Stück Kernseife für je 80 RM. Er wurde wegen Verbrauchsregelungs- und Preisvergehens zu einer Geldstrafe von 200 RM. verurteilt.

Beispiel 7: Leo hatte sich 30 Pfund Zucker und 80 Pakete Puddingpulver von einem Ausländer zu dem verhältnismäßig geringen Preise von 500 RM. gekauft. Immerhin handelte es sich um einen erheblichen Überpreis. Er erhielt eine Geldstrafe von 600 RM.

230. Können Preisverstöße auch mit Zuchthaus bestraft werden? In besonders schweren Fällen kann eine Preiszuwiderhandlung sogar mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden, wenn der Täter gewissenlos oder aus grobem Eigennutz handelte oder mehrfach rückfällig wurde.

Beispiel: Der mehrfach wegen Preisvergehens rückfällige Großschieber Brandt, der unter Ausnutzung der Notzeiten einen Schwarzhandel in großem Umfange treibt und Waren zu enormen Überpreisen verschiebt, kann auch wegen Preisvergehens zu Zuchthaus verurteilt werden.

231. Welche weiteren Maßnahmen sind bei Preisvergehen zulässig? Bei Preisvergehen kann auf folgende Nebenmaßnahmen erkannt werden:

1. Einziehung des Gegenstandes, der überteuert angeboten oder verkauft wurde,

2. Abführung des Mehrerlöses, der durch das Preisvergehen erzielt wurde,
3. öffentliche Bekanntmachung des Täters.

Beispiel zu 1.: Rodel wollte sich durch Handel auf dem Schwarzen Markt etwas Geld verdienen. Er war im Augenblick stellungslos. So kaufte er sich 30 Päckchen Süßstoff zum Preise von 25 RM. je Päckchen und hatte gerade 10 Päckchen für 30 RM. pro Stück verkauft, als er von einem Polizeibeamten gestellt wurde.

Rodel erhielt eine Geldstrafe von 250 RM. und eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen. Außerdem wurde auch die Einziehung des noch nicht verkauften Süßstoffes und des erzielten Mehrerlöses von 50 RM. angeordnet.

Beispiel zu 2.: Otto hatte mit Zigarettenpapier gehandelt. Er kaufte 50 Päckchen für 3,50 RM. pro Päckchen und verkaufte sie für 4,50 RM. pro Päckchen weiter.

Otto erhielt wegen Preisvergehens eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Der erzielte Mehrerlös von 50 RM. wurde eingezogen.

Preisvergehen kommen oft nicht zur Anzeige, weil sowohl der Verkäufer als auch der Käufer, die Überpreise gefordert oder geboten haben, sich dadurch strafbar machten. Auch wer bei einem solchen Geschäft übervorteilt wurde, kann also keine Anzeige machen, weil er sich dann gleichzeitig selbst eines Preisvergehens bezichtigen muß.

Wer einen Überpreis fordert, setzt sich vielfach Erpressungen durch unlautere Elemente aus. Schon mit der Forderung des Überpreises machte er sich strafbar und muß mit der Einziehung des Gegenstandes, den er verkaufen wollte, rechnen.

Beispiel: Schroer hatte einst bessere Tage gesehen. Aus dem allgemeinen Zusammenbruch rettete er nur noch eine „Leica“.

Schroer hörte, daß auf dem Schwarzmarkt für Photoapparate Phantasiepreise geboten würden, ganz besonders hohe Preise sollten aber für eine „Leica“ bezahlt werden.

Schroer nahm entsprechende Verbindungen auf. Eines Tages meldete sich ein Bekannter bei ihm, der einen Käufer ausfindig gemacht hatte. Dieser wollte das Geschäft vermitteln. Der Käufer wollte 25 000 RM. für die „Leica“ bieten.

Der Vermittler erschien tatsächlich nach einigen Tagen zusammen mit dem Käufer bei Schroer. Der Käufer stellte sich mit einem Namen vor, den Schroer bei der allgemeinen gegenseitigen Vorstellung nicht verstand. Der Unbekannte sagte zu Schroer: „Zeigen Sie mir den Apparat, ich zahle den Preis, wenn der Apparat in Ordnung ist.“ Schroer bestätigte das und gab dem Unbekannten die „Leica“. Dieser sah sich den Apparat nur kurz an und steckte ihn dann in seine Manteltasche. Dann zog er seine Brieftasche und zählte 400 RM. auf den Tisch, mit den Worten: „Hier, Herr Schroer, sind 400 RM. Das ist der zulässige Preis für den gebrauchten und allerdings noch tadellos erhaltenen Apparat. Wenn Ihnen das allerdings nicht paßt,

so rufen Sie die Kriminalpolizei an. Sie wissen ja, daß Sie sich durch die Forderung des Überpreises strafbar gemacht haben. Den Apparat werden Sie so oder so los, denn wenn Sie verurteilt werden, wird der Apparat eingezogen.“ Der Unbekannte verließ unter Mitnahme der „Leica“ die Wohnung, ehe sich Schroer seines Reinfalles voll bewußt geworden war.

Der Vermittler sagte zu Schroer, er habe den Unbekannten nur flüchtig in der Hochbahn kennengelernt und wisse nicht, wo er wohne.

Schroer war gegen dieses Räuberstück des Unbekannten tatsächlich machtlos, weil er sich schon durch die Forderung des Überpreises strafbar machte. Selbst wenn Schroer die Kriminalpolizei zu Hilfe gerufen und dann seine eigene Bestrafung wegen Preisvergehens auf sich genommen hätte, würde er den wertvollen Photoapparat eingebüßt haben, da mit der Verurteilung des Schroer auch der Apparat vom Gericht eingezogen werden mußte.

Weitere Beispiele:

1. Es lebt sich leichter auf dem Schwarzen Markt.

Gärtner stammte aus dem Ruhrgebiet. Der Krieg hatte ihm schwer mitgespielt. Als Soldat verschüttet, hatte er sich einen Sprachfehler zugezogen. Es folgte ein längerer Lazarettaufenthalt.

Im Lazarett lernte er seine jetzige Frau kennen. Sie war die Tochter eines Bauern, der auch Bürgermeister einer kleinen ländlichen Gemeinde war. Nichts lag näher, als daß Gärtner nach Kriegsende auf dem Hofe des Schwiegervaters zunächst Unterschlupf fand. Obwohl er, abgesehen von seinem Sprachfehler, körperlich gesund und kräftig war, konnte er sich in die landwirtschaftliche Arbeit nicht finden. Als der Sohn des Bauern zurückkehrte, wurde Gärtner allmählich überflüssig. Er wurde ein überzähliger Esser, und solche Leute sind auf dem Lande nicht gern gesehen. Die Familie lag ihm in den Ohren. Warum kehrte er nicht zu seinem Beruf als Bahnarbeiter zurück? An der Ruhr werden außerdem Bergarbeiter benötigt. Warum wollte er nicht endlich wieder eine geregelte Arbeit ergreifen?

Mit dem ernsthaften Wunsche, sich bei der Bahn um Arbeit zu bewerben, fuhr Gärtner tatsächlich nach Bremen. Sein Unglück wollte es, daß er mit einem alliierten Soldaten ins Gespräch kam. Dieser hatte Interesse an der Armbanduhr des Gärtner und bald wechselte die Uhr gegen Hergabe von 1600 Zigaretten ihren Besitzer. Kaum war dieses Geschäft abgewickelt, als auch schon ein Pole an Gärtner herantrat und ihm die Zigaretten für 3 RM. per Stück abkaufen wollte. Gärtner war hocherfreut, nahm das Angebot an und fuhr mit 4800 RM. in der Tasche nach Hause.

Diese Geschäftsmöglichkeiten sagten ihm zu. Von nun an hielt er sich regelmäßig in Hamburg auf. Er wohnte hier zwar unangemeldet, lebte jedoch monatelang in guten Verhältnissen in der Großstadt. Die Bestreitung des Lebensunterhaltes war ja so leicht. Von Zeit zu Zeit kaufte er Uhren zu Preisen von 300 bis 500 RM., tauschte sie mit alliierten Soldaten gegen 800 bis 1000 Zigaretten ein, die er für 5000 bis 6000 RM. auf dem Schwarzen Markt wieder verkaufte. Diese Transaktionen tätigte er etwa fünfzehn- bis achtzehnmal. Seinen gesamten Lebensunterhalt bestritt er monatelang aus diesem Geschäft. Auch eine neue Freundin hatte er sich zugelegt.

Jedes Wochenende jedoch fuhr Gärtner treu und brav zu seiner Frau und seinen Schwiegereltern. Auch seine Frau, die von seinen Geschäften nichts

ahnte oder das Geringste wußte, wurde von ihm reichlich mit Geldmitteln versehen. Gärtner erzählte ihr nämlich, er sei in Hamburg bei der Reichsbahn angekommen und verdiene auskömmlich. Die Schwiegereltern waren mit dieser Entwicklung sehr zufrieden.

Monatelang hatte Gärtner Glück gehabt. Nicht ein einziges Mal war er Polizeibeamten in die Hände gefallen. Eines Tages erfüllte sich jedoch sein Geschick. Er wurde festgenommen, und man fand bei ihm fast 23 000 RM. Bargeld.

Der fortgesetzte Schwarzhandel des Gärtner war rechtlich nur als ein Preisvergehen zu beurteilen. Gebrauchte Uhren und alliierte Zigaretten sind nicht bezugsbeschränkt. Alliierte Waren unterliegen überhaupt nicht der deutschen Verbrauchsregelung. Sie dürfen jedoch nicht zu Überpreisen gehandelt werden (vgl. Frage 250).

Das Gericht erkannte wegen fortgesetzten Preisvergehens auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, wobei die Strafzumessung durch die Jugend des Gärtner und die im Kriege erlittenen Schicksalsschläge stark zu seinen Gunsten beeinflußt wurde. Außerdem wurde Gärtner gemäß § 4 der PrStRVO. zur Zahlung des erzielten Mehrerlöses von 24 000 RM. verurteilt. Diese Summe war zum größten Teil durch das beschlagnahmte Geld gedeckt.

2. Schokolade für Deputatzigaretten.

Frau Groß betätigte sich recht vielseitig und geschickt im Schwarzhandel. Von einem Ausländer kaufte sie Schokolade. Es handelte sich um drei große Tafeln, für die sie pro Stück 150 RM. zahlte, und um zehn kleine Tafeln, die je 60 RM. kosteten.

Die Schokolade tauschte Frau Groß bei einer Angestellten einer Zigarettenfabrik ein, die auf ihre Deputatzigaretten keinen großen Wert legte, jedoch auf Schokolade erpicht war. Frau Groß bekam für die Schokolade 400 Zigaretten. Diese Zigaretten verkaufte Frau Groß an Frau Haller und Frau Kamp nun zum Preise von 3,50 RM. das Stück. Diese beiden Käuferinnen veräußerten 280 Zigaretten auf dem Schwarzen Markt in St. Pauli für 4 RM. per Stück. Der Rest wurde beschlagnahmt.

Frau Groß machte sich zunächst durch den Ankauf von Schokolade eines Preisvergehens schuldig. Eine Verurteilung wegen Erwerbs bezugsbeschränkter Ware konnte nicht erfolgen, da die vom Ausländer gelieferte Schokolade nicht zu den im Interesse der deutschen Wirtschaft Bezugsbeschränkungen unterworfenen Waren gehörte.

Auch der Erwerb der Zigaretten im Tauschwege war nicht zu beanstanden. Der Verkauf dieser Zigaretten stellte jedoch ein weiteres Preisvergehen dar. Außerdem hatte sich Frau Groß wegen Steuerhinterziehung zu verantworten. Tabakwaren dürfen nur zum Banderolenpreis abgegeben werden. Wird ein höherer Preis gefordert, so ist der Verkäufer verpflichtet, für den Unterschiedsbetrag zwischen Banderolenpreis und gefordertem Preis die Tabaksteuer zu entrichten.

Frau Haller und Frau Kamp wurden gleichfalls wegen Preisvergehens bestraft. Auch sie hatten sich eines Steuervergehens schuldig gemacht, und zwar hinsichtlich ihres Einkaufspreises von 3,50 RM. der „Steuerhehlerei“. (Schuldner der Tabaksteuer ist der Verkäufer, in diesem Falle also Frau Groß. Der Käufer ist der „Steuerhehler“ unversteuerter Zigaretten.) Hinsichtlich der weiteren Steigerung auf 4 RM. machten sie sich einer Steuerhinterziehung schuldig.

Frau Groß erhielt eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen und eine Geldstrafe von 300 RM. Ferner wurde sie zur Zahlung des durch den Zigarettenverkauf erzielten Mehrerlöses von 1400 RM. verurteilt.

Frau Haller und Frau Kamp erhielten je eine Woche Gefängnis und eine Geldstrafe von 100 RM. Ferner müssen sie den Mehrerlös von 140 RM. zahlen.

Kapitel VII

Verfahren bei Verbrauchsregelungsstraftaten

1. Allgemeines

232. Wie können Verfehlungen gegen die Bewirtschaftungs- und Preisbestimmungen verfolgt werden?

Verfehlungen gegen Bewirtschaftungs- und Preisbestimmungen werden verfolgt durch:

1. das Strafverfahren vor den Strafgerichten,
2. das Verfahren vor den Wirtschafts- und Ernährungsämtern und den Preisbehörden, und zwar durch
 - a) das Ordnungsstrafverfahren,
 - b) die gebührenpflichtige Verwarnung,
3. das polizeiliche Strafverfahren¹⁾ (für Übertretungen).

Beispiel: Frau Grün kauft auf dem Schwarzen Markt gegen Überpreis ein Brot. Sie wird dabei gefaßt. Sie hat sich strafbar gemacht, weil sie das Brot, bezugsbeschränkte Ware, ohne Bezugsberechtigung und gegen Überpreis bezog — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO., § 1 PrStRVO.

Frau Grün kann deswegen im strafgerichtlichen Verfahren vom Strafrichter abgeurteilt werden.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß statt dessen eine Bestrafung durch das Ernährungsamt im Ordnungsstrafverfahren erfolgt — § 4 Abs. 1 VRStVO.

Das Ernährungsamt kann es aber auch dabei bewenden lassen, Frau Grün gebührenpflichtig zu verwarnen — § 4 Abs. 3 VRStVO.

Schließlich kann an Stelle der vorher erwähnten Verfahrensmöglichkeiten gegen Frau Grün auch eine polizeiliche Strafverfügung ergehen — § 413 StPO.

233. Welches der drei zuvor genannten Verfahren ist für den Beschuldigten das günstigste Verfahren ist für den Beschuldigten am günstigsten?

1. Im Ordnungsstrafverfahren kann Bestrafung nur mit

¹⁾ Wenn nach den Bestimmungen der Landesgesetze die Polizeibehörden befugt sind, bei Übertretungen Strafverfügungen zu erlassen — § 413 StPO.

Geldstrafe erfolgen. Die Geldstrafe kann bei Verbrauchsregelungsstraftaten höchstens 1000 RM., bei Vergehen in Ausübung des Gewerbes höchstens 5000 RM. betragen. Die Ordnungsstraßbehörden können es auch lediglich bei einer gebührenpflichtigen Verwarnung bewenden lassen.

Das Gericht kann auch eine Freiheitsstrafe — Gefängnis — verhängen.

2. Ordnungsstrafen kommen nicht ins Strafregister. Eine gerichtliche Strafe (mit Ausnahme von Geldstrafen nur bei Übertretungen) wird im Strafregister eingetragen — StROrdng. vom 8. März 1926 in der Fassung vom 17. Februar 1934 (RGBl. I, 140).

3. Die Ordnungsstraßbehörden können auch von einer Bestrafung Abstand nehmen.

Der Strafrichter muß eine Tat, die an ihn zur Aburteilung kommt, in jedem Falle bestrafen oder den Täter, der unschuldig ist, freisprechen. Der Richter darf auch einen außerordentlich milden und verzeihlichen Fall nicht einfach unter den Tisch fallen lassen.

234. Wann muß eine Verbrauchs- oder Preis- straf tat von den Straf- gerichten abgeurteilt werden? Wenn ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht, erfolgt die Verurteilung durch den Strafrichter.

Ein öffentliches Interesse besteht, wenn

1. die Straftat einen schweren Gesetzesverstoß enthält, z. B. also eine Straftat des Verbrauchers, die „einen schweren Fall“ darstellt — § 2 Abs. 4 VRStVO.,
2. der Täter eine strafgerichtliche Aburteilung verdient, z. B. weil er schon mehrfach vorher im Ordnungsstrafverfahren bestraft wurde, ohne daß es etwas genützt hatte,
3. ein „abschreckendes“ Urteil für andere erforderlich ist, z. B. wenn eine Straftat in erschreckendem Umfange immer wieder begangen wird und die Allgemeinheit nunmehr gewarnt werden soll,
4. der Täter bestreitet und umfangreiche Ermittlungen anzustellen oder zweifelhafte Rechtsfragen zu lösen sind,
5. die Straftat mit einer anderen Tat des allgemeinen Strafrechts, z. B. Betrug, Urkundenfälschung, Untreue usw., oder mit einer Straftat aus anderen Strafgesetzen, z. B. einem Wirtschaftsverbrechen, zusammen trifft.

2. Das Ordnungsstrafverfahren

235. Wann kann eine Verbrauchsstraf tat im Ordnungsstrafverfahren erledigt werden? Die Verfolgung einer Verbrauchsregelungsstraf tat, von Tausch- und Schleichhandel und eines Preisvergehens kann im Ordnungsstrafverfahren der Wirtschafts-, Ernährungs- und Preisämter erfolgen, wenn öffentliches Interesse an einer strafgerichtlichen Verfolgung nicht besteht.

Beispiel: Frau Grün hat sich einen Brotkartenabschnitt gekauft. Sie hat sich dadurch strafbar gemacht — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO.

Ein öffentliches Interesse an einer gerichtlichen Verfolgung besteht nicht, da Frau Grün erstmalig aus Not straffällig wurde. Die Bestrafung kann daher im Ordnungsstrafverfahren erfolgen. Das Ernährungsamt setzt eine Ordnungsstrafe von 150 RM. fest und erläßt gegen Frau Grün folgenden Strafbescheid:

Der Oberbürgermeister
Ernährungsamt, Abteilung B
OrdnungsStr. Nr. 580/46
(Im Antwortschreiben anzugeben)

Bad Segeberg, 28. Februar 1947

An die
Ehefrau Alice Grün
Bad Segeberg
Hamburger Straße 43
mit Postzustellungsurkunde

Strafbescheid

Sie sind angezeigt worden, weil Sie am 17. Februar 1947 zu Bad Segeberg in der Kieler Straße einen Brotkartenabschnitt gegen Zahlung von 15 RM. gekauft, also entgeltlich eine Ihnen nicht zustehende Bezugsberechtigung sich verschafft haben.

Zu widerhandlung gegen § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Verbrauchsregelungsstrafverordnung.

Die Zuwiderhandlung wird bewiesen

1. durch das Zeugnis des Kriminalobersekretärs Hampel, hier,
2. Ihr Geständnis.

Es wird deshalb gegen Sie auf Grund der §§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 4, 11 VRStVO. vom 26. November 1941 (RGBl. I, 734) eine Ordnungsstrafe festgesetzt in Höhe von

150 Reichsmark.

Zu der Ordnungsstrafe treten
eine Gebühr¹⁾ für den Erlaß des Strafbefehls in Höhe von RM. 7,50
bare Auslagen²⁾ RM. 21,—
RM. 28,50

Der Gesamtbetrag von 178,50 RM. ist innerhalb zweier Wochen bei der Stadtkasse unter Vorlage dieses Bescheides einzuzahlen oder unter Benutzung der beiliegenden Zahlkarte und der Nummer dieses Strafbescheides der Stadtkasse zu überweisen.

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen einer Woche nach Zustellung beim Ernährungsamt Bad Segeberg schriftlich oder mündlich zur Niederschrift Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen. Die

1) 5 Prozent der auferlegten Geldstrafe und des Wertes der eingezogenen Erzeugnisse, mindestens RM. 1,— — § 19 VRStVO.

2) für Kosten der Zustellung und öffentlichen Bekanntmachung.

Frist wird auch durch Einreichung des Antrages beim Amtsgericht gewährt.

Wird innerhalb der gestellten Frist weder ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt noch der Gesamtbetrag bezahlt, so wird der Strafbescheid zwangsweise durchgeführt, wodurch Ihnen weitere Kosten entstehen würden.

Die Bestrafung wird innerhalb zwei Wochen nach Rechtskraft dieses Bescheides auf Ihre Kosten im amtlichen Kreisblatt öffentlich bekanntgemacht.

(Unterschrift)

236. Welches Rechtsmittel ist gegen eine Ordnungstrafe gegeben? Gegen die Ordnungsstrafe kann binnen einer Woche nach Bekanntgabe Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt werden — § 7 VRStVO.

Beispiel 1: Frau Grün, die einen Ordnungsstrafbescheid über 150 RM. erhalten hat, hält sich für zu hart bestraft. Was kann Frau Grün unternehmen?

Frau Grün kann binnen einer Woche nach Erhalt des Strafbescheides Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen — § 7 VRStVO.

Kann auch der Ehemann Grün für Frau Grün den Antrag stellen?

Ja, Grün muß aber eine schriftliche Vollmacht seiner Ehefrau vorweisen.

Kann Grün auch gegen den Willen seiner Ehefrau das Gericht anrufen?

Nein, gegen den Willen kann nur der gesetzliche Vertreter eines Minderjährigen, der noch nicht 18 Jahre alt ist, die gerichtliche Entscheidung beantragen. In diesen Fällen ist der gesetzliche Vertreter selbst berechtigt, für die Minderjährigen das Rechtsmittel einzulegen.

Beispiel 2: Frau Grün erhält den Ordnungsstrafbescheid an einem Sonnabend mit der Post zugestellt.

Bis zu welchem Tage kann sie das Gericht anrufen? Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung muß also spätestens nach sieben (nicht nach acht) Tagen bei dem Ernährungsamt oder beim Amtsgericht eingehen. Der Tag, an dem Frau Grün den Strafbefehl erhalten hat, wird nicht mitgerechnet. Spätestens am nächsten Sonnabend muß Frau Grün also ihren Antrag auf gerichtliche Entscheidung beim Ernährungsamt abgegeben oder in den Briefkasten des Amtsgerichts eingesteckt haben. Wenn Frau Grün ihren Antrag durch die Post schickt, ist die Frist nur dann gewährt, wenn das Ernährungsamt oder das Amtsgericht das Schreiben rechtzeitig binnen einer Woche, also an dem Sonnabend der nächsten Woche, auch erhält. Es ist also ein Risiko, einen solchen Antrag mit der Post zu schicken, weil man nie genau wissen kann, wie lange ein Brief zur Postbeförderung benötigt.

237. Was kann noch unternommen werden, wenn die Frist zur Einlegung des Antrages auf gerichtliche Entscheidung verstrichen ist? Ist die Frist versäumt, so kann Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand gewährt werden — §§ 44 ff. StPO

Über den Antrag entscheidet das Amtsgericht.

Beispiel: Frau Grün, die einen Ordnungsstrafbescheid über 150 RM. erhalten hat, versäumt es, binnen einer Woche Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu stellen.

Eine Wiedereinsetzung wird gewährt, wenn Frau Grün durch „Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle“ daran gehindert war, rechtzeitig den Antrag bei Gericht auf gerichtliche Entscheidung zu stellen.

Für Nachlässigkeit gibt es keine Wiedereinsetzung.

Eine Wiedereinsetzung würde der Frau Grün z. B. gewährt werden, wenn sie wegen schwerer Erkrankung im Krankenhaus lag und die Post der Untermieterin übergeben worden war, die sie der Frau Grün nicht aushändigen konnte, weil diese Besuche nicht empfangen durfte.

238. Beraumt das Gericht Das Amtsgericht erläßt ohne mündliche Verhandlung einen Beschluß bei einem Antrag auf gerichtliche Entscheidung. Das Gericht prüft lediglich den Ordnungsstrafbescheid in einem schriftlichen Verfahren.

eine mündliche Verhandlung an? nach. Wenn der Ordnungsstrafbescheid zu Unrecht erlassen ist, wird er von dem Amtsgericht aufgehoben. Hält das Amtsgericht den Antragsteller für schuldig, so weist es den Antrag zurück.

Beispiel 1: Frau Hartmann, die im Kolonialwarengeschäft ihres Ehemannes tätig ist, hat einen Ordnungsstrafbescheid über 300 RM. erhalten, weil sie die von den Käufern hingegebenen Markenabschnitte nicht sofort entwertet hat.

Frau Hartmann beantragt gerichtliche Entscheidung, weil sie glaubt, den Strafbefehl zu Unrecht erhalten zu haben.

Das Schreiben an das Gericht unterstempelt sie mit dem Firmenstempel. Wie wird das Amtsgericht entscheiden?

Das Amtsgericht muß den Antrag als unzulässig zurückweisen. Bei dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung genügt an Stelle der Unterzeichnung die Benutzung des Firmenstempels nicht. Der Antrag muß handschriftlich unterzeichnet werden.

Beispiel 2: Hans Becker hat bei der Kartenstelle, als er seine Lebensmittelkarte abholte, eine auf dem Tisch liegende Seifenkarte mit schnellem Griff mitgenommen, ohne daß der ausgebende Beamte dieses sogleich bemerkte. Nachträglich kommt jedoch die Sache heraus, als Becker schon sämtliche Abschnitte der gestohlenen Karte zum Bezuge von Seife benutzt hatte.

Das Ernährungsamt erläßt gegen Becker einen Ordnungsstrafbescheid in Höhe von 1000 RM.

Becker beantragt gerichtliche Entscheidung. Wie wird das Amtsgericht entscheiden?

Das Amtsgericht hebt den Ordnungsstrafbescheid auf. Das Ordnungsstrafverfahren ist hier unzulässig. Das Ernährungsamt war nicht befugt, von sich aus einen Strafbescheid gegen Becker zu erlassen. Zwar hatte Becker eine Verbrauchsregelungsstraftat begangen, die das Ernährungsamt im Ord-

VII. Verfahren bei Verbrauchsregelungsstraftaten

nungsstrafverfahren bestrafen konnte — § 2 Abs. 1 Ziff. 1 Abs. 4 VRStVO. Becker hatte aber auch einen Diebstahl und ferner Gewahrsamsbruch begangen — §§ 242, 133 StGB.

Hat sich jemand außer der Verbraucherstraftat noch wegen eines Verstoßes gegen ein anderes Strafgesetz vergangen, hier also sich wegen Diebstahls und Gewahrsamsbruchs ebenfalls strafbar gemacht, so muß die Bestrafung durch das Strafgericht erfolgen.

Beispiel 3: Bei dem Bäckermeister Brumm hat die gewichtsmäßige Überprüfung der Backware mehrfach Untergewichte über 10 Prozent ergeben. Das Ernährungsamt erläßt deswegen gegen Brumm einen Ordnungsstrafbescheid über eine Strafe von 300 RM.

Brumm hält die Strafe für zu hoch und beantragt gerichtliche Entscheidung. Ist es möglich, daß der Richter eine noch höhere Geldstrafe festsetzt, weil er die Geldstrafe, die das Ernährungsamt in Höhe von 300 RM. festgesetzt hatte, als zu niedrig ansieht?

Das Amtsgericht kann, wenn es die vom Ernährungs- oder Wirtschaftsamt verhängte Ordnungsstrafe für zu milde hält, diese auch verschärfen.

Das Amtsgericht kann also den Strafbescheid abändern und eine Ordnungsstrafe, die vom Ernährungsamt auf 300 RM. festgesetzt war, auf 1000 RM. erhöhen.

Die Strafe bleibt „Ordnungsstrafe“, auch wenn sie vom Amtsgericht unter Abänderung des Ordnungsstrafbescheides des Ernährungs- oder Wirtschaftsamtes verhängt wurde.

Eine gerichtliche Bestrafung, die im Strafregister zu vermerken ist, liegt in diesem Falle nicht vor.

Beispiel 4: Brumm beantragt gerichtliche Entscheidung gegen einen ihm zugestellten Ordnungsstrafbescheid, der eine Geldstrafe von 300 RM. gegen ihn festsetzt. Er legt dar, daß die mangelhafte Beschaffenheit des Mehles die Hauptschuld an dem Untergewicht seiner Brote trage.

Der Richter hält auch aus diesem Grunde die vom Ernährungsamt festgelegte Geldstrafe in Höhe von 300 RM. für zu hoch.

Kann der Richter die Ordnungsstrafe mildern und z. B. auf 100 RM. herabsetzen?

Das Amtsgericht ist in keiner Weise an die Höhe der vom Amt festgesetzten Ordnungsstrafe gebunden.

Das Amtsgericht kann auch die Geldstrafe herabsetzen. Es kann den Ordnungsstrafbescheid ganz aufheben, wenn es den Antragsteller für unschuldig hält.

239. Welche Möglichkeit Im Ordnungsstrafverfahren kann einer Bestrafung im eine Straftat auch durch „Unter-Ordnungsstrafverfahren werfung“ unter eine Ordnungsstraffestsetzung besteht an Stelle der setzung geüht werden.

Festsetzung einer Ordnungsstrafe?

Beispiel: Frau Grün kauft einen Brotkartenabschnitt und macht sich deswegen strafbar — § 2 Abs. 1 Nr. 1 VRStVO. Frau Grün wird vom Ernährungsamt vorgeladen. Sie gibt die Straftat zu und ist bereit, sich einer Ordnungsstrafe zu unterwerfen.

Wie sieht eine solche Unterwerfung aus?

Verhandlungsniederschrift im Unterwerfungsverfahren

Der Oberbürgermeister
Ernährungsamt, Abteilung B
Ordng.Str.Nr. 411/46

Verhandelt zu Bad Segeberg
am 17. Februar 1947

Im Ernährungsamt in Bad Segeberg erscheint auf Vorladung die Ehefrau Alice Grün und erklärt:

Ich heiße Alice Grün, geboren am 10. April 1895 zu Bad Segeberg, wohnhaft in Bad Segeberg, Hamburger Straße 43, deutscher Staatsangehörigkeit.

Ich gebe folgenden Sachverhalt zu: Ich habe am 15. November 1946 in Bad Segeberg in der Kieler Straße einen Brotkartenabschnitt gegen Zahlung von 15 RM. gekauft.

Ich erkenne an, daß ich dadurch eine nicht zustehende Bezugsberechtigung, einen Brotkartenabschnitt, entgeltlich mir verschafft und dadurch den Vorschriften des § 2 Abs. 1 Nr. 2 VRStVO. zuwidergehandelt habe.

Es ist mir eröffnet worden, daß deshalb eine Ordnungsstrafe nebst vorgeschriebenen Gebühren gegen mich festgesetzt werden müsse.

Dazu gebe ich folgende verbindliche Erklärung ab:

Ich verzichte auf die Zustellung eines Strafbescheides und die damit verbundenen Rechtsmittel. Ich unterwerfe mich einer Straffestsetzung von 150 RM.

Es ist mir bekannt geworden, daß diese Unterwerfung einer rechtskräftigen Festsetzung einer Ordnungsstrafe gleichsteht (§ 16 der VRStVO. vom 26. November 1941 RGBl. I, S. 743).

Ich werde den Betrag binnen einer Woche bei der Stadtkasse in Bad Segeberg einzahlen oder bis zu diesem Zeitpunkt auf Ihr Postscheckkonto überweisen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Alice Grün

Geschlossen, gez. Freund
Stadtobersekretär

240. In welchen Fällen kommt eine Unterwerfung unter eine Ordnungsstrafe in Frage? Bei einer Verbrauchsregelungsstraf- tat oder bei verbotenen Tausch- und Schleichhandel oder einem Preis- vergehen ist eine Unterwerfungsverhandlung zulässig, wenn

1. öffentliches Interesse an einer gerichtlichen Strafverfolgung nicht vorliegt,
2. der Beschuldigte die Zuwiderhandlung zugibt und
3. mit der Unterwerfung unter eine Ordnungsstrafe einverstanden ist.

Das Unterwerfungsverfahren bietet auch für den Beschuldigten gegenüber einem Ordnungsstrafbescheid verschiedene Vorteile:

Im Unterwerfungsverfahren

1. wird mit der Unterwerfung unter die Ordnungsstrafe diese sofort rechtskräftig.
2. Eine öffentliche Bekanntmachung der Ordnungsstrafe ist nicht möglich.
3. Eine Einziehung der Erzeugnisse, mit denen die Verbrauchsstraftat begangen ist, ist unzulässig.

Zu 1.: Wenn ein Ordnungsstrafbescheid erlassen wird, so kann der Strafbescheid bis zu seiner Rechtskraft wieder aufgehoben und das öffentliche Interesse an der strafgerichtlichen Verfolgung bejaht werden. Auch das Amtsgericht kann bei einem Antrag auf gerichtliche Entscheidung den Fall der Staatsanwaltschaft wegen öffentlichen Interesses an der strafgerichtlichen Verfolgung zuleiten.

Im Falle einer Unterwerfung unter die Ordnungsstrafe ist das Ernährungsamt (Wirtschaftsamt, die Preisstelle) an die Unterwerfungsverhandlung ebenso gebunden wie derjenige, der sich der Strafe unterworfen hat. Das Amt kann nicht nachträglich öffentliches Interesse bejahen.

Zu 2.: Das Gericht oder Amt kann anordnen, daß die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntgemacht wird — § 11 VRStVO. Voraussetzung ist strafgerichtliche und ordnungsstrafverfahrensmäßige Verurteilung.

Bei einem Unterwerfungsverfahren ist öffentliche Bekanntmachung unzulässig.

Zu 3.: Neben der gerichtlichen oder Ordnungsstrafe (bei Verbrauchsregelungsstraftaten auch nachträglich nach rechtskräftiger Verhängung der Strafe — § 10 Abs. 2 VRStVO. —) können ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse die bezugsbeschränkten Erzeugnisse, auf die sich die Verbrauchsregelungsstraftat oder das Preisvergehen bezieht, eingezogen werden — § 9 VRStVO.

Im Unterwerfungsverfahren kann eine Einziehung nicht erfolgen. Sie kann dann nur nachträglich durch eine besondere Anordnung erfolgen und nur dann, wenn der Beschuldigte vor Unterzeichnung der Unterwerfungsverhandlung darauf hingewiesen wurde und einverstanden ist — §§ 10, 16 Abs. 2 VRStVO.

241. Welche Maßnahme kann das Ernährungs-(Wirtschafts-)amt oder die Preisstelle an Stelle einer Bestrafung aussprechen. Die schriftliche Verwarnung ist möglich in Fällen von geringerer Bedeutung.

Die Verwarnung ist keine Strafe, sondern eine Warnung, die den Zweck hat, den Täter von Wiederholungen abzuhalten.

Beispiel: Bäckermeister Brumm hat der Frau Vetter zwei Brote mit einem Untergewicht von 200 bzw. 230 Gramm verkauft. Frau Vetter erstattet beim Ernährungsamt Anzeige. Das Ernährungsamt sieht den Fall als milde an, da Brumm sonst als zuverlässig bekannt ist und seine Schuld als gering angesehen wird. Brumm erhält deshalb eine Verwarnung.

Diese hat den folgenden Inhalt:

Der Oberbürgermeister
Ernährungsamt, Abteilung B
OrdnungsStr. Nr. 1180/46
(Im Antwortschreiben anzugeben)

Bad Segeberg, 17. Februar 1947

An den Bäckermeister
Adolf Brumm
Bad Segeberg
Hamburger Straße 117

Gebührenpflichtige Verwarnung

Sie sind angezeigt worden, weil Sie am 17. Januar 1947 in Ihrer Verkaufsstelle in Bad Segeberg, Hamburger Straße 117, in Ausübung Ihres Gewerbes den Verbrauchern bezugsbeschränkte Erzeugnisse vorenthalten haben, zu deren Abgabe Sie verpflichtet sind — Zuwiderhandlung gegen § 1 Abs. 1 Nr. 3 Abs. 2 VRStVO — dadurch, daß Sie der Frau Amalie Vetter, die in Ihrem Ladengeschäft auf ihre Karte zwei Brote kaufte, diese mit einem Untergewicht von 200 bzw. 230 Gramm verkauften.

Die Zuwiderhandlung wird bewiesen

1. durch das Zeugnis der Frau Amalie Vetter,
2. Ihr Geständnis.

Sie haben damit gegen die Bestimmungen des § 1 Abs. 1 Nr. 3 VRStVO. gehandelt.

Ich nehme von einer Bestrafung Abstand, verwarne Sie aber auf Grund des § 4 der VRStVO. vom 26. Januar 1941.

Im Wiederholungsfalle müssen Sie mit einer Bestrafung rechnen.

Für diese Verwarnung entsteht eine Gebühr¹⁾ von 3 RM., die

1) § 19 Abs. 4 VRStVO. ÄnderungsVO. vom 28. August 1941 (RGBl. I, S. 539).

innerhalb zweier Wochen bei der Stadtkasse unter Vorlage dieses Bescheides einzuzahlen oder unter Benutzung beiliegender Zahlkarte und der Nummer dieses Strafbescheides der Stadtkasse zu überweisen ist.

Dieser Bescheid ist mit der Zustellung rechtskräftig. Er kann mit einem Rechtsmittel nicht angefochten werden.

Kapitel VIII

Schieber vor den Militärgerichten

242. Welches Gesetz ist durch die Besatzungsmächte ergangen, um die Reserven der für die deutsche Bevölkerung bestimmten Güter und deren Bezugsmarken zu schützen?

Das Gesetz ist am 7. April 1947 in Kraft getreten. Es gilt für alle Besatzungszonen und in Berlin.

243. Was bestimmt das Kontrollratsgesetz Nr. 50 im einzelnen?

Das Kontrollratsgesetz Nr. 50 vom 20. März 1947 stellt in bestimmten Fällen den Diebstahl, den unerlaubten Gebrauch von rationierten Lebensmitteln und Waren sowie von Bezugsmarken unter schwere Strafen.

Nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 50 kann bestraft werden jede Person, die bei

der Erzeugung oder
der Verwaltung oder
dem Transport oder
der Verwahrung

von rationierten Lebensmitteln oder rationierten Waren jeder Art (auch solchen, die sich im Zustand der Produktion befinden) oder von Bezugsmarken beschäftigt ist und

1. solche Waren oder Marken

a) entweder stiehlt oder

b) ihre unerlaubte Vergeudung oder ihren unerlaubten Gebrauch absichtlich zuläßt

oder

2. infolge Fahrlässigkeit

a) für den Diebstahl oder

- b) für die unerlaubte Vergeudung oder den unerlaubten Gebrauch der rationierten Lebensmittel oder Bezugsmarken verantwortlich ist — Art. I und II des KRGes. Nr. 50.

1. Diebstahl, absichtliche unerlaubte Vergeudung, absichtlicher unerlaubter Gebrauch — Art. I KRGes. Nr. 50.

Beispiel: a) Kraftfahrer und Beifahrer eines Lebensmitteltransports bestehen die Ladung, die ihnen anvertraut ist.

b) Der Landwirt Reich läßt seine Roggenernte nicht voll einbringen, sondern auf dem Felde verkommen, weil ihm diese Arbeit bei dem gegenwärtigen Bewirtschaftungssystem nicht genügend „einbringt“. Strafbar als „unerlaubte Vergeudung“!

c) Der Sachbearbeiter Kruse des Landeswirtschaftsamtes genehmigt „aus Gefälligkeit“ ein unerlaubtes „Kompensationsgeschäft“ (z. B. eine Margarinefabrik tauscht Margarine gegen einen Kraftwagen für den Herrn Direktor). Strafbar als Zulassung „unerlaubten Gebrauchs“.

d) Der Lebensmittelhändler Knoop tauscht mit seinem Kohlenlieferanten Raubach Kartoffeln gegen Kohlen. Beide machen sich wegen unerlaubtem Gebrauch rationierter Lebensmittel und Waren strafbar:

2. Verantwortlichkeit für Diebstahl, für unerlaubte Vergeudung oder unerlaubten Gebrauch infolge Fahrlässigkeit — Art. II KRGes. Nr. 50.

Beispiel: a) Wachtmeister Rull, der einen Kohlenzug bewachen soll, geht in eine Wirtschaft und schläft dort ein. Währenddessen werden die Waggons von Kohlendieben ausgeräumt, also rationierte Waren, die Rull bewachen sollte, gestohlen.

b) Bauer Bertram geht mit brennender Pfeife in seine Getreidescheune. Durch Funken aus der Pfeife entsteht Feuer. Dadurch werden wertvolle Getreidevorräte vernichtet, also durch Nachlässigkeit vergeudet.

c) Bürgermeister Nieder vergißt es, die Lebensmittelkarten einzuschließen. Nachts wird in sein Arbeitszimmer von unbekannten Tätern eingebrochen und sämtliche Karten werden gestohlen. Durch die Leichtfertigkeit des Bürgermeisters wurde der Diebstahl ermöglicht.

d) Getreidegroßhändler Rust läßt aus Unachtsamkeit und infolge mangelnder Beaufsichtigung seiner Angestellten große eingelagerte Getreidevorräte auskeimen. Sie werden dadurch für die menschliche Ernährung unbrauchbar und daher vergeudet, d. h. verschwendet.

244. Welche Personen bedroht das Kontrollratsgesetz Nr. 50 bei Zuwiderhandlungen mit Strafe?

Das Kontrollratsgesetz gegen den Mißbrauch rationierter Güter und von Bezugsmarken bezieht sich nur auf Personen, die in Ausübung eines Berufs oder Gewerbes mit landwirtschaftlichen oder gewerblichen Erzeugnissen oder mit Bezugsmarken zu tun haben.

Es betrifft nicht den großen Kreis der Verbraucher.

Beispiel: Unter die Strafbestimmungen des KRGes. fallen die Erzeuger landwirtschaftlicher oder gewerblicher Produkte, also der Landwirt, der Bauer — aber auch deren Gehilfen — der Gutsknecht, Schweizer, mitarbeitende Familienangehörige. Betroffen werden die Fabrikanten und Handwerker und deren Angestellte und Arbeiter.

Bestraft werden ungetreue, mit der Verwaltung der Verbrauchsregelung betraute Organe: pflichtvergessene Beamte, Angestellte oder Helfer der Ernährungs- und Wirtschaftsämter.

Erwähnt sind ferner ausdrücklich die Transporteure der für die Ernährung und Versorgung der deutschen Bevölkerung dienenden Güter, also die Bahnbediensteten, die Fuhrunternehmer, deren Angestellte und Arbeiter.

Schließlich unterfallen dem Gesetz aber auch die eigensüchtigen und bestechlichen Verwahrer, nämlich die Groß- und Kleinvertreiber von rationierten Lebensmitteln und Waren, die Gastwirte, Inhaber von Pensionen, Mittagstischen usw.

Die deutschen Strafbestimmungen sind also weitgehender. Nach der Kriegswirtschaftsverordnung verfällt auch der Verbraucher, der Konsument, der durch Schiebung sich eines Wirtschaftsverbrechens schuldig macht, der Bestrafung — § 1 KWVO.

245. Welche Güter werden durch das Kontrollratsgesetz geschützt? Das Gesetz des Kontrollrats bezieht sich auf den Mißbrauch von

1. rationierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen,
2. rationierten gewerblichen Erzeugnissen — auch im Zustand der Produktion — und
3. deren Bezugsmarken.

Beispiel: 1. Zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehört alles, was der Bauer, der Landwirt produziert.

Alle Lebensmittel sind landwirtschaftliche Erzeugnisse.

2. Zu den gewerblichen Erzeugnissen rechnet das, was vom Handwerker, vom Fabrikanten, von der Industrie und durch Arbeit gewonnen, also erzeugt wird und für den Konsumenten bestimmt ist.

„Rationiert“ sind solche Erzeugnisse, deren Erwerb für den Verbraucher geregelt ist und Beschränkungen unterliegt. Jedes lebenswichtige Erzeugnis der Ernährungswirtschaft und eine große Anzahl von Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft ist rationiert.

Beispiel: Alles, was es nur auf Karten oder Bezugsscheine oder nach Eintragung in eine Kundenliste gibt, ist „rationiert“.

Rationiert sind nicht nur Erzeugnisse, deren Bezug für den Verbraucher beschränkt ist. Oft sind auch der Händler und der Hersteller Beschränkungen unterworfen.

Beispiel: Der Bauer darf seine Erzeugnisse nicht nach Belieben an den Großhändler, dieser nicht nach Belieben an den Einzelhändler abgeben.

„Rationiert“ heißt also „bezugsbeschränkt“.

Das KRGes. Nr. 50 sichert wie die Verbrauchsregelungsstrafverordnung durch ihre Strafbestimmungen die Güter, die zur Versorgung der deutschen Bevölkerung bestimmt sind und daher der deutschen Verbrauchsregelung unterliegen. Weitergehend sind dagegen die Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung, die den Mißbrauch aller Rohstoffe und Erzeugnisse, die dem lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung dienen, schützt, mögen sie rationiert (bezugsbeschränkt), kontingentiert, verknappt oder in ausreichender Menge noch vorhanden sein.

246. Auf welche Handlungen ist die Strafbarkeit nach dem Kontrollratsgesetz beschränkt?
- Den Strafbestimmungen des Kontrollratsgesetzes Nr. 50 unterliegen nur
1. der Diebstahl,
 2. die absichtliche oder fahrlässige Zulassung
 - a) unerlaubter Vergeudung oder
 - b) unerlaubten Gebrauchs
 rationierter Güter oder von Bezugsmarken.

Beispiel: Pech mit Polen und Kohlen.

„Öffnen Sie, hier sind Polen!“ hörte dieser Tage der Bauer Oberreich vor seinem Fenster in nächtlicher Stunde rufen. Entsetzt stürzt er zum Fernsprecher und alarmiert die Militärpolizei. Dann eilt er zur Tür und stellt zu seiner Freude fest, daß es sich nicht um Polen, sondern um Kohlen handelt, die man bei ihm gegen Butter und andere „Fettigkeiten“ einzutauschen wünschte. Höchst-befriedigt macht sich Oberreich, dem seine Schwerhörigkeit einen Streich gespielt hatte, an die Arbeit, 100 Zentner Kohlen in seinen Keller zu schaffen. Frau Oberreich schleppt Butter, Speck und Schmalz herbei und knausert — in Erinnerung an den vergangenen schweren Winter — nicht.

Leider vergaß man, die alarmierte Polizei rechtzeitig wieder „abzubesellen“, so daß diese höchst unwillkommen in die Abwicklung des Geschäfts hineinbraute, Kohlen und Fettigkeiten beschlagnahmte und statt der Polen den Oberreich wie auch den Kohlenlieferanten mitnahm.

Beide haben sich vor dem Militärgericht wegen unerlaubten Gebrauchs rationierter Güter zu verantworten — Art. I KRGes. 50, Art. III MRVI. 1.

Die nach dem Kontrollratsgesetz strafbaren Handlungen, also Diebstahl, unerlaubte Verwendung oder Verschwendung sind nur Einzelfälle eines nach der Kriegswirtschaftsverordnung strafbaren „Beiseiteschaffens“.

Die Kriegswirtschaftsverordnung beschränkt sich nicht auf die Bestrafung von Diebstahl oder die Zulassung unerlaubter Vergeudung oder unerlaubten Gebrauchs. Strafbar ist danach, wer die dem lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung dienenden Rohstoffe und Erzeugnisse vernichtet, beiseiteschafft oder zurückhält, d.h. dem geregelten Verteilungsgang und ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung entzieht.

Nach dem Kontrollratsgesetz kann aber auch schon bestraft werden,

wer nur infolge Fahrlässigkeit, also Leichtsinns, Gleichgültigkeit oder Unachtsamkeit, einen Diebstahl oder eine unerlaubte Verwendung oder Vergeudung rationierter Güter oder von Bezugsmarken verschuldet.

Eine Bestrafung nach der KWVO. dagegen erfordert, daß die vernichteten, beiseitegeschafften oder zurückgehaltenen Güter in einer Menge verschoben wurden, die die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung böswillig gefährdet, d. h. der Täter muß also einen besonders intensiven rechtsbrecherischen Willen bekunden.

247. Sind durch das Kontrollratsgesetz die deutschen Bestimmungen der Verbrauchsregelungs- strafverordnung oder der Kriegswirtschafts- verordnung beseitigt worden?

Das Kontrollratsgesetz hat die sachlich übereinstimmenden Vorschriften des deutschen Wirtschaftsstrafrechts nicht aufgehoben. Es ist nicht an die Stelle des bisher geltenden deutschen Rechts getreten.

Beispiel: Es gibt zahlreiche Straftaten, die sowohl nach dem deutschen als auch nach dem Strafrecht der Besatzungsmächte strafbar sind. So ist z. B. die Eisenbahntransportgefährdung oder die Plünderung ebenso ein Verbrechen nach dem Reichsstrafgesetzbuch als auch in Art. I Nr. 13 und 16 der Militärregierungsverordnung 1 unter Strafe gestellt. Es stellt somit keine Besonderheit dar, wenn bestimmte schwerwiegende Wirtschaftsverstöße nach deutschem Wirtschaftsstrafrecht sowie auch nach einem Kontrollratsgesetz eine Bestrafung finden können.

- 248: Wann erfolgt eine Verurteilung nach dem Kontrollratsgesetz? Wann kommen die sachlich mit dem Kontrollratsgesetz übereinstimmenden deutschen Vorschriften (VRStVO., KWVO. usw.) zur Anwendung?
1. Verstöße gegen das Kontrollratsgesetz unterliegen der Aburteilung durch die Militärgerichte. Verurteilung und Bestrafung erfolgt nach den Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes.
 2. Wenn die Militärgerichte kein Interesse an der Aburteilung haben, bleibt die Strafverfolgung den deutschen Gerichten überlassen. Grundlage für die Verurteilung und Bestrafung des Täters sind dann die Bestimmungen des deutschen Strafrechts (KWVO., VRStVO., WarVVO., StGB. usw.).

Die — im Ermessen der Militärregierung liegende — Wahl der Zuständigkeit des Gerichts (Militärgericht oder deutsche Gerichte) ent-

scheidet somit zugleich über das anzuwendende Recht (Kontrollratsgesetz oder deutsche Wirtschaftsstrafbestimmungen).

Beispiel: Fischgroßhändler und Fabrikant Reibach erhält laufend Fischladungen vom Ernährungsamt zugeteilt. Aus dem Rohfisch stellt er Edelfisch in Dosen her.

Gewöhnlich kann man aus einem Zentner Rohfisch nach Wegfall der Abfälle (Kopf, Schwanz, Eingeweide usw.) 50 Pfund Edelfisch fabrizieren. Durch geschickte Verarbeitung wie auch genaue Überwachung der Arbeiter gelingt es Reibach, aus einem Zentner Rohfisch 80 Pfund Edelfisch herzustellen. Dem Ernährungsamt gibt er jedoch an, er habe wegen zu großen Abfalls nur je 40 Pfund Edelfisch aus einem Zentner Rohfisch erzielen können.

So gelingt es Reibach, große Mengen Edelfisch nicht erfassen zu lassen und auf die Seite zu bringen. Die „erübrigten“ Fischmengen wandern in die Kanäle des Schwarzen Marktes und bilden die Unterlage für gewinnbringende „Kompensationsgeschäfte“.

Schließlich kommt die Schiebung heraus.

Reibach gehört zu den Personen, die mit der Erzeugung und Versorgung rationierter Lebensmittel beschäftigt sind. Er hat den unerlaubten Gebrauch dieser Lebensmittel zugelassen, denn die „erübrigten“ Mengen Edelfisch sind dem geregelten Verteilungsgang und damit ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung entzogen worden. Reibach hat sich daher gegen die Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes Nr. 50 vergangen.

Verstöße gegen Rechtssätze der Militärregierung — und dazu gehören die Gesetze des Kontrollrats — unterliegen der deutschen Gerichtsbarkeit in der Regel nicht.

Die Aburteilung des Reibach erfolgt dann durch die Militärgerichte. Die Verurteilung des Reibach ergeht dann nach den Bestimmungen des KRGes. Nr. 50, das schärfere Strafbestimmungen enthält als die deutschen Gesetze.

Nur wenn das Militärgericht an dem Fall des Reibach kein Interesse hat, kommt er vor die deutschen Strafgerichte. Denn Reibach hat Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, nämlich Edelfische, beiseitegeschafft, weil er sie der geregelten Verteilung entzog und dadurch böswillig die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung gefährdete. Er ist wegen Wirtschaftsverbrechens nach den deutschen Strafbestimmungen zu bestrafen — § 1 KWVO.

Einschneidend für den Betroffenen kann auch hier sein, daß im Verfahren vor den Gerichten der Militärregierung Art. III der MilRVO. I* die Grundsätze des deutschen StGB. über Versuch und Teilnahme attempts, conspiracies weitestgehend außer Kraft setzt. Der Begriff der conspiracy begründet vor allem eine Verantwortlichkeit und Strafbarkeit des Beteiligten als Täter auch in Fällen, in denen eine solche nach deutschem Recht überhaupt nicht oder nur in verminder-

* Art. III MRVO. 1 attempts, conspiracies, (Versuche und Verabredungen).

tem Maße gegeben ist. Auch stellt er eine „Denunziationspflicht“ für begangene Verbrechen auf, die dem deutschen Rechte fremd sind.

Art. III MRVO. 1 lautet:

Wie ein Täter wird bestraft:

1. wer eine strafbare Handlung zu begehen versucht oder
2. sich zur Begehung mit einem anderen verabredet oder
3. sich damit einverstanden erklärt oder
4. wer den Täter mit Rat und Tat unterstützt oder
5. die Begehung einer strafbaren Handlung durch andere herbeiführt oder
6. wer eine zu seiner Kenntnis gelangte, vermutliche strafbare Handlung anzuzeigen unterläßt oder
7. dem vermutlichen Täter hilft, der Verhaftung zu entgehen.

249. Welche Strafen Zuwiderhandlungen gegen das Kontrollratsgesetz sind mit Zuchthaus, Gefängnissen gegen das Kon- nis und Geldstrafen bedroht. kontrollratsgesetz Nr. 50?

1. Bei Diebstahl, absichtlicher unerlaubter Vergeudung und absichtlichem unerlaubtem Gebrauch kann Bestrafung mit lebenslänglichem Zuchthaus (mindestens aber mit sechs Monaten Gefängnis) sowie in jedem Falle mit einer Geldstrafe (von 5000 bis 500 000 RM.) erfolgen — Art. I des KRGes. Nr. 50.

Die Strafbestimmungen der KWVO. sehen als Höchstfreiheitsstrafe 15 Jahre Zuchthaus vor (mindestens einen Tag Gefängnis).

2. Bei Verantwortlichkeit für einen Diebstahl, eine unerlaubte Vergeudung oder einen unerlaubten Gebrauch kann auf Gefängnis von sechs Monaten bis zu fünf Jahren und Geldstrafen (von 2500 bis 250 000 RM.) erkannt werden — Art. II des KRGes. Nr. 50.

Beispiel: Der Fischhändler und Fabrikant Reibach, der Lebensmittel in großem Umfange verschob, kann also von den Gerichten der Militärregierung höchstens mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden. Die deutschen Strafgerichte können im Höchstfall auf 15 Jahre Zuchthaus erkennen.

250. Ist der Erwerb von Waren, die nicht der deutschen Verbrauchsregelung unterliegen, weil sie aus alliierten Beständen stammen, strafbar? Der Erwerb von Waren, die aus alliierten Beständen stammen, unterliegt als Verstoß gegen die MilRVO. 1 — unberechtigter Besitz von alliiertem Eigentum — der Bestrafung durch die Militärgerichte.

Waren aus alliiertem Eigentum sind nicht für die deutsche Bevölkerung bestimmt und dienen nicht der deutschen Versorgung.

Der Erwerb solcher Waren, die nicht der deutschen Verbrauchsregelung unterliegen, ist daher nach den deutschen Bestimmungen auch dann nicht strafbar, wenn er im illegalen Handel erfolgt. Diese

Waren fallen nicht unter eine Bezugsbeschränkung. Nur der Erwerb zu Überpreisen ist ein Vergehen gegen die Preisstrafrechtsverordnung und dann deswegen nach deutschem Recht strafbar.

Die MilRVO. 1 stellt aber den unberechtigten Besitz von alliiertem Eigentum als Verstoß gegen Gesetze der MilReg. unter Strafe. Verstöße gegen Rechtssätze der Militärregierung unterliegen in der Regel nicht der deutschen Gerichtsbarkeit. Die Aburteilung solcher Verstöße gegen die MilRVO. 1 erfolgt also durch Gerichte der Militärregierung.

Beispiel: Veronika Dankeschön, die Zigaretten, Schokolade, Kaffee und Mehl aus alliiertem Eigentum von ihren Freunden erhält und wieder verkauft, ist wegen des Verkaufs dieser Waren nach deutschen Strafbestimmungen ebensowenig strafbar wie die Erwerber der Zigaretten, der Schokolade, des Kaffees und des Mehls. Strafbar wäre nur der Handel mit Überpreisen — § 1 PrStRVO.

Strafbar ist aber nach den Strafbestimmungen der Militärregierung der unberechtigte Besitz von alliiertem Eigentum!

Veronika Dankeschön wie ihre Abnehmer können also vor das Militärgericht kommen und werden dann wegen Verstoßes gegen die MRVO. 1 bestraft.

Gesetzestexte

I. Verbrauchsregelungsstraftordnung

I. Verordnung

über Strafen und Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften
auf dem Gebiet der Bewirtschaftung bezugsbeschränkter Erzeugnisse
(Verbrauchsregelungsstraftverordnung)

in der Fassung vom 26. November 1941 (RGBl. I, S. 734)

§ 1

(1) Mit Gefängnis und Geldstrafe, letztere in unbeschränkter Höhe, oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs

1. bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung, insbesondere ohne gültige Bescheinigung über die Bezugsberechtigung (z. B. Bezugskarte, Bezugschein, Großbezugschein, Punktscheck, Bestellschein, Eintragung in die Kundenliste), bezieht oder abgibt, eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung für sich ausnutzt oder die Verfügung über eine Bezugsberechtigung einem anderen überläßt oder sich verschafft,
2. durch unrichtige oder unvollständige Angaben eine Bezugsberechtigung erschleicht,
3. dem Verbraucher (Versorgungsberechtigten) bezugsbeschränkte Erzeugnisse vorenthält, zu deren Abgabe er verpflichtet ist,
4. Bescheinigungen über die Bezugsberechtigung entgegennimmt oder Abschnitte abtrennt, ohne Ware zu liefern,
5. gegen Anordnungen der Landeswirtschaftsämter oder Wirtschaftsämter verstößt, die auf Grund ausdrücklicher Ermächtigung erlassen werden und auf die Strafandrohungen dieser Verordnung Bezug nehmen,
6. eine sonstige Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des Zweiten Abschnittes der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder gegen eine Bestimmung begeht, die auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder einer hierauf beruhenden anderen Vorschrift erlassen worden ist.

Der Versuch ist strafbar.

(2) In leichten Fällen kann auf Geldstrafe bis zu 150 RM. oder auf Haft erkannt werden.

(3) Liegt in den Fällen des Abs. 1 Nr. 6 ausschließlich eine Zuwiderhandlung gegen eine Anordnung einer bewirtschaftenden Stelle auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft vor (§§ 6 und 7 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 — RGBl. I, S. 1521), so tritt die Strafverfolgung nur auf Verlangen der bewirtschaftenden Stelle ein. Das Verlangen ist unzulässig, wenn wegen derselben Handlung eine Ordnungsstrafe (§§ 4 und 20) festgesetzt worden ist. Das Verlangen kann zurückgenommen werden.

§ 2

(1) Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft wird bestraft, wer, ohne in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs zu handeln,

I. Verbrauchsregelungsstrafverordnung

1. bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung bezieht, eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung für sich ausnutzt oder die Verfügung über eine Bezugsberechtigung sich gegen Entgelt verschafft oder in der Absicht, sich zu bereichern, einem anderen überläßt,
 2. eine nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 oder 5 strafbare Handlung begeht,
 3. eine sonstige Handlung begeht, die in den im Rahmen der öffentlichen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erlassenen Bestimmungen unter Strafe gestellt ist.
- (2) Mit dieser Strafe wird ferner bestraft, wer bezugsbeschränkte Erzeugnisse dem eigenen Betrieb entnimmt, ohne hierzu berechtigt zu sein.
- (3) Der Versuch ist strafbar.
- (4) In schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis und Geldstrafe, letztere in unbeschränkter Höhe, oder eine dieser Strafen.

§ 3

- (1) Mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer bezugsbeschränkte gewerbliche Erzeugnisse, die zur Ausübung eines Gewerbes oder Berufes zugeteilt oder bestimmt sind, für einen anderen als den im Antrag angegebenen oder sonst bei der Verteilung vorgesehenen Zweck oder entgegen den Auflagen oder Bestimmungen für ihre Verwendung gebraucht oder verbraucht.
- (2) In leichten Fällen kann auf Geldstrafe bis zu 150 RM. oder auf Haft erkannt werden.
- (3) Der Versuch ist strafbar.

§ 4

- (1) Besteht bei einer nach §§ 1, 2 oder 3 strafbaren Handlung kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung, so kann das Landeswirtschafts-, Landes(Provinzial-)ernährungsamt, Wirtschafts- oder Ernährungsamt (im folgenden zusammenfassend Amt genannt) gegen die schuldigen Personen (Täter und Teilnehmer) Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 1000 RM., bei Zuwiderhandlungen, die in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs begangen worden sind, bis zur Höhe von 5000 RM. festsetzen. Das gleiche gilt bei Zuwiderhandlungen gegen eine dem Amt gegenüber bestehende Auskunftspflicht.
- (2) Wird die Zuwiderhandlung in einem Geschäftsbetrieb begangen, so können außerdem gegen die Inhaber oder Leiter des Geschäftsbetriebes Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 5000 RM. festgesetzt werden, wenn sie nicht nachweisen, daß sie die im Verkehr erforderliche Sorgfalt zur Verhütung der strafbaren Handlung angewandt haben. Ist Inhaber des Geschäftsbetriebes eine Handelsgesellschaft, eine juristische Person oder sonstige Personenvereinigung, so ist der Nachweis an Stelle des Inhabers von den zur gesetzlichen Vertretung befugten Personen zu führen.
- (3) In Fällen von geringerer Bedeutung kann statt der Ordnungsstrafe eine schriftliche Verwarnung ausgesprochen werden. Sie ist gebührenpflichtig. Eine Anfechtung ist nicht zulässig.
- (4) Zuständig für die Entscheidung ist das Amt, in dessen Bezirk der Täter seinen Wohnsitz hat oder die strafbare Handlung begangen worden ist. Richtet sich die Strafverfolgung lediglich gegen Leiter oder Angestellte einer Zweigniederlassung oder eines sonstigen Zweigbetriebes, so ist das Amt zu-

ständig, in dessen Bezirk sich die Zweigniederlassung oder der Zweigbetrieb befindet; das gleiche gilt, wenn das Unternehmen seinen Sitz im Ausland hat.

(5) Bei zusammenhängenden Zuwiderhandlungen, welche einzeln zur Zuständigkeit verschiedener Behörden gehören würden, ist jede dieser Behörden zuständig.

(6) Ist hiernach eine Zuständigkeit nicht oder mehrfach begründet, so ist die Behörde zuständig, die zuerst mit der Sache befaßt worden ist. Sie kann die Sache an die andere zuständige Behörde abgeben, wenn dies zweckmäßig erscheint. In Zweifelsfällen bestimmt die gemeinsame höhere Behörde die zuständige Behörde.

§ 5

Ist durch eine Handlung, auf die die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 zutreffen, ausschließlich gegen eine Anordnung einer bewirtschaftenden Stelle auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft verstoßen worden (§§ 6 und 7 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 — RGBl. I, S. 15, 21), so kann das Amt nur dann eine Ordnungsstrafe festsetzen, wenn feststeht, daß von der bewirtschaftenden Stelle weder ein Verlangen nach Strafverfolgung gemäß § 1 Abs. 3 gestellt noch eine Ordnungsstrafe festgesetzt wird.

§ 6

Das Landeswirtschaftsamt oder das Wirtschaftsamt kann im Rahmen der ihm übertragenen Bewirtschaftungsaufgaben Ordnungsstrafen gemäß § 4 Abs. 1 und 2 auch bei Verstößen gegen Anordnungen des Reichswirtschaftsministers, der Reichsstellen oder anderer Stellen, denen die Befugnisse nach §§ 1 und 2 der Verordnung über den Warenverkehr übertragen sind, verhängen, soweit die Verstöße nach der Verordnung über den Warenverkehr strafbar sind und diese Stellen die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens nicht an sich ziehen.

§ 7

(1) Gegen die Ordnungsstrafe kann binnen einer Woche nach Bekanntgabe bei dem Amt, das den Strafbescheid erlassen hat, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt werden. Die Frist wird auch durch den Eingang des Antrages beim Amtsgericht gewahrt.

(2) Der Antrag ist binnen einer Woche dem Amtsgericht zur Entscheidung zuzuleiten. Bis dahin kann das Amt den gegen den Antragsteller ergangenen Strafbescheid zurücknehmen und das Verfahren einstellen oder einen neuen Bescheid erlassen oder die Sache an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgeben. Der Antragsteller ist zu benachrichtigen.

§ 8

(1) Für das Verfahren vor dem Amtsgericht gelten die Vorschriften der Strafprozeßordnung über das Verfahren vor dem Beschwerdegericht sinngemäß. Das Amtsgericht entscheidet endgültig. Es ist an die im Strafbescheid festgesetzte Ordnungsstrafe nicht gebunden; der Strafbescheid kann auch zum Nachteil des Antragstellers geändert werden.

(2) Hält das Gericht ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung für begründet, so legt es die Sache der Staatsanwaltschaft vor.

(3) Bis zur Entscheidung über den Antrag kann die Staatsanwaltschaft die Verfolgung im Strafverfahren übernehmen.

§ 9

- (1) Neben der Strafe können ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse und sonstige Rechte Dritter in den Fällen der §§ 1, 2 und 3 die Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reiches eingezogen werden.
- (2) Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf Verlangen der Staatsanwaltschaft die Einziehung selbständig durch Beschluß angeordnet werden. Gegen den Beschluß findet die sofortige Beschwerde nach Maßgabe der Strafprozeßordnung statt.
- (3) Mit der Rechtskraft der Entscheidung gehen das Eigentum und sonstigen Rechte auf das Reich über.
- (4) Für einen Rechtserwerb, der nach der Rechtskraft der Entscheidung eintritt, gelten die Vorschriften des bürgerlichen Rechts zugunsten derer, die Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten.
- (5) Für das Recht eines Dritten ist bis zur Höhe des Wertes oder des Erlöses der eingezogenen Erzeugnisse Entschädigung zu gewähren, es sei denn, daß der Dritte von der Straftat Kenntnis hatte oder haben mußte oder von ihr einen Vorteil gehabt hat. Bei der Feststellung, inwieweit ein Recht durch den Wert oder Erlös der eingezogenen Sache gedeckt war, sind vorgehende Rechte auch dann zu berücksichtigen, wenn bei ihnen die Voraussetzung des Satzes 1 nicht gegeben sind. Der Anspruch verjährt in einem Jahr nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung. Der Rechtsweg ist zulässig.
- (6) § 11 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Eiern und Eierzeugnissen vom 7. September 1939 (RGBl. I, S. 1732) und § 7 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen vom 7. September 1939 (RGBl. I, S. 1714) bleiben unberührt.

§ 10

- (1) Die Einziehung kann in den Fällen der §§ 4 und 6 vom Amt neben der Ordnungsstrafe ausgesprochen werden.
- (2) Ist eine Ordnungsstrafe rechtskräftig verhängt worden, so kann das Amt die Einziehung selbständig aussprechen. Die Vorschriften über den Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§§ 7 und 8) gelten sinngemäß; eine Überleitung in das Strafverfahren findet nicht statt.
- (3) Das Amt kann die Verwertung von Erzeugnissen, die der Einziehung unterliegen, zugunsten bezugsberechtigter Verbraucher anordnen, wenn die Entscheidung über die Einziehung wegen der Gefahr des Verderbs nicht abgewartet werden kann. Der Erlös tritt an die Stelle der Erzeugnisse.

§ 11

Das Gericht oder das Amt kann anordnen, daß die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntgemacht wird. Die Art der Bekanntmachung sowie die Frist, innerhalb deren sie zu erfolgen hat, sind im Urteil oder im Ordnungsstrafbefehl zu bestimmen.

§ 12

Kann eine Ordnungsstrafe nicht beigetrieben werden, so hat das Amtsgericht, das zur Durchführung des Strafverfahrens im ersten Rechtszug zuständig wäre, auf Verlangen des Amtes als Ersatzfreiheitsstrafe eine dem Verschul-

den entsprechende Haftstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen. Vor der Entscheidung ist der Betroffene zu hören. Gegen den Beschluß ist die sofortige Beschwerde zulässig.

§ 13.

- (1) Die Ordnungsstrafbescheide sind den Betroffenen zuzustellen.
- (2) Auf das Verfahren bei der Zustellung finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Zustellungen von Amts wegen mit Ausnahme der §§ 189, 203 bis 207, 210 a und 212 a entsprechende Anwendung. Ist die Zustellung in der vorgeschriebenen Weise nicht ausführbar, so gilt sie als erfolgt, wenn der entscheidende Teil des Strafbescheides im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger bekanntgemacht worden ist und seit dem Erscheinen des Blattes zwei Wochen verflossen sind.
- (3) Die gebührenpflichtige Verwarnung kann durch eingeschriebenen Brief oder Übergabe an den Beschuldigten gegen Empfangsbekenntnis zugestellt werden.

§ 14

- (1) Für die Berechnung der Fristen finden die §§ 42 und 43 der Strafprozeßordnung und bei Versäumung einer Frist die §§ 44 bis 47 der Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.
- (2) Über das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand entscheidet das Amtsgericht.

§ 15

Der Strafbescheid über die Ordnungsstrafe und die Entscheidung über die Einziehung sind zu begründen. In der Begründung sind die strafbare Handlung, die verletzten Vorschriften, die Beweismittel und die Rechtsmittel anzugeben.

§ 16

Räumt der Beschuldigte die Zuwiderhandlung ein, so kann er sich in einer die wesentlichen Tatumstände und verletzten Vorschriften enthaltenden Niederschrift einer zugleich festzusetzenden Ordnungsstrafe unterwerfen. Die Unterwerfung steht der rechtskräftigen Festsetzung einer Ordnungsstrafe gleich.

§ 17

- (1) Die Vollstreckung des Ordnungsstrafbescheides erfolgt nach den landesrechtlichen Vorschriften im Verwaltungszwangsverfahren.
- (2) Das Amt, das den Ordnungsstrafbescheid erlassen hat, ist für die Bewilligung von Teilzahlungen und Zahlungsfristen zuständig. Teilzahlungen werden zunächst auf die Strafen angerechnet.
- (3) In den Nachlaß kann nur vollstreckt werden, wenn der Strafbescheid bei Lebzeiten des Bestraften rechtskräftig geworden ist.

§ 18

Die Kosten des Ordnungsstrafverfahrens sind dem Bestraften aufzuerlegen. Mehrere wegen derselben Zuwiderhandlung Bestrafte haften für die Auslagen als Gesamtschuldner; dies gilt nicht für die durch die Vollstreckung entstandenen Auslagen.

§ 19

- (1) Die Gebühr für den Erlaß jeden Ordnungsstrafbescheides beträgt 5 vom Hundert des Betrages der auferlegten Geldstrafe und des Wertes der einge-

zogenen Erzeugnisse, mindestens aber 1 RM. Für einen erfolglosen Antrag auf gerichtliche Entscheidung wird die Hälfte der vorstehenden Gebühr erhoben; sie kann ermäßigt werden, wenn der Antrag teilweise Erfolg hatte.

(2) An Auslagen werden erhoben:

1. telegraphische Gebühren und im Fernverkehr zu entrichtende Fernspreckgebühren,
2. Kosten von Zustellungen und öffentlichen Bekanntmachungen,
3. Entschädigungen, die an Zeugen und Sachverständige gezahlt sind,
4. Reisekosten der Beamten bei Geschäften außerhalb des Dienstsitzes,
5. Auslagen anderer Behörden,
6. Kosten der Erhaltung beschlagnahmter Sachen und der Beförderung von Personen oder Sachen.

(3) Die Kosten der Vollstreckung der Ordnungsstrafe werden nach den landesgesetzlichen Bestimmungen, die Kosten für die Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe nach den für die Vollstreckung von Freiheitsstrafen geltenden Bestimmungen erhoben.

(4) Für gebührenpflichtige Verwarnungen beträgt die Gebühr 1 RM. Die Festsetzung erfolgt zugleich mit der Erteilung der Verwarnung und ist nicht anfechtbar. Auslagen werden nicht erhoben.

§ 20

(1) Soweit die bewirtschaftenden Stellen auf Grund ihrer Befugnisse im Rahmen der öffentlichen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen Vorschriften mit Wirkung gegen Nichtmitglieder erlassen, können sie Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen auch gegenüber Nichtmitgliedern durch Festsetzung von Ordnungsstrafen verfolgen. Auf diese Ordnungsstrafen finden im übrigen die Vorschriften Anwendung, die für die Ordnungsstrafen der bewirtschaftenden Stellen gegen Mitglieder gelten.

(2) Die bewirtschaftenden Stellen können bei Verstößen gegen Anordnungen, die sie im Rahmen der öffentlichen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erlassen haben, in Fällen von geringerer Bedeutung schriftliche Verwarnungen aussprechen. § 4 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Die Höhe der Gebühr beträgt 1 RM. Auslagen werden nicht erhoben.

§ 21

(1) Die Verfolgung von Übertretungen dieser Verordnung (§ 1 Abs. 2, § 2 Abs. 1 und 2 und § 3 Abs. 2) verjährt in einem Jahr. Im übrigen verjährt die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung in fünf Jahren.

(2) Die Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches über die Verjährung der Strafverfolgung gelten entsprechend.

(3) Einer richterlichen Handlung, die die Verjährung unterbricht, stehen entsprechende Handlungen der Ämter gleich.

§ 22

In Gemeinden, in denen ein Hauptwirtschafts-(Haupternährungs-)amt besteht, stehen diesen die Rechte zu, die in dieser Verordnung dem Wirtschafts-(Ernährungs-)amt übertragen sind. Das Hauptwirtschafts-(Haupt-

ernährungs-)amt kann seine Befugnisse auf die Wirtschafts-(Ernährungs-)ämter seines Bezirks übertragen.

§ 23 fällt weg

§ 24

(1) Die Verordnung tritt eine Woche nach der Verkündung in Kraft.

2. Artikel III

der Verordnung zur Ergänzung und Änderung von Vorschriften
auf dem Gebiet der Verbrauchsregelung

Vom 25. November 1941 (RGBl. I, S. 731)

(1) Beamte, Angestellte oder Helfer auf dem Gebiet der Verbrauchsregelung, die vorsätzlich entgegen den bestehenden Bestimmungen oder den Anordnungen der zentralen bewirtschaftenden Stellen Bescheinigungen über Bezugsberechtigungen an Gewerbetreibende oder Verbraucher abgeben oder dabei mitwirken, oder Sachverständige, die gegen besseres Wissen auf dem Gebiete der Verbrauchsregelung ein Gutachten abgeben, werden mit Gefängnis und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist. Die Strafverfolgung tritt auf Verlangen des Oberbürgermeisters oder Landrats ein, in dessen Geschäftsbereich der Beamte, Angestellte oder Helfer beschäftigt ist oder das Gutachten beigezogen wurde. Das Verlangen kann auch von dem Landeswirtschaftsamt oder Landes-(Provinzial-)ernährungsamt gestellt werden. Das Verlangen kann zurückgenommen werden.

II. Kriegswirtschaftsverordnung

Vom 4. September 1939 (RGBl. I, S. 1609)

in der Fassung vom 25. März 1942 (RGBl. I, S. 147)

Auszug

Abschnitt I

Kriegsschädliches Verhalten

§ 1

(1) Wer Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseiteschafft oder zurückhält und dadurch böswillig die Deckung dieses Bedarfs gefährdet, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft. In besonders schweren Fällen kann auf Todesstrafe erkannt werden.

(2) Dieselbe Strafe trifft denjenigen, der Bescheinigungen über eine Bezugsberechtigung oder Vordrucke hierfür beiseiteschafft, nachmacht oder nachgemachte Bescheinigungen oder Vordrucke in den Verkehr bringt oder sich verschafft.

(3) Hat der Täter in der Absicht gehandelt, sich zu bereichern, so ist neben der Strafe aus Abs. 1 oder Abs. 2 auf Geldstrafe zu erkennen. Die Höhe der Geldstrafe ist unbeschränkt, sie muß das Entgelt, das der Täter für die Tat empfangen, und den Gewinn, den er aus der Tat gezogen hat, übersteigen. An Stelle der Geldstrafe kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

§ 1a

(1) Mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser Strafen wird bestraft, wer in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs

1. für die Bevorzugung eines anderen bei der Lieferung von Waren oder bei Leistungen eine Tauschware oder einen sonstigen Vorteil fordert oder sich oder einem anderen versprechen oder gewähren läßt,
2. die Lieferung einer Tauschware oder einen sonstigen Vorteil anbietet, verspricht oder gewährt, um sich oder einem anderen Waren oder Leistungen bevorzugt zu verschaffen.

(2) Wer nicht in Ausübung eines Gewerbes oder Berufs handelt, bleibt als Teilnehmer an einer nach Abs. 1 strafbaren Handlung straffrei.

§ 1b

Für die Strafverfolgung gelten in den Fällen des § 1a die §§ 4, 7 bis 19, 22, 23 der Verbrauchsregelungsstrafverordnung vom 26. November 1941 (RGBl. I, S. 734) entsprechend.

§ 1c

(1) Rohstoffe und Erzeugnisse, auf die sich die nach den §§ 1, 1a strafbare Handlung bezieht, können neben der Strafe ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse und sonstige Rechte Dritter zugunsten des Reichs eingezogen werden.

(2) Auf die Einziehung kann auch selbständig erkannt werden. Auf das Verfahren finden die §§ 430 bis 432 der Reichsstrafprozeßordnung Anwendung. Zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bezirk sich der einzuziehende Gegenstand zur Zeit der Stellung des Antrags befindet.

(3) § 9 Abs. 3 bis 6 der Verbrauchsregelungsstrafverordnung vom 26. November 1941 (RGBl. I, S. 734) gilt entsprechend.

§ 22

Preise und Entgelte für Güter und Leistungen jeder Art müssen nach den Grundsätzen der kriegsverpflichteten Volkswirtschaft gebildet werden.

§ 27

Die Bestimmungen der Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 (RGBl. I, S. 955) und die sonstigen bisher erlassenen Preisvorschriften bleiben im übrigen unberührt.

Stichwortverzeichnis

	Seite		Seite
Abführung des Mehrerlöses bei Preisvergehen	27	Ausnutzen und Erschleichen einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung	79
Abgeben von Waren ohne Bezugsberechtigung	98	— des Irrtums einer Kartenstelle	79
Abmeldung eines Kranken	79	— einer nicht zustehenden Bezugsberechtigung	75
—, unterlassene	83	— unentgeltlich erlangter Karten	76
Abtrennung von Marken ohne Lieferung der Ware	112	— unrechtmäßig geschenkter Karten	76
Allgemeine Anweisung an den Richter	62	Ausübung eines Berufs oder Gewerbes	32
Altenteiler	106	Bauer	31
Amtliche Eigenschaft	43	Beamte, amtliche Eigenschaft ..	43
— Gewichtsfeststellung	148	—, Sonderbestimmungen für ...	44
Amtsunterschlagung	45	—, Sonderstellung	43
Amtsverbrechen	44	—, Strafbestimmungen	45
Anbieten eines Überpreises	171	— der Verbrauchsregelung	43
Anfertigung, fälschliche, eines Kartenvordrucks	19	—, Veruntreuung durch	45
Angaben, unrichtige und unvollständige	79	—, Wirtschaftsverbrechen durch ..	46
Angestellter	21, 43	Bearbeiter	31
— als Schwarzhändler	39	Bedarf, besonderer	66
— der Verbrauchsregelung	43	—, privater	33
Ankauf verfälschter Karten	159	—, regelmäßiger	18, 66
Annahme eines Überpreises	171	Beeinträchtigung der Versorgung ..	123
— von Waren ohne Markenabgabe	98	Begleitumstände der Tat	88
Anteil, lebensnotwendiger	49	Beiseiteschaffen durch Diebstahl ..	133
Antrag auf gerichtl. Entscheidung	179	— durch Hehlerei	134
Arbeitsleistungen, Erschleichen von	10	— lebenswichtiger Güter ...	22, 126
— gegen Selbstversorgung	108	—, mehrfaches	133
—, Tausch mit	108	— einer Urkunde	161
Aufgaben der Ernährungsämter	15	— durch Urkundenfälschung ...	134
Aufhören der Bezugsbeschränkung	16, 49	— durch Unterschlagung	134
Aufrechterhaltung eigener Produktion, siehe Kompensation	12	— durch Untreue	134
Aus dem Auslande importierte Güter	16	Benutzen einer geschenkten Karte	73
Aushauverluste	101	Berechtigungsscheine	18
Ausnahmegenehmigung	148	Bereicherungsabsicht	71
Ausnutzen in Bereicherungsabsicht übergebener Karten ..	72	Beruf, Ausübung eines	32
— einer Bezugsberechtigung ...	75	Berufsverbot	154
— einer Bezugsberechtigung durch Gewerbetreibende	96	Bescheinigung der Bezugsberechtigung	17
Ausnutzen einer Bezugskarte für gewerbliche Erzeugnisse	77	Beschlagnahme	154
		— der Schieberware	154
		Besonderer Bedarf	66
		Besondere Verantwortung bei beruflich Tätigen	29
		Bestechung	45
		Bestimmungen der Ernährungsämter an die Verbraucher ..	84

Seite	Seite
Bestrafung, strengere, des Ver- brauchers 30	Bezugskarten, eingetauschte 72
Betrug 24, 64	— für regelmäßigen Bedarf 18
— und Erschleichen 81	—, Mißbrauch von 65
Bevorzugung 112	— der Selbstversorger 106
— des Stammkunden 112	Bezugscheine 18
— des Verbrauchers 67	— für besonderen Bedarf 18
Beweggründe des Täters 88	—, Mißbrauch von 65
Bewirtschaftungsbestimmungen . 9	—, verlorengegangene 75
Bewirtschaftungs- und	Bezugschein- und Kartenwesen . 17
Verbrauchsbestimmungen ... 15	Bindungen des Händlers 31
Beziehen 60	Böswillige Gefährdung der
— auf gefälschte Karten 59	Bedarfsdeckung 141
— auf nicht gültige Karten ... 58	— Gefährdung der Versorgung . 43
— für einen anderen 77	Bohnenkaffee 52
— ohne Bezugsberechtigung 49, 57	Branntweinmonopolgesetz 26
— ohne fällige Karte 58	Briefmarken, Schleichhandel mit . 120
— ohne Karte 58	Carepakete 51
—, versuchtes 56	—, Handel mit 41
Bezug ohne Bezugsberechtigung . 48	
Bezugsberechtigung 17	Deputat aus Schwundvergütungen 103
—, Ausnutzen einer 17, 48	Deputatzigaretten 51
—, Ausnutzen einer, durch	Diebesgut im Schwarzhandel ... 135
Gewerbetreibende 96	Diebstahl 24, 28
—, Ausnutzen einer nicht zu-	— bezugsbeschränkter Erzeug-
stehenden 80	nisse 141
Bescheinigung über 18	— von Karten 70
—, Beziehen ohne 57	— von Karten in größ. Mengen 70
—, entgeltliches Überlassen einer . 72	— von Kartenvordrucken bei der
—, entgeltl. Verschaffen einer 48, 67	Kartenstelle 70
—, Erschleichen einer 48, 78	
—, Erschleichen einer, durch	Eier 129
Gewerbetreibende 94	Eipulver 92
—, Nachweis der 17, 59	Eingetauschte Bezugskarte 72
—, Verkaufen einer 74	Einzelbestimmungen für gewerb-
—, Verschaffen einer 66	lichen Sektor 16
—, Verschaffen einer nicht zu-	— für landwirtschaftlichen Sektor 16
stehenden 66	Einziehen der Gegenstände bei
—, Verschaffen und Überlassen	Preisvergehen 173
einer, durch Gewerbetreibende 93	Ende der Bezugsbeschränkung .. 49
—, Verschenken einer 71	Entgegennahme von Marken ohne
—, versuchtes Erschleichen einer . 81	Warenbelieferung 112
—, Vertauschen einer 74	Entgeltliches Überlassen einer
Bezugsbeschränkte Erzeugnisse 33, 49	Bezugsberechtigung 72
— Erzeugnisse, Diebstahl von . 141	—, Verschaffen einer Bezugs-
— Erzeugnisse der Ernährungs-	berechtigung 67
wirtschaft 13	Entnahme, unberechtigte 34
Erzeugnisse, gewerbliche 15	Entwendung von Nahrungs- und
Bezugsbeschränkung, Ende der .. 49	Genußmitteln 59
Bezugskarten 18	— von Nahrungs- und Genuß-
—, Ausnutzung von, für gewerb-	mitteln in geringer Menge .. 60
liche Erzeugnisse 48	

	Seite		Seite
Entwendung von Nahrungs- und Genußmitteln zum alsbaldigen Verbrauch	60	Fette	15, 129
Erbe als Schwarzhändler	41	Fische und Fischwaren	15
Ergänzungsverordnung zur Verbrauchsregelungsstrafverordnung	21	Fleischbeschaugesetz	146
Erklärungen, wahrheitswidrige ..	79	Flüssige Kraftstoffe	15
Erlaubtes Tauschgeschäft	57	Forderung eines Überpreises ..	118, 171
Ernährung, lebensnotwendige ..	49	Formular	70
Ernährungsämter, Aufgaben der ..	15	Forstdiebstahl	62
Ernährungswirtschaft, bezugsbeschränkte Erzeugnisse der ..	14	Freie Ware	120
Ersatz von Schwundvergütungen ..	101	— Ware, Hamstern mit	144
Erschleichen	10	— Ware des Händlers	31
— von Arbeitsleistungen	10	Freiheitsstrafen bei Wirtschafts- verbrechen	153
— und Ausnutzen einer nicht zustehenden Bezugsberechti- gung	80	Fundunterschlagung	20, 25
— und Betrug	81	Futtermittel	129
— von Bezugsberechtigungen ..	66, 71	Gäste	36
— von Bezugsberechtigungen durch Gewerbetreibende ...	94	Gartenbauerzeugnisse	129
— einer Karte auf den Namen eines anderen	81	Gebührenpflichtige Verwarnung ..	185
—, versuchtes	81	Gefährdung, böswillige, der Be- darfsdeckung	141
Ersparte Rationen	107	— lebenswichtigen Bedarfs beim Kartenmißbrauch	163
Erwerb für eigene Bedürfnisse ..	47	— der Versorgung	43
Erzeuger	31	— der Versorgung, böswillige ..	43
Erzeugnisse	13, 49	Gefälligkeit	44
—, bezugsbeschränkte	13, 49	Gefälligkeitsüberlassen von Karten ..	75
—, gewerbliche	15	Gefundene Lebensmittelkarten ..	68, 92
—, Großschiebung mit	128	Geheimnisverrat	144
—, landwirtschaftliche	15	Geldstrafe bei Wirtschafts- verbrechen	153
—, tierische	129	Geldwirtschaft	11
—, Zurückhalten von	141	Gelegenheitsschieber	41
Fälschliche Anfertigung eines Kartenvordrucks	19	Gelegentlicher Schwarzhandel ..	41
Fahrlässiges Handeln	84	Genehmigung zur Schlachtung ..	147
Fahrräder	15	Genußmittel, Entwendung von ..	59
Fahrzeugbereifungen	15	—, Entwendung von, in geringer Menge	59
Falschbeurkundung	45	—, Entwendung von, zum als- baldigen Verbrauch	59
Falsche Kriminalbeamte	137	Gerichtliche Entscheidung, Antrag auf	179
Familienangehörige	31	Geringwertige Gegenstände	69
Fehldrucke	157	Geschäftemacher	125
Feld- und Forstdiebstahl	61	Geschäftlicher Verkehr mit Karten ..	71
— und Forstdiebstahl, Verord- nung über	62	Geschenkte Karte, Benutzung einer	71
— und Forstdiebstahl, ver- schärfte Bestimmungen über ..	62	Geselle	31
Felle	19	Gesetzestexte	194
		Gesetzliche Bestimmung, Unkenntnis der	85
		Gesetzliches Verbot	56
		Getreide	129

	Seite		Seite
Gewahrsamsbruch	45	Hauptvereinigung der Viehwirt-	
Gewerbe, Ausübung eines	32	schaft	146
Gewerbetreibender	41	Hausfrau als Schwarzhändlerin ..	40
—, Abgaben von Waren durch ..	98	Haushaltungsvorstand	79
—, Ausnutzen von Bezugsberech-		Hausschlachtung	37, 147
tigungen durch	96	Hehlerei	24, 63
—, Beziehen durch	93	— durch Ankauf gestohlener	
—, Beziehen einer Bezugsberech-		Karten	70
tigung durch	93	— bei Verschaffung einer Lebens-	
—, Erschleichen einer Bezugs-		mittelkarte	69
berechtigung durch	94	— und Wirtschaftsverbrechen ..	25
—, mildere Bestrafung durch ...	34	Helfer der Verbrauchsregelung ..	21, 43
—, schenkweise Abgabe durch ..	100	Hinterlegung von Pfand an Stelle	
—, Schiebung unter	119	Markenabgabe	100
—, Strafbestimmungen	93	Hinterziehung der Schlachtsteuer ..	147
—, Strafen der	122	Höchstpreisverordnung für ge-	
—, versuchte Straftaten durch ..	123	brauchte Waren	169
—, Vorenthalten von Waren durch ..	98	Holzwegnahme	61
—, Zuwiderhandlungen gegen		Horten	141
Bestimmungen	42, 96	Hotels	31, 110
Gewerbliche Erzeugnisse	15		
— Erzeugnisse, Verwendung ent-		Illegaler Preis	9
gegen vorgesehenem Zweck ..	104	In-den-Verkehr-Bringen nachge-	
Grauer Markt	12	machter Karten	161
Grobe Nachlässigkeit	50	Irrtum der Kartenstelle	79
Großbezugscheine	18	— der Kartenstelle, Ausnutzen	
Großer Versorgungsschaden	89	eines	79
Großhandel mit gestohlenen			
Lebensmittelkarten	165	Jäger	31
— mit Reisemarken	163	Jagdvergehen	97
Großschieber	42		
—, Strafen der	151	Kakao	15
—, Straftaten der	42, 124	Kanadisches Weizenmehl	16
Großschiebung mit Karten und		Karten	156
Kartenvordrucken	157	—, Diebstahl von	70
— mit Lebensmittelkarten	125	— und Kartenvordrucke, Groß-	
— mit Rohstoffen und Erzeug-		schiebungen mit	156
nissen	128	—, unrechtmäßig erworbene ..	75
Gültigkeit der Kriegswirtschafts-		—, Unterschlagung von	25
verordnung	127	—, Veruntreuung von	25
Gutsknecht	31	Kartenmißbrauch und Gefähr-	
		dung lebenswichtigen Bedarfs ..	163
Händler	31	—, Strafen bei	165
—, Bindungen der	31	Karten- und Bezugscheinwesen ..	17
—, freie Ware der	31	Kartenvordrucke	22, 157
—, Lieferungspflicht d. Vertrag ..	110	—, Beiseiteschaffen von ...	22, 157
—, Vermögensschaden der	31	—, Diebstahl von der Karten-	
Häute	19	stelle	70
Hammelfleisch	91	Kartoffeln	14, 129
Hamstern	144	Kaufgeschäfte des Händlers	14
— mit freier Ware	144	Kaufpreis, Mehrleistung vom ..	118
Handel mit Carepaketen	41		

	Seite		Seite
Kellner	35, 91	Luxusgegenstände, Schleichhandel mit	120
Kettenhandel mit Marken	166	Makulaturbogen	157
Kette von Schiebungen	133	Manko	95
Kohlen	15	Markenfreies Seifenpulver	116
Kompensationsgeschäfte	11	Maschinenschrift	19
Kontrollratsgesetz Nr. 11 ..	35, 68	Mehrbezug von Lebensmittel-	
Kontrollgesetz Nr. 50	186	karten	82
Kontrollgesetz und KWVO.	191	Mehrerlös	27, 150
Kraftstoffe, flüssige	15	Mehrfaches Beiseiteschaffen	133
Krankenhäuser	110	Mehrleistung vom Kaufpreis	118
Krankenschlachtung	149	Meister	31
Kriegswirtschaftsverordnung ...	21	Milch	15, 129
—, Gültigkeit der	127	Milchkarten	92
Kundenliste	14, 111	Milchzentrifugen	15
Ländliche Handwerker, Natura-		Mildere Bestrafung der Gewerbe-	
lien für	108	treibenden	34
Lagerhaltung	112	Militärgericht	189
Landwirtschaftliche Erzeugnisse .	15	Mißbrauch von Bezugskarten ...	65
Landwirtschaft, Produkte der ..	129	— von Bezugscheinen	65
Landwirtschaftsverordnung	15	Mißbrauchsgebote an die Ver-	
Laufende Einnahmequellen aus	175	braucher	65
Schwarzhandel		Mißstände im Wirtschaftsleben .	128
Lebendes Vieh	129	Mittagstische	31, 110
Lebende Tiere als Erzeugnisse .	129	Mundraub	60
Lebensmittel gegen Mehl	52	— bei Wegnahme von Karten .	68
— gegen Photo	52	—, versuchter	60
Lebensmittelkarten	65	Nachgemachte Karten, In-den-	
—, gefundene	68, 92	Verkehr-Bringen	161
—, Großschiebung mit	125	— Karten, Verschaffen von ...	161
—, Mehrbezug von	82	Nachlässigkeit, grobe	50
—, Verschaffung durch falsche		— und keine Wiedereinsetzung	181
Anmeldung	71, 82	Nachmachen von Karten .	22, 160
Lebensnotwendige Ernährung ..	49	Nachträgliche Einziehung	27
Lebensnotwendiger Anteil	49	Nachweis d. Bezugsberechtigung	17, 59
Lebenswichtiger Bedarf der Be-		Nahrungsmittel, Entwendung von	59
völkerung	23, 130	—, Entwendung von, in geringer	
— Bedarf der Bevölkerung, Ge-		Menge	60
fährdung beim Kartenmiß-		—, Entwendung zum alsbaldigen	
brauch	163	Verbrauch	60
Leder	15	Namenseintragung	18
Leichter Fall	123	Naturalien für ländliche Hand-	
Leistungspflicht auf Karten ...	110	werker	108
Liebesgabenpakete aus dem Aus-		Nebenberuflicher Schwarzhandel	39
land	16	Nichtigkeit	56
Liederlichkeit	84	Nichtraucher	29
Lieferungsanordnung der Landes-		Normalverbraucher	46
wirtschaftsämter	111	Notentwendung	60
Lieferungspflicht des Händlers		—, versuchte	60
durch Vertrag	110	— bei Wegnahme von Karten ..	68
Luxusartikel, Preisstopbestim-			
mungen für	169		

	Seite		Seite
Notschlachtung	148	Restaurants	110
Notzeiten	9	Richter, allgemeine Anweisung an die	62
Öffentliche Bekanntmachung des Schiebers	154	Roheisen	15
— Bekanntmachung des Täters bei Preisvergehen	154	Rohstoffe	128
Öffentliches Interesse an Straf- verfolgung	178	—, Großschiebungen mit	128
Öffentliche Waage	148	—, Zurückhalten von	141
Ordnungsstrafverfahren	178	Rückfall des Täters	88
Pensionär	40	Saatgut	15, 129
Pensionen	31, 110	Scheingeschäft	100
Personalpapiere im Schwarzhandel	170	Schenker, Strafbarkeit der	101
Person des Täters	87	Schenkung des Händlers	105
Petroleum	15	Schenkweise Abgabe durch Gewerbetreibende	94, 100
Pflichtvergessenheit	45	Schieber	38
Polizeiliches Strafverfahren	177	Schieberware, Beschlagnahme der	154
Preisgefüge, Zersetzung des ...	9	Schiebung unter Gewerbe- treibenden	101
Preis, illegaler	9	Schlachtsteuerhinterziehung ...	147
Preisrecht für Güter	167	Schlachtungsgenehmigung	147
Preisstichtag	167	Schlachtung von Pferden	148
Preisstop	169	Schleichhandel	9, 26
— bei gebrauchten Waren	169	— mit bezugsbeschränkter Ware	120
— bei Kunstgegenständen	169	— mit Briefmarken	120
— und Schwarzmarkt	169	— mit freier Ware	120
Preisstrafrechtsverordnung	24	— mit Luxusgegenständen	120
Preisvergehen	24, 167	Schleich- und Tauschhandel ...	99
—, Abführung von Mehrerlösen bei	173	Schmieröl	15
—, Einziehung der Gegenstände bei	27, 173	Schnaps als Tauschobjekt	92
—, öffentliche Bekanntmachung des Täters bei	154	Schnellgericht	90
— und Schwarzschlachtung ...	150	Schreibmaschinen	90
—, Strafen bei	173	Schwarzer Markt	92
Preisverstoß und Zuchthaus ...	173	Schwarzhändler	9
Privater Bedarf	33	—, Angestellter als	39
Produkte der Landwirtschaft ..	129	—, Erbe als	41
— der Wirtschaft	129	Schwarzhandel	9
Rasierklingen gegen Lebensmittel	91	—, Diebesgut im	135
Rationen, ersparte	107	—, gelegentlicher	41
Rationiert	188	—, laufende Einnahmequellen aus	175
Raucherkarte	161	—, nebenberuflicher	39
Rauchwaren aus Schwundvergü- tungen	102	Schwarzmarkt und Preisstop ..	169
Rechtsmittel gegen Strafbescheid	179	Schwarzschlachten des Selbst- versorgers	37
Regelmäßiger Bedarf	66	Schwarzschlachtung	37, 145
Reisemarken	65	— und Gefährdung der Bedarfs- deckung	149
—, Großhandel mit	163	— und Preisvergehen	150
		— und Urkundenfälschung ...	150
		— und Viehdiebstahl	145
		— und Wirtschaftsverbrechen ..	149
		Schweizer	31

	Seite		Seite
Schwerer Fall	87, 100	Strafverfolgung, öffentliches	
Schwund	101	Interesse an	178
Schwundvergütungen, Deputat		Strengere Bestrafung der Ver-	
aus	103	braucher	29
—, Rauchwaren aus	102	Stundung der Markenabgabe un-	
Schwundverluste, Ersatz der	101	ter Geldverpfändung	100
— im Tabakhandel	102	Süßstoff	91
—, Verfügen über	102	Süßwaren	15
—, Verwirtschften von	103		
Seife	15	Tabakhandel, Schwundverluste im	102
Selbstversorger	15, 106	Tabakkarte	65
—, Bezugskarten für	106	Tabakwaren	15
Selbstversorgerzeugnisse,		Täter, Beweggründe eines	88
Verkauf von	107	—, Rückfall eines	88
Selbstversorgerrationen	49	Tagesurlauberkarten	126
— gegen Arbeitsleistung	108	Tatsächliche Verfügungsgewalt	57
—, verkaufte	107	Tauschgeschäfte, erlaubte	51
—, verschenkte	107	— des Händlers	120
Selbstversorgerschächtung	37	—, unerlaubt	120
Sohlenmaterial	15	—, des Verbrauchers	51
Sonderbestimmungen für Beamte	43	Tauschhandel	9
Sonderstellung der Beamten	43	Tausch im Schwarzhandel	91
Spinnstoffwaren	15	— mit Arbeitsleistungen	108
Stammkunden	109	— und Schleichhandel	22, 99
—, Bevorzugung von	109	Tauschware, Vorteil durch	11, 115
Stempelaufdruck	19	Tauschzentrale	52
Steuerhehlerei	28	Tiere u. tierische Erzeugnisse	15, 129
Steuerhinterziehung	27	Todesstrafe	151
Steuerhinterziehungsgesetz	27	Transporteure	57
Störung der Versorgung	22	Trinkgelder	147
Stopppreis	167	Typische Kriegsförderung	128
Strafantrag	180	— Kriegsverhältnisse	127
Strafbares Überlassen	71	— Kriegsverstöße	127
Strafbarkeit des Schenkers	56		
— des Verbrauchers beim		Überlassen	71
Schleichhandel	56	— von Bezugsberechtigungen	
Strafbescheid	179	durch Gewerbetreibende	94
—, Rechtsmittel gegen	179	— von Karten innerhalb der	
Strafbestimmungen gegen Beamte	21	Familie	75
— gegen Gewerbetreibende	122	—, strafbares	78
Strafen des Großschiebers	151	Überlassung einer nicht zustehen-	
— bei Kartenmißbrauch	165	den Bezugsberechtigung	71, 88
— bei Preisvergehen	173	Überpreis, Anbieten eines	118
— des Verbrauchers	87	—, Annahme eines	118, 171
Strafgesetzbuch	24	—, Forderung eines	118, 171
Strafgerichtliches Verfahren	177	—, Zahlung eines	118
Strafrechtliche Nebengesetze	26	Übliche Gelegenheitsgeschenke	117
Strafregister	90	Umsatzschrumpfung	102
Straftaten des Gewerbetreibenden	93	Unaufmerksamkeit	84
— des Großschiebers	124	Unbedeutender Wert	60
— des Verbrauchers	47	Unberechtigte Entnahme	34
Strafverfahren, polizeiliches	177		

Seite	Seite
Unberechtigter Besitz von alli-	Verbrauchsregelungs-
iertem Eigentum 10, 193	bestimmungen, Unkenntnis der 85
Unbrauchbarmachen zur bestim-	Verbrauchsregelungsstrafaten,
mungsgemäßen Verwendung 132	versuchte 86
Unerlaubter Gebrauch 187	Verbrauchsregelungsstrafverord-
Unerlaubter Tauschhandel 120	nung 13
— Vorgriff 58	—, ErgänzungsVO. zur 13
Unkenntnis des Gesetzes 85	—, Zuwiderhandlungen gegen .. 23
— der gesetzlichen Bestimmungen 85	Verbrauchsregelungsverordnung. 55
— der Verbrauchsregelungs-	Verderbenlassen von Erzeugnissen 50
bestimmungen 85	Verdunstungsverluste 101
Unerlaubte Vergeudung 186	Verfälschte Karten, Ankauf von 159
Unlauteres Wettbewerbsgesetz .. 26	Verfügungsgewalt, tatsächliche .. 57
Unrechtmäßig erworbene Karten 75	Verfügen über Schwundverluste 102
Unrichtige und unvollständige	Vergrößerung der Verbraucher-
Angaben 79	quote durch Privatgeschäfte . 53
Unsortfältigkeit 84	Verkaufen von Bezugsberechti-
Unterlassene Abmeldung 83	gungen 74
Unterschied zwischen Zuwider-	Verkauf von Schwarzfleisch gegen
handlungen gegen VRStVO.,	Marken 110
KWVO. und WarVVO. 23	— von Selbstversorgererzeug-
Unterschlagung 24	nissen 107
— von Karten 24	Verkaufte Selbstversorgerrationen 107
Unterschrift des Antrages auf	Verlorengegangene Bezugscheine 75
gerichtliche Entscheidung ... 179	Vermögensbeeinträchtigung 63
Unterwerfungsverfahren 182	Vermögensschaden des Händlers 31
Untreue 24	Vermögenswert 81
Unverstand 44	Vernichten eigener Rohstoffe .. 143
Urkunde, Beiseiteschaffen einer . 45	— lebensnotwendiger Bedarfs-
Urkunden 45	güter 132
Urkundendelikte 24	Verordnung über Feld- und Forst-
Urkundenfälschung 25	diebstahl 62
— und Schwarzschlachtung 150	Verpfändung von Geld an Stelle
Urkundenunterdrückung 45	Markenabgabe 100
Vegetarier 18	Verschärfte Bestimmungen 37, 62, 100
Verarbeiter 31	Verschaffen von Bezugsberechti-
Verbot, gesetzliches 56	gungen durch Gewerbe-
Verbrauch entgegen allgemeinen	treibende 94
Bestimmungen 104	— von Lebensmittelkarten durch
Verbraucher 47, 66	falsche Anmeldung 82
—, Bevorzugung des 47, 66	Verschaffung einer Bezugsberech-
—, Strafbarkeit des, beim Schleich-	tigung 65
handel 56	—, entgeltliche 67
—, Strafen des 87	— einer Lebensmittelkarte und
—, Straftaten des 47	Hehlerei 69
—, Tauschgeschäfte des 51	— einer nachgemachten Karte . 161
Verbrauchsbestimmungen 84	— einer nicht zustehenden Be-
Verbrauchsregelung, Angestellte	zugsberechtigung 66
der 46	Verschenken einer Bezugsberech-
—, Beamte der 46	tigung 71
—, Helfer der 46	Verschenkte Selbstversorger-
	rationen 107

	Seite		Seite
Verschieben beschlagnahmter		Waren, Schleichhandel mit freien	16
Güter	139	Warenverkehrsverordnung	19
Versorgung durch Schwarzmarkt	91	Wecker	23
Versorgungsberechtigter	66	Wegnahme von Karten, Mund-	
Versorgungslage, Beeinträchtigung		raub	68
der	123	— von Karten, Notentwendung	68
Versorgungsperiode	76	Weihnachtszuteilung	19
Versorgungsschaden, großer	89	Wiedereinsetzung in den vorigen	
Versuchte Notentwendung	60	Stand	180
— Straftaten des Gewerbe-		Wiegekarte	148
treibenden	93	Wiegeverluste	101
— Verbrauchsstraftaten	86	Wirtschaft, Produkte der	129
Versuchter Mundraub	61	Wirtschaftsfragen	127
Versuchtes Erschleichen einer		Wirtschaftsverbrechen	42
Bezugsberechtigung	81	— des Beamten	46
— Wirtschaftsverbrechen	155	—, Freiheitsstrafen bei	153
Vertauschen von Bezugsberechti-		—, Geldstrafen bei	153
gungen	74	— und Hehlerei	25
Verteilung	10	— und Schwarzschlachtung	149
Veruntreuung durch Beamte ...	45	—, Zuchthausstrafe bei	152
— von Karten	25		
Verwahrer	70	Zahlung eines Oberpreises	118, 171
Verwalter	31	Zersetzung des Preisgefüges	9
Verwendung von gewerblichen		Zerstören	132
Erzeugnissen entgegen vorge-		Zigarettenhandel	27, 91
sehenem Zweck	104	Zivilangestellter	45
Verwirtschaftung von Schwund-		Zuchthaus bei Preisverstößen ..	173
verlusten	103	Zuchthausstrafe bei Wirtschafts-	
Verwirtschaftung von Waren ..	95	verbrechen	152
Viehdiebstahl und Schwarz-		Zucker	15, 129
schlachtung	145	Zuckerkrankte	18
— von der Weide	129	Zurückhalten lebenswichtiger	
Vordruck	18, 70	Bedarfgüter	132
Vorenthalten durch Gewerbe-		— von Rohstoffen und Erzeug-	
treibende	98, 109	nissen	141
— durch zu geringe Belieferung	109	Zu widerhandlungen gegen allge-	
Vorteil durch Tauschware	115	meine Bestimmungen	48
		— gegen Bestimmung für	
Wahrheitswidrige Erklärungen .	79	Gewerbetreibende	96
Ware gegen Ware	119	— gegen Einzelanordnungen ...	97
Waren, Abgabe ohne Bezugs-		— gegen VRStVO., KWVO.,	
berechtigung	35, 38	WarVVO., Unterschied	23
— aus aliiertem Eigentum	176	Zwischenhändler	9
—, Schleichhandel mit bezugs-			
beschränkten	120		

In der gleichen Ausstattung wie der vorliegende Band erscheint die in Vorbereitung befindliche Schriftenreihe:

„Berufsrecht in der Praxis“

herausgegeben von Dr. Karl Kromer.

Zunächst sind folgende Bände geplant:

1.

Architektenrecht

2.

Ingenieurrecht

3.

Bauunternehmerrecht

4.

Hausmaklerrecht

5.

Künstlerrecht

6.

Arztrecht

Die Bände erscheinen in unbestimmter Reihenfolge
Bestellungen
werden nur durch den Buchhandel entgegengenommen

OTTO MEISSNERS VERLAG
SCHLOSS BLECKEDE AN DER ELBE

In derselben Schriftenreihe

„Recht für jeden“

herausgegeben von Dr. Karl Kromer
ist außer dem vorliegenden Band die Herausgabe folgender Bände vorgesehen:

Einziehung von Außenständen

Heirat und Scheidung

Gründung und Auflösung von
Handelsgesellschaften und Vereinen

Wohnungs- und Geschäftsraumzuweisung

Mieterschutz

Entnazifizierung

Verkehrssünder

Hausrat und Wohnung nach der Scheidung

Versicherungen des Alltags

Öffentliche Rechtsankunftsstellen

Die Bände erscheinen in unbestimmter Reihenfolge
Bestellungen
werden nur durch den Buchhandel entgegengenommen

OTTO MEISSNERS VERLAG
SCHLOSS BLECKEDE AN DER ELBE



